Kursbuch II 1968

Revolution in Lateinamerika

Peter Weiss: Che Guevara
Imperialismus und
kapitalistische Entwicklung
Der bewaffnete Aufstand
China · Cuba · Vietnam
Interview Douglas Bravo
Rede Fidel Castros
Dossier:
Lateinamerikanische Annalen

Suhrkamp Verlag

Kursbuch
Herausgegeben von Hans Magnus Enzensberger

Kursbuch 11 Januar 1968

Peter Weiss, Che Guevara! 1

Imperialismus und Revolution in Lateinamerika

Imperialismus und kapitalistische Entwicklung 7

Der bewaffnete Aufstand 31

Internationaler Kontext: China, Cuba, Vietnam 60

Interview mit Douglas Bravo 78

Fidel Castro, Rede vom 13. März 1967 103

Antwort der kommunistischen Partei Venezuelas 118

Dossier: Lateinamerikanische Annalen 122

Hans Magnus Enzensberger, Berliner Gemeinplätze 151

Das Kursbuch erscheint in unregelmäßiger Folge, doch mit wenigstens vier Nummern im Jahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 5, im Einzelverkauf DM 8. Abonnements sind mit Monatsfrist zum Jahresende kündbar. Anschrift der Redaktion und des Verlages: Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main, Grüneburgweg 69, Postfach 2446, Telefon 72 08 81, Fernschreiber 4 13972. Postscheckkonto Frankfurt/Main 115761, Bankkonto Deutsche Bank Frankfurt/Main 95/7100. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann. Alle Briefe sind an ihre Frankfurter Adresse zu richten. Verantwortlich für den Inhalt: Hans Magnus Enzensberger. Redaktion: Karl Markus Michel. Copyright © Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main 1968. Alle Rechte für sämtliche Beiträge, auch das der Übersetzung, vorbehalten. Umschlagentwurf Willy Fleckhaus. Druck: Georg Wagner, Nördlingen. Bindung: Hans Klotz, Augsburg.

Dieser Auflage des Kursbuchs liegen Prospekte der Verlage Literarisches Colloquium und Wagenbach bei, die wir der freundlichen Aufmerkamkeit unserer Leser empfehlen.

Goethe-Institut e.V.
Bibliothek
ausgeschieden am

Peter Weiss
Che Guevara!

Als wir vom Tode Ches erfuhren, war unser erster Gedanke: Mußte er sterben, gerade jetzt, wo er unentbehrlicher geworden war denn je? War da keine Hilfe und kein Entsatz? Er war ein kranker Mann, er litt an Asthma und Rheumatismus. Hätte man ihn nicht in Sicherheit bringen können? Gab es nirgends einen Platz für ihn, an dem er als der planende Kopf, der Führer der Revolution hätte arbeiten können? Es erhob sich die Frage: hat er sich geopfert? Hat er das Los eines Märtyrers gewählt?

Wir können keine Heiligen brauchen. Wir lehnen die mystische Verehrung ab, die den Opfertod mit einem Glorienschein umgibt. Wir weisen das Christusbild zurück, die Kreuzesabnahme, das Warten auf die Auferstehung. Was bleibt, ist Ches Tod, der Verrat an ihm, der Hinterhalt, ein zerfetzter Leichnam.
Sind wir mitschuldig an diesem Tod? Sind wir die Verräter? Oder waren wir nur in unserm Alltag Befangene, Gleichgültige, getrost und unbekümmert um jene ferne Revolution? Haben wir es vermieden, Stellung zu nehmen? Und warum haben wir es vermieden? Vielleicht, weil das Feld, auf dem er sich schlug, so weit entfernt liegt?
Wenn das so ist, dann haben wir an seinem Tod etwas zu lernen. Er, der unentbehrlicher war als jeder andere, zeigt uns, was er für das einzig Richtige hielt. Er zeigte mit seinem eigenen Leib: Wenn ihr andern es nicht tut, dann tue ich es. Er hielt nicht viel von seiner eigenen Unentbehrlichkeit. Ein bolivianischer Grubenarbeiter, der sich der Guerilla anschloß, schien ihm nicht weniger zu bedeuten. Er zeigte: Das einzig Richtige ist, ein Gewehr zu nehmen und zu kämpfen.
Wie wir die Frage nach seinem Tod auch wenden, die Antwort bleibt, und sie ist einfach. Es ist eine Antwort, die auf unsere Niederlage und unsere Feigheit deutet.

Wir wissen, es geht ein großer Streit über die Frage, wie der revolutionäre Kampf in Lateinamerika geführt werden soll. Wir wissen, die Zentralkomitees vieler kommunistischer Parteien dort sind gegen den Guerilla-Kampf. Sie sind der Ansicht, die Zeit sei noch nicht reif dafür. Sie fordern eine vorsichtige, diplomatische Taktik; sie kalkulieren, daß es möglich sei, durch geduldige Arbeit die Bevölkerung auf dem Lande von den Städten aus zu politisieren. Sie geben sich einer Illusion hin: der Illusion der friedlichen Koexistenz. Als wäre es möglich, mit dem bis an die Zähne bewaffneten Ausbeuter zu koexistieren!
Auf der OLAS-Konferenz in Havana sind wir zu Zeugen dieser bitteren Auseinandersetzung geworden. Aber wir haben auch gesehen, daß über die absolute Forderung des Proletariats Einigkeit herrscht: die Forderung nach der endlichen Befreiung. Ungeachtet der verschiedenen Auffassungen über die richtige Strategie sprach die Deklaration von Havana ein klares Ja zur Revolution aus.

Che Guevara und mit ihm die Guerillaführer Lateinamerikas halten die direkte und unverzügliche Aktion für den einzig gangbaren Weg. Sie wissen, daß ihrem Feind gegenüber nichts anderes verschlägt als der bewaffnete Kampf. Nur die Gewalt kann helfen. Und sie wissen, daß es nötig ist, zu ihr zu greifen, auch wenn dies zu Niederlagen und schweren Verlusten führt. Sie wissen: jede Atempause, die dem Feind gewährt wird, macht ihn stärker. Sie wissen auch: wenn sie selber niedergekämpft werden, so werden andere ihnen folgen und den Kampf weiterführen.
Für diese Leute ist das nicht Heroismus; es ist für sie eine kühle Tatsache, das tägliche Brot der Hungernden. Die Parteiführer mögen planen, was sie wollen; in den Bergen sammeln sich immer wieder von neuem die Guerilleros, um die Revolution in der Revolution fortzusetzen. Die sogenannte Sprache der Vernunft vermag gegen diese Handlungen nichts. Es gibt nur eine einzige Möglichkeit: zu kämpfen statt zu hungern, statt wie ein Sklave zu leben.
Cuba, Vietnam, Nordkorea: drei armen unterentwickelten Ländern ist es gelungen, aufzubauen, was jenem Feind am verhaßtesten ist: eine sozialistische Gesellschaft. Jener Feind sieht sich nun, von seinem eigenen System her, einem Zwang ausgesetzt. Er muß die Grundlagen jeder Revolution zerstören, er muß demonstrieren, daß sein eigenes System das stärkere ist, er muß beweisen, daß es in seiner Macht liegt, diese vermes-

senen Befreiungsversuche auszuradieren. Das einzige Mittel hierzu ist der Krieg.
Aber selbst, wenn es ihm gelänge, Vietnam in Asche zu legen (und er würde diesen Sieg unserer Trägheit, unserer Feigheit, unserem Unvermögen zu handeln verdanken), so hätte der Befreiungskrieg dennoch kein Ende. Denn wenn jener Feind vom Frieden spricht, so ist das in jedem Fall ein leeres Wort. Wir wissen, kein Frieden kann die Ursachen aus der Welt schaffen, aus denen er angreift, angreifen muß.
Wir, die wir das selbstverständliche Recht in Anspruch nehmen, in jener der drei Welten zu leben, die wir die erste nennen; die wir es hinnehmen, daß unsere Politiker, unsere Geschäftsleute und unsere Soziologen zwischen unserer und jener fernen, armen Dritten Welt eine ebenso selbstverständliche Grenze ziehen, wir werden es erleben, daß der Krieg weitergeht. Wir werden kleine und vielleicht größere Kriege erleben, isolierte Kampfhandlungen zuerst, im Busch, im Gebirge, im Dschungel. Immer wieder wird man uns hinweisen auf die Sinnlosigkeit, die tödliche Vergeblichkeit dessen, was diese fernen aufständischen Gruppen tun; immer wieder werden wir in unseren Zeitungen von Übergriffen und Terroraktionen lesen, von verzweifelten Sabotageakten, in Lateinamerika, Afrika und Asien; und immer wieder werden wir uns sagen: das ist für uns nicht unmittelbar aktuell, und uns sicher fühlen in unserer, dieser Ersten der Welten.
Und eben hierin liegt unser Verrat. Solange wir dieser scheinheiligen Aufteilung der Welt kein Ende machen, solange wir an dem, was wir haben, festhalten, als verstünde sich das von selbst, und es denen dort draußen verweigern, solange sind wir mitschuldig an jedem Mord, der in der Ferne begangen wird an denen, die den Kampf gegen das Unrecht führen.

Nennen wir die Welt, für deren Zukunft Che Guevara gefallen ist, bei ihrem richten Namen, nennen wir sie die Erste Welt, denn sie ist größer als jede andere. Oder nennen wir sie die revolutionäre Welt, denn sie ist es, die heute die Revolution trägt. Was hat die unsere dagegen zu bieten? Technische Überlegenheit, ökonomische Macht, Massenmedien zur Manipulation. Unsere erste Welt ist eine Welt Erster Klasse, und klassenbewußt, wie wir sind, teilen wir Almosen aus und nennen sie Entwicklungshilfe. Das einzige, was hilft, das einzige, was unsere Zivilisation wirklich zu geben hat, den Gedanken der Freiheit, exportieren wir weniger gerne;

und dennoch entfaltet sich dieser Gedanke gewaltig und gewaltsam in der armen Welt.
Unterentwickelte Länder, so nennen wir sie. Das ist die Terminologie von Unterdrückern. Diese Länder sind höher entwickelt als wir. Ausgeplündert von Kolonialismus und Imperialismus, haben diese Länder einen Gedanken weiter entwickelt, den die meisten von uns nicht zu Ende zu denken wagen: den Gedanken der Revolution. Diese Länder sind weiter als wir; denn sie haben beschlossen, die Klassenherrschaft zu stürzen und die Ausbeutung des Menschen abzuschaffen.

Ich habe in Vietnam gesehen, wie die Bauern nach einem Luftangriff Dämme und Straßen mit Lehm und Steinen flickten, ich habe sie gesehen, bis zu den Knien im Schlamm, in schlammdurchtränkten Kleidern, mit großen Lehmklumpen in der Hand; und die Frage, wer da der höher Entwickelte, der Überlegene, der Würdige war, diese Frage war für mich entschieden – der da unten im Dreck, oder der da oben in seinem millionenschweren Waffensystem.
Denen, die den bewaffneten Kampf Vietnams heute an anderen Fronten weiterführen, wird nachgesagt, sie seien romantische Verschwörer, ihr Aufstand sei weltfremd, es fehle an objektiven Voraussetzungen für jeden Erfolg. Diese Nachrede ist niedrig und erniedrigend für den Arbeiterstaat der Oktober-Revolution, in dem sie laut wird. Neu ist sie nicht. Schon in der Mitte der zwanziger Jahre zwang die Kommunistische Internationale die chinesischen Revolutionäre, vor Chiang Kai-Shek die Waffen zu strecken. Die Revolutionäre wurden zu Zehntausenden umgebracht, Chiang Kai-Shek wurde Ehrenmitglied der Komintern. Auch damals hieß es, die Zeit sei noch nicht reif, und niemand wollte an die These glauben, daß die Revolution vom Land in die Städte getragen werden müsse.

Eben weil Vietnam allein kämpft; weil keine Freiwilligen aus den sozialistischen Bruderländern ihm beistehen; weil die Arbeiter in den sogenannten hochentwickelten Ländern stillschweigend zusehen, wie die Arbeiter und Bauern von Vietnam getötet werden; weil keine Arbeiterpartei der westlichen Welt ihnen zu Hilfe kommt mit der stärksten Waffe, die sie hat, dem Generalstreik – nicht zuletzt aus diesen Gründen ging Che Guevara nach Bolivien und schloß sich der Guerilla an. Seine These, es gelte, zwei, drei, viele Vietnam zu schaffen, war nicht der Einfall eines Roman-

tikers, sondern die Einsicht eines Realpolitikers in die strategischen Notwendigkeiten des Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus. Indem er die lateinamerikanische Revolution unterstützte, drückte er seine Solidarität mit Vietnam aus. Und wenn es wahr ist, daß er als ein enttäuschter Mann unter den Kugeln bezahlter Mörder starb, so galt seine Enttäuschung nicht der Revolution in Lateinamerika, die er nie verloren gab; sie galt einer gleichgültigen Welt. Die Revolution ist verlassen, und verlassen ist Vietnam, nämlich von uns. Auch das ist eine Lehre seines Todes.

Was können wir tun? Unsere Aktionen gegen den Angriffskrieg der USA in Vietnam, unser Widerspruch gegen die gewaltsamen Eingriffe der USA in Lateinamerika und überall auf der Welt, wo das amerikanische Kapital seine Positionen verteidigt, haben nun die Grenzen des friedlichen Protestes erreicht. Dieser Protest hat zugenommen, aber mit ihm die Vernichtung. Hunderttausende sind durch die Straßen der Metropolen gezogen und haben ihre Verurteilung der Barbarei kundgetan. Sie haben die Barbarei nicht aufgehalten. Wir müssen zu anderen Mitteln greifen. Die internationale Opposition muß sich politisieren. Es hat keinen Zweck, den Krieg zu verurteilen, weil er unschuldige Menschen verbrennt und vergast; es hat keinen Zweck, gegen völkerrechtswidrige Waffen, gegen die Folter, gegen den Bruch internationaler Abkommen zu protestieren. Wir wissen längst, daß der ganze Krieg gegen das vietnamesische Volk von Anfang an ein einziges Verbrechen gegen die Menschlichkeit gewesen ist. Jetzt kommt es darauf an, diesen Krieg und alle seine Nachkommen in Lateinamerika, in Afrika und im Nahen Osten genauer zu kennzeichnen und zu brandmarken als das, was sie sind: moderne Plünderungs- und Eroberungskriege mit den gigantischen Mitteln der Technologie.
Was können wir tun? Wir müssen diejenigen auf unsere Seite bringen, auf die es in allen Klassenkämpfen ankommt. Das sind die Arbeiter. Der Krieg in Vietnam, im übrigen Asien, in Lateinamerika und Afrika ist ein Krieg der Klassen. Er ist der Krieg der Satten gegen die Hungernden. Er ist der Kampf der Schwerbewaffneten gegen die, deren Waffen die bloßen Hände sind.
Vor seinem Tod sagte Che Guevara: »Das Land, das ich mit meinem Blut tränke, ist das einzige Stück Erde, das mir gehört.« Was wollte er damit sagen? Er wußte: die Erde gehört dir nicht mehr, wenn du tot bist. Aber

er wußte auch: die Erde gehört dir nicht, wenn du dein Leben nicht aufs Spiel setzt. Die Gefahr, auf die er sich einließ, das Risiko, das er einging – auch dies sind Zeichen für alle, die ihm nachfolgen werden.

Welche Risiken gehen wir ein? Was kann uns geschehen, wenn wir uns weigern, auf die Verdrehungen, Fälschungen und Lügen zu hören, welche die Medien der herrschenden Klasse täglich über uns ausgießen? Was riskieren Publizisten, Schriftsteller, Gewerkschaftler, Beamte, wenn sie fordern, daß die Wahrheit gesagt werde, und wenn sie die Wahrheit verbreiten?

Wir sind Optimisten. Wir glauben an die eingeborene Kraft, die den Menschen dazu befähigt, seine Unterdrücker zu stürzen. Der Tag, an dem wir uns Kenntnisse genug verschafft haben, um zu begreifen, daß der Kampf auch uns betrifft, daß er nicht nur in fernen Gegenden, sondern auch in unserer eigenen Gesellschaft geführt wird; der Tag, an dem Millionen Arbeiter die Fabriken und Werkstätten verlassen und fordern werden: Schluß mit der Schlächterei – dieser Tag wird der Anfang vom Ende sein, vom Ende des Imperialismus.

Aus dem Schwedischen von Andreas Thalmayr

Imperialismus und kapitalistische Entwicklung in Lateinamerika

1. Lateinamerika in der Geschichte des Imperialismus der USA

In Lateinamerika ist der US-Imperialismus seit langer Zeit besonders aktiv. Es ist deshalb als Studienobjekt besonders ergiebig, die imperialistische Politik kann dort in ihren verschiedenen geschichtlichen Phasen analysiert werden. Uns interessieren hauptsächlich die jüngsten: Die Phasen des »reifen« amerikanischen Kapitalismus, der gelernt hat, im eigenen Land das wirtschaftliche Wachstum zu planen und eine ganze Reihe von Reibungs- und Krisenfaktoren unter Kontrolle zu halten.
Wir wollen uns nicht bei den anfänglichen politischen und militärischen Ereignissen aufhalten, die das Eindringen der USA in Lateinamerika markieren. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß Lateinamerika vor und zwischen den beiden Weltkriegen politisch und wirtschaftlich fest unter der Kontrolle der USA stand. Das wichtigste Mittel dazu war die geradezu räuberische Ausbeutung der bodenständigen Rohstoffproduktion (in Landwirtschaft und Bergbau) durch die US-Monopole. Erst in den Jahren der Depression nach der Krise von 1929 versuchte eine Reihe von lateinamerikanischen Ländern eine nationale wirtschaftliche Entwicklungspolitik einzuleiten. In der Regel handelte es sich dabei um erste Schritte zur Industrialisierung, wobei staatliche Interventionen in Richtung auf eine Politik der »Autarkie« mit Hilfe von Schutzzöllen die entscheidende Rolle spielten. Ihre Bedeutung blieb für die Gesamtheit des Kontinents gering; die Erfahrungen aber, die man gemacht hatte, wurden nach dem Zweiten Weltkrieg zur Ausgangsbasis für ähnliche Versuche, die manchmal sogar von den gleichen politischen Kräften ausgingen.

Probleme des US-Imperialismus nach dem zweiten Weltkrieg

Aus beiden Weltkriegen ging der US-Imperialismus gestärkt und mit einem größeren Aktionsradius hervor. Die Erweiterung seiner Macht brachte aber aus verschiedenen Gründen eine Menge neuer Probleme mit sich. Überdies hatte sich die innere Struktur des US-Kapitalismus geän-

dert: Der Kapitalismus, der siegreich aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangen war, war von Rooseveltscher Prägung; er hatte seine Lehren aus der Krise von 1929 gezogen, hatte sich reformiert und war in gewissen Grenzen der Planung zugänglich geworden. Andererseits waren die älteren imperialistischen Mächte, wie etwa Großbritannien, nach dem Kriege in jeder Hinsicht geschwächt und stellten keine Rivalen mehr dar. Die Bildung eines gegensätzlichen, konkurrierenden »sozialistischen Lagers« verschärfte nun die Frage nach den Möglichkeiten zu weltpolitischen Initiativen.

In den ersten Nachkriegsjahren richteten die USA ihre politischen und wirtschaftlichen Anstrengungen vor allem auf Westeuropa: sie leiteten eine Reihe von »Hilfsmaßnahmen« ein, die im »Marshall-Plan« kulminierten. Denn gerade in Westeuropa war nach dem Kriege der Wiederaufbau der kapitalistischen Wirtschaft dringend nötig: Hier boten sich enorme Absatzmärkte für die Produktion der USA, da im Gegensatz zu Lateinamerika bereits eine starke kapitalistische Klasse etabliert war; überdies erschien hier die »kommunistische Gefahr« am unmittelbarsten bedrohlich.

Als jedoch um 1950 die politische und wirtschaftliche Lage Westeuropas verhältnismäßig stabil geworden war und der Wiederaufbau der europäischen Industrie den Markt für die amerikanischen Erzeugnisse eingeengt hatte, wendete sich der imperialistische Expansionsdrang wieder intensiv Lateinamerika zu.

Zur Ausbeutung der bodenständigen Rohstoffe kam eine ausgedehnte private Investitionstätigkeit von US-Firmen, deren Ziel es war, die lokale Nachfrage nach Industrieerzeugnissen auszunutzen, zu lenken und – wenn auch nicht systematisch – zu steigern. Es stellte sich jedoch noch nicht das Problem einer Entwicklungspolitik, um die Gesamtnachfrage auf lange Sicht aufrechtzuerhalten und zu erhöhen; die Politik des »New Deal« wurde nicht angewendet. Es kam, wie schon oft in der Entwicklung des Kapitalismus, zu einer »Phasenverschiebung«: der imperialistische Kapitalismus etablierte sich in seinem Herrschaftsbereich in Formen, die teilweise früheren Phasen in der Metropole entsprachen.

Nach einem Jahrzehnt solchen Vorgehens sieht sich jedoch der US-Imperialismus – um 1960 – zu einer umfassenderen und organischeren Intervention gezwungen. Die Krisenzeichen mehren sich, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die die ganze Zeit über latent vorhanden waren, treten

Vorschau

Kursbuch 12 — April 1968

Der nicht erklärte Notstand

Dokumentation und Analyse eines Berliner Sommers von Peter Damerow, Peter Furth, Bodo von Greiff, Maria Jordan und Eberhard Schulz

1. Die Polizei als Bürgerkriegsarmee
2. Die Politik in der FU
3. Rekonstuktion einer Räumung
   Vorgeschichte – Taktische Vorbereitungen – Eskalation – Angriff – Verfolgung
4. Der nicht erklärte Notstand
5. Konforme Kriminalität
6. Provokation und Projektion
7. Volkes Stimme
8. Justiz

Kursbuch 13 — Mai-Juni 1968

Die Studenten und die Macht

Bahman Nirumand, Die Avantgarde der Studenten im internationalen Klassenkampf

Steve Weissman, Die amerikanische Studentenbewegung

Satoshi Kitakoji und Toru Kurokawa, Die japanische Studentenbewegung

Heinz Rudolf Sonntag, Versuch über die lateinamerikanische Universität

X. X., Brief aus Brasilien

Jürgen Habermas, Über die Lage der Studenten in Deutschland

Dossier 1: Studenten in Prag

Dossier 2: Politische Kriegsdienstverweigerung

Interview mit Herbert Marcuse

Über Kursbuch 9 und 10

»Nur ein Lehrbuch des Lamentierens ist die neunte Folge des *Kursbuchs*, obwohl es gerne ein Manifest der Revolution sein möchte. ... der Literatur- und Protestkonsument jedoch lehnt sich beim trauten Lampenschein ins Fauteuil zurück und genießt Sciencefiction von Marcuse, Enzensberger und Co.«

Marcel Hepp im Bayern-Kurier, 19. 8. 1967

»Hat man das *Kursbuch* 9 gelesen, so kommt einem Belletristik völlig belanglos vor. Das Anschauungsmaterial des Buches überwältigt. Wir haben diese Dokumentation in der Hand, keine Zeit mehr für Ästhetik. ... Schüler, Studenten und Gewerkschaftler, lest das *Kursbuch*, in dem ihr Beispiele und Mut findet!«

Günter Herburger im Spiegel, 31. 7. 1967

»Aus Enzensbergers letztem *Kursbuch*, das die Revolution und den Protest untersuchen will, habe ich herausgefischt, welche konkreten Hinweise uns gegeben werden. Ich fand, anders als Günter Herburger, wenig.«

Rudolf Augstein im Spiegel, 31. 7. 1967

»Dieses *Kursbuch*-Heft ist ein Akt der Unruhestiftung und der Aufklärung – und wer es gelesen hat, der kann an den Tatsachen nicht mehr vorbeidenken. Die Unruhe wird gratis mitgeliefert.«

Hans Vetter im Kölner Stadtanzeiger, 19./20. 8. 1967

»Mit dem *Kursbuch* 10 liegt die wichtigste Zeitschrift in diesem Monat vor. Wieder einmal zeigt es sich, wie sehr durch die Konzeption, jedem Heft ein möglichst einheitliches Thema zu geben, das Niveau im ganzen gehoben wird. Hatte Hans Magnus Enzensberger Heft 8 so spröden Gegenständen wie Mathematik und Informationstheorie gewidmet und in dem inzwischen berühmt gewordenen Heft 9 – es liegt jetzt im 25. Tausend vor – Aspekte einer Theorie der Revolution entfaltet, so hat er diesmal literarische Texte zusammengestellt, die fast ausnahmslos Kennmarken der augenblicklichen Avantgarde genannt werden müssen.«

Ivo Frenzel in der Süddeutschen Zeitung, 25./26. 11. 1967

»Überhaupt: das *Kursbuch* 10 scheint mir eher ein Lückenbüßer für das kommende zu sein ... So berechtigt antiquiert wie die Gruppe 47, wie unsere Literatur des letzten Jahrzehnts. Provinzstation.«

Wolf Dresp in der Frankfurter Rundschau, 5. 12. 1967

»Enzensbergers *Kursbuch* ist im Augenblick wohl doch die aufregendste, die persönlichste, die literarisch und politisch avancierteste Zeitschrift des deutschen Sprachraums. Seit einiger Zeit enthält eigentlich jede Nummer mindestens einen, meist aber mehrere Artikel, die man gelesen haben muß, wenn man über die Kurse auf dem Denkmarkt einiger Marken unterrichtet sein will ... Die neuen Texte von Uwe Johnson, Jürgen Becker und Hans Magnus Enzensberger (in *Kursbuch* 10) gehören zweifellos zur Literatur, die sich im Kursbuch früher und vornehmlicher äußert als anderswo.«

Joachim Kaiser im Bayerischen Rundfunk, 16. 11. 1967

offener zu Tage, die cubanische Revolution und ihre sozialistischen Errungenschaften beginnen sich auszuwirken, die sozialen Spannungen in verschiedenen lateinamerikanischen Staaten verschärfen sich. Als der zur Lösung der Probleme geschlossenen »Allianz für den Fortschritt« der Erfolg versagt bleibt, gehen die USA allmählich zu direkteren politischen und militärischen Interventionen in lateinamerikanischen Staaten über.

Im Folgenden soll diese Entwicklung kurz untersucht werden. Dazu ist es jedoch erforderlich, zunächst die Interpretationsmittel dieser Untersuchung zu prüfen. Die verschiedenen Phasen der imperialistischen Intervention können nicht einfach als »Erscheinung der fortschreitenden kapitalistischen Initiative« oder »allmähliches Klarwerden des unvermeidlichen Scheiterns aller Reformversuche des Imperialismus« abgetan werden. Um brauchbare Kriterien zu gewinnen, müssen die Kräfte der verschiedenen Klassen, die in dieser Entwicklung eine Rolle spielen, untersucht werden: sowohl diejenigen innerhalb des kapitalistischen Landes, als auch die in den beherrschten Ländern.

Welche Kräfte fördern und welche hemmen die Reformbestrebungen des Kapitalismus?

Die kapitalistischen Reformbestrebungen können als Antwort auf zwei grundlegende Probleme gesehen werden: auf der wirtschaftlichen Ebene das Problem, die Gesamtnachfrage zu steigern, um ein kapitalistisches Wachstum ohne »explosive« Krisen zu gewährleisten; auf der politischen Ebene das Problem der Integration, der politischen Kontrolle der proletarischen Klassen. Die beiden Probleme sind eng miteinander verflochten, ja man kann sie sogar als zwei Seiten eines einzigen Problems sehen, und das schränkt die Reformmöglichkeiten der Kapitalisten ein: eine wirksame Lösung des Problems der Nachfragesteigerung ist unvereinbar mit der politischen Kontrolle des Proletariats.

So allgemein formuliert, sind die Probleme in den kapitalistischen Industrieländern und in den Ländern ihres Einflußbereichs gleich. Der Unterschied besteht im verschiedenen »Kräfteverhältnis« auf den beiden Seiten des Problems und in der verschiedenen Dringlichkeit, mit der die beiden Grunderfordernisse des Reformismus sich geltend machen. In den hochentwickelten kapitalistischen Ländern ist die Stützung der Gesamtnachfrage seit der Krise von 1929 zur Lebensfrage geworden. Der Reformis-

mus hat sich weitgehend durchgesetzt, die errungenen Positionen haben sich gefestigt.
Auf der Ebene des gesamten imperialistischen Einflußbereichs in der Welt sieht das Problem einer gestützten Nachfragesteigerung weitaus differenzierter aus. Insbesondere ist die Front zwischen Reformisten und Antireformisten weitaus weniger klar.
Die verschiedene Akzentuierung der Probleme und die verschiedenen Kräfteverhältnisse erlauben die Erklärung der angedeuteten »Phasenverschiebungen« zwischen dem Grad des Reformismus und der »Rationalisierung« in der Politik der kapitalistischen Länder und in der Politik auf imperialistischer Ebene.
Es ist daher zweckmäßig, die wichtigsten Klassen und sozialen Gruppen des unterentwickelten und des imperialistischen Landes, deren Kräfteverhältnis und deren Positionen den »Grad des Reformismus« in der imperialistischen Politik bestimmen, in großen Zügen zu skizzieren.
Als Kräfte, die den Reformismus fördern, kann man die Monopole bezeichnen, die direkten Vorteil aus ihm ziehen, Monopole etwa, die Industrieprodukte exportieren und sich eine Erweiterung ihres Marktes versprechen; des weiteren einheimische Klassen, die ihre Gewinne erhöhen, ihre Machtpositionen stärken wollen, so z. B. die aufsteigenden bürgerlichen Unternehmer oder andere Finanz- und Handelszweige sowie Techniker, denen der Industrialisierungsprozeß neue Entwicklungsmöglichkeiten bietet.
Als dem Reformismus entgegenstehenden Kräfte können parallel diejenigen Monopole bezeichnet werden, die Nachteile fürchten müssen, die unter besonders günstigen Bedingungen die Bodenschätze oder die landwirtschaftliche Produktion ausbeuten, sowie die einheimischen Klassen, die ihre Macht und ihre Privilegien schwinden sehen, etwa die Großgrundbesitzer und die bürgerlichen Schichten, die sich in ihrem Schatten entwickelt haben und deren Basis der Großgrundbesitz ist. In diesem Kräftespiel nehmen die Massen, vom Standpunkt der imperialistischen politischen Führung aus, eine ambivalente Haltung ein, die den entscheidenden Ausschlag für oder gegen die reformistische Politik geben kann: Einerseits kann der Reformismus ein Mittel sein, sie zu integrieren und revolutionäre Risiken auszuschalten, andererseits könnte er sich als unwirksam zur Kontrolle der Massen erweisen und die Risiken einer revolutionären Initiative durch Schaffung einer instabilen Situation mit starken

sozialen Konflikten geradezu erhöhen; die Reaktion der alten privilegierten Schichten könnte die Gegenreaktion der Massen herausfordern.
Dieses Schema mag zur ersten Orientierung dienen; es ist aber selbstverständlich, daß die Klassengegensätze, unter denen sich eine reformistische Politik formulieren muß, weitaus komplexer sind und reicher an Variationsmöglichkeiten.
Auf der einen Seite brauchen die Positionen der verschiedenen Klassen nicht so eindeutig gegeneinander abgegrenzt zu sein. In einem unterentwickelten Land muß nicht unbedingt eine scharfe Trennung zwischen der alten Agrarschicht und der aufkommenden bürgerlich-industriellen Schicht bestehen: Bindungen und gemeinsame Interessen sind durchaus denkbar. Es müssen auch nicht alle ausländischen Industriemonopole das gleiche Interesse an einer reformistischen Politik haben: sie würde zwar zweifellos den Binnenmarkt erweitern, könnte aber gleichzeitig das Entstehen heimischer Industrien fördern und so den internationalen Monopolen eine unerwünschte Konkurrenz aufbauen. Und schließlich ist die Sozialstruktur der Massen – der Anteil der Kleinbauern, Pächter, Tagelöhner, Landarbeiter einerseits und der Arbeiter, Unterbeschäftigten, Arbeitslosen in den Städten andererseits – sowie der Grad und die Art ihrer Organisation ausschlaggebend: sie werden entweder zur »manipulierbaren Masse« einer reformistischen Veränderung oder zu einer Revolutionsdrohung.
Auf der anderen Seite kann sich eine reformistische Politik, was ihren Inhalt, ihren Zeitpunkt, ihre Ausprägung betrifft, ebenfalls unterschiedlich formulieren: sie kann »national« ausgerichtet sein oder eher ausländisches Kapital anziehen wollen. Ebenso unterschiedlich sind die Konflikte, die sie auslösen kann. Den führenden Politikern des imperialistischen Landes stellt sich nun das delikate Problem der »Dosierung« der reformistischen Politik: sie muß gemäßigt genug sein, um eine zu heftige Reaktion der privilegierten Klassen zu vermeiden, und doch auf dem Minimum an Schärfe bestehen, ohne das es nicht möglich ist, die Massen zu »integrieren«.
Im Folgenden soll gezeigt werden, welches Gewicht diesen verschiedenen Kräften in gewissen Augenblicken zukam, und in welchem Maße ihnen die imperialistische politische Führung, eben die der USA, Rechnung trug.

2. Die wirtschaftliche Entwicklung der fünfziger Jahre

Kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges beginnt in fast allen lateinamerikanischen Staaten eine Periode des starken wirtschaftlichen Aufschwungs, und zwar im Vergleich zur früheren eigenen Entwicklung wie auch zur Entwicklung in anderen Gebieten zur gleichen Zeit. In fast all diesen Staaten steigt das Sozialprodukt um vier bis fünf Prozent im Jahr, und in einigen (oder in kürzeren Zeiträumen) liegt die Steigerungsrate noch erheblich höher. Die bedeutendste Rolle in dieser Entwicklung spielt das Wachstum der Industrieproduktion, die in diesen Jahren die Agrarproduktion weit hinter sich läßt. Die beiden entscheidenden Faktoren für den »Höhenflug« in dieser Entwicklungsphase sind die erheblichen Forderungen gegenüber dem Ausland, die infolge der hohen Preise für Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte während der Kriegszeit aufgelaufen sind, und der massive Zufluß von US-Kapital, privaten Investitionen, die nun nicht mehr auf den traditionellen Sektor der Rohstoffproduktion beschränkt bleiben. Es lohnt, die Charakteristika dieses »Entwicklungsjahrzehnts« ein wenig detaillierter zu betrachten und die Faktoren aufzuspüren, die gegen Ende der fünfziger und zu Anfang der sechziger Jahre fast in allen Staaten zur Krise führen.

Die industrielle Entwicklung

Das außerordentliche Wachstum der Industrieproduktion ist sehr ungleichmäßig auf die verschiedenen Staaten, die verschiedenen Industriezweige, die verschiedenen industriellen Initiativen, ausländische und inländische, öffentliche oder private, verteilt. Neben Staaten, die im Laufe des »Entwicklungsjahrzehnts«, oder auch schon früher, eine beachtliche industrielle Struktur erreichen (Brasilien, Argentinien), gibt es solche, die substantiell auf ihre Monokultur (viele zentralamerikanische Republiken) oder auf die Förderung eines einzigen Minerals (Bolivien) angewiesen bleiben.

Dies ist ausreichend bekannt. Interessanter sind die Unterschiede zwischen den Industriezweigen und ihre Zusammenhänge mit der inländischen oder ausländischen Herkunft der industriellen Initiative.

Es ist offensichtlich, daß der Bergbau am stärksten gefördert wird; und da mit wenigen Ausnahmen eine Verstaatlichung nicht gelang, dominiert das ausländische Kapital. Desgleichen wird das Transportwesen und die Energieproduktion ausgebaut, wenn auch oft nur genau in dem Maße,

in dem es für den Bergbau und den Absatz seiner Produktion notwendig ist.

Ansehnlich ist die Produktionssteigerung in der landwirtschaftliche Produkte verarbeitenden Industrie, etwa in der Papier- und Gummireifenindustrie. Diese Produktion wird im allgemeinen von den großen internationalen Monopolen beherrscht.[1]

Wesentlich bescheidener ist hingegen das Wachstum der Grundstoff- und Investitionsgüter-Industrie, das fast ausschließlich auf inländische, meist staatliche Initiativen zurückgeht. Dies betrifft z. B. die Eisen- und Stahlindustrie in Brasilien und zum Teil auch in Argentinien und in Mexiko. In diesen Ländern erreicht die Eisen- und Stahlproduktion zwar eine nennenswerte Höhe, doch reicht sie nicht aus, den Inlandsbedarf zu dekken. Besonders zurückgeblieben ist die Maschinenindustrie, so daß die Industrialisierung des Kontinents dem Export der USA und Westeuropas große Chancen bietet, nicht zuletzt durch den Verkauf verhältnismäßig veralteter Erzeugnisse.[2] Einen bemerkenswerten Auftrieb hat die Zementindustrie durch den Boom in der Bauwirtschaft, die Ausweitung der Städte, erfahren.

Schließlich ist auch das Wachstum der Konsumgüterindustrie bedeutend. Einerseits steigt die Produktion von Gebrauchsgütern, die, wie etwa das Auto, typisch für hochentwickelte Volkswirtschaften sind und ihren – allerdings deutlich expansiven – Absatzmarkt ausschließlich in den großen Städten haben; und dies geht im allgemeinen auf direkte Initiativen ausländischer Monopole zurück, etwa der FIAT in Argentinien. Andererseits werden auch mehr Verbrauchsgüter, z. B. Textilien, erzeugt, woran verschiedene Gruppen interessiert sein können: inländische Gruppen, die mit dieser Produktion am leichtesten Importe substituieren zu können glauben, und internationale Finanzgruppen, die in einem internationalen Arbeitsteilungsprozeß die Möglichkeit sehen, arbeitsintensive Güter in Ländern mit niedrigem Lohnniveau zu produzieren.

Mit dem Industrialisierungsprozeß verbinden sich Veränderungen in der Beschäftigungsstruktur, die zu schwerwiegenden Problemen führen. Es entsteht ein Mißverhältnis zwischen dem Arbeitsangebot, das durch Landflucht und Bevölkerungszunahme steigt, und der begrenzten Aufnahmefähigkeit der Industrie. Diese Kluft wird noch verbreitert durch die Produktionssteigerung in der Industrie, die mit arbeitsparenden technischen Verbesserungen, wie sie in den kapitalkräftigen, unter Arbeitsman-

gel leidenden Industrieländern erprobt wurden, Hand in Hand geht; in den lateinamerikanischen Staaten werden dadurch, wie in den anderen unterentwickelten Ländern, die Bedingungen verschlechtert.[3]

Woher kommt nun das Kapital für den Industrialisierungsprozeß? In jenem Entwicklungsjahrzehnt bleibt das Problem der inländischen Kapitalbildung ohne echte Lösung. Der hauptsächliche Kapitalzufluß zur industriellen Entwicklung stammt aus ausländischen, privaten Investitionen, vor allem aus den USA.[2] Filialen der Großmonopole werden gegründet und Beteiligungen an inländischen Gesellschaften erworben. Außerdem tätigt der Staat beträchtliche Investitionen: das Kapital dazu wird eher aus ausländischen Krediten bezogen als im Inland aufgebracht. Diese Gelder fließen in verstaatlichte Unternehmen, als Beteiligungen in private Gesellschaften und in die für die Industrialisierung notwendige Infrastruktur. Das private Kapital, das im Inland aufgebracht werden kann, ist begrenzt und im allgemeinen unzureichend: die Beteiligung des Staates oder von ausländischem Kapital wird oft als unumgängliche »Garantie« angesehen, und es bestehen starke Tendenzen, Gewinne ins Ausland zu transferieren, anstatt sie für weitere Investitionen zu verwenden.

Das Problem der Landwirtschaft

Die Verteilung und Nutzung von Grund und Boden in den fünfziger Jahren in Lateinamerika ist bekannt und hat sich seither nicht viel geändert: einerseits eine Massierung des Grundbesitzes mit einem sehr niedrigen Prozentsatz kultivierten Landes; andererseits eine ungeheure Vielzahl von Kleinstbesitzern, die einen geringen Prozentsatz des kultivierbaren Landes mit großer Intensität nutzen, ohne aber die Nachteile der Landaufsplitterung und des Kapitalmangels wettmachen zu können. Die Monokultur herrscht in der Produktion vor.[4]

Die extensive Bodennutzung der Großgrundbesitzer und die dabei mühelos erzielten Gewinne reizen nicht zur Einführung moderner produktionsfördernder Methoden. So werden die Gewinne nicht in die Landwirtschaft investiert, sondern dienen der Spekulation oder dem Luxuskonsum oder werden im Ausland angelegt. Die Landwirtschaft kann auch indirekt, über produktiv verwendbare Steuererträge, kaum zur Kapitalbildung beitragen, denn die Steuersysteme räumen dem Großgrundbesitz erhebliche Privilegien ein.[1] Dazu kommt, daß eine solche Agrarstruktur einer Steigerung des Gesamtangebots und der Gesamtnachfrage enge Grenzen setzt.

Die Massen von armen Kleinbauern, von denen viele nicht einmal über das Stadium der Selbstversorgung hinauskommen, lassen ein starkes Anwachsen der inländischen Nachfrage unmöglich erscheinen. Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft führt somit dazu, daß die Produktion von Konsumgütern unzureichend ist und ihr Bedarf durch die Einfuhr gedeckt werden muß. Auch verhindert die niedrige Produktivität der Landwirtschaft eine Erhöhung des Ausstoßes von gewissen industriellen Gütern. Ein typisches Beispiel hierfür ist die Autoreifenproduktion, bei der wegen der niedrigen Produktivität der Gummiplantagen ständig Engpässe zu überwinden sind.

Eine aufstrebende wirtschaftliche Entwicklung kann also in Südamerika nur erreicht werden, wenn die Agrarstruktur durch wirkungsvolle Reformen verändert wird. Abgesehen von Mexiko, wo man schon vor Jahrzehnten dieses Problem in Angriff genommen hat, gehen die wichtigsten Versuche von Agrarreformen auf den Anfang der 50er Jahre zurück: Venezuela 1948, Guatemala 1952, Bolivien 1953. Betrachtet man die zur Enteignung vorgesehenen Flächen, die Entschädigungen und die Gutsformen, die geplant sind, so handelt es sich dabei meist um ziemlich radikale Versuche bzw. Entwürfe. Deutlich sieht man in diesen Ländern den Einfluß neuer nationaler Führungseliten, während in den anderen Ländern des Kontinents weiterhin die traditionellen Oligarchien und internationalen Monopole durchgreifende Reformversuche verhindern. Es ist sicher kein Zufall, daß zwei dieser drei Versuche im Ansatz stecken blieben und mehr oder weniger unmittelbar zum Sturz der verantwortlichen Regierung führten: der von Arbenz in Guatemala und der der ersten Regierung Betancourt in Venezuela. Der dritte Versuch, in Bolivien, stieß seinerzeit bald auf enge Grenzen und war in sich widersprüchlich.

Überall, außer auf Cuba, wird im Laufe der 50er Jahre das Konzept einer Agrarreform mehr und mehr verwässert: Verteilt werden vor allem staatliche oder brachliegende Ländereien, für die die Eigentümer sehr hohe Entschädigungen erhalten, wie etwa Anfang der 60er Jahre in Venezuela unter der zweiten Regierung Betancourt, in Peru und Columbien.

Abgesehen von den manchmal bedeutsamen Unterschieden von Land zu Land waren die wichtigsten Folgen der Agrarreformen:

1. Die angestrebte Flurbereinigung blieb aus, die Landaufsplitterung nahm sogar zu. Damit verstärkte sich die Landflucht, eine weitere Urbanisierung trat ein, die zumal durch den industriellen Aufbau gefördert wurde.

2. Die landwirtschaftliche Produktion stieg in geringem Maße, zum einen weil mehr Land bearbeitet wurde, zum anderen aber auch, weil die Großgrundbesitzer Teile der Entschädigungssummen zur Modernisierung ihrer Anlagen benutzten. Doch der Engpaß, den die zu schwach entwickelte Landwirtschaft für jede Wachstumsanstrengung darstellt, wurde dadurch keineswegs beseitigt.
3. Weit öfter wurden die Enteignungsentschädigungen jedoch konsumiert oder flossen in den Industriesektor ab. Damit entstand eine Brücke zwischen den Großgrundbesitzern und den modernen, aufstrebenden Unternehmern.
4. Die Kosten der Reformen belasteten schwer den bereits strapazierten Staatshaushalt.
Wenn wir feststellten, daß die primitive Landwirtschaft in Lateinamerika ein Hindernis für ein angemessenes wirtschaftliches Wachstum ist, heißt das nicht, daß jedes Wachstum von vornherein wegen dieses Engpasses unterbleiben muß. Bis zu einem gewissen Grade treibt sich die Industrialisierung »von selbst« in die Höhe. Ihr Markt – der Markt der Großstädte – ist zwar auf lange Sicht gesehen zu eng, bietet aber kurzfristig vielerlei Anregungen. Überdies können die noch wenig gefestigten Unternehmen eine bequeme Politik des niedrigen Lohnniveaus betreiben, da sie auf die Arbeitskräfte der industriellen »Reservearmee« – das Unterproletariat in den Elendsquartieren am Stadtrand – zurückgreifen können.
Trotzdem wirkt sich der Rückstand der Landwirtschaft spürbar aus. Er verstärkt die Reibungen und die Krisenelemente, betont die Klassen- und Gruppengegensätze und trägt zur allgemeinen politischen Instabilität bei.

Der Außenhandel
Wie schon erwähnt, sind die während des Krieges dem Ausland gewährten Kredite bei der Lieferung von Rohstoffen die wichtigsten Wachstumsfaktoren. Diese Forderungen beeinflussen in den 50er Jahren die wirtschaftliche Entwicklung entscheidend und führen zu zahlreichen Konzentrationserscheinungen:
1. Eine außerordentliche Abhängigkeit vom Außenhandel. Der Außenhandelsbeitrag stellt 1960 ein Viertel des gesamten Bruttosozialprodukts Lateinamerikas, aber nur ein Fünfzehntel jenes der USA dar.[5]
2. Eine außerordentlich starke Konzentration des Außenhandels auf

einige Länder. Etwa 50 % der Exporte gehen in die USA, etwa 50 % der Importe kommen aus den USA. Der Handel *zwischen* den lateinamerikanischen Ländern erreicht nicht einmal 10 %.

3. Ein Export-Übergewicht von ein oder zwei Produkten. Von zwanzig Ländern haben vierzehn ein »Hauptprodukt« mit einem Anteil von über 50 % an den Exporten; bei sieben Ländern beträgt der Anteil sogar mehr als 60 %.[6]

Deutlich ist zu erkennen, wie wichtig und wie störungsanfällig der Außenhandel in der wirtschaftlichen Entwicklung der lateinamerikanischen Länder ist. Das wird noch klarer, wenn man den langfristigen Trend und die kurzfristigen Schwankungen der Terms of Trade betrachtet. Der allmählichen Verschlechterung des Verhältnisses zwischen exportierten Rohstoffen und importierten Industriegütern einerseits und den häufigen Preisausschlägen für Rohstoffe auf dem Weltmarkt andererseits sind fast alle lateinamerikanischen Volkswirtschaften ausgesetzt.[7]

Wenn auch die günstige Ausgangsposition gegenüber dem Ausland den Wachstumsprozeß erst ins Rollen brachte, so bedeuteten die nach und nach sich verschlechternden Bedingungen im Außenhandel zugleich die Schaffung erster Krisenherde. Nehmen wir 1953 als Basisjahr, so lag der Index der Durchschnittswerte der Ausfuhr im Jahre 1957 bei 95 und 1961 bei 83, für die Einfuhr dagegen 1957 bei 104 und 1961 bei 98.[1]

Durch den Industrialisierungsprozeß trat ein weiteres Problem auf. Der steigende Bedarf an bestimmten Importgütern hatte zur Folge, daß die Wirtschaft diese Importgüter durch eigene Produkte zu ersetzen versuchte. Der dadurch entstandene zusätzliche Bedarf an Importgütern brachte jedoch zunächst eine weitere Gleichgewichtsstörung der Gesamtwirtschaft mit sich.

Der Außenhandel hat also entscheidend zur Entstehung erster Krisenelemente, insbesondere inflationistischer Tendenzen, beigetragen. Zum einen durch die wachsende Verschlechterung der Zahlungsbilanz; zum anderen durch die vielen Staatseingriffe, wie Preissubventionen und Begünstigungen bzw. Benachteiligungen einzelner Importe.

Wachstumskrisen und Inflation

In den 50er Jahren ging die wirtschaftliche Entwicklung und insbesondere die Kapitalbildung ständig mit Inflationsvorgängen Hand in Hand. Darauf haben wir schon bei unseren Ausführungen zur Entwicklung der Indu-

strie und des Außenhandels hingewiesen. Wir können jetzt die beiden Hauptursachen für die entstandenen Schwierigkeiten nennen:
1. Die hohen öffentlichen Ausgaben für dringende Industrie- und Infrastrukturinvestitionen, für die Sozialversicherung, für Ausfuhrsubventionen, Agrarkredite und Enteignungen; aber auch »politische« Ausgaben, die sich aus der anomalen politischen Lage ergaben.
2. Die Zahlungsbilanz: Die fortschreitende Verschlechterung der Terms of Trade macht die Zahlungsbilanz chronisch passiv. Deren Defizit wird in immer geringerem Umfang vom Netto-Kapitalzufluß kompensiert, weil dieser auch die steigenden Zins- und Dividendenzahlungen für das akkumulierte Auslandskapital decken muß.[1]
Inflation und Wachstumsfinanzierung sind eng miteinander verbunden. Die erste ist oft die Folge einer Wirtschaftspolitik, die die zweite garantieren will. Eine so eingeleitete Inflation regt ihrerseits wieder das Wachstum an, weil sie wenigstens bis zu einem gewissen Grade die Schuldner gegenüber den Gläubigern entlastet und zugleich gestattet, die Reallöhne konstant zu halten oder sogar zu senken – trotz nomineller Erhöhungen. Daß Inflationsvorgänge wachstumsfördernd wirken, gilt natürlich nur mit Einschränkungen. Wenn die Inflation stürmisch wird und sich nicht mehr kontrollieren läßt, wie es in vielen Ländern Ende der 50er Jahre geschah[8], dann sind ihre Auswirkungen äußerst schädlich:
1. Die Investitionsneigung sinkt, weil die Zukunft unsicher erscheint. Der Kapitalzufluß aus dem Ausland hört auf, es setzt eine Kapitalflucht ein, die sogar zu Desinvestitionen führt. Davon wird besonders die sich erst allmählich etablierende Unternehmerschicht betroffen.
2. Die Währungssituation der lateinamerikanischen Länder wird international gesehen sehr prekär, wenn nicht katastrophal.
3. Wachsende Unzufriedenheit macht sich in der Bevölkerung breit. Denn die für den politischen Consensus wichtigen kleinbürgerlichen Schichten, die Arbeiter und Bauern, bekommen die Teuerung schmerzlich zu spüren.

Internationale Ereignisse kamen Ende der 50er bis Anfang der 60er Jahre hinzu und verschlimmerten die interne Lage. Die Rezession in den USA 1957 wirkte sich international aus. Die cubanische Revolution löste unter den nord- und südamerikanischen Kapitalisten eine Welle der Angst und der Unsicherheit über das Schicksal Lateinamerikas und der dortigen Investitionen aus. Die Unruhen in Panama, die Verstaatlichung der Erdöl-

gesellschaften in Argentinien und Brasilien steigerten die Angst weiter. All diese Momente behinderten die wirtschaftliche Entwicklung oder brachten sie zum Stillstand. Zwischen 1957 und 1962 sanken fast überall die Investitionen, es wurde sogar desinvestiert. Die lokalen Kapitalisten brachten einen Großteil ihres Geldes ins Ausland. Die Amerikaner interessierten sich wieder mehr für Europa, wo sie in den 60er Jahren ihre größten Investitionen tätigten.

Aktive Kräfte und Interessen in dieser Periode

Die Ereignisse dieses Jahrzehntes waren ein Beweis für die Schwäche jener Kräfte, die für eine Politik der Reformen und des Fortschritts eintraten. Ihre Schwäche war hauptsächlich die der lokalen kapitalistischen Schicht. Sie erwies sich als unsicher und ohne eigenes Profil. Als Gegenspieler der Großgrundbesitzer, der Rohstoffmonopole und der internationalen Monopole, für die sie die potentielle Konkurrenz darstellte, war sie völlig außerstande, den gewünschten Entwicklungsprozeß in Gang zu setzen. Die lokale kapitalistische Schicht wählte daher den Weg des geringsten Widerstandes. Sie gab sich mit den städtischen Märkten zufrieden und beteiligte den Staat oder die ausländischen Monopole an ihren Geschäften. Ihr unternehmerischer Geist wich einer »Rentier-Haltung«: kriselte es, so wurde das Kapital im Ausland angelegt. Nach und nach enger werdende Beziehungen und Verflechtungen mit den Großgrundbesitzern ließen ihre Eigenart innerhalb der Schicht der bürgerlichen Privilegierten schwinden.

Die Gruppen, die an ihren gewagten Plänen eines Reform-Kapitalismus festhielten, befanden sich somit in einer prekären Lage, in der sie immer abhängiger von der jeweiligen politischen Situation wurden.

Die kapitalistisch-reformistischen Kräfte wurden auch von der Unentschlossenheit der amerikanischen Export-Monopole geschwächt. Diese besaßen zwar ein Interesse, ihren Absatzmarkt in Lateinamerika auszubauen, doch war dieser Markt für sie nicht von erstrangiger Bedeutung, da seine Vorteile nicht sicher genug erschienen.

Oft mag eine Umstellung auf andere Märkte für den Imperialismus vorteilhaft sein, wenn er damit politischen Risiken ausweichen kann und wenn die Umstellungskosten sich in Grenzen halten. Der vollkommene Sieg des reformistischen Kapitalismus in Lateinamerika würde überdies einige Nachteile für die amerikanische Industrie mit sich bringen. Der Re-

formismus fördert die Errichtung eigenständiger konkurrenzfähiger Unternehmen. Die Entscheidung für oder gegen einen reformistischen Kapitalismus trifft also die Exporteure der USA mit unterschiedlicher Wirkung. Die Investitionsgüterindustrie wird eine zustimmende Haltung einnehmen, da der Industrialisierungsprozeß ihr die größten Chancen bietet. Eine ablehnende Haltung dem Reformismus gegenüber werden jedoch alle jene Industrien einnehmen, für die die Gefahr besteht, daß die von ihnen importierten Erzeugnisse allmählich durch heimische Produkte ersetzt werden.

Außerdem kommt es auf die Nuancen einer Industrialisierungspolitik an. In der ersten Phase der Industrialisierung gibt es kaum Länder, die bei ihren wirtschaftlichen Anstrengungen den US-Unternehmen völlig freie Hand lassen. Denn meist sind solche Anstrengungen von stark nationalistischen Vorstellungen in der Politik gekennzeichnet. Deshalb ist es verständlich, wenn die US-Monopole sich oft mit den bereits expandierenden Märkten der Großstädte zufrieden geben oder nur die ersten lokalen Unternehmen mit (möglichst veralteten) Ausrüstungen beliefern. Den Einfluß der jeweiligen politischen Führung versuchen die Monopole durch Kapitalabzug oder verlangsamte Investitionen auszugleichen.

Die Auswirkungen der Entscheidung für oder gegen den Reformismus treffen jedoch nicht nur die US-Exporteure. Auch die traditionellen Kräfte der Großgrundbesitzer und der Rohstoff-Monopole sind betroffen. Ihre ablehnende Haltung resultiert aus ihren reaktionären Vorstellungen, die diese Gruppen zu einem homogenen Faktor machen.

Den Massen gelang es dagegen noch nicht, einen eigenen politischen Weg zu formulieren. Sie stehen weder hinter den Konservativen noch hinter den Reformisten. Ihre Position ist unklar. Der großen Zahl von Kleinbauern, Pächtern und Tagelöhnern fehlt eine stabile politische Organisation und Führung. Wo dieser Mangel behoben wurde – in Mexiko, in Cuba –, ist der Wandel einschneidend. In Mexiko entstand ein Kapitalismus auf fester Grundlage; in Cuba etablierte sich der Sozialismus. In den anderen Ländern Südamerikas gibt es bisher nur in den großen Städten Ansätze für politisch bedeutsame Artikulationen der Massen. Hier entstehen auch die spontanen, nicht organisierten und zufälligen Formen der Revolte.

Die Macht und die Schwäche der Massen in Südamerika besteht immer noch darin, daß die Politiker, die auf sie setzen, ihnen nicht dienen wollen,

sondern sich ihrer bedienen wollen. Die Schlagkraft der Massen kann reaktionäre oder reformistische Neuerungen verhindern, sie kann aber keine positive Alternative hervorbringen.
In entscheidenden Momenten fällt deshalb immer wieder kleinen Gruppen mit Sonderstellungen, z. B. der Armee, die Schlüsselposition für politische Entscheidungen zu. Militärregime »neuen Typs«, auf die wir später zu sprechen kommen, lösten auf diese Weise die liberal-demokratischen Regierungen ab, die ihrerseits zwischen 1958 und 1960 in Wirtschaftskrisen mit gleichen Mitteln ihre Vorgänger beseitigt hatten.
Für den Imperialismus sind solche politischen Verhältnisse äußerst günstig. Da er über eine militärische und wirtschaftliche Übermacht verfügt und seine Ziele genau kennt, kann er kurzfristig die eine oder andere politische Gruppe unterstützen und sie für den eigenen Vorteil nutzen.
Es ist sicher kein Zufall, daß die »Allianz für den Fortschritt« von der amerikanischen Regierung genau in dem Moment vorgeschlagen wurde, in dem der Kapitalismus in Südamerika ernste Rückschläge erlitt.

3. Die Allianz für den Fortschritt und die heutige Lage

Die amerikanische Entscheidung, einen neuen reformistischen Weg einzuschlagen, ist nicht nur aus der krisenhaften Lage in Lateinamerika zu erklären. Vielmehr war sie mit Kennedys »Politik der New Frontier« verbunden, die eine fortschrittlichere Gestaltung des Kapitalismus und Imperialismus der USA anstrebte.
Die Hauptmerkmale dieser Politik sind:
1. Die Expansion der Gesamtnachfrage und die Planung des Wachstums wird für weit größere Gebiete und weit längere Zeitspannen angestrebt, als dies früher der Fall war. Die unterentwickelten Länder sollen die ergiebigen Absatzmärkte der Zukunft werden. Ihre Entwicklung darf nicht mehr dem Zufall überlassen bleiben.
2. Das Vertrauen auf die friedliche Koexistenz mit der Sowjetunion und auf gewisse Tendenzen der Wandlung innerhalb der sowjetischen Gesellschaft, mit deren Hilfe man die kapitalistische Herrschaft über weite Teile der Welt festigen und noch auf Länder ausdehnen will, die bisher am Rande der Ost-West-Auseinandersetzungen standen.

Das Programm der Allianz

Die Grundlage für die Konzeption der Allianz bilden Analysen der mittel- und südamerikanischen Lage, die verschiedene reformistische Nationalökonomen schonungslos aufgestellt haben. Der bekannteste dieser Ökonomen ist Raoul Prebisch.[9] Die Analysen heben zwei große Schwierigkeiten hervor: Das niedrige Einkommen läßt nur geringe Ersparnisse, d. h. eine geringe Kapitalbildung zu; die unelastische Nachfrage nach Rohstoffen beeinflußt immer wieder ungünstig die Terms of Trade und verhindert jeden Außenhandelsgewinn. Sie sperrt also die zweite mögliche Kapitalquelle. Dementsprechend werden zwei Forderungen aufgestellt: Es sollen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die inländischen Ersparnisse steigen. Das Sozialprodukt soll »diversifiziert« werden, damit man nicht von den unsicheren Rohstoffexporten abhängt. Dabei soll natürlich auf eine rationale Arbeitsteilung auf internationaler Ebene Rücksicht genommen werden, ganz im Sinne der klassischen Lehre der komperativen Kosten.

Welches sind nun die Mittel, diese Forderungen zu realisieren? Für das erste Ziel ist jede Hoffnung auf ein Steigen der Ersparnisse von sich aus oder auf Außenhandelsgewinne trügerisch. Zwangssparen scheidet im Hinblick auf das niedrige Pro-Kopfeinkommen aus. Die einzige Lösung ist das Auslandskapital. Damit es aber Früchte tragen kann, sind sowohl eine Agrar- als auch eine Fiskalreform unentbehrlich, um die interne Akkumulation zu erleichtern und der Verschwendung einen Riegel vorzuschieben. Zur Erreichung des zweiten Ziels sollen die ausländischen Anlagen nicht mehr auf den Sektor der Rohstoffproduktion konzentriert bleiben. Der Staat seinerseits soll die inländischen Unternehmungen entsprechend der Auslandsnachfrage fördern. Impulse aus dem Außenhandel könnten außerdem auch durch die Schaffung eines südamerikanischen gemeinsamen Marktes gewonnen werden. Von den Problemen, die eine solche Politik zu meistern hätte, sind zu nennen:

1. Währungsprobleme: da im Laufe der Umstellung die Zahlungsbilanz noch stärker defizitär wird und da jeder Stimulus auf der Geldseite Inflationsgefahren in sich birgt.
2. Beschäftigungsprobleme: weil sehr viele Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft entlassen werden und in Industrie und Handel zu einer Zeit unterkommen müssen, in der technische Ausrüstungen die Produktivität erhöhen und ungelernte Arbeitskräfte in großem Ausmaße freisetzen.

Angesichts solcher Schwierigkeiten halten nun die genannten Nationalökonomen eine staatliche Planung für eine absolute Notwendigkeit.[10]
Ihre Ansichten finden ihren Niederschlag – mit der entsprechenden Dosis Demagogie – im Vertrag von Punta del Este. In ihm sind folgende Ziele angegeben: Steigerung des Pro-Kopfeinkommens um 2,5 % jährlich; Diversifizierung der Wirtschaft; Stabilisierung der Preise; Industrialisierung; Erhöhung der Produktivität im Agrarsektor; Agrarreform; Beseitigung des Analphabetentums; Erhöhung der mittleren Lebenserwartung; Bau von billigen Wohnungen; lateinamerikanischer gemeinsamer Markt; Kontrolle des Geldtransfers.
Die USA verpflichten sich, für diese Ziele innerhalb von zehn Jahren 10 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen. Man rechnet außerdem mit weiteren Kapitalzuflüssen in gleicher Höhe aus privaten US-Quellen. Die USA sagen zu, daß politische Entscheidungen, die das gesamte Programm betreffen, gemeinsam und nicht einseitig von ihnen oder bilateral mit einem einzigen Land getroffen werden sollen. Die Hilfe wird von tatsächlichen Schritten zur Aktion abhängig gemacht.

Der Mißerfolg der Allianz und seine Ursachen
Die Allianz war ein im kapitalistischen Rahmen ernsthaftes Vorhaben. Die politischen Hürden, die sie nehmen mußte, verurteilten sie aber von vornherein zum Scheitern.
Obwohl sie grundsätzlich und auf lange Sicht auch praktisch mit den Interessen des Imperialismus und des lokalen Kapitalismus in Einklang stand, hatte sie keine tragfähige Klassengrundlage: Es gelang ihr deshalb nicht, die imperialistischen und kapitalistischen Gruppen für sich zu gewinnen. So wurde sie schon kurz nach ihrem Start zu einer kapitalistischen Utopie. Praktisch verlor sie jede Brisanz und sank auf das übliche Niveau von imperialistischen »Hilfsmaßnahmen« herab.
Die Faktoren ihres Mißerfolgs sind folgende:
1. Der erhoffte Zufluß von privaten US-Kapitalien unterblieb. Die Amerikaner investierten weniger als in den 50er Jahren. Die optimistische Investitionswelle gleich nach Vertragsunterzeichnung verebbte bald. Die Höhe von 300 Millionen Dollar US-Investitionen jährlich – die Mindestschätzung – wurde nicht erreicht. (Die instabilen lateinamerikanischen Verhältnisse ließen Europa trotz niedrigerer Zinssätze für amerikanische Anleger wieder attraktiv werden.)[11]

2. Zum Ausgleich dieser Nachteile wären verstärkte öffentliche Investitionen notwendig gewesen, insbesondere über staatliche US-Kredite. Der Kongreß kürzte aber die zugesagten Kreditbeträge und verschlechterte die Kreditbedingungen. Das Weltraumprogramm und der Krieg in Vietnam verengen spürbar den Spielraum im amerikanischen Staatshaushalt. Zahlungsbilanzschwierigkeiten der USA ließen die Kreditklauseln erstarren: die Verpflichtung, in den USA zu kaufen und US-Schiffe für den Transport zu benutzen.
3. Die Schwäche der embryonalen kapitalistischen Schicht in Lateinamerika paarte sich mit einem gewissen Mißtrauen den Vereinigten Staaten gegenüber. Ihrer Reaktion auf den Appell der Allianz fehlte jeder Schwung. Sie war außerstande, die Reformen einzuleiten und damit die Bedingungen für die Kreditgewährung zu erfüllen. Die konzentrierte jähe Kraftanstrengung, auf die die Initiatoren der Allianz hofften, unterblieb.
4. Die traditionell Privilegierten operierten gegen die Allianz. Ihre Ziele und das geplante Tempo ihrer Realisierung waren ihnen überaus unangenehm.
Die »Lawine« kam also nicht ins Rollen. Die Allianz änderte an der vorgefundenen Lage nichts Wesentliches. Auch die ihr zur Verfügung stehenden Geldmittel erreichten nicht den Ansatz.[12] Ein allgemeiner wirtschaftlicher Fortschritt ist nicht erkennbar, außer dort, wo die USA außerhalb des Rahmens der Allianz intervenierten. Die Reformen wurden zu Scheinreformen – wie die Agrarreform in Venezuela, Kolumbien und Peru – und nahmen auf das gemeinsame Programm keinen Bezug. Das politische Schaukelspiel der vielen Gruppen und Grüppchen hörte nicht auf, um der Herrschaft eines neuen, stabileren Kapitalismus Platz zu machen. Die Unzufriedenheit, die Proteste, die bewaffneten Aufstände nahmen nicht ab, sondern eher zu.

Andere Pläne imperialistischer Färbung

Der Mißerfolg der »Allianz für den Fortschritt« bedeutet freilich nicht, daß der US-Imperialismus in Lateinamerika gescheitert wäre. Die Allianz stellt nur eines seiner Mittel dar. Noch wichtiger ist die »Organisation amerikanischer Staaten«[13], die die natürliche Ergänzung zur Allianz darstellt. Ihre Aufgabe besteht in der militärischen Intervention überall dort, wo die Stabilität des Systems gefährdet ist (siehe Kennedys Politik gegenüber Cuba).

Die generelle Unterstützung von Militärregimen in Südamerika hindert die USA nicht, sich mit Reformplänen zu beschäftigen, denn der Reformismus bleibt weiterhin ein Mittel zum Zweck: Revolutionen im Keim zu ersticken und die Herrschaft über Lateinamerika zu behalten.
Dabei sind zwei Aspekte zu berücksichtigen:
1. Die durch den Reformismus beseitigten und die neu hervorgerufenen Spannungen. Die letzteren können so stark sein, daß man von Reformversuchen ganz absieht. Aber ebenso sind Entwicklungen denkbar, in denen die USA die Kontrolle nicht verlieren oder die nur geringe Eingriffe von außen erforderlich machen.
2. Die Risiken, die eine reformistische Politik eingeht, hängen nicht nur von der politischen Lage in dem betroffenen Land, sondern auch von der Weltlage ab. Die verschiedenen imperialistischen Richtungen unterscheiden sich dabei durch ihre Risikobereitschaft.
Was Südamerika angeht, so haben sich die verschiedenen imperialistischen Positionen ganz scharf abgezeichnet. Einerseits vertritt Senator Fulbright die Meinung, so tiefe soziale Veränderungen, wie sie die Allianz anstrebt, könnten nicht ohne Konflikte bewältigt werden. Andererseits gibt es die Meinung, solche Konflikte dürfe man nicht aufkommen lassen. Die »Stabilität« müsse in jedem Fall durch das Militär gewährleistet werden, weil die Polizei dazu nicht ausreiche.[14] Diese Vorstellung war offenbar in den letzten Jahren für die Politik der USA ausschlaggebend. Die Situation in Lateinamerika ist eben derart, daß die Amerikaner nicht hoffen können, einschneidende Reformen würden einen kontrollierbaren Prozeß in Gang setzen. Die lokale kapitalistische Schicht, die in jedem Reformplan die zentrale Rolle spielt, ist zu schwach, um die Reformen auch nur auslösen, geschweige denn später unter Kontrolle halten zu können. Ein Druck der Vereinigten Staaten würde nur den Verlust der traditionellen Sympathien der Großgrundbesitzer und der Rohstoffmonopole bedeuten.
Die derzeitige Weltlage erhöht zudem das Risiko, das jede neue imperialistische Initiative in sich birgt. Cuba und Vietnam waren sehr lehrreich: Sie legen den USA nahe, unter keinen Umständen Freiheitsbewegungen zu fördern, die am Ende antiimperialistische Bewegungen werden können. Deswegen die immer härter werdende Kontrolle, deswegen die bewaffnete Intervention in San Domingo.
Das enorme militärische Potential der USA mag ihre Entscheidung für die

Politik der Stärke begünstigt haben. In anderen Situationen hat sich der Kapitalismus für Reformen entschieden, aber immer nur dann, wenn keine andere Alternative bestand. Darin sind also die Gründe zu suchen, die die USA von dem »Radikalreformismus« von Punta del Este weg und zur Unterstützung von Regimen wie dem der »Gorillas« in Brasilien oder dem von Barrientos in Bolivien führten.

Die heute von den USA unterstützten Regierungen

Die Macht der USA ermöglichte in Brasilien den Sturz von Goulart und den Erfolg der Gorillas, in San Domingo stoppte sie Bosch, in Venezuela hält sie Leoni auf dem Regierungssitz. Anderswo begünstigte sie den Übergang zu »halbdemokratischen« Regierungsformen (um die Bezeichnung Withers' zu gebrauchen): in Peru mit Belaunde Terry, in Guatemala mit Mendez Montenegro, ebenso in Columbien. Auch in San Domingo wurde das alte Militärregime nicht beibehalten.

Man mache sich über diese »Halbdemokratien« freilich keine Illusionen. Der Name will sie bloß von den traditionellen Militäroligarchien, wie sie in Haiti und Paraguay bestehen, unterscheiden. Sie sind nicht mehr der schroffe Ausdruck der lokalen Privilegien, sie sind eher ein auf langfristige Stabilisierung bedachtes Organ der imperialistischen Politik. Darauf weist alles hin: die repressiven Methoden in wichtigen Fragen, die nur scheinbar demokratische Auseinandersetzung, die Mitarbeit von ausländischen, modern ausgebildeten Volks- und Betriebswirten in leitenden Positionen.

Das Ziel, eine starke lokale kapitalistische Schicht entstehen zu lassen, hat man dabei nicht aus den Augen verloren. William Withers sagt auch ausdrücklich, nach dem Sturz einer bürgerlich liberalen Regierung garantiere nur ein Militärregime die Fortsetzung der bürgerlichen Politik. Darin bestehe die einzige wünschenswerte Alternative. Halte man die Löhne niedrig und ermutige man den Unternehmer, seine Profite im Inland zu investieren, so werde der *take-off* schnell erfolgen. Dazu sei eine stabile Periode von mindestens fünf Jahren notwendig, in der die Regierungen – egal ob bürgerlich oder militärisch – die private Initiative begünstigen müßten.

Die Halbdemokratien entsprechen durchweg diesen Erfordernissen. Die Gewalt erlaubt ihnen eine mit den vorhergehenden Zuständen nicht vergleichbare wirtschaftliche Stabilisierung; die Löhne werden direkt und

nicht über deflationäre Maßnahmen gedrückt. Zur Deflation greift man trotzdem gelegentlich. Erscheint das Regime genügend zuverlässig, so steigern die USA ihre Kapitalhilfe, um zu vermeiden, daß die straffe wirtschaftliche Kontrolle Wachstumseinbußen zeitigt.[15] Die repressive Gewalt wird also nicht zugunsten der privilegierten Schichten etabliert, sondern sie ist klar auf das Ziel gerichtet, einen lebensfähigen lokalen Kapitalismus zu entwickeln.

Dazu dienen vorsichtige Reformen: Agrarreformen in Venezuela und Peru, die Brachland oder staatliches Land verteilen; Steuerreformen in Peru; steuerliche Beeinflussung der Investitionen in Brasilien (geplant); höhere Besteuerung der Erdölgesellschaften in Venezuela. Ihr unmittelbarer Effekt ist jedoch gleich null. Ihre Funktion besteht darin, eine »neue Tendenz« anzuzeigen, damit die Massen beruhigt und die alten Klassen zur Anpassung an den neuen Kapitalismus ermuntert werden können. Von den Gegenpolen Stabilität und Fortschritt bevorzugen die Reformer die Stabilität, während es nach dem Programm der Allianz gerade umgekehrt sein sollte. Dies gilt übrigens auch für die Länder Chile und Uruguay, die formal demokratisch regiert werden. Chile verfolgt mit härtesten repressiven Mitteln und mit Hilfe strengster Lohnkontrollen eine drastische Politik der wirtschaftlichen Stabilisierung. Seine Reformen (Landwirtschaft, Kupferbergwerke) sind schärfer als in anderen Ländern. Im Vergleich zum Programm der Allianz jedoch sind sie wie üblich verwässert.

Unter dem mehr oder weniger direkten imperialistischen Druck der USA vereinheitlicht sich in ganz Lateinamerika die Politik, und die Regierungstypen gleichen sich einander an.[16] »Demokratische« Länder (Chile, Uruguay), »halbdemokratische« Länder und Diktaturen (Brasilien, Peru, Columbien, Venezuela, Guatemala) konzentrieren ihre Anstrengungen darauf, gleiche Verhältnisse herzustellen: einen im Gleichtakt mit den ausländischen Interessen funktionierenden Kapitalismus, d. h. die Bildung einer lokalen kapitalistischen Schicht, die ohne Konflikte in der alten Struktur ihren Platz findet.

Auf kurze Sicht hat diese Politik eine trügerische Stabilität hervorgebracht. Offen bleiben aber die Grundfragen:

1. Schnelleres Wachstum und gesellschaftliche Entwicklung;
2. Der Balanceakt der Regierung zwischen den Interessen der alten großbürgerlichen und der neu entstehenden unternehmerischen Schicht;
3. Die Eindämmung der Massen.

Die Politik der Stabilisierung geschieht ganz auf Kosten der Massen. Werden die langsam eingeleiteten Reformen und die Androhung von Gewalt den Aufstand der Massen verhindern können? Werden die bereits agierenden Guerilleros Anhänger finden? Die USA jedenfalls haben sich auf militärische Interventionen eingestellt: entweder auf kurzfristige wie in San Domingo oder auf langfristige wie in Vietnam. Aber das Beispiel Vietnam zeigt, daß die technisch-militärische Überlegenheit heute nicht mehr den Ausschlag geben muß. Sehen wir zu, ob Lateinamerika die Vereinigten Staaten zu einem solchen Kampf zwingen kann.

Anmerkungen

1 Vgl. William Withers, *The Economic Crisis in Latin America*, Glencoe 1964.
2 Vgl. Franco Coni, I monopoli USA e l'economia latino americano, *Quaderni Piacentini*, Nr. 31, 1967.
3 Vgl. Celso Furtado, Les Etats-Unis et l'avenir de l'Amérique Latine, *Esprit*, 8/1966.
4 Vgl. Anhang, S. 29.
5 Da in Lateinamerika neben der Geldwirtschaft auch die Haus- und Tauschwirtschaft eine wichtige Rolle spielen, muß der Anteil niedriger geschätzt werden.
6 Vgl. Bo Gustafsson, Versuch über den Kolonialismus, *Kursbuch 6*.
7 Ein anschauliches Beispiel hierzu gibt Josué de Castro (*Le Monde*, 8. 3. 67): 1954 waren 14, 1962 aber 39 Kaffeesäcke erforderlich, um einen Jeep zu kaufen.
8 Der Index der Einzelhandelspreise, Basis 1953, steigt bis 1959 auf

3005 in Bolivien
1043 in Chile
464 in Argentinien
326 in Brasilien
244 in Uruguay

Vgl. *UN Statistical Yearbook 1960*.
9 Als die Allianz lanciert wurde, war Prebisch der Leiter der »UN Economic Commission for Latin America«. Danach übernahm er zusätzlich die Leitung der »Kommission der neun Weisen«, die die Wirtschaftspolitik der Allianz entwerfen sollte.
10 Vgl. Raul Prebisch, *The Alliance for Progress: Problems and Perspectives*, Baltimore 1963.
11 Vgl. Harry Magdoff, Les aspects économiques de l'impérialisme américaine, *Les Temps Modernes*, 3/67.
12 Vgl. A. P. Lentin, Des Experts de Punta del Este aux »bérets verts« de Santa Cruz, *Partisans*, 2/67.
13 Die Organisation Amerikanischer Staaten wurde 1948 gegründet. Ihr Motto: Panamerikanismus, d. h. Solidarität zwischen allen Staaten des amerikanischen Kon-

tinents. Die OAS sollte als Basis für die zwischenstaatlichen Beziehungen innerhalb Amerikas dienen. Bedeutender jedoch war die Abmachung, daß die Streitkräfte der Organisation in all den Fällen eingreifen müssen, in denen eine nicht-amerikanische Macht die territoriale Integrität bzw. die politische Unabhängigkeit eines amerikanischen Staates bedroht. Nicht zufällig ist die OAS auf starken US-Druck hin gegründet worden. Sie hat ihren Sitz in Washington. Die USA versuchten von Anfang an eine Umfunktionalisierung der Organisation zu erreichen, damit ihre imperialistischen Eingriffe den Schein internationaler Übereinstimmung bekämen. So haben sie *nach* ihrer Intervention in San Domingo deren Sanktionierung durch die OAS verlangt. Mehrmals drängten die USA auf ein militärisches Einschreiten der OAS gegen Cuba. Doch hatten sie damit keinen Erfolg. Der Mangel an Solidarität verhinderte auf die Dauer den Ausbau der OAS-Streitkräfte. Die vorsichtig gewordenen USA rüsten jetzt nur noch zuverlässige Staaten auf.

14 Vgl. John S. Pustay, *Counter Insurgence Warfare*, New York 1965.

15 Ein typisches Beispiel ist Brasilien nach dem Putsch von Castelo Branco. Vgl. Ruy Mauro Marini, Brazilian »Interdependence« and Imperialist Integration, *Monthly Review*, 12/65.

16 Nicht alle lateinamerikanischen Staaten sind von dieser konvergierenden Bewegung erfaßt. Einige Diktaturen alten Stils, wie z. B. Paraguay, werden davon nicht berührt, und die USA denken nicht daran, sie aus ihrer Stagnation zu reißen. Ebensolche Ausnahmen bilden Bolivien und Argentinien, wo die politischen Schwankungen so groß sind, daß keine Tendenz erkennbar wird.

Anhang

Einige Daten über die Landwirtschaft Lateinamerikas

Landwirtschaftliche Betriebe Lateinamerikas nach Größenklassen, 1950

Fläche in ha	Anteil an der Gesamtzahl der Betriebe	Anteil an der gesamten Betriebsfläche
0–20	72,6	3,7
20–100	18,0	8,4
100–1000	7,9	23,0
über 1000	1,5	64,9

Quelle: Oscar Delgado, »Estructura y reforma agraria en Latinoamerico«, in: *Problemi dell'America Latina*, hrsg. v. A. O. Hirschmann, Bologna 1962.

Der Anteil der landwirtschaftlich genützten Fläche beträgt

in Lateinamerika	5%
in den USA	18%
im Weltdurchschnitt	7%

Vgl. W. Withers, a.a.O., S. 101.

Von der landwirtschaftlich genutzten Fläche entfallen auf Betriebe mit mehr als 1000 ha folgende Anteile (1954):

Argentinien 74,8	Cuba 36,1	Nicaragua 32,8
Bolivien 61,4	Ecuador 45,0	Panama 12,6
Brasilien 50,8	El Salvador 19,9	Paraguay 93,8
Chile 73,2	Guatemala 40,8	Peru 66,5
Columbien 34,0	Honduras 20,6	Dominik. Rep. 53,3
Costa Rica 29,6	Mexico 55,6	Uruguay 55,8

Quelle: De Sanctis, »Cenni panoramici sul problema agrerio in America Latina«, *Problemi del socialismo* 10/63.

In diesem Artikel unterscheidet De Sanctis:

1. Latifundien aus der Kolonialzeit mit halbfeudaler Struktur.
2. Latifundien aus der Zeit der Unabhängigkeit, die patriarchalisch geführt werden.
3. Latifundien im Besitz von Unternehmern aus imperialistischen Ländern.

Die erste Gruppe ist hauptsächlich an der Küste des Pazifik verbreitet. Der Anteil der genutzten Fläche ist bei dieser Form der Latifundien minimal. Ihre Besitzer kümmern sich um nichts. Sie verteilen winzige Stücke ihres Bodens an die Indios gegen einige unbezahlte Arbeitstage pro Woche oder gegen einen Teil der Ernte. Die Bodennutzung ist primitiv und extensiv. Die Bauern einer solchen Latifundie sind noch nicht einmal zur Phase des Tauschhandels gelangt. Sie versorgen sich weitgehend selbst.

Zur zweiten Gruppe gehören die Latifundien der Burguesia terrateniente (der ländlichen Bourgeoisie). Dort wird Viehzucht betrieben und Personal beschäftigt. Diese Form ist besonders in Argentinien verbreitet.

Die dritte Gruppe ist typisch für Mittelamerika. Hier herrscht die Monokultur mit frühkapitalistischen Verhältnissen vor (intensive Ausbeutung der Arbeitskräfte). Dazu kommen die Bemühungen der ausländischen Unternehmer, die Industrialisierung zu verhindern. Ein gutes Beispiel für diese Taktik ist die United Fruit Company, die außer in den sechs mittelamerikanischen Republiken auch noch in Ecuador und Columbien tätig ist. Sie kümmert sich nicht nur unmittelbar um ihre Latifundien, sondern verpachtet auch Kleinstbetriebe und kauft dann die Ernten auf Grund ihrer monopolistischen Stellung auf.

Welche Bedeutung die Monokultur für Lateinamerika hat, geht deutlich aus folgenden Daten hervor (Withers, S. 147):

Anteil der lateinamerikanischen Ausfuhr am Weltverbrauch, 1959:

73% des Weltkonsums an Kaffee
57% des Weltkonsums an Zucker
78% des Weltkonsums an Bananen
8% des Weltkonsums an Kakao

Anteil eines Produkts an der Gesamtausfuhr, 1959:

Brasilien, Kaffee	58%	Kaffee und Kakao	64%
Columbien, Kaffee	77%		
Guatemala, Kaffee	72%	Kaffee und Bananen	85%

Der bewaffnete Aufstand

1. Die bürgerliche Revolution und der Kampf gegen den Imperialismus

Welches Verhältnis besteht in Lateinamerika zwischen der bürgerlichen Revolution und den revolutionären Bewegungen gegen den Imperialismus? Ist es möglich oder sogar unvermeidbar, daß der Weg zum Sozialismus über eine »bürgerlich demokratische Phase« führt?
Ehe wir uns mit diesen Fragen beschäftigen, müssen wir darstellen, was unter »bürgerlicher Revolution« zu verstehen ist. Hierzu gibt es drei mögliche Interpretationen:
1. Ein von der Bourgeoisie unterstützter Reformismus, der sich gegen lokales Proletariat, vorkapitalistische Klassen und imperialistische Macht scharf als eigene Interessengruppierung absetzt. Ein Regime dieser Art fällt nicht aus dem Rahmen der imperialistischen Politik; es entzieht der Revolution ihre Prämissen, statt sie herbeizuführen.
2. Eine Entwicklungsphase, in der bestimmte ökonomische und soziale Veränderungen vollzogen werden müssen, sei es unter bürgerlicher Führung, sei es unter einer Diktatur des Proletariats.
3. Der Aufstieg der lokalen kapitalistischen Schicht zur Macht, nach gewonnenem Kampf gegen die vorkapitalistische Agrarschicht und die jeweils vorherrschenden ausländischen Monopole.
Uns interessiert hier besonders die letzte Interpretation. Ist ein solcher Fall für Lateinamerika denkbar?
Die Ereignisse der letzten 20 Jahre zeigen deutlich, daß eine hierzu fähige kapitalistische Schicht nicht vorhanden ist. Die bürgerlichen Gruppen sind zahlenmäßig schwach und besitzen kein ausgeprägtes Klassenbewußtsein. Ihre Beziehungen zu den Großgrundbesitzern und den Imperialisten sind eng, so daß sie sich eigentlich nur vom Proletariat deutlich als eigene Gruppe abgrenzen. Die Folge davon ist, daß die bürgerlichen Gruppen kaum in politische Führungspositionen aufrücken. Wenn sie es dennoch schaffen, war die Unterstützung seitens der Großgrundbesitzer, der Militärs oder der Imperialisten entscheidend. Entsprechend beschränkt ist des-

halb ihre politische Wirkungsmöglichkeit. Ein Aufstieg als Vertreter der Massen ruft bald die Reaktion der Privilegierten und des Auslandes hervor. Die Auswirkungen dieser Reaktion führen schließlich zum Sieg der Konterrevolution: Siehe Santo Domingo.

Aber auch wenn die »bürgerliche Revolution« die erste Reaktionswelle überstehen sollte, gelingt es ihr nicht, ihre Macht zu konsolidieren und auf längere Zeit zu behalten. Um die für das wirtschaftliche Wachstum notwendige Kapitalbildung einzuleiten, kann sie weder mit den Mitteln der alten Privilegierten noch mit denen des Auslandes rechnen. Ihre Alternative ist: Inflation oder Zwangssparen. Beide Formen der Kapitalbildung bringen enorme Entbehrungen für die Bevölkerung mit sich.

Der Widerspruch ist eklatant: Je mehr sich die bürgerlichen Gruppen von den alten Reaktionären entfernen, desto mehr müssen sie sich auch mit den Massen verfeinden. Das klassische Beispiel dafür bietet Goularts Brasilien.

Die Formel, eine Phase der bürgerlichen Revolution sei als Übergangsstadium notwendig, wird nach all dem zu einem Schlagwort, das den Mangel an oppositioneller Schärfe gegenüber reaktionären Regierungen rechtfertigen soll (Frei in Chile, die Liberalen in Columbien).

Manche nehmen diese Regierungen nicht ernst, d. h. sie sehen sie nicht als »bürgerlich revolutionär«, sondern als pseudorevolutionär an. Sie glauben deshalb an eine mögliche Umfunktionalisierung: der freie Spielraum, den die bürgerlichen Pseudorevolutionäre lassen, soll systematisch ausgenutzt werden. Diese Konzeption geht in erster Linie von der Berücksichtigung praktischer Schwierigkeiten aus. In einigen Ländern (Argentinien, Uruguay) sind heute die Aussichten für einen Guerilla-Kampf denkbar ungünstig. Anderswo ist das Risiko, daß er vom amerikanischen Imperialismus sofort niedergeschlagen wird, sehr groß. Man hofft deswegen, ein bürgerliches Regime, das hinreichend gemäßigt ist, um keine US-Intervention herauszufordern, werde den revolutionären Kräften Entfaltungsmöglichkeiten bieten. Die Atempause könnte für die Aufklärung der Massen, für den Auf- und Ausbau einer Organisation und für die Verstärkung der eigenen militärischen Kraft genützt werden. Diese Hoffnungen sind allerdings vollkommen illusorisch. Ein Regime wird von den USA nur dann akzeptiert werden, wenn es ausreichend Kontrolle und Repression ausübt, d. h. wenn es sich nicht umfunktionalisieren läßt, also genau den Spielraum eliminiert, den man auszunutzen hofft.

2. *Die kommunistischen Parteien*

Außer in Argentinien, Mexico, Uruguay und Chile sind die kommunistischen Parteien in Lateinamerika von kleinbürgerlichen Intellektuellen gegründet worden. Sie analysierten die Lage ihres Landes nicht unmittelbar, sondern richteten sich automatisch nach den Beschlüssen der Komintern oder nach den Programmen der Schwesterparteien in Europa. Auch dort, wo sich die kommunistischen Parteien als extremer Flügel von den Sozialisten abspalteten oder zunächst anarchistische Gruppen darstellten, hatte die ideologische Bindung an die noch im Umbruch befindliche Sowjetunion Vorrang. Die einzige Ausnahme war Brasilien.

Wir können die kommunistischen Parteien Lateinamerikas vereinfachend in drei Gruppen einteilen, nämlich nach dem Zeitpunkt ihrer Gründung: a) 1923-1928, b) 1928-1935, c) 1935 bis heute. Die Parteien der ersten Gruppe wurden von Intellektuellen und von Eliten der Arbeiter und Handwerker gegründet, unter denen politische Emigranten häufig eine bedeutende Rolle spielten. Bemerkenswert ist hier die Geschichte der cubanischen KP. Ihr prominentester Intellektueller, Julio Antonio Mella, mußte nach Mexico flüchten und wurde dort 1929 von Machados Agenten ermordet. Von 1934 an kollaborierte die Partei mit Fulgencio Batista und wurde sein verlängerter Arm bei den Gewerkschaften. Aus ihren Reihen wurden Martinello und Rodriguez in die Regierung der ersten Diktatur Batista aufgenommen.

In anderen Ländern wurde dagegen von 1928 bis 1935 der Beschluß des 6. Kongresses der Komintern befolgt, jegliche Zusammenarbeit mit bürgerlichen Politikern einzustellen und das Wort »kommunistisch« offen zu führen.

In Peru und Venezuela setzte der linke Flügel der sozialistischen Parteien die Umbenennung durch. Die Kommunisten in Panama, Ecuador, Venezuela, Costa Rica und Haiti schlossen sich zusammen: lauter kleine Parteien, die kaum politischen Einfluß besaßen.

Die Befürwortung der Volksfront durch den 7. Kongreß der Komintern ließ dann in Nicaragua und Bolivien kommunistische Parteien entstehen, die allerdings an einer ziemlich diffusen politischen Konzeption litten. Die KP in Santo Domingo wurde 1942 von spanischen Emigranten gegründet.

Wie es auch immer zur Entstehung der lateinamerikanischen kommunisti-

schen Parteien kam, sie blieben im allgemeinen nichts anderes als eine Sektion der kommunistischen Internationale, deren Denkmodelle sie unkritisch und ohne Rücksicht auf die Realität ihrer eigenen Umwelt übernahmen. Typisch dafür ist ihre Überschätzung der zahlenmäßig schwachen Arbeiterklasse, ihre Unterschätzung der Bauern und ihre völlige Ignorierung der Millionen Ureinwohner. Der einzige, der diese Gesichtspunkte berücksichtigte, der peruanische KP-Führer Carlos José Mariategui, starb 1932 im Verdacht der Häresie.
Diese allgemeine politische Linie der kommunistischen Parteien wurde nur in Ausnahmefällen in Frage gestellt; sie ist bis heute unverändert geblieben. Man lese folgende Ausführungen eines führenden Kommunisten aus dem Jahre 1964, der in einem Andenland einen bewaffneten Aufstand vorbereitete:[1]

»Unser Ziel ist die Stärkung der nationalen Demokratien wie Bolivien, Chile, Mexico, Brasilien, damit sie eines Tages Anziehungspunkte für die Nachbarstaaten werden. Die nationalen Demokratien können sich nur auf Kosten des US-Imperialismus konsolidieren, weil dieser bestrebt ist, eine wirtschaftliche Unabhängigkeit, die seine Monopole beeinträchtigt, mit allen Mitteln zu verhindern. Der amerikanische Imperialismus ist so der natürliche Feind der nationalen Bourgeoisien. Für diese besteht nur die Chance, eine unabhängige Wirtschaft aufzubauen, wenn sie die Kapitalbildung durch eine ohne politische Auflagen gewährte Hilfe des sozialistischen Blocks in Gang bringen. Deshalb ist es die erste Aufgabe des sozialistischen Blocks, die eigene wirtschaftliche Macht ständig zu erhöhen. Es wird ihm dann möglich sein, den lateinamerikanischen Ländern technische Hilfe und langfristige Kredite zu gewähren. Seine Erfolge werden richtungweisend wirken und die nationalen Demokratien für den Sozialismus gewinnen.
»Wir müssen also das Heranreifen der nationalen Bourgeoisien abwarten, was nicht von einem Tag auf den anderen geschehen kann. Dieser Reifeprozeß bringt zwei Konflikte mit sich: den ersten mit dem Imperialismus, der nicht mehr wie früher als Ausbeuter auftreten kann; den zweiten mit dem Proletariat, das weiterhin von den bürgerlichen Unternehmern ausgebeutet werden wird. Gegen ein starkes Bürgertum ein starkes Proletariat. Wir müssen auf beide Konflikte setzen. Die nationalen Unternehmer sind noch sehr schwach, aber das soll uns nicht zur Isolierung und

zum Alleingang veranlassen, wozu viele wenig erfahrene Kommunisten neigen. Wir müssen nach allen Seiten hin Bündnisse schließen, ohne zu fürchten, der Mittelstand könne die Führung übernehmen. Viele aus den Reihen des kleineren und mittleren Bürgertums haben eine sehr realistische politische Einstellung. Andererseits entscheidet die internationale Politik in immer größerem Maße über Erfolg bzw. Mißerfolg von revolutionären Bewegungen. Es ist besser, nicht so hastig zu sein. Jedes Jahr, das vergeht, ändert die internationale Lage zugunsten des Sozialismus: Cubas Wirtschaft stabilisiert sich, in Osteuropa geht es aufwärts, neue sozialistische Länder entstehen.
»Würden wir heute gegen die nationale Bourgeoisie den Kampf beginnen, so würden wir nur das Heranreifen der gewünschten Voraussetzungen beeinträchtigen, vielleicht sogar erheblich verzögern. Die fortschrittlichen bürgerlichen Gruppen würden gleich wieder in die Arme der Amerikaner getrieben. Die Niederlage der Aufständischen wäre der Sieg der Reaktionäre. Vielleicht würden sogar die Scheinreformen in der Landwirtschaft und die Verstaatlichung von Bergwerken rückgängig gemacht; die USA würden die Schließung der sowjetischen Botschaft und der östlichen Handelsmissionen durchsetzen. Die größte Gefahr für Lateinamerika ist die Ungeduld, der Jakobinergeist: Man achtet nicht auf die ungünstigen Aktionsbedingungen und opfert seinen Illusionen eine sichere Zukunft.«

Diese allgemeine Konzeption nimmt in den verschiedenen Ländern verschiedene Gestalt an:
1. Im südlichen Dreieck, wo die Entwicklung ein relativ hohes Niveau erreicht hat, vertritt die KP theoretisch den »friedlichen Weg« als den einzig möglichen, sobald der Reformismus einmal Aussicht auf Erfolg hat: so in Chile. Öfter aber bekennt sie sich zur gemischten Taktik, die den Guerilla-Kampf nicht ausschließt.
2. In Brasilien, Venezuela und Columbien lehnt die KP den bewaffneten Aufstand ab, obwohl sie sich in der Illegalität befindet.
3. Nur in explosiven Situationen (Bolivien), in denen sich der Kampf von allein aufdrängt, akzeptiert ihn die KP, allerdings immer als Bestandteil einer gemischten Strategie.
4. Manche kommunistischen Gruppen endlich weichen offen von der Parteilinie ab und sehen im bewaffneten Kampf das einzige Mittel zur Er-

reichung ihres Ziels. Aber nur in Guatemala kontrollieren diese Gruppen die Partei, anderswo werden sie ausgeschlossen wie die Gruppe Bravo in Venezuela.
Schauen wir uns einige dieser Fälle näher an.

In *Chile* kam es anläßlich der Wahlen von 1964 zur Bildung einer Volksfront (Acción Popular), die sich für Allende und gegen Frei einsetzte. Die damalige Taktik der KP zeigt, daß eine Öffnung zum Reformismus hin fast bis zur Aufgabe jeglicher Opposition gehen kann. Wir wollen der Analyse folgen, die Régis Debray von dieser Situation gab:[1]
In den Monaten vor den Wahlen verstummte die KP als Verfechterin sozialer Ansprüche: ein sicheres Zeichen für ihre Bereitschaft, die von ihr zu vertretenden Interessen zu vergessen. Ihre kritischen Kommentare und Reaktionen zum politischen Geschehen wurden zahm. Die chilenische Regierung brach kurz vor den Wahlen die diplomatischen Beziehungen zu Cuba ab, und die KP Chiles wußte dagegen keine konkrete Aktion einzuleiten.
Sie versuchte ohne jegliches Auswahlkriterium, Wahlbündnisse zu schließen, und stellte ihre Anträge nacheinander den Liberalen, den Konservativen, den Freimaurern und anderen Gruppen. Das politische Programm des von der KP unterstützten Allende unterschied sich in der Substanz nicht von dem Freis. Der einzige Unterschied lag in den Wahlparolen.
Dieses strategische Konzept war nicht nur vorläufig, im Hinblick auf die Wahlen, formuliert worden. Vielmehr stand es so schon seit langem fest. Auf dem 12. Parteitag der chilenischen KP im März 1962 wurde nämlich beschlossen: Die These des friedlichen Weges ist keine taktische Verstellung, sondern ein wichtiger Bestandteil des kommunistischen Programms. Sie entspricht vollkommen dem Streben nach einer sozialistischen Gesellschaft und dem humanistischen Charakter des Marxismus-Leninismus. Die gegenwärtige Kräftekonstellation im In- und Ausland hat die Möglichkeit geschaffen, die Ziele der Revolution ohne Waffengewalt zu verwirklichen.
Viele andere kommunistische Parteien Lateinamerikas gehen in ihrer Theorie des friedlichen Weges nicht so weit wie die chilenische, schon deswegen nicht, weil sie in ihrem Land verboten sind. Faktisch haben aber auch sie auf den militärischen Kampf verzichtet und sorgen gelegentlich

sogar dafür, daß sich von revolutionären Feuerstätten aus kein Brand entwickelt.
In *Brasilien* zollte die KP Goulart eine treue und blinde Gefolgschaft. Als er mit seinem Reformismus 1964 seine eigentlichen Mandanten erschreckte und daraufhin gestürzt wurde, stand die KP völlig ahnungslos da. Noch wenige Tage vor dem Putsch erklärte der Parteivorsitzende, die Lage gebe keinen Anlaß zur Beunruhigung und man sei schließlich selbst in der Regierung. Kein Wunder, daß die Partei danach gar nicht fähig war, den Militärs durch Mobilisierung des Volkes zu begegnen oder in den Untergrund zu tauchen. Noch schlimmer: Sie wußte aus den Ereignissen keine Lehren zu ziehen, sie suchte nicht nach selbständigen Denk- und Organisationsformen. Sie sah sich im Gegenteil schamlos nach neuen Allianzen um. Mit Lacerda, dem ersten Mann der Reaktion, der sich mit den Militärs überworfen hat, steht sie heute in Kontakt. Eine Nationale Demokratische Front wird erwogen, ein riesiger Eintopf von zur Zeit stellenlosen Politikern, deren Opposition gegen das Regime meist nicht auf politischen Überzeugungen, sondern auf persönlichen Ressentiments und Ambitionen gründet.

In *Columbien* kennzeichnet Dienstbereitschaft gegenüber dem »liberalen« Bürgertum die ganze Geschichte der KP. 1945 unterstützte sie den bürgerlichen Präsidentschaftskandidaten Turbay gegen den Volkskandidaten Gaitan. Als dieser 1948 ermordet und die Bevölkerung terrorisiert wurde, reagierte sie überhaupt nicht und stand wieder einmal der »Front der Nationalen Union« zur Verfügung. Für die Wahlen von 1966 liierte sie sich mit der reaktionären Gruppe um Alvaro Gomez Hurtado und dem Exdiktator Rojas Pinilla. Denen, die nicht zu den Urnen gehen wollten, weil sie nur die Alternative zwischen Reaktion und Reaktion sahen, warf die KP vor: Es seien die Freunde einer reaktionären Diktatur, die auf diese Weise das Parlament diskreditieren und seine Initiativen im Interesse des Volkes ignorieren wollten; die Abgeordneten der Liberalen Revolutionären Bewegung seien die fortschrittlichste politische Kraft, ihnen seien die Hoffnungen von Tausenden von Columbianern anvertraut.
Die Einstellung der columbianischen KP zu den Guerillas, die seit Jahren hier und dort sporadisch in Aktion treten, ist perfider, als ihre Ablehnung es wäre. Sie hält die Beziehung zu ihnen aufrecht, um die Guerillas zu beeinflussen und dem politischen Kompromiß zu opfern. Die Folge davon

ist, daß auch größere Guerilla-Einheiten nichts anderes tun können als zu warten, wobei sie von den repressiven Maßnahmen der Regierung ständig bedrängt werden, wie es die Vertreibung der Guerilla-Kämpfer aus Marquetalia beweist.
Die KP glaubt, aus dem Partisanenkampf sei auch propagandistisch nichts mehr herauszuholen. Deshalb geht sie soweit, Abweichler zu neutralisieren, indem sie sie nach altem stalinistischen Muster denunziert.
Die columbianische KP ist etwas mehr als ein »extremer Fall«. Sie ist ein Symptom für die kommunistische Neigung, »halbdemokratische« bzw. »halbmilitärische« Regime zu unterstützen. Das ist die Art von Regimen, die dem US-Imperialismus am meisten gelegen sind. Ein Land mit einer verschleierten Diktatur, mit einer legalen und wohlwollenden kommunistischen Opposition, mit intensiver werdenden wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zur UdSSR: dieses Land, Columbien, könnte das erste Beispiel für die Zusammenarbeit zwischen dem Imperialismus und dem Kommunismus Moskauer Prägung werden. Damit würde ein Modell der Koexistenz auf dem lateinamerikanischen Kontinent geschaffen.

Auch in *Venezuela* wenden die Kommunisten sich gegen den Guerilla-Krieg. 1959 von Betancourt nach vergeblichen Anbiederungen in die Illegalität gezwungen, organisierte die KP den bewaffneten Widerstand. Aber schon 1964 und dann 1966/67 intervenierte die Partei bei den Aktionseinheiten, um sie zurückzuhalten und zu schwächen. Die Begründung ist: Die gelegentlichen Angriffe wiederholen sich mechanisch, ohne jedoch eine deutliche Zielsetzung erkennen zu lassen. Sie erschweren die politische Arbeit und die Frontbildung gegen Betancourt. Sie erhalten ihm seine Alliierten. Sie ersticken im Keim die Auseinandersetzung innerhalb der Regierung. Sie schaden dem Ansehen und dem Vertrauen der revolutionären Bewegung. Die Partei müsse deswegen auf der Einstellung der militärischen Tätigkeiten bestehen. Es sei eine umgreifende Reorganisation nötig, damit die eigenen Kräfte auf einer neuen und höheren revolutionären Ebene agieren könnten. Gleichzeitig müsse eine politische Offensive die Feuereinstellung kompensieren, die Repression abschwächen und der Partei wieder die Initiative in die Hand geben.

3. *Die Trotzkistischen Bewegungen*

Trotzkistische Bewegungen finden in Lateinamerika stärkeren Anklang als sonstwo, wenn sie sich auch nicht mit den kommunistischen Parteien messen können. Sie interessieren uns, weil sie im Gegensatz zu den Kommunisten eine Kollaboration mit den bürgerlichen Kräften ablehnen[3] und weil sie oft effektivere Organisationsformen der Arbeiter und Bauern verwirklicht haben (siehe Bolivien und Peru). Allerdings orientieren auch sie sich an »importierten« Denkmodellen, nämlich denjenigen Trotzkis, und versuchen, diese der lateinamerikanischen Wirklichkeit anzupassen. Zwei Beispiele mögen dies erläutern: das der Beziehung zwischen Gewerkschaftsorganisation und bewaffnetem Kampf, und das der Beziehung zwischen Widerstand und »Doppelherrschaft«.

1. Die Organisation und die Politisierung der Massen ist das Grundproblem jeder revolutionären Bewegung. Früher oder später muß es gelöst werden. Der natürliche Anfang ist die gewerkschaftliche Organisierung, denn sie kann von eng umgrenzten unmittelbaren Interessen ausgehen und daran die Aufklärungsarbeit für fernere Ziele anschließen. Im Modell folgen der Aufklärungsarbeit bewaffnete Einsätze, damit man sich der unvermeidbaren Repression wehren kann. Die bewaffneten Einsätze weiten sich dann in irgendeiner Form zum offenen revolutionären Aufstand aus.

In Lateinamerika fehlen aber schon die Bedingungen für den theoretischen Anfang. Eine gewerkschaftliche Aktion wie die postulierte ist meist nicht möglich. Es kann sie nur geben, wenn die angesprochenen Arbeiterschichten bereits einigermaßen in einem System integriert sind. Wenn die Aktion trotzdem Erfolge aufweist, wie in Peru unter der Führung von Hugo Blanco, wird sie rechtzeitig verboten: Das theoretische Schema ist gesprengt.

2. Es kommt vor, daß sich in schwierigen Krisenzeiten hier und dort isolierte Widerstandszentren bilden: Auf dem Lande, wo die Bauern einen gewissen organisatorischen Zusammenhalt bilden; in den Fabriken, wo die Arbeiter Formen der Mitbestimmung durchsetzen. Solche Erscheinungen nennen die Trotzkisten Doppelherrschaft. Sie übersehen dabei, wie kurzfristig und in welch geringem Maße die Macht dabei tatsächlich geteilt ist. Schon die nächste Repressionswelle fegt leicht alle Widerstandszentren hinweg, ohne daß sich aus ihnen die erhoffte Revolution entwickeln

könnte. Einen Monat vor dem Barrientos-Putsch waren die bolivianischen Trotzkisten noch voller Illusionen über die Resistenz in den Bergwerken und phantasierten eifrig über die Ausdehnung der »Doppelherrschaft« auf dem gesamten Kontinent. Ein paar Monate danach waren alle Widerstandsorganisationen der Kumpel vernichtet, obwohl der Generalstreik ausgerufen worden war.
Es scheint, daß alle Aktionsversuche der Trotzkisten in einer Sackgasse endeten. Ihre Strategie ist nur auf dem Papier erfolgreich. Sie verweisen zwar auf Cuba als Beispiel eines Erfolges, aber weder Fidel Castro noch irgendeine lateinamerikanische KP ist bereit, eine trotzkistische Interpretation der cubanischen Entwicklung zu akzeptieren. Ihre Äußerungen über die Trotzkisten schöpfen aus dem alten stalinistischen Wortschatz. Sie sehen in ihnen die Verräter der Revolution und das Instrument des Imperialismus.
Eine solche Einstellung verhindert natürlich eine fruchtbare Analyse der trotzkistischen Agitation, aus der sichere Erkenntnisse zu gewinnen wären, die auch unter anderen ideologischen Vorzeichen fruchtbar werden könnten.

4. Cuba 1959–1966

Der Sieg der Revolution in Cuba überraschte alle: den US-Imperialismus, seine Gegner, die von ihm Unterdrückten. Cuba wird zum Attraktionspol, zum Modell für die revolutionäre Bewegung. Die neuen Impulse werden aus den Worten Che Guevaras verständlich: »Die cubanische Revolution hat Lateinamerika dreierlei gezeigt. Erstens, Guerilla-Kämpfe können ein reguläres Heer besiegen. Zweitens, man braucht nicht abzuwarten, bis alle Vorbedingungen für eine Revolution gegeben sind: der Anfang der Revolution kann sie schaffen. Drittens, im unterentwickelten Amerika muß der Kampf seine Schwerpunkte auf dem Land haben.«[4]
Allerdings sind alle revolutionären Versuche nach dem cubanischen Muster, die in Südamerika seit 1959 eingeleitet wurden, fehlgeschlagen. In Santo Domingo, Ecuador, Peru, Argentinien kamen sie über den ersten Ansatz nicht hinaus. Ihre Träger waren vom Legalismus und Opportunismus der Linken enttäuschte Studenten und Intellektuelle, auf die die

schnelle und von einer kleinen Schar eingeleitete Revolution in Cuba wie ein Mythos wirkte. Aber auch der Imperialismus zog aus dem Fall Cuba seine Lehren. Die repressive Kontrolle wird verschärft, sowohl direkt als auch mittels der lokalen Oligarchien: Jede revolutionäre Brutstätte soll ohne Zögern ausgehoben werden. Gleichzeitig geht man gegen Cuba vor, doch militärische Angriffe und wirtschaftliche und militärische Blockade bringen keinen Erfolg. Dagegen gelingt es den USA nach der »Raketenkrise« von 1962, über die cubanischen Kommunisten hinweg sich mit der UdSSR zu verständigen. Die beiden Kontrahenten einigen sich über die Erhaltung des Status quo in Lateinamerika. Cuba ist nun dem Druck von zwei Seiten ausgesetzt. Die cubanische Führung scheut sich nicht, dieses politische Manöver zu analysieren und anzuprangern, doch sie kann nicht verhindern, daß ihr Einfluß und Ansehen in Lateinamerika schwindet, zumal alle revolutionären Ansätze steckenbleiben. In den Jahren 1964–1965 gibt es in Südamerika keine größeren revolutionären Ereignisse.[5] Cuba wird politisch isoliert und damit immer abhängiger von der Sowjetunion, immer stärker ihrer politischen Erpressung unterworfen. Das bleibt natürlich nicht ohne Folgen. Die ökonomische Konzeption Che Guevaras wird aufgegeben, die alte cubanische KP in die neue Einheitspartei aufgenommen, in der sie bremsend wirkt.

Was die Außenpolitik betrifft, so mußte sich Cuba auf der Konferenz der Drei Kontinente im Januar 1966 in Havanna zur friedlichen Koexistenz bekennen.[6] Auf dieser Konferenz waren nur die kommunistischen Parteien vertreten, die dem bewaffneten Kampf ablehnend gegenüber stehen; sie wurden zu den einzig legitimen Repräsentanten der Revolution erklärt. Die Cubaner waren bemüht, den Bruch mit der Sowjetunion zu vermeiden und trotzdem eine gewisse Handlungsfreiheit zu gewinnen. Sie sollte es ihnen ermöglichen, auf Weltebene eine Rolle im Kampf gegen den Imperialismus zu spielen und auf die lateinamerikanischen kommunistischen Parteien einen gewissen Einfluß auszuüben. Dabei ist die cubanische Strategie in sich widersprüchlich. Cubanische Initiativen in Lateinamerika oder gar auf Weltebene können nie mit einem sowjetischen Placet rechnen. Hinzu kommt, daß Cuba, eben mit Rücksicht auf die UdSSR, die von der Konferenz gebotenen Möglichkeiten zum Kontakt mit Parteien aus anderen Kontinenten nicht wahrnahm. Mehr noch, die Cubaner ließen sich kurz nach der Konferenz zu einer wilden Polemik gegen China hinreißen. Und das nicht etwa wegen Grundsatzfragen oder wegen bestimmter As-

pekte der chinesischen Politik, sondern wegen Unstimmigkeiten im Handelsverkehr bzw. wegen der Tätigkeit der chinesischen Botschaft in Havanna.
Glücklicherweise gibt es auch Faktoren, die für die Revolution wirken und sich schon 1966 bemerkbar machten. Der Vietnam-Krieg zeigt deutlich, welchen antirevolutionären Charakter die Koexistenzpolitik hat. Die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Macht bedeutet nichts anderes, als daß auf die Dauer jeder revolutionäre Sieg verhindert wird. Der Krieg zeigt aber auch, daß der Befreiungskampf unmittelbar gegen die intervenierenden USA geführt werden muß und daß eine entschlossene Unterstützung durch die Bevölkerung selbst die amerikanische Militärmacht in Schach halten kann.
Die Politik der UdSSR im Hinblick auf die kommunistischen Parteien Lateinamerikas wird immer offener gegenrevolutionär. Es liegt also nahe, sich von diesen Parteien zu lösen und die unabhängigen Linksbewegungen zu unterstützen. Zunächst freilich ist die Verwirrung auf der Linken groß und beeinträchtigt jede Aktion. Aber langsam bilden sich Gruppen heraus, die als Gesprächspartner der Cubaner auftreten können und vor revolutionären Initiativen nicht zurückschrecken. Dies bedingt eine gewisse internationale Aufwertung Cubas, woraus wiederum eine Ermutigung für die Aufständischen folgt. Dieser Aufschaukelungsprozeß ist bereits im Gange.

5. *Einige Fakten über die Kampfgruppen*

Zur Zeit sind Guerilleros in Venezuela, Columbien, Guatemala, Bolivien aktiv. In Peru bilden sich jetzt neue Gruppen, nachdem die Rückschläge von 1960-1962 überwunden sind.
Abgesehen von Venezuela, einem Land mit verhältnismäßig hohem industriellen Niveau und starker Bevölkerungskonzentration in den Städten, sind sich diese Länder in vielfacher Hinsicht ähnlich. Ihre Wirtschaft beruht hauptsächlich auf einer rückständigen Landwirtschaft und auf dem Bergbau; halbfeudale Elemente bestehen weiter; die Indios stellen den Hauptteil der Bevölkerung; die Armut, das Analphabetentum, die Kindersterblichkeit sind extrem hoch. Außerdem ist die geographische Struktur der Andenländer fast gleich.

Das bedeutet aber, daß die revolutionäre Taktik in diesen Ländern mit ihrem Schwergewicht auf dem Lande nicht ohne weiteres auf die übrigen, höher entwickelten lateinamerikanischen Staaten (Brasilien, Argentinien, Chile) übertragbar ist. Hier wird man eine neue und eigene Konzeption entwickeln müssen. Gemeinsam bleiben nur die Grundbedingungen: die Unmöglichkeit einer friedlichen Lösung und die Notwendigkeit eines langen gewaltsamen Kampfes.
Im Folgenden wollen wir zeigen, welche Aktivitäten die Kampfgruppen in den oben genannten Ländern entfaltet haben.

Venezuela
1958
Der Diktator Pérez Jimenez wird vom Volk und einigen fortschrittlichen Offizieren gestürzt.
1959
Betancourt, Führer der Acción Democrática, gewinnt die Wahlen. Er schneidet auf dem Lande glänzend, in Caracas jedoch miserabel ab. Sein Reformismus entpuppt sich als der US-Politik vollkommen hörig. Dem Unmut der Bevölkerung, besonders in den Städten, begegnet er mit repressiven Maßnahmen. Die KP, zunächst zur Kollaboration mit Betancourt geneigt, ist gezwungen, bewaffnete Widerstandseinheiten in den Städten zu organisieren.
1961-1962
Erste Kampfgruppen nisten sich in den Bergen ein. Daran beteiligt sind die KP und die MIR (Bewegung der revolutionären Linken). Fortschrittliche Offiziere in Puerto Cabello und Carupano versuchen einen Aufstand zu organisieren. Sie scheitern sofort. Einige fliehen in die Berge und schließen sich den dortigen Gruppen an. Die Hoffnung auf eine plötzliche erfolgreiche Revolution schwindet.
1963
Im Februar wird die Abmachung über die FALN (Bewaffnete Kräfte für die nationale Befreiung) und kurze Zeit später die FLN (Front für die nationale Befreiung) unterzeichnet. Letztere Gruppe ist das politische Gremium der Revolution. Es operiert in den Städten und besteht aus Mitgliedern der KP, der MIR und einer Minderheit der URD (Republikanische Demokratische Union) und der AD (Demokratische Aktion). Betancourt reagiert mit brutaler Gewalt. In dieser Atmosphäre finden die

Dezemberwahlen statt. Die FLN ruft zum Wahlboykott auf. Eine Niederlage der Acción Democrática oder ein Aufstand scheinen bevorzustehen. Aber stattdessen gelingt es Leoni, einer Marionette Betancourts, die Wahlen zu gewinnen.

1964

Das Wahlergebnis und sein negativer Einfluß auf den Kampfgeist veranlassen die KP, sich wieder um die legale Zulassung zu bemühen. Wegen ihrer schwachen Verhandlungsposition akzepiert sie Leonis Bedingungen für den »nationalen Frieden«. Die Widerstandseinheiten in den Städten werden aufgelöst, die Kampfgruppen in den Bergen halten sich zurück und bleiben als Druckmittel gegenüber der Regierung bestehen. Diese geht aber zur Offensive über und vernichtet den größten Teil der Gruppen. Die MIR spaltet sich: Der Parteivorsitzende Rangel sieht keine Aussichten mehr für einen Kampf mit Rückhalt bei den Bauern und scheidet aus.

1965

Der Kampf auf dem Lande flackert wieder auf. Die Kommunisten unter Douglas Bravo in den Bergen revidieren ihre Einstellung und sind nun wieder zur Aktion bereit. Dasselbe gilt für die MIR.

1966

Die Leute um Bravo und um Fabrizio Ojeda (MIR) veröffentlichen in Iracara ihr Manifest. Bravo verliert seinen Sitz im KP-Vorstand. Er begibt sich mit Ojeda nach Caracas, um sich vor der FLN zu rechtfertigen. Ojeda wird ermordet. Bravo kann in die Falcon-Berge zurückkehren und bringt die Fusion von FALN und FLN zustande, deren Führung er übernimmt. Die Operation »Embudo«, die die Rebellen einkreisen soll, wird ein Mißerfolg.

1967

Douglas Bravo wird aus der KP ausgeschlossen. Eine Rede Fidel Castros vom 13. März verschärft die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei. Ihre Beziehungen zu Cuba sind schwer belastet. Im April gibt die Partei öffentlich bekannt, sie »wünsche« 1968 an den Wahlen teilzunehmen. Zur Zeit kämpft man an drei Fronten im Osten und an drei Fronten im Westen Venezuelas. Die meisten der Kombattanten sind Bauern.

Columbien

1948

Der Konflikt zwischen liberaler und konservativer Partei führt zu einem

fünfjährigen Bürgerkrieg, genannt »la violencia«, die Gewalt. Die Bauern organisieren Gruppen zur Selbstverteidigung, die sich von der Zentralregierung lossagen und sich nach syndikalistischen Grundsätzen regieren. Sie erhalten den Namen »unabhängige Republiken«. Die KP, die seit 1945 ununterbrochen mit den Bürgerlichen Kompromisse geschlossen hat, tritt der von den Liberalen gegründeten und von Washington inspirierten Front der nationalen Union bei. Sie ist heute noch ihr Mitglied.

1952

Staatsstreich des Generals Rojas Pinilla, der mit seiner Diktatur den Bürgerkrieg beendet.

1953

Rojas Pinilla schlägt den »unabhängigen Republiken« zum Schein Friedensverhandlungen vor. Sie gehen auf das Angebot ein und werden restlos vernichtet.

1957

Die Bürgerlichen sind über die sozialen Konflikte beunruhigt, die das Regime hervorgerufen hat. Sie stürzen Rojas Pinilla und führen das Zwei-Parteien-System (Liberale, Konservative) ein.

1958

Liberale und Konservative beschließen, sich alle vier Jahre an der Macht abzulösen. Einige bäuerliche Selbstverteidigungszentren (Marquetalia, El Peto, Rio Chiquito, Guaybero, Villa-Rica) konsolidieren sich. Im Januar beginnt die ELN (Nationale Befreiungsarmee) ihre Aktivität.

1965

Camilo Torres gründet im Juli die FUPC (Vereinigte Front des columbianischen Volkes). Im September wird die bedeutendste der unabhängigen Republiken, Marquetalia, vernichtet. Ihr Führer, Manuel Marulanda Vélez, kann sich retten und gründet die FARC (Bewaffnete revolutionäre Kräfte Kolumbiens).

1966

Im Januar vereinigen sich FARC, ELN und FUPC. Bei einer Aktion im Februar fällt Camilo Torres. Bei den Wahlen unterstützt die KP zusammen mit Rojas Pinilla den Kandidaten der Rechten. Es wird aber Lleras Restrepo zum Präsidenten gewählt.

1967

Die Guerilla ist heute in zwei Regionen aktiv. Im Süden von Tolima, wo schon der Bürgerkrieg schwerste Verwüstungen angerichtet hatte, wird

an sechs Fronten unter der Leitung des legendären Marulanda, genannt Tirofijo, gekämpft. Im Norden bei Santander ist an zwei Fronten – eine davon trägt den Namen von Camilo Torres – die ELN unter der Führung von Fabio Vasquez tätig. Sie hat die Regierung gezwungen, über dieses Gebiet den Belagerungszustand zu verhängen.
Im März treffen hohe sowjetische Funktionäre ein, um ein Wirtschaftsabkommen mit der Regierung der Oligarchien zu unterzeichnen. Zur gleichen Zeit werden von den 18 Vorstandsmitgliedern der KP 17 festgenommen. Der 18. ist Marulanda, der vorsichtshalber die Städte meidet.
Die Tätigkeit der Guerilleros ist sehr rege. Es scheint sogar, daß im Norden die Aktionen nicht, wie es häufig geschieht, von schwachen, sondern von zahlenmäßig sehr starken Gruppen durchgeführt werden.

Bolivien

1952

Die MNR (Nationale revolutionäre Bewegung) stellt sich am 9. April in La Paz gegen putschende Offiziere, die unter der Führung von Mamerto Urriologoitia stehen. Der Widerstand wird unversehens zum revolutionären Volksaufstand. Die Kumpel der Kupferminen ziehen in die Stadt, bewaffnen sich mit Dynamit und Schußwaffen, die sie von einem Militärzug erbeutet haben, und schlagen das Militär in die Flucht.
Der MNR-Führer Paz Estenssoro übernimmt die Regierungsgewalt mit der Absicht, eine bürgerlich demokratische Revolution durchzuführen. Er verspricht die Verstaatlichung der Bergwerke und die Agrarreform. Gleichzeitig fordert er die Aufständischen auf, die Waffen abzuliefern.
Die Kumpel gründen die COB (Arbeiterzentrale Boliviens) unter der Leitung von Juan Lechín und beschließen, sich an die Thesen von Pulacayo (1947) zu halten, wonach bewaffnete Arbeitsmilizen gebildet und die Mitbestimmung mit Vetorecht realisiert werden sollen. Die Bergwerke werden bald darauf verstaatlicht.
Die tatsächliche Macht der COB ist enorm. In den Bergwerksbezirken haben ihre Vertreter einen weitaus größeren Einfluß als die Vertreter der Zentralregierung.
Die Bauern, die sich bei den Aprilereignissen abwartend verhalten hatten, stürmen bald danach die Latifundien, nehmen sie mit Gewalt in Besitz und organisieren sich gewerkschaftlich. Auch sie bauen eine bewaffnete Miliz auf. Schon bald besitzen sie in diesem Gebiet größere Macht als der

Zentralstaat. Der staatlichen Agrarreform bleibt nichts anderes übrig, als die neuen Verhältnisse zu legalisieren.

1953

Die Gewerkschaften haben eine so starke Position erlangt, daß die auf Kosten der Bergleute geplanten Rationalisierungen nicht durchgeführt werden können. Sie verhindern auch, daß das neue, mit modernen amerikanischen Waffen ausgerüstete Heer die Kontrolle über die Bergwerke erlangt. Dies sind große Erfolge. Doch gelingt es den Gewerkschaften nicht, ihre Revolution weiterzutragen und zu einem Ende zu führen.

1960

Außer in Huanuni werden die Minen noch von den Gewerkschaften kontrolliert. In Huanuni rebellieren im Januar die Kumpel, sie können die Mine mit Hilfe der Miliz der Catavi-Mine wieder unter ihre Kontrolle bringen.

1961

Auf dem Lande streiken eine halbe Million Bauern. Sie lassen sich jedoch bald durch Versprechungen der Zentralregierung wieder zur Ordnung rufen.

1963

Die Catavi-Kumpel nehmen vier amerikanische Funktionäre gefangen und tauschen sie gegen vier verhaftete Gewerkschaftler aus. Das Heer interveniert nicht.

Die fortbestehende Doppelherrschaft nährt die Illusion, die imperialistischen Kräfte würden keine militärische Intervention wagen, der Weg zum Sozialismus sei frei.

1964

Paz Estenssoro wird mit Unterstützung der Führer der bäuerlichen Gewerkschaften wiedergewählt. Diese sind im Laufe der Zeit zu ausgesprochenen Feudalherren mit eigenen bewaffneten Banden geworden.

Die MNR schließt Lechín aus. Er gründet die PRIN (Revolutionäre Partei der nationalistischen Linken). Gleichzeitig entsteht die FLN (Front für die nationale Befreiung) unter der Führung von Nunflo Chávez.

Am 4. November gelingt General René Barrientos, dem ehemaligen Vizepräsidenten der Republik, durch die Unterstützung der USA ein Staatsstreich.

1965

Die Militärjunta verhaftet Juan Lechín. Die PRIN erklärt den unbe-

fristeten Generalstreik. Das Heer belagert die Minen. Die Luftwaffe bombadiert die Bergwerke. Der Widerstand wird gebrochen; die selbständigen Arbeiterorganisationen werden vernichtet.

1967

Im Süden des Landes bereitet sich eine Gruppe auf den Guerilla-Kampf vor. Sie wird zufällig entdeckt, doch ist sie schon so gut trainiert und organisiert, daß sie nicht vernichtet werden kann.

»Die Operationszone der Guerilla-Kämpfer ist nach Ansicht der bolivianischen Militärs äußerst günstig. Der Tropenwald ist so dicht, daß Bombenangriffe und Ausspähen durch Hubschrauber zwecklos, Bodenangriffe sehr riskant sind. Eine Einkreisung der Kämpfer ist kaum möglich. Die guten Verbindungen zum Hochland, wo die wichtigsten Bergwerke sind, führen die Kumpel der Aktion zu. Die Region ist dank ihrer Erdöllager eine der reichsten Lateinamerikas. Die US-Investitionen belaufen sich hier auf über 100 Millionen Dollar. In der Bevölkerung scheint eine gewisse Unruhe zu herrschen. Die Tageszeitung *El Pueblo* berichtet von rebellierenden Truppen und wachsenden Sympathien der Bauern für die Guerilleros. Die Erdölarbeiter sind über die seit 1965 verschlechterten Arbeitsbedingungen sehr unzufrieden. – Argentinien und Paraguay grenzen unmittelbar an dieses Gebiet an. Wenn also hier das Pulverfaß explodiert, werden auch die Nachbarländer in die Luft gehen.«[7]

Eine hysterische Propaganda versucht im ganzen Land, eine Solidarisierung der Bevölkerung mit den Partisanen zu verhindern. Auch der Fall Debray ist zu diesem Zweck künstlich aufgebauscht worden. Aber auch Sympathieerklärungen werden abgegeben: Von der KP, von Juan Lechín aus seinem chilenischen Asyl und von Paz Estenssoro aus Lima.

Vorläufig sind von den Guerilleros weder ein Programm noch die Zusammensetzung bekannt. Es dürften sich viele linksintellektuelle Gruppen darunter befinden, aber auch den Zulauf von Bauern sollte man nicht unterschätzen. Diese entziehen sich immer mehr dem Militärdienst, der hauptsächlich die Funktion hat, potentielle Guerilleros aus der Gegend zu entfernen.

Die Regierung hat bisher mit Verhaftungen der Führungsspitzen der Linken und der Gewerkschaften reagiert. Die Gegenreaktion war im Juni ein Streik in den Minen von Huanuni und Catavi, in dem die Bergleute die Minen zu unabhängigen Exklaven erklärten.

Auch an den Universitäten gärt es. Die Universität von La Paz soll zur unabhängigen Exklave erklärt worden sein.

Peru

1959

Die APRA[8], die mit der Regierung Manuel Prado kollaboriert, spaltet sich. Die Sezession nennt sich zunächst »APRA-Komitee für die Verteidigung der Grundlagen und Prinzipien der innerparteilichen Demokratie«, später »APRA-Rebellen«. 1962 verwandelt sich die Sezession in eine Partei: Die MIR. Ihr erster Mann ist Luis de la Puente.

1962

Nach langer gewerkschaftlicher Arbeit von Hugo Blanco finden im Convencion-Tal, Bezirk Cuzco, mehrere Streiks statt. Die Bauern vertreiben die Großgrundbesitzer von ihren Latifundien und halten diese besetzt. Die Aktion nimmt ein so großes Ausmaß an, daß sich die Regierung vor repressiven Maßnahmen hütet.

Die FIR (Front der revolutionären Linken), eine trotzkistische Organisation, die enge Verbindung zu den bäuerlichen Gewerkschaften unterhält, beginnt in Lima mit bewaffneten Aktionen. Die Regierung ist nicht in der Lage, auch nur die Hauptstadt vollkommen unter ihre Kontrolle zu bringen.

Im Mai wird die MIR ins Leben gerufen. Ihr erklärtes Ziel ist der offene Kampf.

Im gleichen Monat schließt sich ein Mitglied einer trotzkistischen Gruppe in Jauja, einer Stadt in der Nähe von Lima, mit zwölf Leuten der bäuerlichen Gewerkschaft zusammen. Sie mobilisieren eine Reihe von Gymnasiasten und greifen das Stadtgefängnis an. Dabei werden zahlreiche Waffen erbeutet, mit denen zwei Banken überfallen werden. Acht der Gewerkschaftler setzen sich gleich ab, die anderen gehen in die Berge. Da sie keinerlei Erfahrung im Guerilla-Kampf haben, werden sie im Laufe von 24 Stunden gefangengenommen.

1963

Im April treten innerhalb der FIR Differenzen offen zutage. Die Vorsicht nach außen hin läßt nach, und die Regierung kann in Lima und Cuzco verschiedene führende Männer der FIR verhaften. Die Bauern des Cuzco-Bezirks, nunmehr unbewaffnet und ohne Führung, werden hingemetzelt.

Im Mai überqueren etwa 35 in Bolivien trainierte Guerilleros die Grenze. Ihr Ziel ist die 300 km entfernte Region um Cuzco, wo sie den Bauern Hugo Blancos zu Hilfe kommen wollen. An einer Grenzortschaft, Puerto Maldonado, versuchen sechs von ihnen den Kontakt mit der FIR aufzu-

nehmen, werden jedoch entdeckt und vernichtet. Die anderen Guerilleros müssen sich zerstreuen, um der Verfolgung zu entgehen. Einige kehren nach Bolivien zurück und gründen die ELN (Armee für die nationale Befreiung), um einen erneuten Einmarsch in Peru vorzubereiten.
Gegen Jahresende wird Hugo Blanco verhaftet. Der starke Druck der Regierung auf die Bauern hat ihm ihre Unterstützung entzogen.

1964

Belaunde Terry übernimmt die Regierung. Er ist aus den Wahlen siegreich hervorgegangen, nachdem er versprochen hatte, die Agrarreform durchzuführen und die Industrialisierung einzuleiten.
Trotz der von ihm geweckten Hoffnungen und trotz der blutigen Niederlagen im vorigen Jahr setzen sich die Unruhen auf dem Lande fort.
Die MIR und die ELN bilden auf den Bergen Guerilleros aus.

1965

Die Regierung hält ihre Versprechungen nicht. Eine Scheinreform stärkt die Stellung der Großgrundbesitzer, die Privilegien der Standard Oil Company von New Jersey werden nicht angetastet, die Repressionen gegen die Bauern werden verschärft.
Luis de la Puente, Guillermo Lobaton, Ricardo Gadea und Ricardo Fernandez Gasco redigieren in den Bergen von Pachacutec ein Manifest, das im April von der MIR veröffentlicht wird. Ein Teil der Presse in Lima druckt es ab. Seine Bedeutung wird von allen Seiten unterschätzt. Regierung, Gewerkschaften, linke und bürgerliche Parteien verstehen nicht, daß es den offenen Waffenkampf verkündet.
Im Juli schlägt die MIR im südlichen und mittleren Peru zu. Ihre Erfolge verblüffen nicht nur die Konservativen, sondern auch die Linke. Zur gleichen Zeit erhebt sich in den Städten, aber ohne Koordinierung mit den Guerilleros, eine Welle des Terrorismus.
Im August wird die Todesstrafe für jegliche Zusammenarbeit mit den Guerilleros eingeführt und die militärische Repression systematisch organisiert. Zu ihrer Finanzierung wird eine 8 Millionen Dollar-Anleihe aufgenommen.
Ende September eröffnen im Norden die ELN-Kräfte unter Hector Béjar die dritte Front. Sie ist sehr mobil, so daß die Regierungskräfte ihr kaum schaden können. Im Oktober fällt an der südlichen Front de la Puente. Seine Gruppe wird in wenigen Tagen eingekreist und vernichtet.

Der Terrorismus in den Städten flackert sporadisch auf. Die Stadt Juliaca im Süden Perus erhebt sich und wird nach dreitägigen Kämpfen unterworfen. Auch im Zentrum des Landes werden die Guerilleros besiegt. Die ELN, die sich im Norden isoliert sieht, stellt im Januar 1966 den Kampf ein, obwohl sie mit einem starken Rückhalt bei den Bauern rechnen kann.

1966

Am 14. November veröffentlicht die ELN ein von Hector Béjar unterschriebenes Manifest, das eine Bilanz der bisherigen Aktivität zieht. »Die peruanische Guerilla-Bewegung geht aus dieser Phase mit wertvollen Erfahrungen hervor, die ihr für die Zukunft manche Fehler zu vermeiden helfen werden. Die Wiederaufnahme des Kampfes wird auf sich warten lassen ... Die Guerilla-Gruppen werden für einige Zeit nur anwesend sein und ihre Umgebung, Land und Leute studieren.«[9] Weiterhin legt das Manifest die Vorgeschichte der Guerilla und die marxistisch-leninistische Überzeugung der Kämpfer dar. Das Ziel ist die Machtergreifung. Das politische Programm, 1965 festgelegt, wird offiziell bekanntgegeben; die revolutionären Kräfte werden aufgeführt. Nach einer Darlegung der eigenen Beziehungen zur übrigen Linken wird Selbstkritik geübt. Die Guerilla sei gescheitert, weil sie zu oft improvisiert hat, weil der Feind unterschätzt wurde, weil das Selbstvertrauen zu groß war, weil im Umgang mit den Bauern Fehler begangen wurden. Nötig sei es, die positiven Faktoren für den Kampf besser auszunutzen: die unüberbrückbare Kluft zwischen Bauern und Oligarchien, das Image der Guerilla als Form der politischen Betätigung, das von den bewegten Ereignissen der jüngsten Vergangenheit geweckte politische Bewußtsein der Landbevölkerung.

Guatemala

1944

Im Juni wird nach einem Generalstreik die seit 1931 währende Diktatur von Jorge Ubico beseitigt. Eine Militärjunta übernimmt die Macht. Schon im Oktober wird sie von jüngeren Offizieren gestürzt, die eine bis 1954 andauernde bürgerlich-demokratische Phase einleiten.

1945

Eine neue Verfassung wird verkündet. Juan José Arévalo, bis 1951 Präsident der Republik, führt im Inland zahlreiche Reformen durch (Agrarreform, Arbeitsgesetze, Schutz der nationalen Industrie) und bekämpft

den monopolistischen Einfluß der United Fruit Company auf die Landwirtschaft Guatemalas. Dabei zeigt er sich jedoch ausgesprochen antikommunistisch und folgt außenpolitisch den USA, besonders in der neugegründeten »Organisation Amerikanischer Staaten«.

1951

Jacobo Arbenz wird im März zum Präsidenten gewählt. Er setzt im Inland die Politik Arévalos fort. Gewerkschaften bilden und verstärken sich. Die Kommunistische Partei der Arbeit (PGT) wird anerkannt. Es entsteht die »Demokratische Nationale Front«, in der hauptsächlich die bürgerlichen Parteien vertreten sind, aber auch die Gewerkschaft CNCG und die PGT.

1954

Arbenz wird von den USA gestürzt. Er hatte sich mit seiner antiimperialistischen Außenpolitik verdächtig gemacht. Die Impulse, die er in der Bevölkerung geweckt hatte, zeigten Ansätze zur Revolution. Die United Fruit Company wurde ungeduldig, weil sie ihre Herrschaft über das Land in Gefahr sah. Auf der zehnten Tagung der OAS warf man Arbenz vor, er arbeite den Kommunisten in die Hände.[10]

Oberst Carlos Castillo Armas inszenierte deshalb mit Unterstützung der USA einen Staatsstreich. Seine Diktatur zeigte die üblichen Merkmale: Terror, Massaker von politischen Gegnern, insbesondere von Kommunisten, willkürliche Inhaftierungen (bis zu 13 000 Personen), Aufbau von Polizeicorps, Auflösung der Parteien »mit kommunistischer oder arévalo-arbenzscher Färbung«, strikte Anpassung an die US-Politik, Rückgabe der alten Privilegien an die United Fruit Company, Stützung und Erweiterung des Einflusses der amerikanischen Monopole. Das Erdölgesetz wurde von Fachleuten der Standard Oil of California, der Standard Oil of Texas, der Union Oil Company, der Richmon Oil Company, der Tecaco und der Coronado Oil Company verfaßt und in englischer Sprache verkündet.

Die PGT ruft aus der Illegalität zum Widerstand auf. Kämpfe in den Städten folgen. Die Studenten spielen dabei eine wichtige Rolle. Ihre Zeitung *El Estudiante* ist jahrelang ein Mittel zur Information und politischen Bildung.

1956

Eine neue Verfassung tritt in Kraft, die der Diktatur einen demokratischen Mantel umhängen soll. Gleichzeitig ergeht das Gesetz über die öffentliche

Ordnung – ein Notstandsgesetz, das die Londoner *Times* »Ersatzverfassung« nannte – und das Gesetz zur Verteidigung gegen den Kommunismus. Die Agrarreform wird rückgängig gemacht.
Eine illegale Veröffentlichung (»Chronik von Guatemala«) gibt eine Übersicht über die Brutalitäten des Regimes.

1957

Der dominikanische Diktator Trujillo läßt Castillo Armas ermorden. »Wahlen« finden statt, doch der gewählte Präsident kann sein Amt nicht antreten. Deshalb wird Ydigoras Fuentes Präsident aufgrund einer Abmachung zwischen verschiedenen oligarchischen Gruppen, die in der US-Botschaft beschlossen wird. Ydigoras verspricht die politischen Verfolgungen einzustellen und die Freundschaft zu den USA aufrechtzuerhalten. Nur das zweite Versprechen wird eingelöst. Sein Regime unterscheidet sich durch nichts von dem seines Vorgängers.

1960

Die PGT und andere Linksparteien reorganisieren sich; ebenso die Gewerkschaften. Demonstrationen werden häufiger, ohne jedoch der Diktatur schaden zu können. Im November rebellieren in Zacapa, Puerto Barrios und in der Hauptstadt große Teile der Streitkräfte. Seit langem sind sie mit dem Regime unzufrieden. Der aktuelle Anlaß zur Rebellion ist die Ausbildung von cubanischen Konterrevolutionären in Guatemala und die Benutzung des Landes als Ausgangsbasis für Angriffe gegen Cuba. Durch die umfangreiche Hilfe der Vereinigten Staaten bleibt die Regierung Herr der Lage. Eine Gruppe der Aufständischen gründet die »Bewegung des 13. November«, die künftig den Guerilla-Krieg führen wird.

1962

Am 2. Februar tritt die »Bewegung des 13. November« unter der Führung von Marco Antonio Yon Sosa zum erstenmal in Aktion. Im Bezirk von Izabal wird eine Kaserne gestürmt, ein Betrieb der United Fruit Company besetzt und eine von den Amerikanern ausgebildete Anti-Guerilla-Sondertruppe geschlagen.
Bald darauf gibt die Bewegung ein 13-Punkte-Programm bekannt und fordert Bauern, Arbeiter, Studenten, Freischaffende und Offiziere zur Mitarbeit auf.
Im März folgt Oberst Carlo Paz Tejaeda dem Aufruf. Er kämpft in der Sierra de Concuá unweit der Hauptstadt, wird aber bald außer Gefecht

gesetzt wegen taktischer Fehler und mangelnder Disziplin seiner Gruppe. Im selben Monat wendet sich der Studentenverband öffentlich an die Bevölkerung und fordert den Rücktritt von Ydigoras Fuentes. Die Repression läßt nicht lange auf sich warten. Die Studenten besetzen die Universität der Hauptstadt und rufen zum Generalstreik auf, der auch tatsächlich durchgeführt wird. Daraufhin räumt die Armee am 12. April die Universität. Vier Studenten werden getötet. Die Unruhe auf dem Lande ist groß. Täglich werden Sabotageakte verübt, die Bauern besetzen Grundstücke amerikanischer Gesellschaften. Am 26. April wird eine Militärjunta ernannt, die zusammen mit der Zivilregierung regieren soll. Bis zum Jahresende reißen Streiks und Demonstrationen trotz aller Unterdrükkungen nicht ab.

Die PGT und die »Bewegung des 13. November« schließen ein Bündnis und gründen die FAR (die Streitkräfte der Aufständischen). Zur politischen Koordinierung wird die FUR (Einheitsfront des Widerstandes) errichtet, in der paradoxerweise alle Linksgruppen außer der »Bewegung des 13. November« vertreten sind.

1963

Für die Dezemberwahlen setzt der Wahlfeldzug schon früh ein. Arévalo wird wieder politisch aktiv und kandidiert mit Unterstützung der Linken gegen den Kandidaten von Ydigoras Fuentes. Dabei übersieht die Linke, wie konservativ die Einstellung Arévalos ist.

Kennedy hält von beiden Kandidaten nichts und begünstigt einen neuen Putsch. Der frühere Verteidigungsminister Enrique Peralta Azurdia übernimmt am 31. März die politische Führung. Die Bevölkerung reagiert nicht. Arévalo, der die Armee schon in seinen Reden als treue Hüterin der Ordnung gepriesen hatte, verhält sich passiv. Im Nord-Osten des Landes gehen die Guerilleros der FAR, geführt von Sosa, an drei Fronten zum Angriff über.

Im November veröffentlicht die FAR ein Manifest, das marxistisch ausgerichtet ist und den Krieg für Guatemala unvermeidbar nennt. Aber die FUR und insbesondere die PGT beginnen die Guerilla zu bremsen, weil Kompromisse mit der Regierung locken.

1964

Im Mai werden Wahlen abgehalten, damit der demokratische Schein gewahrt bleibt. Es »siegt« Mendez Montenegro. Gleichzeitig wird die Operation »Limpieza Final« (endgültiges Großreinemachen) durchgeführt, um

sämtliche Guerilleros zu liquidieren. Die Operation scheitert. Die Regierung richtet ihre Wut gegen die Bauern. Diese, ohnehin kaum politisiert, verweigern den Guerilleros jede weitere Hilfe.

1965

Yon Sosa läßt die Infiltration mexikanischer Trotzkisten in die FAR zu. Daraufhin spaltet sich von der FAR eine Gruppe unter Turcios Lima ab und kämpft selbständig weiter. Das von ihr gegründete »Direktionszentrum der Revolution« kritisiert Yon Sosa und wird von Fidel Castro unterstützt.

1966

Der Parteitag der PGT bringt eine Wende ihrer politischen Richtung. Da der Opportunismus und Konservatismus des rechten Parteiflügels nicht nur die PGT sondern die gesamte Linke geteilt und geschwächt hat, wird beschlossen, daß die politische Führung der Guerilla künftig nicht mehr auf die Städte beschränkt bleiben soll.

1967

Das Land befindet sich im Belagerungszustand. Turcios Lima ist tot, César Montes ist an seine Stelle getreten. Eine Annäherung an Yon Sosa ist nicht absehbar, obwohl dieser wegen seiner trotzkistischen Sünden Selbstkritik geübt haben soll. Es bilden sich faschistische Banden, die den linken Revolutionären den Kampf auf Leben und Tod ankündigen.

6. *Cuba und die Guerilla*

Die Vorstellungen über den Weltkampf gegen Kapitalismus und Imperialismus, die den lateinamerikanischen Linken eigen sind, lassen sich in cubanischen Dokumenten und Reden klar erkennen. Man kann sie wie folgt zusammenfassen:

1. Nur der offene Kampf kann den Unterdrückten die Befreiung sichern.
2. Der Imperialismus ist heute ein Weltherrschaftssystem. Seine konterrevolutionären Aktionen werden international unter der Führung der USA koordiniert. Seine Repression wird dort massiv, wo eine unmittelbare Gefahr entsteht.
3. Die friedliche Koexistenz ist folglich kein Weg zur Freiheit. Nur der Kampf kann einem unterdrückten Volk, einer unterdrückten Klasse die Freiheit sichern.

4. Das bedeutet für die heutige Situation: Es müssen möglichst viele Fronten geschaffen werden, damit der Imperialismus nicht seine ganze Kraft auf ein einziges Gebiet konzentrieren kann, wie das in Vietnam geschieht. Für Lateinamerika gilt deshalb: Der Kampf muß »kontinentalisiert« werden, nicht in dem Sinne, daß er gleichzeitig überall aufflammen soll, sondern so, daß die revolutionären Gruppen über die Grenzen hinweg enge Kontakte haben und immer bereit sind, sich gegenseitig zu helfen.
5. Nicht das ideologische Aushängeschild oder die marxistische Partei zeichnet den Aufständischen aus, sondern seine Fähigkeit, mit den Problemen fertig zu werden, die der Einleitung und Aufrechterhaltung des Kampfes im Wege stehen.
6. Staaten, die konservativen und reaktionären Regierungen helfen, sind gegen die Revolution. Dies gilt insbesondere für die Sowjetunion in ihrer Beziehung zu mehreren südamerikanischen Staaten.
7. Politische Gruppen, die den bewaffneten Kampf ablehnen und/oder behindern und mit den derzeitigen Regierungen kollaborieren wollen, sind ebenfalls gegen die Revolution. Das gilt für mehrere lateinamerikanische kommunistische Parteien.
Politische Gruppen, die den Opportunismus und Pazifismus kritisieren, selbst aber nichts unternehmen, bestehen aus schädlichen Scheinrevolutionären.

Die Vorbedingungen für die Revolution
Die gesellschaftliche Struktur Lateinamerikas ist neokolonialistisch. Sie zeigt formale politische Unabhängigkeit, wird aber tatsächlich von den imperialistischen Interessen beherrscht. Auf dem Lande herrscht vorkapitalistische Ausbeutung, in den Städten moderner Kapitalismus.
Die soziale Schichtung kennt folgende Klassen: die Großgrundbesitzer; ein »nationales Bürgertum« (schwach und teilweise dem Großgrundbesitz und dem Auslandskapital durch gemeinsame Interessen verbunden); ein industrielles Proletariat, das sich in Gefahr befindet, eine Aristokratie der Unterdrückten zu werden; die Bauern, Pächter, Tagelöhner, die am meisten unter dem System zu leiden haben und die Arbeitslosen und Unterbeschäftigten in den Städten stellen; die Kleinbürger, die ewig zwischen der Hoffnung auf Teilhabe an bürgerlichen Privilegien und der Notwendigkeit der Verbindung mit dem Proletariat schwanken. Aus der letzten Gruppe stammen die meisten Intellektuellen Lateinamerikas.

Ausgehend von dieser Situation ziehen Cuba und die Guerilla-Bewegungen die Folgerungen:

1. Stellung und Stärke der Bourgeoisie machen die Hypothese einer bürgerlich demokratischen Revolution absurd.

2. Die Revolution muß von der am meisten ausgebeuteten Klasse, den Bauern, ausgehen. Wichtig sind auch die Intellektuellen, die die revolutionäre Avantgarde bilden, und die Arbeiterklasse. Beide Gruppen sind jedoch nichts ohne die Bauern, weil sie zum einen zahlenmäßig zu schwach sind und zum anderen erst durch die Verbindung mit den Bauern ihren Klassenkampfgeist erhalten und ausprägen können.

3. Im Kampf um die Freiheit ist mit direkten imperialistischen Interventionen zu rechnen. Diese werden die Unterstützung der Bürgerlichen finden.

4. Die revolutionäre Bewegung muß sozialistisch und gewaltsam sein. Nur der Kampf kann wegen der imperialistischen Interventionen auf lange Sicht gesehen den Sieg bringen. Cuba war eine Ausnahme; Vietnam wird die Regel werden.

Die Organisation des Guerilla-Kampfes

1. Der Erfolg der Revolution wird auf dem Lande entschieden. Es ist ein Fehler, Aktionen auf die Städte zu konzentrieren. Venezuela zeigt dies sehr deutlich: Die Regierungspartei Acción Democrática übt stärksten Einfluß auf die Bauern aus. So kann sie auch die Unruhen in den Städten unter Kontrolle halten.

2. Die Revolution beginnt nicht von selbst, vielmehr muß eine Avantgarde dafür sorgen, daß die verschiedenen Konflikte schließlich zu einer bewaffneten Auseinandersetzung führen.

3. Diese Avantgarde hat zweierlei zu beachten. Erstens muß sie eine Verbindung mit den Massen herstellen, zweitens muß sie vermeiden, von der Repression vernichtet zu werden. Außerdem muß sie verhindern, daß sich die Repressionen gegen die Massen richten. Es ist eine Illusion, die Revolution durch stetige Gewerkschaftsarbeit erreichen zu wollen. Gewerkschaften sind jederzeit der vernichtenden Gewalt ausgesetzt. (Siehe die Beispiele von Lechín in Bolivien und Blancon in Peru).

4. Den Beginn einer Revolution sollte ein mobiles Aktionszentrum in den Bergen bilden. Dadurch können Kräfte konzentriert und Gegenschläge aufgefangen werden. Nach einer gewissen Konsolidierung des Zentrums

müssen weitere Zentren geschaffen werden, die nach und nach ihre Kontrolle auf immer größere Gebiete ausdehnen und die Hauptstadt in eine Zange nehmen.
5. Die Autorität der Guerilleros wird durch Erfolge über die Regierungstruppen und durch die Einführung von Reformen in den kontrollierten Gebieten ständig wachsen. Auch die Interventionen der USA werden ihre Autorität stärken, da sie nationale Gefühle wecken.

Abweichungen von den offiziellen kommunistischen Vorstellungen
1. Der Guerilla-Kampf ist nicht ein Mittel neben anderen, auf das man unter dem Zwang der Diktatur zurückgreifen oder zugunsten von Kompromissen verzichten könnte.
2. Deshalb läßt sich die Guerilla nicht von den Städten aus führen.
3. Die gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit ist als Vorbedingung der Revolution nicht unabdingbar.
4. Eine Doppelherrschaft der Art, daß Agrargebiete, Bergwerke und Fabriken eine gewisse Selbständigkeit von der Zentralgewalt erlangen, kann nicht die Ausgangsbasis einer Revolution sein; dies haben Bolivien und Columbien bewiesen.

Schlußwort
Die Labilität der Lage in Lateinamerika erlaubt keine langfristigen Prognosen. Aber die Daten und die Analysen, die uns zur Verfügung stehen, lassen erkennen, daß nur die cubanische Politik und der Guerilla-Kampf die antiimperialistischen Kräfte aus der Sackgasse herausführen können, in die die traditionelle Linke geraten ist. Die Ablehnung jeden Kompromisses mit dem Imperialismus ist dabei oberstes Gebot. Cuba und die Guerilla bilden die Avantgarde, die demnächst in Lateinamerika die führende Rolle spielen wird.

Aus dem Italienischen von Gianfranco Accardo und Gerald Bisinger

Anmerkungen

1 Vgl. Régis Debray: »America Latina: algunos problemas de estrategia revolucionaria«, *Casa de las Americas*, Nr. 31.
2 Siehe unter 1.
3 Eine Ausnahme ist die Unterstützung von Paz Estenssoro in Bolivien.
4 Ernesto Che Guevara: *Der Partisanenkrieg*, Köln – München 1966.
5 Eine Ausnahme ist Peru, wo 1965 die MIR aktiv wird.
6 Dieses Bekenntnis war etwas widersprüchlich. Die offizielle Zeitung *Gramma* schrieb z. B.: »Ein Journalist aus Belgrad beschuldigte uns zu Unrecht, den Beschluß der Konferenz der Drei Kontinente über die friedliche Koexistenz unterschlagen zu haben. Wir erinnern gern daran, daß dieser Beschluß auf Initiative der cubanischen Delegation zustande gekommen ist. Er entsprach unserem politischen Konzept, und wir haben keinen Anlaß, von ihm Abstand zu nehmen. Deutlich geht daraus hervor, daß die friedliche Koexistenz das zentrale Problem des Zusammenlebens kleiner und großer Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsformen ist. Friedliche Koexistenz bedeutet aber nicht, wie der jugoslawische Journalist meint, Verzicht auf den Kampf der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter, der Unterdrückten gegen die Imperialisten. Wir sind deswegen über den Beschluß einen Schritt hinausgegangen und haben erklärt: Fortschrittliche und revolutionäre Staaten, die diesen Kampf unterstützen, verteidigen so das Prinzip der friedlichen Koexistenz.« (Zitiert nach D. Alexander: »Cuba: un nouvel internationalisme révolutionnaire«, *Les Temps Modernes*, März 1967).
Bemerkenswert ist, daß einige kommunistische Parteien Lateinamerikas (z. B. die chilenische) ihren Mitgliedern die Verbreitung der Beschlüsse von Havanna unter Ausschlußandrohung verboten hat.
7 Vgl. M. Piazza: »Stato d'assedio in Bolivia«, *Mondo Nuovo*, 10. 6. 67.
8 Revolutionäre Volksaktion Amerikas, gegründet 1924, 1929 in eine Partei umgewandelt –»erinnert in allem an Tschiang Kai-scheks Verrat der Kuomintang« (R. Debray, *Les Temps Modernes*, Januar 1965).
9 H. Béjaz: »Bilan d'une Guérilla au Pérou«, *Partisans* Nr. 37.
10 Es ist lehrreich, die Männer zu nennen, die damals in verschiedenen Ländern an der Macht waren: Batista in Kuba; Pérez Jeménez in Venezuela; Rojas Pinilla in Columbien; Odría in Peru; Gálvez in Honduras; Somoza in Nicaragua; Trujillo in Santo Domingo; Stroessner in Paraguay; Ibanez in Chile.
11 Vgl. Régis Debray: *Revolution in der Revolution*, München 1967.

Internationaler Kontext: China, Cuba, Vietnam

Um die Bedeutung klarzumachen, die der Stellung der lateinamerikanischen Revolutionäre innerhalb des antiimperialistischen Kampfes auf der ganzen Welt zukommt, ist es nötig auf die Kampfweisen einzugehen, die gegenwärtig gegen den Imperialismus angewandt werden. Schließlich bilden die antikapitalistischen Kräfte oder die, die sich als solche bezeichnen, schon seit Jahren keinen einheitlichen Block, sondern agieren von verschiedenen, ja gegensätzlichen Positionen aus.
Einerseits gibt es die durch jahrelange gemeinsame Politik bereits gefestigte, wenn auch nuancierte Gruppierung von Parteien und Staaten, die eng mit der Politik der UdSSR verbunden sind; andererseits ist eine Anzahl von Kräften entstanden (Staaten, Parteien, revolutionäre Bewegungen, Gruppen, die sich noch in frühesten Anfangsstadien befinden), die aus verschiedenen Gründen die sowjetische Linie nicht als verbindlich anerkennen und die Linie eines »harten« Kampfes, eines offenen Angriffes gegen den Weltkapitalismus zu formulieren und zu verwirklichen suchen.
Beginnen wir mit der Untersuchung der ersten Gruppierung und stellen wir im Anschluß daran fest, inwieweit die zweite Art von Kräften homogen ist, und ob man von ihnen auf Weltebene eher eine Alternative im Kampf gegen den Imperialismus erwarten kann oder nicht.

1. Die Politik der UdSSR

Die sowjetische Weltpolitik ist seit nun schon langer Zeit (seit mehr als zehn Jahren ausdrücklich, praktisch aber sehr viel länger) durch die *Politik der friedlichen Koexistenz* charakterisiert.
Die Ideologie, die im Zusammenhang mit dieser Politik entwickelt wurde, stellt sie einerseits als ein Mittel zur Schaffung eines *stabilen Friedens* hin,

ein Mittel, die Katastrophe eines Atom-Weltkrieges zu verhindern, andererseits sieht sie in ihr die Möglichkeit, den *Sozialismus* so weit zu verwirklichen, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt die günstigsten Bedingungen erreicht würden, ihn in möglichst vielen Teilen der Welt durchzusetzen.[1]

Die wichtigsten Gründe, die dafür angeführt werden, daß diese Politik die Position des Sozialismus in der Welt stärkt, sollen kurz skizziert werden:

a) Durch die Koexistenz ist dem sozialistischen Lager die Möglichkeit gegeben, seine Kräfte auf die wirtschaftlich-gesellschaftliche Entwicklung zu konzentrieren und so seine Überlegenheit zu zeigen.

b) Die sozialistische Ideologie werde nicht geschwächt, sondern im Gegenteil Schritt für Schritt gestärkt werden, und sie werde dank der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Erfolge des sozialistischen Lagers immer größere Verbreitung finden.

c) Der Gegensatz zwischen der Politik der friedlichen Koexistenz und der kriegstreiberischen Politik einer kleinen aber mächtigen Minderheit von Monopolen, militärischen Führungskreisen etc. (die in den kapitalistischen Ländern eine beherrschende Rolle spielen) werde das Lager der Kräfte, die der Politik des sozialistischen Lagers zustimmen, ungeheuer vergrößern und zunehmende Möglichkeiten bewirken, den Sozialismus auf friedliche Weise allmählich in immer mehr Ländern einzuführen.

Die Merkmale des wirtschaftlich-gesellschaftlichen Systems, das dieser Politik und der darauf basierenden sozialistischen Ideologie als »Modell« dient, werden jetzt zum entscheidenden Ansatzpunkt für ein erstes Urteil über dessen konkrete Funktionsfähigkeit. Dieses System, es ist das sowjetische System, macht heute eine schwere Krise durch, da es im Begriff ist, sich grundlegend zu wandeln: es stellt zweifellos eine Alternative zum wirtschaftlich-gesellschaftlichen System des Kapitalismus dar und ist diesem eindeutig überlegen, doch bezieht es jetzt eine Reihe typischer Merkmale des kapitalistischen Systems ein, und die wirtschaftliche Verflechtung mit diesem System wird immer enger. Die bedeutsamsten *inneren* Aspekte der Wandlung sind die wachsende Autonomie der Fabriken, was die Art der Erzeugnisse, die Finanzierung der Investitionen, die Preispolitik usw. betrifft, das daraus folgende Entstehen einer Managerschicht, deren Selbständigkeit und Einfluß zunehmen, die Bedeutung, die in diesem Zusammenhang der Gewinn als Maßstab des »sozialistischen Erfolges« annimmt,

Goethe Institut Bibliothek

die Lohnpolitik, die immer mehr auf Wettbewerb und Ungleichheit ausgerichtet wird, sowie die Vordringlichkeit, die der Erzeugung von Gebrauchsgütern zugestanden wird. Die deutlichsten *internationalen* Aspekte sind die Zunahme der kapitalistischen Unternehmerinitiative innerhalb des sozialistischen Lagers, die Schlüsselstellung, die sie in der Entwicklung der Produktionstypen und -techniken und in der Organisation der Arbeit einnimmt, Bereiche, in denen die kapitalistischen Länder infolge jahrzehntelanger Erfahrung unbedingt überlegen sind. Auf der *ideologischen Ebene* kommt es durch die Schaffung von »Wertmodellen«, die besonders auf Konsumgüter ausgerichtet sind, durch die Entwicklung von Sozialprestige und wirtschaftlicher Relevanz zu immer stärkeren Verwischungen der Unterschiede zwischen sozialistischer und kapitalistischer Ideologie.

Die Entwicklungsansprüche des sowjetischen Systems, die der von der Führungsschicht gewählten Linie entsprechen, sind die reale Basis für die »Unumkehrbarkeit« der Koexistenzpolitik, wie sie mehrmals von ihren Fürsprechern bekräftigt wurde; sie zeigen aber gleichzeitig, daß diese Politik zu anderen Konsequenzen führt als denen, die ihre Ideologen verkünden. Auf dem Gebiet des friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerbs ist das sowjetische System schwach und in einer Krisensituation; es braucht die Koexistenz, um diejenigen Wandlungen zu schaffen, die allein es ermöglichen, den Wettbewerb *fortzusetzen*. Aber genau diese Wandlungen binden das sowjetische System immer enger an das kapitalistische, das keinen Zweifel an seiner Kampfbereitschaft läßt, und demonstrieren letzten Endes die *politische* Schwäche des sowjetischen Systems.

Wenn sich aus der sowjetischen Koexistenzpolitik »im Inneren«, also innerhalb der Struktur des wirtschaftlich-gesellschaftlichen Systems der Sowjetunion und seiner Entwicklungsbestrebungen, diese Probleme ergeben, so entstehen noch gravierendere Probleme und Widersprüchlichkeiten *nach außen* hin.

Die imperialistische Politik zeigt immer deutlicher ihre Entschlossenheit zur militärischen Intervention, wenn es darum geht, eine Revolution niederzuschlagen, die die Einheit und Stabilität ihres Einflußgebietes ernsthaft bedroht. Wenn die Koexistenzpolitik unter diesen Bedingungen aufrechterhalten werden soll, führt sie zu einer stillschweigenden Duldung der konterrevolutionären lokalen Kriege des Imperialismus.

Daraus geht eindeutig die grundsätzliche Widersprüchlichkeit der Politik der friedlichen Koexistenz hervor. Der Weltkapitalismus legt dort seine

kriegsbereite Haltung ab, wo eine sozialistische Alternative unmöglich ist, hält sie aber aufrecht oder nimmt sie sofort wieder an, wenn sich eine solche Alternative abzeichnet. Die beiden Seiten der Koexistenzpolitik – der Wunsch, den Frieden zu erhalten, und der Wunsch, den Sozialismus zu verbreiten – erweisen sich so als prinzipiell unvereinbar. Und als ebenso unhaltbar erweist sich die Behauptung, daß der Verzicht des Kapitalismus auf Kriegspolitik in dem oder jenem Gebiet einen Sieg der sozialistischen Kräfte darstellt: Denn dieser Verzicht erfolgt stets nach einer Niederlage der sozialistischen Kräfte, durch die eine militärische Intervention (zumindest für längere Zeit) unnötig geworden ist.

Diese Situation stellt die Sowjetunion vor ein schweres Problem. Die stillschweigende Duldung einer bewaffneten imperialistischen Intervention schwächt die UdSSR auf dem einzigen Gebiet, auf dem sie sich dem Imperialismus gegenüber politische Stärke bewahrt hat: und das ist ihr politisches Prestige, das aus ihrer »sozialistischen Vergangenheit« herrührt, aus den verbliebenen Resten sozialistischer Ideologie und aus ihrer – zumindest scheinbaren – Integrität dem imperialistischen Ausbeutungssystem gegenüber. Jeder Widerstand gegen solche Interventionen aber bringt die Koexistenz in Gefahr.

Wo immer die revolutionäre Bewegung an die sowjetische Linie gebunden ist, stellt sich dieses Problem nicht, weil es nicht bis zu jenem Bruch mit dem Imperialismus kommt, der die gewaltsame Reaktion herausfordert. In Ländern wie Cuba oder Vietnam aber, wo die revolutionäre Bewegung ihren antikapitalistischen Kampf bis zur letzten Konsequenz führt, tritt das Problem drastisch auf. Die wechselnden Ereignisse in Cuba und Vietnam brachten die UdSSR dazu – nach nicht immer gelungenen und zielstrebigen Versuchen –, eine Politik zu entwickeln, die aus der Sackgasse herausführen soll. Sie besteht in einem direkteren Eingreifen in den Konflikt, wobei das damit verbundene Risiko bewußt akzeptiert wird, und *läuft darauf hinaus, durch direkte Verhandlungen mit den Großmächten eine Lösung* zu erreichen. So war es in der Cuba-Krise, und es ist sehr wahrscheinlich, daß hinter der gegenwärtigen Intensivierung des sowjetischen Engagements in Vietnam ähnliche Absichten stehen. Ganz deutlich wird diese Politik in dem diplomatischen Spiel, das die UdSSR im jüngsten Nahost-Konflikt betreibt: als Bedingung für Viermächte-Verhandlungen über den Nahen Osten stellt sie die Einbeziehung aller Probleme, einschließlich Vietnams. Der kürzlich von der *Prawda* veröffentlichte all-

gemeine und undifferenzierte Aufruf an »alle« revolutionären Bewegungen Lateinamerikas, die zivilen und die militanten, weist ebenso wie das Unterlassen jeder Reaktion auf die immer schärfer werdenden Polemiken aus Cuba darauf hin, daß die Sowjetunion mit diesen revolutionären Situationen irgendeine Verbindung halten will, um zum gegebenen Zeitpunkt zu intervenieren und Verhandlungen zustande zu bringen, bei denen die Großmächte ohne Berücksichtigung des politischen Willens der revolutionären Bewegungen über das Schicksal der verschiedenen Länder entscheiden.

Wenn diese Taktik Erfolg hat, gestattet sie der UdSSR, ihr »sozialistisches Prestige« hinter der Maske einer direkten Intervention, die das Risiko eines frontalen Zusammenstoßes mit den USA birgt, zu bewahren, ohne die grundsätzliche Linie der Koexistenzpolitik aufzugeben. Die »revolutionären Krisen« würden im Hinblick auf die Erhaltung des Gleichgewichts der beiden großen Machtblöcke unter Kontrolle gehalten.

Der Erfolg dieser Manöver hängt aber auch von der Politik der revolutionären Bewegungen und von ihrem Verhalten in den verschiedensten Situationen ab: es läßt sich oft beobachten, daß gerade angesichts derartiger Manöver die revolutionären Bewegungen eine gegenläufige Strategie entwickeln, um ihre Autonomie im Kampf zu betonen.

Ehe diese gegenläufigen Strategien untersucht werden sollen, ist es angemessen, *nach den spezifischen Konsequenzen* zu fragen, *die die sowjetische Strategie für den revolutionären Kampf in den lateinamerikanischen Staaten mit sich bringt.*

Die internationale prinzipielle Strategie der friedlichen Koexistenz bewirkt eine Reihe anderer strategischer Elemente, die gleichzeitig die sie bestimmenden Faktoren und ihre Konsequenzen sind: der *demokratische Weg zum Sozialismus* bedeutet einen Kampf für den Sozialismus, der sich auf eine extrem breite Basis von gesellschaftlichen Kräften stützt, einschließlich kapitalistischer Kräfte, die durch den gemeinsamen »Willen zum Frieden« und die Tatsache geeint sind, daß sie alle dem Imperialismus gegenüber »irgendeinen Grund zur Unzufriedenheit« haben; eine besondere *Wahl von Kampfmethoden,* bei der die friedlichen meist bevorzugt werden, bewaffnete Auseinandersetzungen zwar nicht ausgeschlossen bleiben, aber schließlich nur als Druckmittel bei Verhandlungen zwischen den Großmächten über die Lösung des Konflikts dienen sollen; ein besonderes *»Modell«* einer *sozialistischen Gesellschaft,* die vor allem durch den

wirtschaftlichen Erfolg gekennzeichnet ist – es wird also der gleiche Maßstab wie in den kapitalistischen Gesellschaftssystemen angelegt –, und in der die Machtverteilung extrem wenig festgelegt ist, um im Dienste des wirtschaftlichen Erfolges umstrukturiert werden zu können.
Diese Strategie führt in der spezifisch lateinamerikanischen Situation zu einer Reihe sehr bedeutender Konsequenzen, die sie in zunehmend radikalen Gegensatz zu den Zielen der revolutionären Kräfte in den einzelnen Ländern bringen.
a) Das allgemeinste Merkmal ist der bereits angedeutete Konflikt zwischen der von der Sowjetunion verfolgten *Politik des internationalen Gleichgewichts* und dem Anspruch des revolutionären Kampfes in den lateinamerikanischen Ländern, *dieses Gleichgewicht zu durchbrechen,* und zwar nicht bloß im Hinblick auf die eigene Lage, sondern auf Weltebene; denn jede »Herstellung des Gleichgewichts«, die für den Imperialismus annehmbar ist, schnürt die revolutionäre Entwicklung ab, und nur eine systematische Vervielfachung von »Durchbrüchen« kann die repressive Macht des Imperialismus in einzelnen Gebieten schwächen.
b) Die gegenwärtige Art der *Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem sowjetischen und dem kapitalistischen Block* trägt dazu bei, die Schwierigkeiten zu mildern, die dem Imperialismus aus seiner derzeitigen Politik den lateinamerikanischen, allgemeiner: den unterentwickelten Ländern gegenüber erwachsen. Die gegenwärtige Linie der repressiven Politik und das, wenngleich noch nicht endgültige, Scheitern reformistischer Versuche nach Art der »Allianz für den Fortschritt« bringt einige schwerwiegende wirtschaftliche Folgen für den Kapitalismus mit sich: Die Expansionsmöglichkeiten durch Erschließung neuer Absatzmärkte für seine Erzeugnisse werden eingeschränkt oder sind überhaupt nicht mehr gegeben. Die Expansion ist aber auf lange Sicht gesehen ein entscheidendes Problem für den Bestand und die Weiterentwicklung des Systems. Die zunehmende Öffnung »sozialistischer« Märkte stellt heute für den Kapitalismus eine willkommene Alternativlösung dar: sie bieten der kapitalistischen Initiative ein wesentlich bereiteres und bequemeres Expansionsgebiet; einerseits ist das Einkommensniveau höher, so daß eine starke Aufnahmebereitschaft für Gebrauchsgüter etc. besteht, andererseits ist die politische Lage stabil.[2] So schwächt die gegenwärtige sowjetische Politik die negativen wirtschaftlichen Konsequenzen ab, die die gegenwärtige imperialistische Politik für die Entwicklung des Kapitalismus mit sich brächte.

c) Das Bemühen, das sozialistische Lager nicht durch ein revolutionäres Durchbrechen des internationalen Gleichgewichts zu stärken, sondern auf internationaler Ebene durch *schrittweise zunehmende Einflußnahmen und eine Erweiterung des Bündnissystems*, im Inneren der einzelnen Länder durch eine *allmähliche reformistische Entwicklung*, bringt die UdSSR dazu, mit Regierungen, die alles andere als anti-imperialistisch, oft sogar offen reaktionär und repressiv sind, Bündnisse zu suchen und ihnen gegenüber eine Politik der Hilfeleistung zu betreiben. In Lateinamerika zeigt sich dies an den Hilfsprogrammen und Wirtschaftsverträgen, die mit Ländern wie Brasilien und Columbien oder auch Chile vereinbart wurden oder in Kürze vereinbart werden. Auf diese Weise trägt die UdSSR direkt zur Stärkung von Regimen bei, die von den lateinamerikanischen Revolutionären bekämpft werden.

d) Im Hinblick auf die klassenmäßige Zusammensetzung der revolutionären Kräfte haben die ideologischen Überbleibsel der bolschewistischen Tradition zusammen mit verwirrenden Elementen, die von der neuen Strategie des »demokratischen Weges zum Sozialismus« herrühren, eine Reihe negativer Auswirkungen, in erster Linie die *Unterbewertung und das Außerachtlassen des revolutionären Potentials der Landbevölkerung*. Die »Politik der Bündnissysteme« überläßt den Kampf einer äußerst ambivalenten und überwiegend städtischen Gruppierung von Klassen, die den Bauern und ihren revolutionären Aktionen nur eine untergeordnete Hilfsfunktion zugesteht; die Führungsrolle, die bisher stets der Arbeiterklasse zukam, wird mehr und mehr zum ideologischen Deckmantel einer Verbindung von Klassen, welche die ambivalenten und verhältnismäßig privilegierten Kreise der Arbeiterschaft zuungunsten der Revolutionäre mit Machtvollkommenheiten ausstattet. Nicht zufällig nimmt die sowjetische Propaganda gegenwärtig gewisse ideologische Reste wieder auf, um gegen die Linie von Mao Tse-Tung zu polemisieren, dem seit jeher Irrtümer und Abweichungen vorgeworfen werden, weil er den Massen der Landbevölkerung eine wesentliche Rolle zuschreibt.

e) Was die *Taktik des Kampfes* betrifft, so ist die Bevorzugung der friedlichen Mittel dem Guerilla-Kampf gegenüber, der nur eine untergeordnete Hilfsfunktion erfüllen soll, in Lateinamerika besonders schwerwiegend; die politische Vorherrschaft der städtischen über die ländliche Führung bewirkt eine Abschnürung des Guerilla-Kampfes zugunsten von mehr oder weniger einschneidenden Kompromißlösungen, wie sie auf der

Basis der »demokratischen Bündnispolitik« von den Parteien in den Hauptstädten angestrebt werden.
f) Schließlich führt das sowjetische Modell, im Hinblick auf die *Verwirklichung des Sozialismus* nach Erlangung der Regierungsgewalt, immer eindeutiger dazu, daß sich soziale Unterschiede analog zur Gesellschaftsstruktur und zum Wertmaßstab des Kapitalismus herauskristallisieren. Das bedeutet, daß sich die von der kommunistischen Bewegung angestrebte Gesellschaftsordnung immer weniger deutlich von derjenigen unterscheidet, die die kapitalistischen Kräfte – wenn heute auch bloß propagandistisch wie in der »Charta von Punta del Este« – als Zukunftsziel setzen. Daraus ergeben sich nicht nur auf lange Sicht hin theoretische, sondern sofort praktische Probleme: wie sollen die Ziele der Revolution in der Propagandaarbeit und bei der politischen Erziehung der Massen klar herausgestellt werden? Zum mindesten wird die Propaganda Gefahr laufen, der neo-kolonialistischen Aktivität machtlos gegenüberzustehen und deren Versuchen, die bessere Position zu gewinnen, nichts entgegensetzen zu können.

2. *Ansätze zu einer Alternative*

Die genaue Betrachtung von Elementen, die in der Strategie einer Reihe von revolutionären Bewegungen eine Gegenposition zur sowjetischen Linie markieren, läßt bereits einige gemeinsame Merkmale erkennen. Es ist wichtig, sie nicht bloß »negativ« als gemeinsame Abweichungen von der sowjetischen Linie zu sehen, sondern »positiv« als Anzeichen einer gemeinsamen Strategie: Eine solche Perspektive ist umso bedeutsamer, als jene Bewegungen im Gegensatz zum sowjetischen Lager zur Zeit keinen festen und koordinierten Block bilden, in welchem eine politische Linie auf Jahre hinaus gemeinsam festgelegt worden wäre. Die eigene Strategie dieser Bewegungen, besser gesagt: eine weltweite einheitliche, eigene Strategie, ist erst im Begriff sich zu bilden; erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit haben sie sich autonom mit den Problemen einer *internationalen Strategie* beschäftigt, *die direkt aus ihrem Aktionsgebiet hervorgehen müßte.* Der Prozeß ist reich an Gegensätzen und an ungelösten Problemen. Es handelt sich darum, ob sie grundsätzliche Übereinstimmungen erzielen können, denen gegenüber die Gegensätze an Bedeutung verlieren.

Bei der Prüfung dieser Frage wird es günstig sein, sich die drei bisherigen grundlegenden Erfahrungen ins Gedächtnis zu rufen:
1. *China*, das als erstes Land mit Hilfe einer eigenen autonomen Strategie eine Revolution vollzogen, das als erstes Land mit der weltweiten sowjetischen Strategie gebrochen und sich die Aufgabe gestellt hatte, eine Alternative dazu zu entwickeln; 2. *Vietnam*, das gegenwärtig durch den direkten Zusammenstoß mit dem Kapitalismus am schwersten belastet ist; 3. *Cuba und die lateinamerikanischen Bewegungen*, von denen die unmittelbare Möglichkeit einer Ausbreitung des revolutionären anti-imperialistischen Kampfes abhängen.
Die deutlichsten gemeinsamen Elemente, die von den drei revolutionären Kräften zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenem Maße herausgestellt wurden, sind diese:
a) Die *Vervielfachung der Revolutionen*, also das fortwährende Durchbrechen des internationalen imperialistischen Gleichgewichts, wird als einzige echte Möglichkeit angesehen, nicht nur den Sozialismus in der Welt zu verbreiten, sondern auch einer einzelnen Revolution auf nationaler Ebene zum Erfolg zu verhelfen. Diese Linie setzt China den sowjetischen Auffassungen entgegen; nur sie bietet den Vietnamesen Aussicht auf Erfolg; und es ist die Linie des »Schafft weitere Vietnam«, die kürzlich von Cuba aus verkündet wurde.[3]
b) Auf Grund unterschiedlicher Erfahrungen sind diese drei Kräfte zu einer *politischen Theorie des Guerilla-Kampfes* gekommen, die viele gemeinsame Aspekte hat: I) Auf Weltebene: die Gegenposition des Guerilla-Kampfes – als eines Gebietes, auf dem sich die politische Überlegenheit der anti-imperialistischen Kräfte und ihre Unbesiegbarkeit durch den Imperialismus manifestiert – dem Krieg von Großmächten gegenüber. II) Auf der innenpolitischen Ebene der verschiedenen Länder: die Intensivierung des Guerilla-Kampfes als die *einzig mögliche Taktik*, der imperialistischen Führung dieser Länder entgegenzutreten. III) Im Hinblick auf die innere Organisation des Guerilla-Kampfes: die Guerilla-Gruppen nicht bloß als militärisches, sondern im weitesten Sinne als *politisches Instrument* anzusehen, woraus sich die Notwendigkeit einer politischen Diskussion aller Probleme des Verhältnisses zwischen den Guerilla-Kämpfern und den Massen etc. ergibt, eine Diskussion, die, den unterschiedlichen Situationen entsprechend, auch im einzelnen unterschiedlich geführt werden wird.
c) Diese politische Theorie des Guerilla-Kampfes erfordert aber ihrerseits

eine gemeinsame *Analyse der revolutionären Klassen*, der möglichen Verbündeten und Gegenrevolutionäre und der Beziehungen zwischen den verschiedenen Klassen innerhalb des revolutionären Prozesses. Die umfassendste und schärfste derartige Analyse bleibt die von Mao Tse-Tung; allen drei Kräften aber ist die deutliche Abgrenzung des revolutionären Potentials, das durch die Massen der Landbevölkerung gestellt wird, und die Ablehnung gewisser ambivalenter Bündnisse gemeinsam.

d) Zu dieser gemeinsamen Analyse der Klassen kommt eine im wesentlichen gemeinsame Konzeption des Verhältnisses zwischen anti-imperialistischem Kampf und sozialistischer Revolution. Von allen drei Positionen aus wird die Phase der »bürgerlich-demokratischen Revolution« abgelehnt, eine Phase, in der unter der Führung eines nationalen, von der sozialistischen Bewegung unterstützten Bürgertums eine Reihe kapitalistischer Strukturen abgebaut und die wirtschaftliche Entwicklung vorangetrieben wird. Das bedeutet nicht, daß man einen unmittelbaren Übergang zum Sozialismus fordert: aber das Fehlen einer geschlossenen nationalen bürgerlichen Schicht muß zur Folge haben, daß der anti-imperialistische Kampf durch eine *ununterbrochene Revolution* charakterisiert wird, deren verschiedene Stufen, von der Abschaffung feudalistischer und vor-kapitalistischer Strukturen bis zur Entwicklung wirklicher sozialistischer Wesenszüge, fortwährend unter der Führung der sozialistischen Kräfte bewältigt werden müssen. In diesem Sinne ist es möglich, daß die revolutionäre Bewegung auf Grund ihres anfänglichen Aspekts einer »nationalen Befreiung« mit verschiedenen nicht-proletarischen Schichten Bündnisse eingeht; die sozialistische Führung der Bewegung bleibt aber ein Garant dafür, daß der revolutionäre Prozeß nicht gestoppt wird, auch wenn seine weitere Entwicklung zum Bruch mit den nicht-proletarischen Verbündeten führt.

e) Mit der Analyse der Klassensituation, der Kritik der Strategie, die auf einer »bürgerlich-demokratischen Phase« der Revolution besteht und mit der entscheidenden Rolle, die dem Guerilla-Kampf eingeräumt wird, stehen einige gemeinsame Auffassungen über die *Erneuerung in der Konzeption der Partei* in engem Zusammenhang: Die konkrete Schaffung einer Kern-Gruppe innerhalb des Klassenkampfes eines Landes wird als entscheidendes Kriterium dafür angesehen, daß ihr die revolutionäre Führungsrolle gebührt, nicht aber die offizielle Anerkennung und Bevollmächtigung einer Organisation, die sich formell durch ihre Geschichte legi-

timiert. Diese Merkmale der Erneuerung zeigt die chinesische ebenso wie die cubanische Position, wenn auch die ideologischen Formulierungen und die »Phasen« der Revolution, in denen sie entstanden sind, divergieren[4]; weniger deutlich scheinen sie sich in der vietnamesischen Position abzuzeichnen, doch läßt sich kaum sagen, ob es sich um einen praktischen Unterschied auf Grund anderer historischer Bedingungen handelt oder um eine wirklich unterschiedliche Konzeption; schließlich könnten auch die unzureichenden Informationen über die Diskussionen und Strömungen innerhalb der vietnamesischen revolutionären Bewegung das Bild beeinträchtigen.[5]

f) Jedenfalls haben alle drei Kräfte Elemente einer Konzeption des Sozialismus gemeinsam, die in radikalem Gegensatz zur sowjetischen Konzeption stehen. In erster Linie stellen sie – und das bezeugen die Tatsachen – die radikalste Opposition gegen die Konzeption des »Sozialismus in *einem* Land« und deren aktuelle Folgen dar[6]; die Entwicklung des Sozialismus wird nicht an den Modellen der Länder gemessen, in denen er schon die Macht errungen hat, sondern an den Erfolgen der revolutionären Kräfte in der ganzen Welt. Der Beitrag aber, der zu diesen Erfolgen geleistet werden kann, wird auch zum Prüfstein *für diejenigen Länder, in denen der Sozialismus bereits die Macht errungen hat.* In zweiter Linie haben sie eine Reihe von Gleichheitsprinzipien und eine antibürokratische Haltung im Hinblick auf die innere Sozialstruktur der sozialistischen Staaten gemeinsam. China ist bis heute am weitesten in dieser Richtung vorgestoßen: auf internationaler Ebene stimmt es mit der Kritik am Bürokratismus, an den Mißständen und Ungerechtigkeiten überein, und bei der praktischen Analyse der eigenen sozialistischen Gesellschaft scheut es nicht davor zurück, die Massen zu mobilisieren und direkte Gegenpositionen zwischen Teilen der Massen und Teilen der Partei entstehen zu lassen. Es ist auch kein Zufall, daß Cubas »Wiederaufnahme der revolutionären Initiative« auf internationaler Ebene mit heftiger Kritik im Inneren an Bürokratismus, materiellen Anreizen etc. zusammentrifft; hier werden Gedankengänge, die bereits in Schriften und Reden »Che« Guevaras vorkommen, wieder aufgenommen und propagiert.[7] Andererseits ist es aber klar, daß in der gegenwärtigen Situation Vietnams solche Probleme nicht die gleiche entscheidende Stellung wie anderswo einnehmen und nicht ebenso in ihrer ganzen Komplexität aufgerollt werden können; nichtsdestoweniger ist auch für Vietnam z. B. eine dem Gleichheitsprinzip folgende Politik im

wirtschaftlichen und ideologischen Bereich charakteristisch. Es soll hier nicht zu sehr verallgemeinert und aus der zunehmenden Initiative und Mitarbeit der kämpfenden Massen in der Guerilla-Bewegung eine gemeinsame Vorstellung von einem nicht-bürokratischen Verhältnis zwischen den Massen und der Partei abgeleitet werden; sicher aber stellt dieses Phänomen einen weiteren bedeutsamen Aspekt der »Übereinstimmung« dar.

3. Offene Probleme bei der Schaffung einer Alternative

Wie bereits erwähnt, haben sich die Kräfte, für die die genannten Gemeinsamkeiten charakteristisch sind, im Laufe verschiedener geschichtlicher Erfahrungen gebildet, und es gibt zwischen ihnen gegenwärtig keine Form ausdrücklicher und organischer politischer Koordination.
Die internationale Strategie, die auf ihren politischen Linien beruht, ist weder umfassend noch konsolidiert: *Eine Ausweitung der Fronten des revolutionären Kampfes* in der Welt ist die entscheidende Bedingung dafür, daß »der Sprung nach vorn« gelingt und diese Strategie klarer und einheitlicher wird.
Auf die ungenügende Ausdehnung der Front des revolutionären Kampfes läßt sich ein guter Teil der Irrtümer und Widersprüche zurückführen, die von Mal zu Mal für diese oder jene Kraft bezeichnend waren: etwa die Akzentverlagerung in der chinesischen Politik der letzten Jahre von konsequent revolutionären Aspekten auf »konservative«, ja auf solche einer »diplomatischen Staatspolitik« verschiedenen Ländern und ihren revolutionären Bewegungen gegenüber; oder, zur Zeit der Konferenz der Drei Kontinente, die Bereitschaft Cubas zu ambivalenten politischen Manövern, hinter denen der sowjetische Druck nicht zu verkennen war. Für den Fall, daß sich die Front des revolutionären Kampfes künftig nicht ausdehnt, steht zu befürchten, daß die vietnamesischen Revolutionäre eines Tages gezwungen sein könnten, zum Nachteil ihrer eigenen wie der internationalen Revolution Lösungen anzunehmen, die unter den Großmächten ausgehandelt werden.
Diese Irrtümer und Widersprüche erschweren aber ihrerseits oft die Erweiterung der revolutionären Front. Die Politik diplomatischer Bündnisse, die China Ländern wie Pakistan oder Indonesien gegenüber betreibt, und

die daraus folgende Haltung der lokalen pro-chinesischen Kommunisten, wird von der revolutionären Bewegung in diesen Ländern teuer bezahlt und hat negative Rückwirkungen auf die gesamte internationale revolutionäre Bewegung.[8] Gewiß übt die Kulturrevolution und die kritische Prüfung der bisherigen chinesischen Politik (besonders durch Liu Shao-Chi) auch einen Einfluß auf die Außenpolitik aus; doch ist es bisher noch nicht gelungen, eine Reihe von Engstirnigkeiten und Ambivalenzen in dieser Politik zu überwinden, wie das etwa die chinesische Haltung im Nahost-Konflikt zeigt.[9]

Analog dazu haben die Zeiten, in denen sich Cuba den sowjetischen Forderungen beugte, die Ausdehnung des revolutionären Kampfes in Lateinamerika verlangsamt und erschwert. Bedenkt man die »delikate« Position Cubas in seinem Verhältnis zur UdSSR, so wird das ständige Risiko einer sowjetischen Einflußnahme deutlich.

Wenn man sich auch keinen Illusionen über die Möglichkeiten hingeben darf, diese Engstirnigkeiten und Irrtümer von einer Einzelposition aus völlig zu überwinden, da sie – wie bereits erwähnt – auch von praktischen Schwächen des revolutionären Lagers herrühren, ist es doch notwendig, sich ständig vor Augen zu halten, daß ihre Feststellung und die Anstrengung, sie zu überwinden, entscheidend sind für die Ausdehnung des revolutionären Kampfes.

Wir müssen uns aber die Frage stellen, ob unter den revolutionären Kräften, jenseits der bestehenden Unterschiede, Widersprüche und abweichenden Interessen, die grundsätzliche Tendenz zu einer Übereinstimmung besteht, und das heißt auch zu einer zunehmenden Differenzierung gegenüber anderen Kräften, und ob eine solche Übereinstimmung für die sozialistische Weltrevolution günstig wäre.

Eine Übereinstimmung im Entwicklungsgang scheint uns eindeutig gegeben zu sein: einerseits nehmen die revolutionären Kräfte zu grundsätzlichen Problemen die gleiche Stellung ein, andererseits eint sie das Bestreben, die bisherigen Widersprüchlichkeiten zu kritisieren und zu überwinden (dies zeigt sich am Beispiel Cubas ebenso wie an dem Chinas), und schließlich gibt es heute – auch ohne formelle Koordinierung – bereits eine *praktische Solidarität*, die diese Kräfte eng aneinander bindet. Die Existenz Chinas und seiner politischen Linie gewährleistet das Überdauern der vietnamesischen Revolution: ohne die harte, kompromißlos unduldsame Linie der Chinesen hätte sich die UdSSR leichter »aus der Affäre

ziehen können«, und der Aggression des US-Imperialismus wären keine Schranken gesetzt worden. Die Existenz Vietnams wiederum ist die Bedingung, ohne welche die Entwicklungsmöglichkeiten der lateinamerikanischen Guerilla-Bewegungen unendlich reduziert wären: auf der einen Seite wirkt das vietnamesische Beispiel bestärkend, da es beweist, daß es möglich ist, dem US-Imperialismus die Stirn zu bieten, auf der anderen Seite bindet Vietnam das repressive Potential der USA, das sonst sehr viel leichter irgendwo anders konzentriert eingesetzt werden könnte. Ähnlich erleichtert die Existenz Cubas die Entwicklung revolutionärer Bewegungen in ganz Lateinamerika.

All dies aber bedeutet nicht, daß der Prozeß zunehmender Homogenität und Übereinstimmung irreversibel sei; politische Entscheidungen der einen oder der anderen Kraft können die Tendenz verändern: doch würde das heute einen objektiven Rückschritt für die internationale revolutionäre Bewegung darstellen.

Es handelt sich nun darum festzustellen, welche Spaltungen es im antikapitalistischen Lager gibt, ob sie zu überwinden sind, und ob der Versuch, sie zu überwinden, lohnt.

Die Untersuchung der tiefgreifenden Differenzen zwischen der UdSSR und den revolutionären Kräften, von denen die Rede war, sowie die weitgehende Übereinstimmung unter diesen Kräften legen die Antwort nahe. Es ist sinnlos, die Differenzen zwischen der UdSSR und China unterzubewerten, um eine unrealisierbare »Einheit des sozialistischen Lagers« zu verfechten, gleichzeitig aber Differenzen, etwa zwischen der cubanischen und der chinesischen Position, künstlich zu steigern (wie es z. B. die Trotzkisten tun): Das Resultat ist die irreführende Tendenz, die Haltung Cubas als »dritten Weg« zu sehen, vor allem aber die *Verwischung der Grenzen zwischen zwei Lagern, deren unterschiedliche Auffassungen nur dann unter einen Hut gebracht werden könnten, wenn das eine oder das andere seine bisherige politische Linie völlig aufgäbe.*

Es wird dabei von der irrigen Annahme ausgegangen, die UdSSR und die revolutionären Kräfte (China, Vietnam, Cuba) hätten grundsätzliche strategische Ziele gemeinsam, während die Abweichungen nur taktischer Art, also nur *verschiedene Aspekte der gleichen Strategie seien.* Wir müssen uns ganz klar die dramatische Tatsache zu Bewußtsein bringen, daß es keine gemeinsamen strategischen Elemente mehr gibt, zumindest nicht, solange die politische Linie der Sowjetunion und die gesell-

schaftlichen Kräfte, auf denen sie basiert, unverändert bleiben; im Gegenteil: es könnte allenfalls zu partiellen *taktischen* Übereinstimmungen mit politischen Linien kommen, die einen verschärften Kampf fordern. Dazu könnte die Sowjetunion durch die Notwendigkeit gebracht werden, ihre »Wettbewerbssituation« den USA gegenüber zu verbessern: es wären aber stets Übereinstimmungen voller Ambivalenzen und Gefahren, da es das ständige Ziel der UdSSR bliebe, sie bloß als Mittel dazu zu benützen, die Koexistenzpolitik auf einer neuen Ebene wiederherzustellen.

Unter diesen Umständen gilt es, diejenige Linie vorbehaltlos zu verteidigen, die den unversöhnlichen Charakter der gegenseitigen Abweichungen klar gezeigt und ebenso klar Stellung bezogen hat: die chinesische Linie. Es ist bereits zu einem Gemeinplatz geworden, zu versichern, daß die »Auswüchse« der »internen Polemik« im sozialistischen Lager den revolutionären Kämpfen, besonders dem Kampf in Vietnam, schaden.[10] Eine genauere Betrachtung der Lage ist nötig: So muß etwa der bürgerlichen und philo-sowjetischen Propaganda, die das chinesische Transit-Verbot für die Vietnam-Hilfen der UdSSR ausschlachtet, energisch entgegengetreten werden, einer Propaganda, die auch von den Vietnamesen und sogar von bürgerlichen Kreisen immer wieder Lügen gestraft wird. Dieses Verbot hat eine Antinomie klar ans Licht gebracht; denn *es hat dem Kampf in Vietnam politisch genützt.* Es hatte den direkten Nutzen, der UdSSR gegenüber als »Stachel« und den USA gegenüber als »Schranke« zu dienen; und es ist für die Zukunft nützlich, weil es Fronten klärt, mit denen sich früher oder später auch die anderen revolutionären Bewegungen werden auseinandersetzen müssen. In dem Augenblick, in dem die Verschärfung der internationalen Lage die Sowjetunion zwingt oder – je nach der Konstellation – ihr den Versuch gestattet, mit größerem Nachdruck in die vietnamesische Revolution einzugreifen, um auf einer Gipfelkonferenz der Großmächte »ein Bündel schöner Verträge« auszuhandeln, werden die revolutionären Kämpfer vor schwerwiegende Entscheidungen gestellt; dies könnte etwa der Fall sein, wenn bei einer Verschlechterung der Lage die Sowjetunion oder China oder beide Mächte nicht bloß formell die Entsendung von Freiwilligen anbieten. Vor analoge Entscheidungen können eines Tages auch die lateinamerikanischen Revolutionäre gestellt werden.

Da für die revolutionären Kämpfer solche Entscheidungen in immer stärkerem Maße praktisch gegenstandslos werden, darf man ihrer gelegentlich

ambivalenten theoretischen Untersuchung nur relatives Gewicht beimessen: Dies gilt vor allem für die reservierte Haltung, die die Vietnamesen mit bewundernswerter revolutionärer Kraft und Würde den chinesisch-sowjetischen Meinungsverschiedenheiten gegenüber an den Tag legen, und es kann ebenso für die Äußerungen »Che« Guevaras in seiner Erklärung über die internen Beziehungen des sozialistischen Lagers gelten.[11]

Darin, wie die revolutionären Kämpfer auf das vitale Erfordernis einer zunehmenden Einheit der revolutionären Kräfte reagieren und daß sie sich immer nüchterner von der sowjetischen Linie absetzen, zeigt sich ihr *praktisches* Verwachsensein mit den Grundsätzen, die wir als die bedeutendsten Komponenten ihrer Strategie herauszustellen versuchten und die sie zur sowjetischen Strategie wesentlich in Gegensatz bringen. Dabei ist es von geringerer Bedeutung, wann und in welchem Maße dieser Tatsache in Erklärungen der einzelnen revolutionären Bewegungen Rechnung getragen wird.

Für uns, die wir in hochentwickelten kapitalistischen Ländern noch als schwache Minderheiten agieren, sieht die Lage anders aus. Unsere konkreten Aufgaben können nur vorbereitenden Charakter haben; wir können Kern-Organisationen bilden und das revolutionäre Bewußtsein der Massen wecken. *Praktisch* ist unsere Wirkung auf das weltweite kapitalistische System zur Zeit gleich null. Unsere Verbundenheit mit den Kräften, die schon heute in hartem Kampf gegen dieses System stehen, zeigt sich daher vor allem auf dem Gebiet der Analyse und in der Planung einer organisatorischen Zusammenarbeit auf lange Sicht.

Auf lange Sicht sind wir zweifellos in der Lage, *hier* eine revolutionäre Bewegung zu schaffen und unsere politische Position praktisch zu rechtfertigen. Wir müssen aber gerade in dieser schwierigen Anfangsphase mit aller Klarheit feststellen, *auf welcher Seite* wir innerhalb des gespaltenen sozialistischen Lagers stehen, dürfen uns keinen Mystifikationen über »dritte Wege« hingeben, um einer Entscheidung zu entkommen: aus diesem Grund hat die Entscheidung, »auf seiten Chinas zu stehen«, in diesem Augenblick einen präzisen politischen Wert.[12]

Aus dem Italienischen von Gianfranco Accardo und Gerald Bisinger

Anmerkungen

1 Benutzte Literatur: Ursula Schmiederer und Rüdiger Griepenburg, »Die Koexistenzstrategie in der sowjetischen Theorie und Praxis«, in: *Historische Zeitschrift des Sozialismus*, Nr. 29.

2 Dieses Vordringen erfolgt natürlich zum Teil in anderer Form als in Gebieten mit Privatwirtschaft. Es handelt sich oft um Lieferung von Einrichtungen, um Erteilung von Lizenzen, um Beratungen und um Planungen von Fabrikanlagen, die staatliches Eigentum bleiben. Aber auch das bietet erhebliche wirtschaftliche Vorteile, die noch zu denen des direkten Warenexports auf diese neuen Märkte hinzukommen.

3 Die »Vervielfachung der Revolutionen« ist nicht nur ein allgemeines Erfordernis: einfach die Anzahl der Kämpfenden zu erhöhen; sie hängt eng mit der besonderen Einschätzung der durch sie verursachten Widersprüchlichkeiten des kapitalistischen amerikanischen Systems auf militärischer und wirtschaftlicher Ebene zusammen. Auf militärischer Ebene ist die Wirklichkeit des amerikanischen Engagements in gegenrevolutionären Kriegen von Spezialtruppen und einem raschen Austausch des Menschenmaterials abhängig: im Falle einer Vervielfachung der Revolutionen könnten diese Bedingungen nicht mehr erfüllt werden. Auf wirtschaftlicher Ebene verwandelt sich das »Stimulans«, das die Kriegsproduktion darstellt, nach einem gewissen Punkt zu einer inflationistischen Tendenz, wie sie zum Teil schon in letzter Zeit aufgetreten ist. Eine Vervielfachung der Interventionen müßte diese Tendenz verstärken.

4 Es muß festgestellt werden, daß die chinesische Position *von Anfang an* wesentliche und interessante Elemente dieser Art umfaßte. Schon im Laufe des revolutionären Kampfes in China zeigte sich ein Dualismus der Organisationsformen auf dem Lande und in den orthodoxen leninistischen Organisationen in den Städten. Diese Unterschiedlichkeit blieb bestehen und ist in der Kulturrevolution wieder deutlich geworden.

5 Es wären dafür etwa die Merkmale der Nationalen Befreiungsfront, die in Süd-Vietnam operiert, zu studieren; sie hängt nicht direkt und allein von der kommunistischen Führung ab und ist ein Beispiel für eine fortschrittliche politische Entwicklung.

6 Es ist durchaus zu bejahen, daß die Revolution in einem einzelnen Land begonnen und auch dann weitergeführt wird, wenn sie sich auf internationaler Ebene isoliert weiß. Dies heißt aber nicht, daß die staatliche Wirtschaftskraft eines sozialistischen Landes die internationale revolutionäre Bewegung befördert. Die internationale sozialistische Revolution muß das entscheidende Kriterium für die Richtung jeder sozialistischen Linie bleiben.

7 Hier muß festgestellt werden, daß es einen politischen Zusammenhang zwischen einer »wirtschaftlich orientierten« Position im Inneren eines sozialistischen Landes und der Position der »friedlichen Koexistenz« auf internationaler Ebene gibt.

8 Hier ist festzuhalten, daß »philochinesische« Bewegungen verschiedener Länder bloß oberflächlich mit der Strategie der Kommunistischen Partei gebrochen und dabei einige grundsätzlich reformistische und stalinistische Merkmale beibehalten haben.

In einigen lateinamerikanischen Ländern scheint dies der Fall zu sein, so daß die Haltung vieler lateinamerikanischer Revolutionäre China gegenüber negativ belastet ist.

9 Siehe dazu »Anmerkungen zu einer Diskussion über die Lage im Nahen Osten und die Probleme des antiimperialistischen Kampfes« in der Reihe *Quaderni rossi*, Turin, Juli 1967.

10 Diese Position vertreten auch die cubanischen Führer, besonders »Che« Guevara.

11 Vergleiche z. B.: »... Aber auch diejenigen sind schuldig, die einen Krieg der Beleidigungen und Sticheleien aufrechterhalten, wie er schon seit langem von den beiden Großmächten des sozialistischen Lagers geführt wird«; und weiter: »Im Hinblick auf die Erbitterung und Unduldsamkeit, mit denen jede Seite den eigenen Standpunkt verteidigt, können wir, die Enterbten, für keine der unterschiedlichen Erscheinungsformen Partei ergreifen, wenngleich wir manchmal einige Ansichten der einen oder der anderen Seite, oder eher die der einen als der anderen Seite teilen.«

12 Aus dem Vorhergehenden muß deutlich genug geworden sein, daß diese Entscheidung keinerlei dogmatische Illusionen umfaßt: wir unterstellen nicht, daß die chinesische Politik in all ihren Aspekten den revolutionären Grundsätzen entspricht, die von der Kulturrevolution klar entwickelt und vertreten werden, und ebensowenig, daß die cubanische Politik eindeutig und konsequent auf eine revolutionäre Aktivität, frei von sowjetischem Einfluß, hinzielt. Nie darf die klare Entscheidung für eine Seite die kritische Analyse trüben.

Interview mit Douglas Bravo

Frage: Was sind die Streitkräfte der Nationalen Befreiung (FALN)? Warum sind sie entstanden? Von wem werden sie gebildet?

Antwort: Wie jedermann weiß, befinden sich alle Völker der Erde in einem permanenten Kampf um eine Welt, in der sie ein normales Leben führen können. Wenn diese Völker ihren Kampf mit legalen, friedlichen Mitteln (öffentlichen Versammlungen, Demonstrationen, studentischen und gewerkschaftlichen Forderungen) beginnen, kommen die repressiven Organe der herrschenden Mächte und zerstören diese Bewegungen. Darum ist es notwendig, sich einer anderen Form des Kampfes zu bedienen, die Waffen zu ergreifen und bewaffnete Streitkräfte zu organisieren, die denen des Feindes entgegentreten können. Im 19. Jahrhundert begannen die venezolanischen Patrioten, eine Reihe von Forderungen aufzustellen, ohne aber Gebrauch von bewaffneten Streitkräften zu machen; bis dann eine Handvoll Leute, geführt von Bolívar, eine bewaffnete Truppe bildete: mit diesem entscheidenden Instrument konnten sie sich der Armee der Spanier entgegenstellen und sie aus dem Land verjagen.
Für die um ihre Freiheit kämpfenden Völker ist die Bildung einer bewaffneten Macht unabdingbar. Zur Verdeutlichung hier zwei Beispiele. Am 23. Januar 1958 strömten 800 000 Menschen in die Straßen von Caracas und forderten Freiheit, das Volk bemächtigte sich der Presse und des Rundfunks; aber der nordamerikanische Imperialismus und die Oligarchie behielten die Armee unter Kontrolle und konnten so nach und nach ein Terrain, das sie an eine rein zivile Bewegung, die »Patriotische Junta« verloren hatten, zurückgewinnen, um die Macht Betancourt zu übergeben. Und zwar deshalb, weil jene Bewegung keine Streitmacht gebildet hatte. In Cuba ging das anders: am 1. Januar 1959 kam Fidel Castro mit der revolutionären Armee an die Macht und vernichtete die feindliche Armee, während Vertreter der kubanischen Oligarchie und des US-Im-

perialismus Regierungsämter übernahmen; in der Folgezeit war es möglich, mit Unterstützung der revolutionären Armee diese Reaktionäre ihrer Posten zu entheben.
Die FALN entstehen nicht von heute auf morgen: sie sind das Ergebnis schwerer Kämpfe, die das venezolanische Volk in den letzten Jahren geführt hat. Die FALN sind die als Instrument des Volkes organisierte Antwort, die die Volksmassen dem US-Imperialismus und der Oligarchie von Venezuela erteilen. In der Tat, in dem Augenblick, in dem Betancourt an die Macht kam, wurden die Volksversammlungen und Demonstrationen von der Armee mit der Waffe in der Hand angegriffen, und zahlreich waren die Toten unter den Arbeitern, Studenten, Bauern: Unter diesen Umständen hat sich langsam der ursprüngliche Kern der FALN herausgebildet; auch als sie diesen Namen noch nicht trugen, gaben die Gruppen, die sich der Waffen bedienten, um sich gegen die bewaffneten Angriffe der Regierung zu verteidigen, in der Praxis zum ersten Mal eine gewaltsame, revolutionäre Antwort auf die repressive Gewalt der feindlichen Kräfte. Aber die FALN haben sich nicht nur deshalb gebildet: Sie sind aus der Notwendigkeit entstanden, unser Volk vom nordamerikanischen Imperialismus zu befreien; die FALN entstehen in dem Augenblick, in dem eine bewußte und entschlossene Avantgarde es für notwendig erachtet, die Bewegungen zu strukturieren, die sich auf verschiedenen Ebenen innerhalb der Bevölkerung zeigen.
Das Jahr 1962 war das Jahr einer tiefen Krise (einer politischen, ökonomischen, moralischen und sozialen Krise): die Ersetzung der Regierung durch eine patriotische und revolutionäre Regierung erschien unausweichlich; bei dieser Gelegenheit ereigneten sich in Venezuela bewaffnete Zusammenstöße (Carúpano, Puerto Abello); aber das Ziel dieser Bewegungen war der kurzfristige Sturz der Regierung; deshalb hatte man nicht die Bedingungen für einen Widerstand im ganzen Land geschaffen und die Waffen ans Volk verteilt. So wurden dann diese Bewegungen von der Armee vernichtet.
Man kann sagen, daß die FALN vier Hauptstützen haben: die Guerillas auf dem Land und in den Bergen (die das Zentrum der gesamten bewaffneten Bewegung in Venezuela bilden); die Guerillas in der Stadt; die UTC, taktische Sabotageeinheiten; die Vorstadtguerrillas und die revolutionären Posten in den Kasernen (tatsächlich können die FALN mit der Unterstützung breiter Schichten der Armee rechnen: zum Beispiel gibt es

zwei hohe Offiziere, die Mitglieder des nationalen Kommandos der FALN sind). Was die Zusammensetzung betrifft: in den FLN und den FALN sind alle Gesellschaftsschichten vertreten und vereint, von der Arbeiterklasse und den Bauern bis zum Kleinbürgertum und zur nationalen Bourgeoisie. Denn die Grundlage für die Bildung der FALN ist die Notwendigkeit, diejenigen sozialen Klassen zusammenzufassen, die sich gegen die traditionellen Regierungen und den Imperialismus auflehnen; kurz, sie stellen die Einigkeit der revolutionären Klassen gegenüber der Einigkeit der reaktionären Klassen dar. Die FALN besteht aus Anhängern der KP, der MIR (Bewegung der revolutionären Linken), der URD (demokratisch-republikanische Union) und auch der »demokratischen Aktion« und der COPEI (Christlich-Soziale): eine breite Befreiungsbewegung, die von allen um die Freiheit kämpfenden Schichten getragen wird. Die FALN werden aus Elementen verschiedener Herkunft gebildet, aber der hauptsächliche Führungskern ist eine Theorie radikaler Veränderung, wie man sie in anderen revolutionären Bewegungen erlebt hat, zum Beispiel in Cuba.

Frage: Welches ist das Programm der FALN?

Antwort: Die FALN sind die revolutionäre militärische Organisation des venezolanischen Volkes, das folgende Ziele hat: die nationale Unabhängigkeit, die Freiheit und die Demokratie für das Land zu gewinnen; das nationale Erbe, die Unversehrtheit und die Reichtümer des Landes zu bewahren; eine revolutionäre, nationalistische und volkstümliche Regierung zu errichten; die Interessen, Besitztümer und Einrichtungen des Volkes zu beschützen. Von daher ergeben sich für die FLN-FALN folgende Ziele: eine Regierung zu erkämpfen, die souverän und unabhängig ist, die alle Klassen und fortschrittlichen Kräfte des Volkes repräsentiert und alle Werkzeuge der Oligarchie und des Imperialismus von der Macht fernhält. Konkret ergeben sich folgende Punkte:

1. Eine Industrialisierung, die dem notwendigen Grad der Entwicklung unserer Gesellschaft entspricht und den Venezolanern die natürlichen Reichtümer des Landes zugute kommen läßt (Erdöl und Eisenerze); Diversifizierung der Erzeugnisse statt Monoproduktion (gegenüber der Erdöl- und Stahlproduktion sind die übrigen Produktionsbereiche bemerkenswert zurückgefallen, insbesondere die Landwirtschaft).

2. Die Bodenreform ist unerläßlich. Alle sprechen davon, aber die FLN-FALN sehen eine Reform vor, die wirklich die feudale Struktur des Landes zerbrechen kann, die das Land den Bauern gibt, sie mit ausreichenden Krediten, medizinischer Pflege und mit Maschinen versorgt; die ein Potential entwickelt, das die Industrialisierung und die Erweiterung der Märkte ermöglicht. Jetzt nämlich sind 70 % des Landes in der Hand einer Minderheit, während die große Mehrheit des Volkes nur 2,5 % besitzt. In Venezuela gibt es ungefähr 900.000 Bauern; von diesen bearbeiten 500.000 das Land in Stücken von durchschnittlich drei Hektar, während 3.500 Großgrundbesitzer für sich allein 17.430.120 Hektar besitzen.
3. Die internationale Politik: die Regierungen, die unablässig das Volk angreifen und alle Freiheiten beseitigt haben, führen auf internationalem Gebiet eine Politik im Dienste des US-Imperialismus. Die Regierung von Venezuela hat zum Beispiel lange Zeit eine ungerechte, unangemessene Haltung gegenüber der algerischen Revolution eingenommen; im Fall der vietnamesischen Revolution unterstützt sie offen die US-Regierung; im Fall Britisch-Guayanas nimmt sie eine trügerische und doppeldeutige Haltung gegenüber den nordamerikanischen Monopolen ein; Freiheit des Urteils in der Außenpolitik gibt es weder für den Ministerpräsidenten noch für den Präsidenten der Republik. Das beredteste Zeugnis all dessen ist der Abbruch der Beziehungen zu der Schwesterrepublik Cuba durch die venezolanische Regierung unter Betancourt: bei dieser Gelegenheit zeigte sich das völlige Auseinandergehen von Volk und Regierung, denn je mehr sich die venezolanischen Bauern, Studenten, Arbeiter, Intellektuellen und alle Patrioten mit der cubanischen Revolution solidarisierten, desto weiter distanzierte sich die Regierung Betancourt von ihr. Der Abbruch der Beziehungen wurde von Washington aus befohlen, wurde Venezuela von der US-Regierung aufgezwungen.

Frage: Weshalb haben Sie, um die Freiheit Venezuelas zu erreichen, den Weg des bewaffneten Kampfes gewählt?

Antwort: Ich habe nie das Unrecht ertragen können, habe stets versucht, mich gegen das Böse und die Gewalt aufzulehnen. Aber im konkreten Fall unseres Landes gründet sich die Antwort auf die Wirklichkeit von Venezuela, auf die Lebensbedingungen der Arbeiter, Studenten, der fortschrittlichen Intellektuellen, der Bauern; die Antwort wird, alles in allem ge-

nommen, durch die Leiden und Bitternisse der Volksmassen gegeben. So daß wir, als wir den bewaffneten Aufstand begannen, dies deshalb taten, weil wir vor der Alternative standen, den Weg der Sklaverei zu gehen oder den der Befreiung, der erforderte, daß wir zu den Waffen griffen.
Wenn ich sage, daß sich ein Revolutionär vor allem dadurch auszeichnet, daß er zu den Waffen greift, so will ich damit nicht sagen, daß die Revolutionäre unter allen Umständen zu den Waffen greifen mußten, um die Forderungen des Volkes zu verwirklichen und die großen Veränderungen zu bewirken, die die Gesellschaft erheischt. Ich sage nicht, daß die Revolutionäre Kriegstreiber sind; im Gegenteil, sie sind Menschen, die einen wahren Frieden für die ganze Welt zu erreichen suchen; sie wollen eine Welt der Ruhe erkämpfen, wo es weder Unterdrückte noch Unterdrücker gibt, und aus der man schließlich den Krieg verbannen kann. Aber um eine solche Welt zu erreichen, ist es unabdingbar, Krieg zu führen. Und nicht etwa, weil die Revolutionäre es so beschlossen hätten: der Krieg muß geführt werden, weil die Reaktionäre, die Besitzenden, die Reichen, alle jene, die vom US-Imperialismus unterstützt werden, die Völker und die Revolutionäre dahin bringen, diesen Krieg zu führen, sie dazu zwingen, zu den Waffen zu greifen.
Der Kampf eines Revolutionärs hat verschiedene Phasen: die taktische Phase, die den Gebrauch der Waffen erfordert und in der die Bedingungen für die großen Veränderungen geschaffen werden, welche die spätere Phase hervorbringt, diejenige des Friedens. Aber es muß klar sein, daß unter den Bedingungen, in denen die kolonialen und halbkolonialen Völker leben (die von der Oligarchie und vom US-Imperialismus beherrscht werden), materiell keine Möglichkeit besteht, diese Veränderungen auf friedlichem Wege, durch Wahlen zu erreichen; es ist unmöglich, auf die Straße zu gehen und für Brot, Land und Obdach zu demonstrieren, ohne die Waffe in der Hand zu tragen. Diese Demonstrationen sind nur Vorspiele zu den großen, revolutionären Kriegen. Deshalb habe ich, und zwar ausgehend von der Tatsache, daß Venezuela ein halbkoloniales Land ist, beschlossen – zusammen mit einer Gruppe von Patrioten – in Venezuela zu den Waffen zu greifen, um die Nordamerikaner zu verjagen und sämtliche Machtinstrumente in die Hände des Volkes übergehen zu lassen.
Venezuela ist dasjenige Land Lateinamerikas, aus dem der US-Imperialismus die meisten Schätze holt; die Mehrzahl unserer acht Millionen Einwohner lebt unter Elendsbedingungen. Es genügt, sich die Monatsein-

kommen der venezolanischen Familien vor Augen zu führen, um die Beweggründe zu begreifen, aus denen heraus wir zu den Waffen gegriffen haben und deretwegen hunderte von Menschen uns folgen werden. In Venezuela gibt es anderthalb Millionen Familien (acht Millionen Einwohner), deren Einkommen sich wie folgt verteilt:

27 % (gleich 410 000 Familien) verdienen weniger als 300 Bolívares monatlich
17 % (gleich 257 000 Familien) verdienen zwischen 300 und 499 Bolívares monatlich
29 % (gleich 440 000 Familien) verdienen zwischen 500 und 999 Bolívares monatlich
12 % (gleich 188 000 Familien) verdienen zwischen 1000 und 1499 Bolívares monatlich
5 % (gleich 77 000 Familien) verdienen zwischen 1500 und 1999 Bolívares monatlich
5 % (gleich 75 000 Familien) verdienen zwischen 2000 und 2999 Bolívares monatlich
55 000 Familien verdienen mehr als 3000 Bolívares monatlich.

Das heißt konkret: vier Millionen der Einwohner ernähren sich von Löhnen unterhalb von 500 oder sogar 300 Bolívares monatlich; aber erst mit einem Monatseinkommen von 3000 Bolívares aufwärts läßt sich vernünftig leben. Diese Bedingungen reichen aus, um jeden Patrioten zu den Waffen greifen zu lassen. Wir müssen hinzufügen, daß das schärfste und schwierigste Problem, dem sich die venezolanische Gesellschaft konfrontiert sieht, das Wohnungsproblem ist: 800 000 Familien sind obdachlos.
Diese Elendsbedingungen, unter denen die venezolanische Bevölkerung lebt, erzeugt unweigerlich eine Macht der Auflehnung gegen die Unterdrücker, gegen die Regierungen, gegen die Oligarchie, gegen den US-Imperialismus. Unlängst haben wir am Radio gehört, daß in dem Gebiet, wo das Eisen gefördert wird, die Gesellschaft »Orinoco Mines« die Bewohner aus den Wohnungen in der Umgebung der Förderanlagen vertrieben hat und sich sogar einer von der Gesellschaft selbst unterhaltenen Spezialtruppe bediente, um sie aus ihren Wohnungen zu treiben und ihre Häuser zerstören zu lassen. Die Sache wird noch schlimmer, wenn man bedenkt, daß in diesem Gebiet die »Guardia Nacional«, die DIGEPOL (allgemeine

Polizeidirektion) und andere Unterdrückungsorgane der Regierung tätig sind und daß die »Orinoco Mines« sich ein eigenes Korps geschaffen hat, ein Werkzeug innerhalb der Werkzeuge der venezolanischen Regierung. Daraus folgt, daß die Regierung ohnmächtig ist, unfähig, dieser Gesellschaft Disziplin und Ordnung aufzuzwingen. Notwendig ist eine Volksregierung, die jede Situation meistern kann, die sich den Volksmassen stellt.

Die Erdölgesellschaften haben die venezolanische Wirtschaft ausgeplündert; und von dem Augenblick an, in dem sie sich festsetzten, bis zum Jahre 1960 (ohne also die restlichen sechs Jahre zu rechnen, in denen die Produktion erheblich gestiegen ist), haben sie dem Land 20 Milliarden Dollar gestohlen. Dies erklärt unter anderem, warum die Befreiungsbewegung einen antiimperialistischen Charakter trägt; die Gesellschaften beschränken in dem Maße, wie sie unsere Bodenschätze ausplündern, die Zahl der Beschäftigten. 1947 gab es 60.000 beschäftigte Arbeiter, und es wurden anderthalb Millionen Tonnen Erdöl gefördert; 1964 ist die Produktion auf dreieinhalb Millionen Tonnen Erdöl gestiegen und die Zahl der beschäftigten Arbeiter auf 32.000 gesunken. Außerdem amortisieren die Erdölgesellschaften innerhalb von zwei Jahren das ursprünglich investierte Kapital: alle zwei Jahre ein Gewinn, der ein beträchtliches Direkteinkommen ermöglicht, und darüber hinaus die Vergütung der anfänglichen Ausgaben.

Ein anderes aufschlußreiches Beispiel: Die Regierung deckt infolge eines Vertrages mit der US-Regierung die Kosten der nordamerikanischen Militärmission in Venezuela, einer Militärmission, die die venezolanischen Offiziere dafür ausbildet, gegen ihr eigenes Volk zu kämpfen – sie deckt deren Kosten in Höhe von einer Million Bolívares im Jahr.

In meiner ersten Antwort habe ich gesagt, daß der Aufbau einer Volksarmee, der Aufbau eines bewaffneten Instruments unerläßlich sei als Grundlage für den Widerstand gegen den Unterdrückungsapparat des Feindes. Und nun sage ich, daß wir zu den Waffen greifen, um dieses bewaffnete Instrument zu bilden, um dieses Mittel der Erlösung der Volksmassen aufzubauen, das wirksam dazu beitragen wird, die nationale Befreiung zu erzwingen.

Frage: Was bedeutet die venezolanische Revolution im historischen, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gesamtbild Lateinamerikas?

Antwort: Die venezolanische Revolution ist in erster Linie ein Glied in der Kette von nationalen Befreiungsbewegungen, die in dieser Epoche in der ganzen Welt kämpfen, um sich von der imperialistischen Herrschaft zu befreien; sie ist ein wesentlicher Bestandteil der Unabhängigkeit Lateinamerikas, weil wir auch nicht einen Augenblick lang die Revolution in irgendeinem der lateinamerikanischen Länder vom allgemeinen Kontext des Kampfes der Völker gegen den nordamerikanischen Imperialismus trennen können.

Unsere Revolution hat einen eindeutig kontinentalen Charakter, trotz aller ihrer Besonderheiten; der Weg, den sie einschlägt, wird von diesen Besonderheiten bestimmt, wobei aber die Charakteristika des allgemeinen Zusammenhangs der Republiken Lateinamerikas gebührend berücksichtigt werden. Die venezolanische Revolution – dies sei ohne einen Anflug von Chauvinismus gesagt – bildet eine Lanzenspitze gegen den nordamerikanischen Imperialismus. Wenn sie erst im Begriff ist zu siegen, wird die Befreiung der anderen Völker Lateinamerikas beginnen. Das hat nichts mit meinem Chauvinismus oder Patriotismus zu tun, sondern folgt aus dem Kräfteverhältnis zwischen Lateinamerika in seiner Gesamtheit und dem nordamerikanischen Imperialismus.

In Venezuela haben die Vereinigten Staaten die größten Investitionen in ganz Lateinamerika: nehmen wir an, von Washington oder von der Fifth Avenue aus würde ein Dollar auf Südamerika geworfen; von diesem Dollar fielen 66 Cents auf Venezuela; 66 % der Investitionen des Imperialismus in Lateinamerika befinden sich in Venezuela. Das vermittelt eine Vorstellung von der großen Unterdrückung, der Erpressung, die die Nordamerikaner in unserem Land begehen; und umgekehrt vermittelt es eine Vorstellung davon, warum Venezuela der Angelpunkt des nationalen Befreiungskampfes der Völker Lateinamerikas ist.

Die Kriege, die die Nordamerikaner in den anderen Ländern der Welt führen, die Existenz ihrer Kriegsmaschinerie, ihrer Industrie, ihrer Wirtschaft hängen zum großen Teil von der Ausbeutung unseres Landes ab. Hier holen sie sich in der Tat das Eisen und das Erdöl, Schlüsselprodukte der Strategie in der heutigen Welt. Deshalb werden die Imperialisten versuchen, mit aller Gewalt in Venezuela zu bleiben, weil gerade die natürlichen Reichtümer unseres Landes ihnen erlauben, die Kriegsmaschine in Bewegung zu halten, die sie aufgestellt haben; und deshalb ist die venezolanische Revolution entscheidend: sie soll eine gigantische Befreiungsbe-

wegung auslösen, die in den anderen Schwesternrepubliken eine größere Stoßkraft annehmen wird.
Außerdem nimmt Venezuela den nördlichen Teil Lateinamerikas ein; es liegt zwischen den Ländern, die man die karibischen nennen kann. Eine solche Lage macht es den Nordamerikanern leicht, im Falle internationaler oder kontinentaler Konflikte (wie derjenigen, die sich in Lateinamerika gegen den Imperialismus entwickeln) ihre Kräfte gegen andere Länder zu richten. Darüber hinaus ist Venezuela ein wichtiger Absatzmarkt für die USA; es besitzt auch große Flüsse, durch die unermeßliche Mengen an elektrischer Energie erzeugt werden könnten. Aus all diesen Gründen wird Venezuela von den Nordamerikanern als ein Schlüsselpunkt im internationalen Rahmen ihrer Angriffspolitik angesehen.
Aber unser Land erfreut sich wegen dieser seiner Position, und auch, weil es den Befreiungskampf gegen die Spanier angeführt hat, in Lateinamerika einer privilegierten Stellung.
Die Spanier setzten ihre Armeen in Venezuela, in Columbien, in Peru, in Argentinien ein; die gleiche Armee konnte vom Norden in den Süden Amerikas ziehen, und sie wurde in irgendeinem Land beliebig eingesetzt. Simón Bolívar erarbeitete eine globale Kampfstrategie gegen den spanischen Imperialismus, als er begriff, daß es nicht möglich war, einen so mächtigen Mechanismus in einem einzigen Land zu zerstören und die Spanier in einem einzigen Land zu schlagen. Darüber hinaus wies Bolívar auf eine Tatsache von enormer Wichtigkeit hin: daß mit einer siegreichen militärischen Aktion, mit einem außergewöhnlichen Sieg, mit einer Bewegung, die fähig ist, die Unzufriedenheit der Massen auszunutzen, eine neue Kampfkraft in allen revolutionären Bereichen erwachen konnte.
Das zeigt, daß die Befreiungsbewegungen in der Vergangenheit allmählich ineinander verschmelzen mußten, weil die von der spanischen Krone angewandte globale Strategie nicht erlaubte, vereinzelte Kämpfe zu führen. Das bedeutet auch, daß, wenn wir heutigen venezolanischen Revolutionäre den Kampf für jedes Land gesondert zu führen gedächten, es für die globale Strategie des nordamerikanischen Imperialismus ein leichtes wäre, uns einzeln in unserem jeweiligen Land zu schlagen.
Der Imperialismus hat ein ganzes Bündel von Militärpakten geschaffen, um sämtlichen Befreiungsarmeen Lateinamerikas entgegentreten zu können. Es gibt den Interamerikanischen Verteidigungsbund, eine Organisation, die die Oligarchien mit dem US-Imperialismus verbindet, um die

Befreiungsbewegungen zurückzudrängen und ihnen entgegenzutreten; es bestehen gesonderte Bündnisse zwischen den einzelnen Ländern, mit dem Ziel, Streitkräfte zu organisieren, die jede der Befreiungsbewegungen anzugreifen erlauben; kürzlich sind in Peru die Verteidigungsminister zusammengekommen, um eine klarere und konkretere Strategie gegen die Guerilla-Bewegung auszuarbeiten. Die von der nordamerikanischen Armee in Gemeinschaft mit den Armeen Lateinamerikas durchgeführten Manöveroperationen haben keinen anderen Zweck als den, den lateinamerikanischen Armeen globale, taktische und strategische Pläne einzuüben, so daß sie den Guerilla-Bewegungen entgegentreten können. An Beispielen dafür mangelt es nicht: columbianische und venezolanische Truppen haben sich entlang der venezolanischen Grenze bewegt, um die columbianische Guerilla-Bewegung zu bekämpfen. Zweitausend Söldner, cubanische Konterrevolutionäre, griffen mit der Unterstützung der US-Marine, der US-Luftwaffe und ausgerüstet mit nordamerikanischen Waffen die cubanische Schwesterrepublik an. 40 000 nordamerikanische Soldaten landeten in der Dominikanischen Republik (wo es nur eine konstitutionalistische Bewegung gab, und keine Bewegung für die Errichtung einer kommunistischen Regierung: die Volksmassen unterstützten in der Tat einen Kandidaten, der nicht als Feind des Imperialismus bezeichnet werden kann, den Professor Juan Bosch) und fanden einen Teil der lokalen Truppen auf der Seite des Volkes, das von diesen Waffen bekommen hatte.

Aus alledem lassen sich wichtige Hinweise entnehmen. Der erste ist, daß jedwede Bewegung, so klein sie auch sein mag, auch wenn sie nicht etwa eine kommunistische oder sozialistische Regierung, sondern eine patriotische, nationalistische Regierung einsetzen will, unvermeidlich eine Invasion der Nordamerikaner heraufbeschwören wird; der zweite ist, daß die Volksarmee sich in den Händen einer entschieden volkstümlichen Bewegung befinden muß, daß sie auf eine einzige, revolutionäre Führung rechnen können muß, damit nicht die Möglichkeit entsteht, sie durch Manöver zu zerstören.

Aber die Freiheit, von der Johnson spricht, ist die, die man in ganz Lateinamerika einzuführen vermochte, mit diktatorischen Regierungen wie der von Juan Vicente Gómez, Ubico, Machado, Castelo Branco, Pérez Jiménez; und jedesmal, wenn diese Regierungen (das heißt die monopolistischen Interessen der Nordamerikaner) in Gefahr sind, werden die

um ihre Unabhängigkeit kämpfenden Länder von einer US-Invasion heimgesucht. Die Johnson-Doktrin ist ein klarer Beweis dafür, daß der friedliche Weg unmöglich ist, daß es unmöglich ist, auf Wahlen zu hoffen, um die Forderungen des Volkes zu verwirklichen: das Kriegspotential der Vereinigten Staaten wird bis ins letzte eingesetzt, um die Befreiung unserer Völker zu verhindern. Wenn das also die Pläne der imperialistischen Kräfte sind, wenn dies die globale Strategie des mit den verräterischen Armeen Lateinamerikas verbündeten Pentagons ist, dann ist es klar, daß die Befreiungsbewegungen vor der Notwendigkeit stehen, ihrerseits eine globale Strategie zu entwickeln: der reaktionären und angriffslustigen OAS (Organisation amerikanischer Staaten), den Oligarchien muß man eine revolutionäre Organisation entgegenstellen, die die Befreiungsbewegungen Lateinamerikas vertritt und deren Kräfte koordiniert. Auf diese Weise wird es für die Guerilla-Bewegung Guatemalas, Venezuelas, Columbiens leichter sein, die Befreiung zu erreichen; und für die bereits befreiten Länder (wie Cuba) wird es leichter sein, sich zu verteidigen und zu gleicher Zeit die Entwicklung der Befreiungsbewegung stärker zu fördern.
Im vorigen Jahrhundert gab es einen historischen Vorläufer von großer Bedeutung, entworfen von demjenigen, der als erster die globale Strategie gegen den Imperialismus ausarbeitete: die von Simón Bolívar angekündigte Förderation von Panama, die von den Nordamerikanern sabotiert wurde; schon damals hatte Bolívar die Notwendigkeit erkannt, alle Länder Lateinamerikas zu vereinen und eine einzige Republik zu schaffen.

Frage: Besteht die Möglichkeit für eine einzige Republik von Südamerika?

Antwort: Lateinamerika hat 220 Millionen Einwohner: sie alle haben eine gemeinsame Vergangenheit, fast alle haben die gleiche Sprache – mit zwei Ausnahmen; sie haben ähnliche Sitten und Gebräuche. Die ethnologische Zusammensetzung ist in fast ganz Lateinamerika die gleiche: Indios, Weiße und Schwarze. Wirtschaftlich leiden sie unter den gleichen Problemen, und sie haben einen gemeinsamen Feind: den Imperialismus und die Oligarchien; sie leiden unter der gleichen kulturellen, der gleichen ökonomischen Krise.
Bolívar hatte zu seiner Zeit die Idee von einem Groß-Columbien, bestehend aus verschiedenen lateinamerikanischen Republiken, wozu auch

Venezuela gehören sollte. Noch hat die Befreiungsbewegung, die sich auf alle Länder auszudehnen beginnt, sich nicht genügend entfalten können, unter anderem deshalb, weil die revolutionären Führungen der Parteien, die die Befreiungsbewegungen hätten anführen müssen, sich nicht entschieden genug an die Spitze der Massen stellten, mit der Waffe in der Hand, sondern im Gegenteil in einigen Fällen Schwierigkeiten machten. Glücklicherweise sind sich die Befreiungsbewegungen in allen unseren Schwesterrepubliken der Notwendigkeit bewußt geworden, das Zögern aufzugeben und zu den Waffen zu greifen, um der nordamerikanischen Macht entgegenzutreten.

Es entstehen jedoch falsche Vorstellungen in dieser Hinsicht. Man sagt zum Beispiel, Cuba habe nichts zu tun mit den übrigen Republiken Lateinamerikas. Im Gegenteil, das befreite Cuba ist nichts anderes als die Vorhut einer Armee, die sich von Mexico bis Patagonien hinzieht, und die gegen die Armee der Reichen, der großen monopolistischen Konzerne kämpft; die cubanische Regierung ist ein Vorposten der revolutionären Armee, und als solcher muß sie (für ihre Festigung und ihre weitere Entwicklung) Gleichschritt halten mit der Befreiungsbewegung im restlichen Lateinamerika.

Cuba in der Vorhut, danach Venezuela, Columbien und Guatemala, dann die anderen Republiken: eine Armee, die sich immer weiter entwickeln wird, eine Armee mit einer einzigen Aufgabe: die andere Armee zu schlagen, die Armee der Reichen.

Ausgehend von der Wirklichkeit, von den historischen Erfahrungen, formuliert das politisch-militärische Einheitskommando der FLN-FALN Venezuelas öffentlich den Vorschlag, eine kontinentale Versammlung für Lateinamerika abzuhalten, aus der ein kontinentales Organ der nationalen Befreiungsbewegungen hervorgehen muß. An dieser Versammlung müssen die Vertreter der FALN von Guatemala unter der Führung des Kommandeurs Turcios teilnehmen, die nationale Befreiungsbewegung von Columbien unter der Führung von Kommandeur Marulanda und vom Kommandeur Fabio Vázquez, der zur Zeit der oberste Befehlshaber der nationalen Befreiungsarmee Columbiens ist, darüber hinaus auch die Bewegungen, die ihren bewaffneten Kampf noch nicht begonnen haben, ihn aber in ihren Ländern vorbereiten.

Das Programm, das aus dieser Versammlung hervorgehen wird, muß klar die Unabhängigkeit der Völker vom Imperialismus ausdrücken; außer-

dem muß eine globale Strategie, müssen einheitliche politische und militärische Pläne erarbeitet werden, die den Angriffsplänen der OAS, der Interamerikanischen Verteidigungsgemeinschaft und der geplanten Interamerikanischen Friedensmacht entgegentreten; außerdem muß ein ständiges Organ geschaffen werden, das die Aufgabe hat, sowohl die taktischen wie die strategischen Pläne für ganz Lateinamerika zu koordinieren. Man muß voraussetzen, daß die Organisation der FLN nicht ein Organ sein wird, das von oben herab die revolutionäre Orientierung für jedes Land diktiert; auch wenn eine gemeinsame Grundlage gleicher Charakteristika existiert, so bestehen doch Unterschiede zwischen dem einen und dem anderen Land, denen größte Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Ein Land wie Guatemala zum Beispiel, dessen Bevölkerung zu 80 % aus Bauern besteht, muß einen anderen inneren Kampf führen als Chile, wo die ländliche Bevölkerung nicht diesen Prozentsatz erreicht.

In Lateinamerika wird die Entwicklung des revolutionären Krieges ihre Achse, ihren entscheidenden Motor in der Armee der Bauern und Landarbeiter finden, unabhängig davon, ob in dem einen oder anderen Gebiet auch städtische Armeen Bedeutung erlangen. Außerdem bedeutet zum jetzigen Zeitpunkt die venezolanische Revolution einen Anstoß neuer Art, den Bruch der Stabilität des nordamerikanischen Kriegsmonopols. Ein Blick ringsum auf die Befreiungsbewegungen Asiens und Afrikas bestätigt dieses Urteil, und es ist notwendig, daß jedes Land in Lateinamerika sich darauf vorbereitet, gegen Pläne zu kämpfen, die die Imperialisten im voraus gefaßt haben: nämlich die verschiedenen Republiken voneinander zu trennen, um sie desto besser schlagen zu können. Das Beispiel des Kongo kann uns viel lehren: solange wir uneins sind, können sie unsere Wirtschaft besser ausbeuten und ausplündern. Die Imperialisten verbreiten in jedem Land den Regionalismus, um einen fruchtbaren Boden zu haben, wenn es sich darum handelt, eine Nation in zwei oder drei Teile zu spalten: sie tun das mit ihren Zeitungen und Zeitschriften, ihren Sprachrohren. In Venezuela zum Beispiel versuchen die Zeitschriften der großen Konzerne, aus der Jugend eine formlose Masse zu machen und die Arbeiterklasse von ihrem Kampfgeist abzubringen. Auf die nordamerikanische Intervention in irgendeinem Land Lateinamerikas müssen wir alle in gleicher Form antworten, indem wir in jedem Land die Interessen der Nordamerikaner und der in ihrem Dienst stehenden Regierungen angreifen: als sie in Santo Domingo eingriffen, wäre es richtig gewesen, nicht nur

Straßendemonstrationen zu veranstalten und vor den US-Botschaftshäusern zu protestieren, sondern auch in jedem Land Lateinamerikas das Herz der nordamerikanischen Industrie zu treffen.
Ein anderer wichtiger Aspekt ist der der kontinentalen Solidarität und gegenseitigen Hilfe. In der Tat reagieren die Völker alle in der gleichen Weise, mit einer unschätzbaren und außergewöhnlichen Solidarität. Was mit den Argentiniern geschieht, erregt die Mexikaner, die Guatemalteken, die Chilenen, die Venezolaner. Das ist der Ausdruck der Solidarität der Völker, die gemeinsame Probleme und Leiden haben. Aber diese Solidarität wird, wenn sie rein moralisch bleibt, nicht der Gewalt der Armeen widerstehen, die darauf ausgerichtet sind, die Guerilla-Bewegungen zu schlagen: sie muß die materielle physische Solidarität zur Grundlage haben. Die Solidarität der Völker umfaßt heute, da wir alle um die Freiheit kämpfen, die Völker Asiens, Afrikas und Amerikas, und sie betrifft nicht nur die kämpfenden Völker, sondern auch jene Länder, die sich bereits befreit haben: Cuba, die Sowjetunion, China und die anderen sozialistischen Länder und die, die in Amerika die Unabhängigkeit errungen haben. Jede Niederlage der asiatischen, afrikanischen oder lateinamerikanischen Länder wird auch eine Niederlage sein für die Länder, die bereits frei sind. Deshalb haben Niederlagen oder Fortschritte der nationalen Befreiungsbewegungen in Venezuela, in Columbien, Guatemala und den anderen Ländern stärkste Rückwirkungen auf die Festigkeit des revolutionären Regimes in Cuba. Umgekehrt ist jeder Erfolg auf wissenschaftlichem, literarischem oder industriellem Gebiet, den das cubanische Volk zu erringen versteht, ein Erfolg, ein Sieg, ein Triumph für die Völker, die in Lateinamerika um ihre Befreiung kämpfen.

Frage: Innerhalb der revolutionären politischen Opposition in Venezuela gibt es eine Richtung, die heute nicht mit dem Weg des bewaffneten Kampfes einverstanden ist. Was denken Sie darüber? Auf der anderen Seite fanden die FALN zu Beginn eine beträchtliche Unterstützung im Volk. Danach kam eine Krise und ein daraus folgender Abstieg der revolutionären Bewegung, und jetzt ist der Kampfgeist der venezolanischen Patrioten, wie man sehen kann, wieder beträchtlich im Aufstieg begriffen. Können Sie mir diese Etappen erklären, die Faktoren, die da hineingespielt haben oder hineinspielen? Was hat es verhindert, daß die Guerilla ganz verschwand?

Antwort: Das ist nicht neu – in Venezuela ebensowenig wie sonstwo auf der Welt. Selbst in der Russischen Revolution von 1917 traten mit aller Deutlichkeit Strömungen auf, die sich dem revolutionären Lager entgegenstellten. Die revolutionären Bewegungen schleppen immer Ideologien mit, die ihnen fremd sind.

Seit einiger Zeit wird in der Welt, besonders unter den marxistisch-leninistischen Revolutionären, über das Problem der Methode des bewaffneten Kampfes diskutiert. Hier in Venezuela hat die Diskussion das Problem des bereits existierenden bewaffneten Kampfes zum Mittelpunkt, und an erster Stelle wird diskutiert, ob der bewaffnete Kampf mehr oder weniger entscheidend ist als Mittel für die Befreiung des Landes. Unter denen, die für den bewaffneten Kampf im allgemeinen eintreten, gibt es dann einige Differenzen: klassische Guerilla oder bewaffneter Aufstand?

Aber es ist klar, daß der Unterschied zwischen denen, die an den bewaffneten Kampf glauben, und denen, die es nicht tun, eine größere Bedeutung hat. Als 1960 oder vielleicht 1959 Rómulo Betancourt eine Unterdrükkungswelle auslöste, um die Volksbewegung zu liquidieren und somit den Ausbeutungsplänen der Imperialisten Vorschub zu leisten, zeigten sich die ersten Meinungsverschiedenheiten. Einige vertraten die Auffassung, daß man der bewaffneten Aggression, der Gewalt, dem Mord und der Folterung nicht bloß mit friedlichen Demonstrationen, sondern auch mit politischen und ökonomischen Forderungen und dem bewaffneten Kampf entgegentreten müsse. Von daher nimmt die Diskussion über dieses Problem ihren Ausgang. In dieser Zeit gab es nur wenige Vertreter des friedlichen Weges, sie waren eine Minderheitsgruppe innerhalb der revolutionären Bewegung; und gerade 1960-61 begann der bewaffnete Kampf, der nicht freiwillig gewählt wurde, sondern der einzige Weg war, den die imperialistische Regierung Betancourts offenließ. Damals wurden die dem bewaffneten Kampf feindlichen Strömungen auf theoretischem Gebiet nicht ausreichend geschlagen, man hat ihnen erlaubt, mit den revolutionären Thesen zu koexistieren: sie wurden nicht öffentlich als der Befreiungsbewegung entgegengesetzt und fremd entlarvt. Das heißt, eine falsche Auffassung von der Einheit der verschiedenen Positionen war schuld daran, daß man dem Volk und den Vertretern jener Thesen nicht erklärte, daß diese der venezolanischen Wirklichkeit nicht entsprechen. In der Stadt jedoch vermehrten sich die bewaffneten Kämpfe, in den Kasernen erlebte man Desertionen, die bäuerlichen Guerillas entwickelten sich, und den-

noch besaßen wir nicht genug Klarheit, um eine genauere und eindeutigere Linie in bezug auf den bewaffneten Kampf zu entwickeln, und einige Fehler, die begangen wurden – die wir heute bezahlen müssen – riefen in der revolutionären Bewegung eine scharfe Krise hervor. Die erste große Niederlage war die des Wahlkampfs von 1963: es war ein Fehler, die revolutionären Parteien, die demokratischen Parteien der Opposition, kurz die Massen nicht rechtzeitig genug vorbereitet zu haben auf das Problem der Wahlen, um sie politisch zu wappnen gegen den von der Regierung inszenierten Betrug. Einen weiteren Fehler machten wir mit der »putschistischen« Politik, die wir bei jener Gelegenheit verfolgten: wir erkannten die Militäraufstände nicht als Glieder einer Kette von Angriffen auf den Feind, als kleine, einander folgende Kämpfe, die dazu dienen, die Kräfte zu sammeln und – in einem entscheidenden Augenblick und Stadium – ein starkes Truppenkontingent zusammenzubringen, wodurch erst die Voraussetzungen geschaffen werden, dem Feind entgegenzutreten. Wir bereiteten uns nicht strategisch vor, sondern hatten ein zu unmittelbares Ziel, nämlich die Regierung zu stürzen. Deshalb hatte die Bewegung im Augenblick des Angriffs keine ausreichende Rückzugslinie, und sie verstand es nicht, sich auf die Militärs, die Patrioten in der Armee zu stützen. So kamen wir zum Tag der Wahlen, des Betrugs, für den Betancourt unter dem Namen »Plan República« eine gigantische Macht entfaltete: Die Armee, die Marine, die Luftwaffe, die Nationalgarden (einschließlich der DIGEPOL und der Unterdrückungskorps) gingen gegen das Volk vor und kontrollierten die Straßen, die Plätze und sogar die Wahlurnen, um jegliche Volksbewegung zu verhindern. Und die Wahlen kamen auf uns zu, als sich unsere größeren Militäreinheiten aufgerieben hatten. Der Fehler bestand darin, daß wir die Hauptkräfte (die studentische Bewegung, die Jugendbewegung, die Guerillas selbst) vorzeitig mobilisiert hatten, so daß wir uns im Augenblick der Wahlen in einer Situation befanden, in der wir die Unzufriedenheit des Volkes nicht ausnutzen konnten. Alle imperialistischen Parteien (der Regierung und der Opposition), die an den Wahlen teilnahmen, machten mit den Interessen der Oligarchie und der Nordamerikaner gemeinsame Sache. Einige protestierten zwar zu Anfang gegen den mit der »Acción Democrática« inszenierten Betrug und verlangten die Annullierung der Wahlen. Da aber ein Klima der Unruhe im Volk herrschte und die bewaffnete Bewegung militärische Operationen vornahm, zogen sie es vor, den Be-

trug hingehen zu lassen, denn die Illegalität der Wahlen einzugestehen hätte geheißen, die Volksbewegung zu verstärken, sie auf die Straßen zu treiben.
Dann gewann Dr. Leoni die Wahl, und die revolutionäre Bewegung erlebte eine tiefe moralische Krise: auch in den Reihen der Kämpfer gab es Desertionen. Mit dem Jahre 1964 begann eine lange Krisenperiode für die bewaffnete Bewegung: in diesem Augenblick trennte sich von dem MIR sein Generalsekretär, Dr. Domingo Albert Rangel (einer der großen Initiatoren des bewaffneten Kampfes) und trug seine Thesen vor, die unter anderem besagten, daß die Guerilla in Venezuela keine historische Rechtfertigung finde, daß die bewaffnete Bewegung überstürzt eingeleitet worden sei, daß die Bauernklasse ein strategisches Reservat des Imperialismus darstelle. Diesen Thesen konnten wir kein anderes Dokument entgegensetzen, weil wir einer irrtümlichen Auffassung von der Einheit der Volksbewegung anhingen. Die Thesen Rangels wurden von einer Gruppe von Kämpfern angenommen, die sich von der revolutionären Bewegung entfernte.
Die »liquidationistische These« gründet sich auf folgendes. Die ländliche Bevölkerung Venezuelas, die 1941 70 % ausmachte, verringerte sich bis 1961 auf 32 %, die anderen waren in die Stadt gezogen. Mit einer solch einfältigen Betrachtungsweise kam Rangel zu dem Schluß, daß man auf dem Land den Widerstand nicht organisieren könne, daß die Bauernklasse ein Reservat des Imperialismus und nicht der revolutionären Bewegung sei. Er meinte auch, daß die Landflucht anhalten werde. Ökonomisch vertritt Rangel die Auffassung, daß die venezolanische Produktionsweise nicht feudalistisch, sondern kapitalistisch sei, weshalb es nicht den Guerilla-Kampf, sondern den bewaffneten Aufstand in der Stadt zu führen gelte.
Betrachten wir einige statistische Daten von 1961. Man sagt, daß heute 32 % der Bevölkerung Landbevölkerung darstelle, der Rest wird dann der Stadt zugerechnet. Aber das läßt sich nicht aufrechterhalten: erstens ist die fluktuierende Bevölkerung von Caracas nicht städtisch (300.000 Menschen, die in den Ranchos von Caracas leben, haben ihre bäuerlichen Lebensgewohnheiten mitgebracht und ihre fast ausschließlich ländlichen Eigentümlichkeiten in eine Stadt von nahezu zwei Millionen Einwohnern hineingetragen); zweitens ist diese Bevölkerung nicht in die Industrie gegangen, sie arbeitet nicht, man kann sie nicht als Arbeiterschaft bezeichnen.

Drittens, und das ist das wichtigste, sind die offiziellen Schätzungen für die Klassifizierung von ländlichen, städtischen und kleinstädtischen Einwohnern sehr ungenau: als ländliche Wohnbezirke gelten solche mit weniger als tausend Einwohnern, als kleinstädtische solche mit einer Einwohnerzahl zwischen 1000 und 2499, als städtische Bezirke solche mit mehr als 2500 Einwohnern. Aufgrund dieser Klassifizierung fallen die Bezirke der Umgebung (Cagure, San Luis, Curimagua, Churuguara, La Cruz) nicht unter die ländliche Kategorie. Oder zum Beispiel der Staat Yaracuy: von seinen 175.291 Einwohnern sollen 77.840 Landbevölkerung, 8.980 Kleinstädter, 88.471 Stadtbewohner sein; aber fast der ganze Staat hat eine ländliche Bevölkerung, sei es in bezug auf die Produktionsweise, sei es in bezug auf die geographische Lage selbst.

Nach der Theorie, die vom ökonomischen Standpunkt her dem Städter die entscheidende Rolle zuerkennt, ergibt sich aus der Tatsache, daß die größten Ansiedlungen, wo sich die wichtigsten Industrien konzentrieren, einen hohen Anteil an Arbeiterbevölkerung haben (die den wichtigsten Teil des Nationaleinkommens produziert), die Notwendigkeit, alle Anstrengungen auf die Stadt zu richten und das Land als Kampffeld zu verlassen.

Man sagt, daß 41 % der aktiven Bevölkerung Venezuelas Bauern sind, 17 % Arbeiter und der Rest in Dienstleistungsberufen tätig. Davon leiten einige – nicht die Gefolgsleute von Rangel – die These ab, das wichtigste sei ausschließlich und immer die Guerilla. Dieser Theorie schließen sich jene an, die nicht den Krieg, aber die sogenannten Guerillafronten für den Sozialismus unterstützen: es ist die Theorie für das, was wir Linksabweichlertum, linken Radikalismus nennen.

Um diese Thesen zu stützen, sagt man, daß zwar 17 % der aktiven Bevölkerung Arbeiter und 41 % Bauern sind, daß aber die 17 % mehr als 80 % des Nationaleinkommens produzieren. Diese Tatsachen, die objektiv richtig sind, reichen jedoch nicht aus, die sich darauf stützenden Theorien zu rechtfertigen, sei es diejenige, die die Tauglichkeit der Guerilla nicht anerkennen will, oder diejenige, die die Zeit für gekommen hält, ein sozialistisches Programm für die sogenannten roten oder kommunistischen Gebiete auszugeben.

Die Art, wie der bewaffnete Kampf in Venezuela geführt wurde, hat im ganzen einige Niederlagen erlitten. 1964, als Leoni seine Soldaten gegen die Guerilla-Bewegung der Berge vorschickte, erlebte man in den Städten

Gewalttaten gegen die Studenten, und auch im folgenden Jahr erlitten wir harte Schläge, mit vielen Toten und sehr vielen Verwundeten. Das heißt, die ganze kombinierte Strategie des Feindes fand keine gleichwertige Antwort von unserer Seite, und zwar wegen der Meinungsverschiedenheiten über das Problem der Revolution. 1965 wuchs die Zahl derer, die die Auffassung der Rechten teilten. Es erschienen Artikel und Erklärungen, in denen die Meinung vertreten wurde, daß die Volksbewegung des bewaffneten Kampfes wegen nicht auf der Straße sei. In Wirklichkeit hat eine Massenaktion, der Streik zum Beispiel, seine eigenen Gesetze, und der bewaffnete Kampf gegen die Armee ist der höchste Ausdruck des Kampfes der Volksmassen.

Anfang 1965 sagte man, daß die Fronten auf dem Land, in der Stadt, in den Kasernen und in den Vorstädten, vereint mit den legalen Bewegungen, sich miteinander verbinden und ihre Taktik koordinieren müßten, um den Angriffen der Regierung begegnen zu können.

Ende 1965 machte die revolutionäre Bewegung eine schwere Krise durch (politisch, organisatorisch und militärisch). Die Bauern flohen von einem Ort zum anderen, die UTC wurden schwer getroffen, außerdem war der aktivste und bekannteste Teil der demokratischen Kader seit 1963 im Gefängnis. In diesem an günstigen Zukunftsaussichten armen Klima faßte die Theorie des »Rückzugs« Fuß.

Für die venezolanische Guerillabewegung – die vorher einige recht bedeutende Erfolge erzielt hatte – ergab sich jetzt tatsächlich das Problem einiger neuer Überlegungen: an erster Stelle die politisch-militärische Orientierung, ausgehend davon die Strukturierung der Einheiten, schließlich das Problem, wie man den Plänen des Feindes gegenüberzutreten habe.

Der Rückzug ist gelegentlich notwendig, nämlich als ein Manöver, durch das man zu verhindern sucht, daß man überraschend angegriffen wird. Aber der Rückzug, so, wie er sich uns darstellte, bestand im Aufgeben jeglicher Militäroperationen.

Die Guerillabewegung ist gekennzeichnet durch ihre verschiedenen Stufen. Die Anfangsstufe, in der kleine Aktionen gegen die Armee unternommen werden, und politische Aktionen in Verbindung mit dem Volk, ist ein Moment der strategischen Defensive und taktischen Offensive. Stattdessen hatte diese erste Stufe, aufgrund der fehlerhaften Führung der revolutionären Politik, die revolutionäre Guerillabewegung von ihren zwei wichtigsten Unterstützungsquellen abgeschnitten: der Verbindung mit

den Massen und dem permanenten Kampf gegen die feindliche Armee. Einen Rückzug Kräften aufzuerlegen, die von sich aus schon im Rückzug begriffen sind, stellt eine sinnlose Aktion dar: Die völlige Unterbrechung der Kämpfe wäre mit einem beängstigenden Sinken der Moral im revolutionären Lager zusammengefallen. Tatsächlich hat der Feind keinen Augenblick lang seine Offensive gegen die Guerilleros eingestellt. In dieser Periode also, die wir die Periode einer zeitweiligen Schwäche der Guerilla nennen können, lebt diese weiter mit ihren ihr eigentümlichen Entwicklungsgesetzen, und sobald sie aufhört, schwach zu sein, und auf dem Lande den Kräften des Feindes entgegentreten kann, hört sie auf, Guerilla zu sein.

Die Situation in Vietnam ist in dieser Hinsicht sehr klar: Es gibt eine mächtige Armee, die sich gelegentlich in Form kleiner Guerilla-Einheiten darstellt, aber auch große Truppen-Konzentrationen einer regulären Armee bilden kann.

In diesem Augenblick hatten sich drei Auffassungen miteinander verbunden und waren mit der Theorie des Rückzugs zusammengetroffen. Eine davon war die von Rangel vertretene, die sich gegen den bewaffneten Kampf in seiner Gesamtheit wendet. Die zweite war die Theorie derjenigen, die meinen, daß in Venezuela der richtige Weg der des bewaffneten Aufstands sei, und um zu diesem zu kommen, sei es notwendig, Kräfte zu sammeln, aber nicht durch den Gebrauch der Waffen (diese Theorie spielt offensichtlich der Theorie Rangels in die Hände). Die dritte Theorie verlangte hingegen eine völlige Unterbrechung der Feindseligkeiten, um eine Periode der Vorbereitungen in den Bergen zu schaffen, nach der ein mächtiger Angriff möglich sein soll. Diese Theorie wurde von Revolutionären übernommen, die mit der Waffe in der Hand gekämpft hatten, und von Leuten, die gegen den friedlichen Weg sind, aber in Wirklichkeit die Theorie Rangels unterstützen.

Sicher, die Volksmassen, die Arbeiter, die Studenten haben das verloren, was man politische Initiative nennen kann, da sie nicht mehr auf die Straße gehen, um für ihre Forderungen zu kämpfen: die Massen verharren in politischer Defensive. Es gibt Fälle, in denen sich eine revolutionäre Bewegung in solchen Umständen befindet (organisatorische Gründe, Lebensbedingungen, militärische Ursachen), daß für sie eine Unterbrechung der Kämpfe notwendig wird, damit sie ihre Kräfte wieder sammeln kann. Aber im Falle Venezuelas liegt das Problem in der Führung der re-

volutionären Bewegung, die in eine schwere Krise geraten ist, sich in zahlreiche Teile aufgesplittert hat, und in der Tatsache, daß die legalen demokratischen Parteien sich ihrerseits in weitere Splittergruppen aufgelöst haben.

Heute jedoch läßt sich beweisen, daß die größten Lücken von 1964 und 1965 wieder aufgefüllt worden sind, und an erster Stelle sei genannt, daß im politischen Lager eine positive Tendenz zur Vereinigung aller linken Kräfte besteht. An der gewerkschaftlichen, studentischen und bäuerlichen Front gibt es eine starke Tendenz, wieder auf die Straße zu gehen. Und in militärischer Hinsicht kann man sagen, daß die Guerilla-Front noch nie eine solche Festigkeit hatte wie jetzt, trotz großer Schwierigkeiten, denen sie sich gegenübersieht.

All dem ist hinzuzufügen, daß das wichtigste Element an der Guerilla-Front heute die große moralische Festigkeit der Kämpfer ist. Es existiert nunmehr eine klarere Perspektive für die Zukunft, sowohl für den, der in der Stadt lebt, wie für denjenigen in den Bergen. Das drückt sich auch in dem hohen Prozentsatz von Bauern (etwa 70%, was ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht) in den Reihen der Befreiungskorps aus. Die Waffenausrüstung ist trotz aller Schwierigkeiten gut, und zwar deshalb, weil der Feind eine recht gute Ausrüstung hat und unsere Waffen ihm im Kampf entrissen wurden. Jeden Augenblick vergrößern sich die Reihen der Kämpfer. Vor zwei Monaten hat sich uns der Kommandeur Luben Petkoff angeschlossen, an der Spitze einer Truppe von Kämpfern, die schon seinen ersten Zusammenstoß mit dem Feind unterstützt hatte. In Caracas haben die Einheiten des Distrikts Nr. 1 Strafexpeditionen ausgeführt gegen Handlanger der Polizei, die in schwere Verbrechen verwickelt waren (wie der Chef der DIGEPOL, Páez). Ebenfalls in Caracas gab es während einer Rede von Leoni eine Unterbrechung, und ein Kämpfer hat den ersten militärischen Feldzug gegen die ›Operación Embudo‹ angekündigt.

Zum Schluß möchte ich noch sagen, daß Bewegungen auf internationaler Ebene immer von Abirrungen bedroht sind, nach links und nach rechts. Augenblicklich stellt die rechte Abweichung eine größere Gefahr dar; die linke Abweichung ist, da sie nicht die Mittel besitzt, den richtigen Standpunkt zu bedrohen, nur potentiell gefährlich. Eine kleine Gruppe hat bei uns tatsächlich den Weg gewählt, der in Guatemala eingeschlagen wurde (wo man davon sprach, ins offene Feld zu gehen und für eine sozialistische

oder kommunistische Regierung zu kämpfen). Es ist eine Minderheitengruppe, die ihren Hauptkern in den Universitäten hat, aber an keiner Guerillafront vertreten ist. Mit diesen Genossen diskutieren wir ihre Auffassung, die in der Geschichte der revolutionären Bewegung der Welt als trotzkistisch bezeichnet wird. Wir können allerdings offen sagen, daß diese trotzkistische Abweichung in unserem Lande keine Entwicklungsmöglichkeit hat und deshalb zur Zeit keine Gefahr darstellt.
Aber heute können wir dem Land, Amerika und der Welt verkünden, daß der Grundkern der Führung der FLN-FALN, die Guerillas der Stadt, der Berge, die Genossen in der Armee, daß alle von einer richtigen Auffassung durchdrungen sind und fähig, die rechten Theorien ebenso zurückzuweisen wie die linken, wo sie (als trotzkistische Abweichung) auftreten.

Frage: Welches sind, Kommandeur Bravo, die augenblicklichen Stellungen der FALN? In welchen Gebieten operieren sie? Wieviele Venezolaner stehen augenblicklich unter Waffen? Welche Perspektiven hat die revolutionäre Bewegung in Venezuela?

Antwort: Diese Frage berührt einige Punkte, die nicht aufgedeckt werden können, da sie militärische Geheimnisse darstellen: die Namen derjenigen von uns, die noch in der Stadt leben, die genaue Zahl der Kämpfer usw.
Die Regierung hat wiederholt durch den Mund des Verteidigungsministers und des Innenministers gesagt, die Guerilla sei bezwungen worden; damit hat sich die Regierung vor dem venezolanischen Volk und vor der Welt lächerlich gemacht. Man kann viele Bauern, Fuhrleute und Arbeiter über die Erklärungen der Minister spotten hören.
Das Jahr 1966 wurde von der FLN-FALN als das Jahr des Neuaufbaus der bewaffneten Bewegung bezeichnet. Bei der Versammlung am 10. Dezember 1965 wurden in Anwesenheit des Kommandeurs Fabricio Ojeda die Grundlagen geschaffen für einen endgültigen neuen Start des bewaffneten Kampfes. Es ist kein Zufall, daß die Regierung und die Armee einen großen Offensivplan gegen die Guerilla-Bewegung vorbereitet und im März auszuführen begonnen haben. Das zeigt, daß sie sich vom Wachstum und der Ausweitung unserer Volksbewegung überzeugen konnten.
Im ganzen Land hat man mit der Neuausrichtung der Fronten begonnen, ausgehend von einer territorialen Aufteilung, die es erlaubt, die menschlichen und militärischen Ressourcen besser zu kontrollieren und zu ver-

walten, das Ganze zu zentralisieren und zugleich den Kampfeinheiten eine größere Unabhängigkeit zuzugestehen. Die Aufteilung des Landes entspricht in der Tat einer ökonomischen, militärischen, politischen und geographischen Analyse. Jeder Bereich heißt FLN-FALN-Distrikt, und für jeden Distrikt gibt es einen Präsidenten oder ersten Kommandeur.
Kürzlich fand eine Versammlung statt, um den Zentralrat der FLN zu organisieren; als Präsident wurde Elías Manuit Camero gewählt, der Hauptmann der Regierungsarmee war und sich 1962 von ihr entfernte, um sich der Guerilla-Bewegung in der Sierra Falcón anzuschließen. Weitere Mitglieder sind (neben anderen, deren Namen ich aus Sicherheitsgründen nicht nennen kann) Edgar Gabaldón Márquez und Nicolás Hurtado. Freddy Carqués ist Jugendsekretär der FLN-FALN, Leonardo Quintana repräsentiert die Front in Havanna. Auch Frauen gibt es unter uns: die Genossin Yajaira Contreras und die Genossin Eglé Pulido zum Beispiel. Der zweite Kommandeur der FALN heißt Luben Petkoff, Francisco Prado ist politischer Sekretär des nationalen Kommandos der FLN-FALN.
Der Zentralrat und das nationale Kommando bilden ein höheres Exekutivorgan mit nationalem Charakter, das sich aus neun Personen zusammensetzt, darunter Camero, Petkoff, Lunar Márquez, Prado und ich als oberster Befehlshaber der FALN, die anderen vier Personen sind noch in legalen Aktivitäten tätig. Dieser Organismus operiert von den Bergen aus, weil wir gesehen haben, daß dies die einzige Möglichkeit ist, uns eine wirksame und auf lange Sicht aktionsfähige Führung der Revolution zu erhalten, und auch, weil so eine bessere Kontrolle über alle Organe ausgeübt werden kann, die aus ihrem Funktionieren ebenfalls ihren Vorteil ziehen.
Die Guerilla-Fronten sind die folgenden: Guerillafront José Antonio Paéz, G. F. Simón Bolívar, G. F. José Leonardo Chirinos, G. F. Ezequiel Zamora, G. F. Manuel Aponte Rodríguez und Marschall Sucre.
Es gibt keinen Zweifel, daß die venezolanische Revolution triumphiert, daß die pro-imperialistischen Regierungen besiegt werden. Wir stehen vor der dritten großen Umwälzung der venezolanischen Gesellschaft, derjenigen, die die endgültige Entfernung der Macht der Oligarchie aus diesem Land zur Folge haben wird.

Frage: Man kann leicht sehen, wie die Armee und die Luftwaffe unaufhörlich und unerbittlich die ganze Gebirgsregion Venezuelas angreifen

und bombardieren, gemäß den Plänen der ›Operación Embudo‹. Können Sie uns erklären, worin diese Offensive besteht und wer daran teilnimmt?

Antwort: Vom Ende des letzten Jahres an hat die nordamerikanische Militärmission die Marionettenregierung Leoni gezwungen, eine Militäraktion gegen die bewaffnete Bewegung einzuleiten. Deshalb versammelte sich das militärische Oberkommando, um die Befehle Washingtons auszuführen. Die Yankees selbst nannten diese Operation »Embudo« (= Trichter), weil es sich ihrer Ansicht nach darum handelt, alle Guerrilleros in einen Trichter zu führen, das heißt, sie durch ein einengendes Manöver so einzukreisen, daß sich jeden Tag die Rückzugsmöglichkeiten verringern, bis ihnen nur noch ein kleiner Ausgang bleibt, wo sie von den feindlichen Truppen zu ihrer völligen Vernichtung erwartet werden. Die wichtigsten Elemente des Plans waren: Kriegsrecht in allen Guerrilla-Gebieten und einheitliche Militärregierungen für diese Staaten; außerdem sah der Plan ein scheinbares Verlassen einiger Gebiete durch die Truppen vor, so daß sich diese in der Stadt verteilen und die Nachschubkette abschneiden könnten. Das erste Opfer dieser Operation war Fabricio Ojeda, Präsident der FLN, gefangen genommen in Caracas und von der Armee ermordet.

Die Pläne O. E. stützten sich auf die bestehende Uneinigkeit in der Guerrilla-Bewegung (in der KP und in der MIR), die auch für die Einheit der Fronten ihre Folgen haben mußte. Die Theoretiker des Pentagon, die sich darauf beschränkten, diese für sie günstigen Aspekte in Betracht zu ziehen, rechneten nicht damit, daß die bewaffnete Bewegung einen raschen Genesungsprozeß durchgemacht hatte, in organisatorischer, politischer und militärischer Hinsicht, daß die Oppositionsparteien auf dem Wege waren, unter sich Beziehungen einheitlicher Zusammenarbeit herzustellen, und daß die Krise der venezolanischen Gesellschaft in dieser Periode sich ihrem Höhepunkt näherte.

Die nordamerikanischen Techniker fühlten sich verpflichtet, der Regierung Venezuelas Hilfe zu schicken. So leiteten sie die »Operación Americana« ein, eine Konzentration der Marine und anderer Militäreinheiten, die in ein Land eindringen unter dem Vorwand, »teilzunehmen an gemeinsamen Vorbereitungsmanövern gegen einen eventuellen fremden Eindringling«; in Wirklichkeit handelt es sich darum, die O. E., die prak-

tisch die fünfte Offensive gegen die Volksbewegung darstellt, zu verstärken. Den politischen Technikern des Pentagons zufolge ist es notwendig, ein guerrilla-freies Jahr 1970 zu erreichen, damit dann der gigantische Wahlbetrug, der jetzt schon vorbereitet wird, ohne Zwischenfälle durchgeführt werden kann.

Wir glauben, daß die Wahlen die Volksmassen mobilisieren werden; aber diese Mobilisierung darf nicht ausgerichtet sein und sich beschränken auf einen bloßen Wechsel der »camarillas«. Deshalb haben sich die FLN-FALN an das ganze Volk gewandt, um es vor dem Betrug zu warnen, der gegen es vorbereitet wird: die Oligarchie und der nordamerikanische Imperialismus sind daran interessiert, daß man von den Wahlen spricht, damit die schwerwiegenden Probleme vergessen werden. Die politisch-militärische Führung der FLN-FALN sieht voraus, daß der Augenblick der Wahlen günstige Umstände nicht für den Wechsel der »camarilla« (Ersetzung Leonis durch einen anderen Präsidenten), sondern für die Mobilisierung der Massen für eine radikale Änderung bietet. Wir Revolutionäre sind sicher, daß die Guerrilla siegen wird; aber wir können nicht die Worte Johnsons vergessen, die er zur Verteidigung der »Freiheit« der Länder Südamerikas sprach. Wenn die Amerikaner auch bei uns hier intervenieren sollten, dann werden sich das Volk von Venezuela und die Völker der ganzen Welt mit größerer Macht vereinen, sie werden einen einzigen Arm bilden, um den Feind zu schlagen. Wir sind sicher, daß die internationale Solidarität in unmittelbarer Form da sein wird, daß die Völker und Befreiungsbewegungen Lateinamerikas uns in konkreter Form helfen werden und daß unsere Solidarität mit einem anderen bedrohten Land die gleiche sein wird.

Deutsch von Peter Anton von Arnim

Fidel Castro
Rede vom 13. März 1967

... Praktisch geschieht auf diesem Kontinent nichts, wofür nicht Cuba verantwortlich gemacht würde. Aber Cuba ist einzig und allein dafür verantwortlich: eine Revolution gemacht zu haben und fähig zu sein, sie bis zu ihren äußersten Konsequenzen voranzutreiben. Was bedeuten nun die Anklagen der Oligarchien, – besonders der venezolanischen Oligarchie –, die Cuba die Schuld an den revolutionären Aktionen in ihren Ländern zuschreiben? Wie sind sie zu erklären? Und was bedeuten die Anklagen, die die rechtsgerichtete Führung der Kommunistischen Partei Venezuelas gegen uns richtet? Um das zu verstehen, muß man eine kurze Zusammenfassung der Geschichte des revolutionären Kampfes in Venezuela geben.

Vor allem darf man nicht vergessen, daß wenige Monate vor dem Sieg der cubanischen Revolution in Venezuela eine große Volksbewegung stattfand, die zum Sturz des Regimes von Pérez Jimenez führte: an ihr nahmen viele Kräfte des Volkes teil (darunter die Kommunistische Partei), und ausgezeichnet hat sich darin besonders der junge Journalist Fabricio Ojeda, Präsident des patriotischen Ausschusses, der das Volk gegen Pérez Jimenez führte. Nichtsdestoweniger erwies sich der Sieg des Volkes als unnütz; denn die Partei der »Acción democratica« begann sofort die Intensivierung und Weiterentwicklung der revolutionären Bewegung zu stoppen: diese Partei, die vorher eine revolutionäre und antiimperialistische Rolle gespielt hatte, genoß die Zustimmung der Massen – nicht in der Hauptstadt, wo die fortschrittlicheren Strömungen in der Mehrheit waren, aber in den weiten Gebieten des Landesinneren. So gewann Betancourt mit einer lächerlichen Minderheit in der Hauptstadt, aber mit der Mehrheit im Inneren des Landes, die Wahlen. Vom ersten Tag an betrieb die Regierung eine eindeutige Versöhnungspolitik, eine Politik der Nachgiebigkeit gegenüber dem Imperialismus und der Verteidigung der imperialistischen Interessen in Venezuela: Sie verwandelte sich in ein Instru-

ment der Politik der USA. Die Unterdrückung der revolutionären Bewegung begann, die Unterdrückung der Arbeiter, der Studenten, der Revolutionäre; sie nahm einen immer blutigeren Charakter an, und es kam zu den ersten schweren Zusammenstößen mit den Studenten und der Bevölkerung von Caracas. Betancourt hegte einen tiefen Groll gegen die Bevölkerung der Hauptstadt, wahrscheinlich wegen des Affronts, den er erfahren hatte, als man ihm die Stimme verweigerte . . .

Kurz nachdem die Unterdrückung blutig und unerträglich geworden war, entstanden die ersten Bewegungen, die einen bewaffneten Kampf bejahten. Eine der ersten davon war die Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), die von einer Gruppe fortschrittlicher Führungskräfte, die sich von der Regierungspartei, der »Acción democratica«, getrennt hatten, ins Leben gerufen wurde, um mit Hilfe dieser neuen Bewegung den bewaffneten Kampf vorzubereiten. Auch die Kommunistische Partei bereitete sich auf den bewaffneten Kampf vor. Zu Anfang glaubten alle, daß die rechtsgerichteten Kreise der Armee unbedingt versuchen würden, Betancourt zu stürzen, und sie bereiteten sich auf einen möglichen Kampf gegen eine reaktionäre Militärregierung vor. Die Verschärfung der Unterdrückung aber, die die Politik Betancourts immer mehr charakterisierte, brachte all diese Organisationen dazu, den Kampf nicht auf einen potentiellen Militärputsch hin zu orientieren, sondern direkt gegen das Regime Betancourts zu richten, das immer blutigere Unterdrückung übte. Es kam zu den ersten Aktionen, und der III. Kongreß der Kommunistischen Partei stimmte der Strategie des bewaffneten Kampfes zu, um der Revolution in Venezuela zum Sieg zu verhelfen. Weitere Unzufriedene anderer Parteien begannen ihrerseits mit den Vorbereitungen zum bewaffneten Kampf; unter diesen Kräften befand sich ein Teil der Politischen Partei, der Fabricio Ojeda angehörte. Und Fabricio Ojeda, ein Freund Cubas, ein Freund unserer Revolution – wie viele andere Venezolaner – verließ eines Tages die Hauptstadt, verzichtete auf seinen Parlamentssitz und ging in die Berge, um eine Guerilla-Bewegung zu organisieren.

Seither sind einige Jahre vergangen. Gewiß haben die venezolanischen Revolutionäre, wie alle Revolutionäre in allen Teilen der Welt, verschiedene Fehler begangen: Fehler in der Konzeption des Kampfes, strategische Fehler, taktische Fehler. Sie wurden durch das Zusammenspiel verschiedener Faktoren bewirkt: einer davon bestand darin, daß die revolutionäre Bewegung in der Hauptstadt sehr stark, auf dem Lande hin-

gegen äußerst schwach war – wie dies übrigens aus Verschulden der Kommunistischen Parteien in vielen anderen Ländern Lateinamerikas der Fall gewesen ist. Warum? Die marxistischen Parteien haben ihre Aufmerksamkeit vor allem auf die Städte konzentriert, auf die Arbeiterbewegung, und dies war zweifellos richtig; weil aber alle Regeln ihre Ausnahmen haben, unterschätzten sie in vielen Fällen die Bedeutung der Bauern als revolutionäre Kraft . . .

Noch etwas anderes kommt hinzu. Venezuela war in der letzten Zeit eines der Länder, oder das Land überhaupt, in dem es der revolutionären Bewegung gelungen ist, stärker in die Reihen der Armee einzudringen; viele junge Offiziere haben ihre Sympathien für die revolutionäre Bewegung offen gezeigt, auch in radikalster Art . . . Dies hat einen weiteren Fehler in der Konzeption des Kampfes mit sich gebracht: die Unterschätzung der Guerilla-Bewegung einerseits und andrerseits eine disproportionierte Erwartung vom Aufruhr innerhalb des Militärs . . .

Abgesehen von der falschen Strategie, waren diese Fehlkonzeptionen die Ursache schwerwiegender praktischer Fehler: die Guerilla-Kämpfer waren auf sich gestellt, der elementarsten Mittel beraubt, während man versuchte – oder besser: die Parteiführung versuchte –, die Kämpfe auf dem Lande von der Hauptstadt aus zu dirigieren. Es wurde das unterlassen, was nötig gewesen wäre, das, was eine mutige und wirklich revolutionäre Führung getan hätte, was die Führungsgruppen, die in den großen historischen Bewegungen der Gegenwart den Sieg errangen, getan haben, und das ist: mit den Guerilla-Kämpfern in die Berge zu gehen, den Kampf vom Kampfplatz aus, von den Bergen aus, zu leiten. Es ist absurd und nahezu kriminell – wir sagen nicht, daß es hundertprozentig kriminell ist, weil es eher der Unwissenheit als der Böswilligkeit entspringt – zu denken, man könne von der Stadt aus die Gruppen der Guerilla-Kämpfer dirigieren. Dies sind zwei so verschiedene Dinge, zwei so unähnliche Situationen, daß es der größte Wahnsinn ist, den man begehen kann – ein Wahnsinn, der leider sehr viel Blut kostet –, wenn man die Guerilla-Kämpfe von der Stadt aus dirigieren will. Zudem sah man die Guerilla-Gruppen nicht als eine Kraft an, die so sehr zunehmen könnte, daß sie in der Lage wäre, die revolutionäre Macht in Ländern wie dem unsrigen zu erringen, sondern als ein Instrument der Agitation, als ein Instrument des politischen Manövers, als ein Instrument für Verhandlungen. So befahl man den Guerilla-Kämpfern, die Kämpfe einzustellen. Es ist ein

Wahnsinn: Guerilla-Gruppen, die nicht kämpfen, entwickeln sich nicht; Guerilla-Gruppen, die nicht kämpfen, verzehren sich in der Inaktivität; Guerilla-Gruppen, die im Waffenstillstand verharren, sind zur Niederlage verurteilt . . .

Die Konsequenz einer falschen Führung sind natürlich unzählige Rückschläge und Niederlagen. Nichtsdestoweniger ist es der Regierung trotz der Fehler der Führung, trotz der Irrtümer in der Konzeption des Kampfes, nicht gelungen, den Guerilla-Kampf zunichte zu machen. Was aber den Kräften der Unterdrückung und des Philoimperialismus eines Betancourt und eines Leoni nicht gelang, drohte infolge der Unfähigkeit der revolutionären Führung zu geschehen. Die Führung der Kommunistischen Partei begann von demokratischem Frieden zu sprechen. Was ist dieser demokratische Frieden? fragten sich viele; ja, was ist dieser demokratische Frieden? fragten auch wir uns, wir Anführer der cubanischen Revolution. Wir verstanden es nicht. Wir verstanden es nicht, aber wir wollten es verstehen. Was bedeutet das? fragten wir einige venezolanische Führungskräfte. Sie antworteten uns, daß diese Taktik, diese Manöver, keineswegs eine Abkehr vom Krieg bedeuten sollten, nein, nein, sie seien ein Manöver, um die Basis zu verbreitern, um das Regime zu stürzen, es zunächst zu schwächen, zu untergraben.

Uns blieb das alles unklar. Dennoch hatten wir weiterhin Vertrauen und Hoffnung, wenngleich uns die Theorie des demokratischen Friedens absurd, ja lächerlich erschien; denn von demokratischem Frieden kann eine revolutionäre Bewegung sprechen, die den Kampf siegreich beendet hat und die öffentliche Meinung zugunsten eines Friedens mobilisieren muß, der nur durch den Sieg der Revolution zu erreichen ist: erst dann kann man die Gemüter, die öffentliche Meinung, das Volk mobilisieren, den Friedenswillen wecken. Die einzig mögliche Grundlage für den Frieden ist der Sturz der Tyrannei und das Ende der Ausbeutung. Aber von Frieden zu sprechen, wenn man dabei ist, den Krieg zu verlieren, heißt nichts anderes, als den Frieden aufgrund einer Niederlage zu akzeptieren.

In der Geschichte der revolutionären Bewegung hat man nach der siegreichen bolschewistischen Revolution von 1917 zum ersten Male von demokratischem Frieden sprechen hören. Zu diesem Zeitpunkt gab man die Losung aus: »demokratischer Frieden«, und das bedeutete einen Frieden im Weltkrieg, ohne Annektionen oder Eroberungen irgendwelcher Art. Die neue Sowjetmacht prägte diesen Slogan und kämpfte für einen Frieden

ohne Annektionen und Eroberungen: das war eine siegreiche revolutionäre Macht, die nicht weiterhin an dem imperialistischen Schlachten teilhaben wollte. Wir aber fragen uns: welche Entsprechung gibt es zwischen dieser historischen Situation, zwischen diesem siegreichen Proletariat der ersten sozialistischen Revolution, und der Lage einer revolutionären Führung, die unfähig war, den bewaffneten Kampf siegreich zuende zu führen?
Hinter all diesen Erklärungen aber verbarg sich nichts als Täuschung! Man sagte uns, daß der demokratische Frieden ein Manöver sei, um den Guerilla-Kampf zu stärken; es war aber eine Lüge: man hatte schon die Absicht, den bewaffneten Kampf zu verraten, und man traf bloß die Vorbereitungen dazu. Wie sind wir darauf gekommen, wie können wir den Wahrheitsbeweis antreten? Wir wollten diese Frage nicht öffentlich klären, umso mehr als wir seit vielen Wochen, seit Monaten eine Diffamierungskampagne ertragen haben, von der rechtsgerichteten Führungsgruppe der venezolanischen Kommunistischen Partei gegen uns veranstaltet, in deren Verlauf wir bei verschiedenen Kongressen der Kommunistischen Parteien angeklagt wurden, in deren Verlauf an verschiedene Kommunistische Parteien Lateinamerikas Dokumente gesandt wurden, in denen Cuba angeklagt wird, sich in ihre inneren Angelegenheiten zu mischen und die Fraktionsbildung zu begünstigen. Wir wollten nicht polemisieren, aber leider: es wurde unvermeidlich . . .
Wir haben das unbestreitbare Recht, das zum Ausdruck zu bringen, was wir denken und fühlen. Wir stehen nicht auf seiten der Unschlüssigen, sondern auf seiten der Kämpfenden . . . Im Namen welcher Prinzipien, welcher Vernunftsgründe, welcher revolutionären Theorien sollten wir verpflichtet sein, den Defaitisten vom rechten Flügel zuzustimmen? Im Namen des Marxismus-Leninismus? Nein! Im Namen des Marxismus-Leninismus könnten wir ihnen niemals Recht geben. Im Namen der internationalen kommunistischen Bewegung? Zwingt uns vielleicht die Tatsache dazu, daß es sich um die Führung einer Kommunistischen Partei handelt? Ist vielleicht das die Vorstellung, die wir von der internationalen kommunistischen Bewegung haben müssen? Für uns ist die internationale kommunistische Bewegung in erster Linie die Bewegung von Kommunisten, von revolutionären Kämpfern. Und diejenigen, die keine revolutionären Kämpfer sind, dürfen sich nicht Kommunisten nennen!
Wir begreifen den Marxismus als revolutionären Gedanken, als revolutionäre Tat. Wer keinen echten revolutionären Geist besitzt, darf sich nicht

Kommunist nennen. Jedermann kann sich »Adler« nennen, ohne eine einzige Feder am Rücken zu haben: genau so sind die, die sich Kommunisten nennen und nichts von einem Kommunisten an sich haben. Die internationale kommunistische Bewegung, so wie wir sie begreifen, ist keine Kirche, keine religiöse Sekte oder Freimaurerloge, die uns verpflichten kann, jede Schwäche, jeden wie immer gearteten Irrtum für heilig zu halten, eine Politik des Komplizentums mit allen Arten von Reformisten und Pseudo-Revolutionären zu verfolgen. Unsere Haltung den kommunistischen Parteien gegenüber wird stets auf strengen revolutionären Grundsätzen beruhen. Wir bejahen eindeutig alle Parteien, die eine Linie ohne Schwächen oder Unsicherheiten verfolgen, eine konsequent revolutionäre Linie; die Parteien aber, die sich hinter dem Schild des Kommunismus oder Marxismus verschanzen und ein Monopol auf die Revolution zu haben glauben, tatsächlich aber dem Reformismus zu einer Monopolstellung verhelfen, betrachten wir nicht als revolutionäre Parteien. Und wenn in irgendeinem Land diejenigen, die sich Kommunisten nennen, ihre Pflicht nicht zu erfüllen wissen, dann stehen wir zu jenen, die auch ohne sich Kommunisten zu nennen in der Aktion, im Kampf wie echte Kommunisten handeln ...

Nur die Revolutionäre sind von Bedeutung, die in der Lage sind, eine Revolution auszuführen und in die revolutionäre Theorie einzudringen. Oft geht die Praxis der Theorie voraus, und unser Volk gibt ein Beispiel dafür ab; denn viele, die überwiegende Majorität derer, die sich heute mit Stolz Marxisten-Leninisten nennen, kamen durch den revolutionären Kampf zum Marxismus-Leninismus. A priori jeden auszuschließen und abzulehnen, der sich nicht sofort theoretisch als Kommunist qualifiziert, ist ein Akt des Dogmatismus und des Sektierertums. Wer bestreitet, daß gerade der Weg der Revolution die Völker zum Marxismus führt, ist kein Marxist, auch wenn er sich als Kommunist ausgibt.

Das ist die Richtlinie, die unser Verhältnis zu revolutionären Bewegungen bestimmt hat und bestimmt. An der Konferenz der drei Kontinente in Havanna haben Vertreter der revolutionären Organisationen der drei Kontinente teilgenommen; ein Teil davon Kommunisten, der andere nicht. Das zeigt deutlich die Haltung der Kommunisten gegenüber der Oligarchie, der Ausbeutung, dem Imperialismus und – auf diesem Kontinent – gegenüber den bewaffneten revolutionären Bewegungen, gegenüber den Guerilla-Bewegungen in Guatemala, Kolumbien und Vene-

zuela. Niemand, der mit Recht von sich behauptet, Kommunist zu sein, kann die Haltung der offiziellen rechtsgerichteten Führung gegen Douglas Bravo gutheißen. Die Kommunistischen Parteien müssen Stellung beziehen und wählen zwischen den Guerilla-Kämpfern in Venezuela und den Defaitisten, die aufgeben und die Guerrilla-Bewegung praktisch dem Feind ausliefern wollen. Das ist ein neuralgischer Punkt: wir sind in einer Zeit angelangt, die klare Stellungnahmen erfordert, und dies nicht, weil irgendwer aus einer Laune heraus es wünscht, sondern infolge der historischen Ereignisse. Man muß auch die revolutionären Kämpfer Columbiens oder Guatemalas fragen, wer ihrer Meinung nach die Revolutionäre sind, die ihnen Solidarität bezeugen: die venezolanischen Guerillas oder die Defaitisten. Tatsächlich helfen diejenigen, die in Venezuela kämpfen, denen, die in Columbien oder Guatemala kämpfen, und zwar schon allein dadurch, daß sie sich in den imperialistischen Angriff teilen, daß sie die imperialistischen Bombenrationen in gleiche Teile aufspalten. Diejenigen, die in den venezolanischen Bergen kämpfen, sind die einzigen echten und möglichen Verbündeten derer, die in den Bergen Columbiens und Guatemalas kämpfen.

Welche Stellung hat die offizielle Führung der Kommunistischen Partei zum Tod von Iribarren Borges bezogen? Was können wir zu diesem Tod äußern? Wie sollen wir ihn sehen? Wir müssen entweder vom Standpunkt der Regierung ausgehen oder von dem der reaktionären, rechtsgerichteten kommunistischen Führung. Denn wir wissen von Iribarren Borges nur, was die Presseagenturen berichteten; wir wissen auch nicht, wer Iribarren Borges getötet hat. Die Delegation der Nationalen Befreiungsarmee Venezuelas auf Cuba hat ein Communiquée herausgegeben, dem man deutlich entnehmen kann, daß die Delegation in Havanna keine anderen als die Agenturnachrichten hatte, die sagen, daß bei der Leiche Iribarrens Flugblätter der Nationalen Befreiungsarmee gefunden worden sind. Diese Tatsache muß betont werden.

Welche Haltung sollen wir Revolutionäre gegenüber einem solchen Vorkommnis im Lauf der Revolution einnehmen? Auch wir können nicht einverstanden sein, auch wir können es nicht für richtig halten, auch wir können die Ermordung dieses ehemaligen Funktionärs der Regierung nicht gutheißen. Über ihn wissen wir nichts: ob er verhaßt war, wie Associated Press behauptet, oder nicht; ob er für Maßnahmen gegen die Revolutionäre verantwortlich war, oder nicht.

Wir wollen aber festhalten, daß die Revolutionäre Aktionen vermeiden müssen, die der Feind gegen sie ausspielen kann: z. B. einen Mann zu töten, nachdem sie ihn gefangengenommen hatten. Wir haben derlei nie getan, wie empört wir auch über die Grausamkeit des Feindes waren; und in der Zeit der Kämpfe gelang es uns, die Gefangenen nüchtern zu behandeln. Der Revolutionär muß jede Aktion vermeiden, die an die Polizei der Unterdrücker erinnert. Wir wissen heute nicht, wie dieser Mord zustande kam, wir wissen nicht, wer getötet hat, wir wissen nicht, ob der Zufall eine Rolle spielte, und wir wissen nicht, ob es die Revolutionäre waren oder nicht. Unsere ehrliche Meinung, die zu sagen zum Recht jedes Revolutionärs gehört, ist die: wenn es die Revolutionäre waren, so haben sie einen Fehler begangen, denn es ist ein Fehler, sich der Methoden zu bedienen, die die öffentliche Meinung dem Feind zuschreibt . . .

Aber weder moralisch noch revolutionär ist es, eine vollzogene Tatsache dazu zu benützen, sich dem hysterischen Chor der Reaktionäre und Imperialisten zuzugesellen, die die Revolutionäre verdammen. Wenn sich die Revolutionäre als für den Mord verantwortlich erweisen sollten, so können wir unsere Meinung kundtun, uns aber nie dem Chor der Schlächter anschließen, die Venezuela regieren, und mit ihnen gemeinsam die Revolutionäre verdammen. Wie hat sich die offizielle Führung der Kommunistischen Partei verhalten? Sie hat erklärt: »Die Kommunistische Partei Venezuelas zeiht Elias Manuit der Lüge, wenn er im Namen der sogenannten bewaffneten Nationalen Befreiungsarmee den Mord an Dr. Julio Iribarren Borges bestreitet.« Am Ende dieser Erklärung klagt sie praktisch die Guerilla-Führer Douglas Bravo, Gregorio Lunar Marquez, Freddy Carquez, Francisco Prado und andere heldenhafte Guerilla-Kämpfer an, die in den venezolanischen Bergen gegen Tausende von Soldaten kämpfen, gegen Söldner die die übelsten Interessen verteidigen und sie zu vernichten suchen.

Was tut die offizielle Führung der Kommunistischen Partei? Sie hat den widerwärtigsten Opportunismus auf ihre Fahnen geschrieben, spielt insgeheim das Spiel der philoimperialistischen, von Leoni verkauften Regierung, klagt die Guerilla-Kämpfer an, und es fehlt nicht viel, daß sie den Kopf von Douglas Bravo mit der Unterstellung fordert, er sei verantwortlich für den Tod von Iribarren. Mit dieser Haltung gegenüber den Männern, die hartnäckig für die venezolanische Revolution kämpfen, hat sie praktisch deren Köpfe gefordert. Von da ist es nur noch ein Schritt,

von Leoni ein Gewehr zu erbitten, um hinzugehen und Douglas Bravo niederzumachen ...

Solche Erklärungen geben Feiglinge und Opportunisten ab und nicht Revolutionäre; denn der Revolutionär kann Kritik üben, kann eine Aktion ablehnen, er kann sich aber nie so verhalten, daß man glauben muß, die Revolutionäre seien die eigentlichen Mörder, das Regime Leonis dagegen die »Friedenstaube« schlechthin, die grausame blutige Clique, die hunderte von Kämpfern ermordet hat, sei eine zahme Schafherde. Es ist feige, nicht die richtigen Anklagen zu erheben, und es ist feige, die Situation nicht zu nützen, um die Bestrafung der Schergen zu verlangen, die so viele Venezolaner ermordet haben. Es ist gut, Kritik zu üben, die man für nötig hält. Diese Kritik muß aber mit revolutionärem Bewußtsein geübt werden, sie muß gegen und nicht mit dem Feind geübt werden, wenn dieser Feind hunderte von Kämpfern und eine Menge kämpferischer Kommunisten ermordet hat. Wenn es in Lateinamerika eine Regierung gab, die in der letzten Zeit Kommunisten ermordet hat, so war es gerade die venezolanische Regierung, zuerst unter Romulo Betancourt und dann unter Leoni. Und dennoch fällt kein einziges Wort, die Schergen zu verurteilen, das Regime zu verurteilen, das Unterdrückung und Gewalt in Venezuela entfesselt hat, das Studenten und Revolutionäre gezwungen hat, zu den Waffen zu greifen, um das Volk, um das Land aus den Fängen der Oligarchie und des Imperialismus zu befreien.

Es ist ganz logisch, daß die cubanische Revolution angegriffen wird. Das läßt uns gleichgültig. Seit Beginn unserer Revolution, und schon vorher, mußte sie sich stets gegen Verleumdungen und Lügen verteidigen. Man braucht nur daran zu denken, was nach unserem Angriff auf die Kaserne Moncada in den Zeitungen stand: sie schrieben, wir hätten alle Kranken aus dem Spital über die Klinge springen lassen! Wir kennen heute diese Tricks des Imperialismus nur zu gut: der Revolution sollen die übelsten Schändlichkeiten in die Schuhe geschoben werden. Sie werden nicht leicht von ihrer Verleumdungskampagne ablassen. Und deshalb lassen uns ihre Anklagen, die Anklagen der Imperialisten und ihrer Helfershelfer gleichgültig: sie werden uns nicht dazu bringen, unsere Sympathie und unsere Solidarität mit den revolutionären Kämpfern zu verleugnen.

Mitten in dieser hysterischen Kampagne, mitten unter diesen Drohungen, Verleumdungen und sogar versteckten Ankündigungen einer Aggression auf unser Land, bleiben wir zuversichtlich; mitten in dieser üblen Kam-

pagne, in der sich Verrat am Land und an der Revolution vereinen, in der Defaitisten, die sich noch Kommunisten nennen, gemeinsam mit der philoimperialistischen Oligarchie die venezolanischen Revolutionäre und Cuba angreifen, verkünden wir nochmals eindeutig unsere Solidarität mit den Guerilla-Kämpfern, die in den Bergen des Westens kämpfen oder in den Bergen von El Bachiller, und mit den Kämpfern in den Städten, die der Grausamkeit der Tyrannei und der Unterdrückung trotzen.

Unsere Politik ist klar. Wir anerkennen nur die Revolutionäre als Vertreter des Volkes, nicht aber irgendwelche Angehörigen einer dieser oligarchischen, verräterischen Regierungen, die die Beziehungen mit Kuba auf Anordnung der Yankee-Gesandtschaft abgebrochen haben. Wir anerkennen nur eine dieser nicht-sozialistischen Regierungen, deren internationale Haltung Hochachtung verdient: es ist die Regierung von Mexico. Welche diplomatische Stellung beziehen wir zu den anderen Regierungen? Wir werden mit keiner dieser Regierungen, die die Anordnungen des Imperialismus befolgt haben, die diplomatischen Beziehungen wieder aufnehmen; wir haben kein Interesse daran und wollen es auch nicht. Wir werden nur mit den Revolutionsregierungen dieser Länder diplomatische Beziehungen aufnehmen, mit Regierungen also, die unabhängig sind. Sollen wir vielleicht diplomatische Beziehungen aufnehmen, die einen Tag später auf Anordnung des State Department wieder abgebrochen werden? Nein. Wir wollen mit solchen Dummheiten keine Zeit verlieren. Sollen wir vielleicht wieder wirtschaftliche Beziehungen mit den Ländren aufnehmen, die sie selbst abgebrochen haben? Eine solche Wiederaufnahme interessiert uns solange nicht, wie diese Länder nicht Revolutionsregierungen haben.

Wir werden keiner Oligarchie finanziell helfen, die revolutionäre Bewegung in Blut zu ersticken. Wer immer die Oligarchien unterstützt, in deren Ländern Guerilla-Gruppen kämpfen, der hilft die Revolution zu unterdrücken; denn die Unterdrückungskriege werden nicht nur mit Waffen geführt, sondern auch mit den Millionen Pesos, mit denen diese Waffen und die Söldnerheere bezahlt werden. Ein schlagendes Beispiel für die mangelnde Unabhängigkeit dieser Regierungen lieferte uns kürzlich Columbien: Wegen eines Attentats von Guerilla-Kämpfern auf einen Eisenbahn-Zug wurden um sechs Uhr morgens der Generalsekretär der columbianischen kommunistischen Partei und die Mitglieder des Zentralkommitees, die sich alle zu Hause befanden, verhaftet. Man sah durchaus nichts

Ungewöhnliches darin, daß sich gerade zu jener Zeit in Columbien eine Delegation hoher sowjetischer Funktionäre aufhielt, die mit der Regierung Lleras Restrepo einen Vertrag über wirtschaftliche, kulturelle und finanzielle Beziehungen abschließen sollte. Und am gleichen Tag sollte ein Gespräch zwischen den hohen sowjetischen Funktionären und Lleras Restrepo stattfinden.

An diesem Tag aber beschränkte man sich nicht darauf, die gesamte kommunistische Führung zu verhaften, man durchsuchte – nach Agenturberichten – auch die Räume der TASS. Ein schönes Freundschaftsgefühl dieser Oligarchien! Ein schönes Unabhängigkeitsgefühl! Ein schönes Zusammentreffen! Das ist nur ein weiterer Beweis für den Mangel an Unabhängigkeit, für die Heuchelei in der Außenpolitik dieser dienernden Regierungen. Man sieht denn auch nicht ein, wie eine Regierung wie die venezolanische dazu kommt, zu behaupten, daß sich die VAR von der Konferenz der drei Kontinente zurückzieht, daß die UdSSR mit Cuba, diesem »blinden Huhn« bricht, um durch die große, weit und freundschaftlich geöffnete Tür der venezolanischen Regierung einzutreten, dieser Regierung, die die meisten Kommunisten auf dem Kontinent ermordet hat.

Wir Marxisten-Leninisten werden nie Beziehungen mit solch einer Regierung aufnehmen; die anderen mögen tun, was sie wollen. Nicht wir haben die Beziehungen mit anderen Staaten abgebrochen, immer haben andere Staaten die Beziehungen mit uns abgebrochen. Sogar die Bundesrepublik Deutschland hat die Beziehungen mit uns abgebrochen, und zwar weil wir die Deutsche Demokratische Republik anerkannt haben. Wir aber sind nicht wankend geworden, auch wenn unsere wirtschaftlichen Interessen geschädigt wurden: wir haben die Deutsche Demokratische Republik aus prinzipiellen Gründen anerkannt.

In der revolutionären Welt sieht nicht alles rosig aus. Widersprüchliche Haltungen erzeugen nichts als Proteste und Klagen. Da wird einer verurteilt, weil er die Beziehungen mit Westdeutschland wieder aufnimmt, und gleichzeitig bemüht man sich um Beziehungen mit Oligarchien vom Typ Leoni und Konsorten. Grundsätzliche Haltung allen gegenüber! Grundsätzliche Haltung in Europa, aber auch in Lateinamerika; grundsätzliche Haltung in Asien und grundsätzliche Haltung in Lateinamerika. Wir verurteilen die imperialistische Aggression in Vietnam; wir verurteilen das Verbrechen, das die Yankee-Imperialisten heute in Vietnam begehen!

Aber wir verurteilen auch schon heute jedes zukünftige Vietnam in Lateinamerika! Was würden die vietnamesischen Revolutionäre denken, wenn wir eine Delegation nach Südvietnam schickten, um mit dieser Regierung von Strohmännern in Saigon zu verhandeln? Was sollten die, die in den Bergen Amerikas kämpfen, davon halten, wenn wir heute Beziehungen zu den Regierungen von Strohmännern des Imperialismus auf diesem Teil des Kontinents suchten, zu den Strohmännern der zukünftigen Aggressionen und Interventionen der Yankees? Der Leoni von heute, der Lleras Restrepo von heute, das sind die Ngo Dinh-Dien und die Cao Ky von morgen; sie sind die Fortsetzung der Regierungen, die in Süd-Vietnam nichts anderes getan haben, als die imperialistischen Aggressionen zu rechtfertigen, die Interventionen der Yankee-Marineinfanterie zu legalisieren. Sie alle, die Imperialisten und ihre Helfershelfer, haben sich gegen unser revolutionäres, sozialistisches Land verschworen, das besteht, weil wir es so wollten, und nicht, weil wir irgendeinem Einfluß unterlagen.

Einige sprechen von Fatalismus, aber es gibt keinen Fatalismus, der eine Bresche in diese Revolution schlagen könnte; nicht der Fatalismus der 90 Tausend, und auch kein anderer! Die Revolution, die hier entstanden ist, hat ihre Existenzberechtigung; nichts und niemand kann sie niederschlagen: das mögen alle Strohmänner, alle Dienstbeflissenen, alle Unschlüssigen und alle Pseudo-Revolutionäre sich hinter die Ohren schreiben! Diese Revolution wird sich ihre unabhängige Stellung bewahren, ihre Unabhängigkeit, auf die alle Völker, die mit Würde zu kämpfen wissen, ein Recht haben. Wir geben es vor aller Welt bekannt: Diese Revolution wird ihren Weg, wird ihre Linie fortsetzen, sie wird sich zu niemandes Satelliten machen lassen und wird sich niemandem anpassen, und sie wird im Inneren wie nach außen hin ihre ideologische Position halten, ohne je irgendwen um Erlaubnis zu fragen. Mit erhobenem Kopf kann dieses Volk der Zukunft entgegensehen, wie immer diese auch sein möge.

Wir arbeiten heute fieberhaft und begeistert an der Entwicklung unseres Landes und unserer Wirtschaft: wir arbeiten mit größerer Begeisterung denn je, und wir kommen rascher vorwärts als in den acht Jahren zuvor. Wir gewinnen große ideologische Schlachten an allen Fronten. Wir verfolgen daher unseren Weg mit unbedingtem Vertrauen, mit dem Vertrauen echter Revolutionäre, einem Vertrauen, das aus unserem Volk kommt, aus unseren Massen. Wenn es nicht notwendig gewesen sein sollte, auf das Thema einzugehen, mit dem wir uns heute beschäftigt haben, so

mußten wir doch von dieser tiefgreifenden unglaublichen Revolution sprechen, die sich im Bewußtsein unseres Volkes vollzieht. Sie ist auch der Grund, weshalb wir gelassen und vertrauensvoll der Zukunft entgegensehen. Wir wissen, daß der Kampf nicht leicht sein wird, nicht leicht sein kann; wir wissen, daß sich unser Kontinent in revolutionärer Gärung befindet, daß wir inmitten von etwa zwanzig Völkern leben, die heute erwachen und die Wirklichkeit zu begreifen beginnen, die bereits kämpfen oder sich auf den Kampf vorbereiten; wir wissen, daß wir bedroht werden, daß es Verschwörungen und vielleicht auch Aggressionen gegen uns geben wird. Dennoch erklären wir uns schon heute für unbesiegbar. Eine Invasion in dieses Land zu unternehmen: das ist es, was Herr Leoni praktisch fordert; angesichts der internationalen Lage spricht er sich heute gegen Sanktionen aus, doch rechnet er damit, daß nach Beendigung des Vietnam-Krieges der Zeitpunkt gekommen sein wird, Sanktionen und Krieg gegen Cuba zu verlangen. Nicht zufällig war der erste, mit dem er gesprochen hat, sein »Berater«, der Yankee-Gesandte in Caracas. Da haben wir aber noch ein Wort mitzureden: Wir sind überzeugt, daß die Aggression in Vietnam zurückgeschlagen wird, daß die Imperialisten von den heldenhaften Völkern Nordvietnams und Südvietnams geschlagen werden, daß die Nationale Befreiungsfront Südvietnams, deren Haltung und Politik von unserem Volk voll unterstützt werden, schließlich siegreich sein wird. Wenn die Imperialisten glauben, ein leichtes Spiel zu haben, so sollen sie wissen, daß sie ihr Stalingrad finden werden und viele Vietnam, ein gutes halbes Dutzend davon auf unserem Kontinent. Das wissen wir schon heute!

Und wir können uns auf einfache Rechnungen berufen, auf die Zahl der Menschen und auf das Feuervolumen. Wir besitzen ein Feuer, das stärker ist, als das der Waffen: das Feuer unserer Begeisterung! Es hat den Wert eines ganzen Volkes! Uns erschrecken weder die Verschwörungen noch die Drohungen, und wir haben keine Angst vor den Schlägen, die man uns versetzen will. Es ist lächerlich, Cuba für die Aktivitäten der Revolutionäre, für ihre Strategie, ihre Taktik verantwortlich zu machen. Wir wissen, wie die Revolutionäre und die revolutionären Organisationen agieren; wir wissen, daß in jedem revolutionären Vorgang verschiedene Kräfte wirksam sind und daß es in jeder revolutionären Bewegung verschiedene Führungszentren gibt. Unsere eigene Erfahrung hat uns das gelehrt: Als wir die Moncada angriffen, war keine andere Organisation da-

von unterrichtet; als eine Gruppe von Revolutionären die Goicuria angriff, wußte keine andere Organisation davon; als die Genossen von der Revolutionären Führung am 13. März den Regierungspalast angriffen, hörten wir die Nachricht im Rundfunk. In unserer eigenen Organisation wußten die Männer auf dem flachen Land nicht, was jene taten, die in den Bergen kämpften, und umgekehrt; es ist doch einleuchtend, daß sich die Revolutionäre nicht per Telefon oder Funk verständigen können. In der Revolution gibt es unterschiedliche Organisationen, und in jeder Organisation mehrere Führungsschichten; die Organisationen, die im geheimen arbeiten, sind ziemlich autonom und von Dorf zu Dorf verschieden. Man kann auch die Verantwortung für eine bestimmte Aktion nicht der Gesamtorganisation aufbürden; wie kann es also möglich sein, sie Cuba zuzuschieben? Hier zeigt sich die ganze Lächerlichkeit und Dummheit der Anklage, die gegen die revolutionäre Regierung Cubas erhoben wird.
Wer aber hat diese Kampagne ausgelöst? Was für eine Regierung? Eine der brutalsten Regierungen auf diesem Kontinent, deren blutige Unterdrückungsmethoden sie allein für die Bluttaten in Venezuela verantwortlich machen. Es ist die Regierung von Raul Leoni, dem Hauptschuldigen am Tode von Iribarren Borges: Er hat Unterdrückung und Gewalt eingeführt; er hat hunderte von Venezolanern getötet, um seinen imperialistischen Herren zu dienen, die ihm die Krumen der Reichtümer Venezuelas zukommen lassen. Er und seine Regierung müssen sich für diese Verbrechen verantworten: wenn sie dies vor der UNO tun wollen, umso besser! Sie sollen dort nur hingehen und über ihre Vergehen und Verbrechen, ihren Verrat an Venezuela, über die Tausende von Millionen Pesos, die sie dem Imperialismus verschaffen, und über die Ströme von Blut sprechen, die sie vergossen haben. Sie sind es, die sich auf die Anklagebank setzen müssen. Dabei sind die brutalen Unterdrückungsmaßnahmen noch gar nicht mitgerechnet, die Ausbeutung des venezolanischen Volkes, die Außerkraftsetzung der verfassungsmäßigen Grundrechte, die Verletzung der akademischen Freiheit. Wenn sie diesen blutdurchtränkten Misthaufen noch Demokratie nennen wollen, so frage ich: Wieso können sie sich mit den Studenten an den Universitäten nie einig werden? Wir sind heute mit ihnen einig, einig im Gedenken an den ruhmvollen Tag, da gerade die Studenten sich der Tyrannei entgegengestellt haben. Wir versammeln uns, um unserer Kämpfer zu gedenken, so wie eines Tages – vielleicht morgen – Venezuela seiner Märtyrer und seiner Helden gedenken wird. Eines

Tages werden auch in Venezuela viele Straßen und Plätze, viele Fabriken und Industrieanlagen die Namen der Gefallenen tragen, derjenigen, die von den Schergen der Tyrannei ermordet wurden.
Wir trauen es dem »demokratischen« Leoni, dem Verräter des Volkes, der sein Land verkauft hat, dem Unterdrücker und Schergen im Dienste des Yankee-Imperialismus, wir trauen es ihm nicht zu, daß er sich an die Universitäten von Venezuela begibt. Denn es ist heute längst allgemein bekannt, daß die Jugend die richtigsten, reinsten und idealistischsten Empfindungen hegt. Unter den Studenten Venezuelas befindet sich, wie unter den Studenten vieler anderer Länder, die wesentlichste Kraft des Volkes: die Jugend. Wie aber behandelt Leoni diesen rebellischen, heldenhaften, würdevoll kämpferischen Teil des venezolanischen Volkes? Wie ein Stück Vieh! Wer kommt in die Universitäten? Panzerwagen, Militär, Polizei. Die Verräter des Landes, die Schergen und Mörder können mit der Jugend nicht einig werden. Herr Leoni kann nicht an die Universitäten gehen, mit dem Volk zusammenkommen und seine Politik erklären. Denn nur dort, wo es keinen Gegensatz zwischen Volk und Regierung gibt, nur inmitten eines revolutionären Prozesses, in dem die Einheit des ganzen Volkes erreicht wird, seiner Arbeitermassen und seiner Bauernmassen, seiner Jugend und seiner Intellektuellen – und zwar nicht im Heulen der Sirenen an jenem ruhmreichen 13. März, oder im Feuer der Gewehre, sondern in optimistischem Geist, voll Vertrauen in die Zukunft und mit revolutionärem Bewußtsein und Vaterlandsliebe – nur hier ist es möglich, daß wir Regierenden mit diesem Volk zusammenkommen, mit den Studenten und mit den Bauern in den Bergen und mit den Arbeitern in den Fabriken der Städte.
Das ist die Revolution. Auch wir kennen eine schändliche Vergangenheit voller Mord und Gewalttat; auch unsere Universität kannte diese heldenhaften Kundgebungen gegen die Panzerwagen, die Maschinengewehre und Pistolen, aber sie war beharrlich, hat gekämpft und den Sieg errungen; sie hat nun das Recht, die eigene Zukunft selbst zu schaffen, einen würdigen Platz in der Welt einzunehmen, wirklich frei und unabhängig zu sein. Wir sind überzeugt, daß dies eines Tages auch Venezuela erreichen wird, daß der Aufruf dann gerechtfertigt ist: Das Land befreien, oder sterben für Venezuela!

Deutsch von Gerald Bisinger

Antwort der Kommunistischen Partei Venezuelas

1. Fidel Castro, Generalsekretär der Kommunistischen Partei Cubas, die an der Macht ist, und Premierminister der sozialistischen Regierung Cubas, hat die Vorteile seiner Position genützt, um die Kommunistische Partei Venezuelas anzugreifen, eine Partei, die im geheimen arbeitet, die hunderte ihrer Kämpfer im Gefängnis weiß, unzählige Gefallene in den Bergen und in den Städten zu beklagen hat und einer unerbittlichen Verfolgung ausgesetzt ist, welche täglich – auch wenn Fidel Castro spricht – neue Opfer fordert. Der Mann, dessen unbeherrschtes Reden geduldet wird, weil Cuba im Kampf gegen den Imperialismus mit an erster Stelle steht, möge seine Worte zügeln, wenn er von dieser Kommunistischen Partei spricht, die schließlich in dem lateinamerikanischen Land kämpft, in dem die Yankee-Intervention am stärksten ist und der Kampf unter den schwierigsten Bedingungen geführt werden muß. Fidel Castro hat von einer Tribüne aus, die ihm weltweites Echo sichert, und im Bewußtsein der Stärke seiner Position bedenkenlos eine Kommunistische Partei beleidigt, die dermaßen unter Druck steht, daß es ihr kaum möglich ist, zu antworten. Die Handlungsweise Fidel Castros ist also unfair und opportunistisch und entbehrt jener Aufrichtigkeit und anständigen Haltung, die die cubanische Revolution stets ausgezeichnet haben.

2. Fidel Castro hat sich das Recht genommen, zum Mord an Iribarren Borges Stellung zu nehmen, und hat ein negatives Urteil darüber abgegeben. Mit erstaunlicher Unverschämtheit hat er aber der KPV das gleiche Recht abgesprochen: wie es scheint, wünscht er, daß die Kommunistische Partei Venezuelas kein Urteil über ein venezolanisches politisches Ereignis abgibt, ein Ereignis auf venezolanischem Boden, das die KPV aus nächster Nähe betrifft. Er aber darf von Cuba aus urteilen. Seiner höchst eigenartigen Meinung nach spielen wir das Spiel der Regierung, wenn wir Stellung beziehen; wenn er es tut, will er als die Stimme eines unantastbaren

revolutionären Orakels angesehen werden. Diese sonderbare Argumentationsweise zeugt von unverantwortlichem Hochmut, unverantwortlicher Selbstüberschätzung, die eines Staatsoberhauptes unwürdig sind. Was die Fakten an sich betrifft, so hat die KPV genau dasselbe geäußert wie Castro, nicht mehr und nicht weniger. Reden aber wie die Fidel Castros, Verleumdungen unserer Partei, wie er sie in Umlauf bringt, seine Absicht, diese Partei zu spalten, und Vorkommnisse wie der Mord an Iribarren Borges – sie begünstigen das Spiel der Reaktion und des Imperialismus.

3. Die KPV beansprucht das Recht, ohne irgendwelche Einmischung ihre eigene Politik zu betreiben. Cuba hat ehrenvoll einen harten revolutionären Weg verfolgt, es ist uns ein ermutigendes Beispiel; wir wollen aber festhalten, daß wir niemals *Agenten* Cubas in Venezuela waren, noch es sein werden, wie wir es auch für keine andere Kommunistische Partei auf der ganzen Welt sind. Wir sind venezolanische Kommunisten und akzeptieren niemandes Bevormundung, wie groß seine revolutionären Verdienste auch sein mögen. Wenn es in Venezuela irgendwelche revolutionäre Gruppen gibt, die solch eine Bevormundung akzeptieren, so ist das ihre Sache. Die KPV wird es nie tun; und wenn das Fidel Castro nicht zusagt, so ist es sein eigener Schaden. Warum aber hat Fidel Castro gerade zu diesem Zeitpunkt die KPV attackiert? Weil die KPV bereits beginnt, über die aufrührerische Anti-Partei-Gruppe Douglas Bravos nicht nur ideologisch, sondern auch praktisch die Oberhand zu gewinnen, weil die Partei und die Kommunistische Jugend große politische und organisatorische Erfolge erzielt haben, weil die kürzlich gelungene Flucht der Genossen Pompeyo, Guillermo und Teodoro aus dem Gefängnis alle militanten Kommunisten mit Begeisterung erfüllt und ihnen neue Energien verliehen hat, und schließlich, weil die anarchisch-abenteuerliche Politik der Anti-Partei-Gruppe unwiderruflich versagt hat und es dadurch wesentlich erleichtert wurde, die umstrittenen Probleme zu klären. Genau deshalb hat Fidel Castro die KPV mit dem vollen Gewicht seines Prestiges attackiert; er unternahm den verzweifelten Versuch, der anarchisch-abenteuerlichen Gruppe »beizustehen«, die ja er selbst zu ihrer Abspaltung von der KPV angeregt und ermutigt hat. Unsere politische Linie und unsere Aktionen demonstrieren jedoch den tatsächlichen Wert von Adjektiven wie »unschlüssig«, »lahm« und »opportunistisch«, mit denen Fidel

Castro die Führung der KPV auszuzeichnen beliebte. Wir demonstrieren es hier in Venezuela, trotz der Angriffe, die Fidel Castro gegen uns gestartet hat und weiterhin starten wird. Was aber ihm ebenso klar sein möge wie der gesamten KPV: Die Souveränität der KPV kann nicht in Frage gestellt werden.

4. Fidel Castro hat der Führung der KPV »Feigheit« vorgeworfen und wieder einmal die ärgerliche Tendenz gezeigt, sich für den einzigen Mutigen und Begeisterten zu halten. Wir venezolanischen Kommunisten sind nicht so pubertär exhibitionistisch, unsere Eigenschaften vor aller Welt zur Schau zu stellen; immerhin hat Gustavo Machado, dieser Vater des venezolanischen Kommunismus, als Fidel Castro noch ein Kind war, Curazao erstürmt, ist mit Waffengewalt in Venezuela eingedrungen. Seither ist die politische Geschichte der KPV gleichzeitig die Geschichte der Männer, die dem Terror von Gomez und von Pérez Jiménez entgegentraten, die den Aufstand vom 23. Januar 1958 dirigierten, die Fidel Castro in die Sierra Maestra ein Flugzeug voller Waffen schickten, und die in diesen acht Jahren immer wieder ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben.
Diese Antwort selbst ist bezeichnend für die Führung der KPV. Fidel Castro hat in dem gewohnten Glauben an seine Macht als großer Papst der Revolution gewiß angenommen, daß er uns durch seine Rede verwirren und entzweien wird. Er hat sich grundlegend geirrt, und er wird verstehen müssen, warum der Yankee-Imperialismus und dessen Agenten sich so sehr bemühen, die Kommunistische Partei Venezuelas zu vernichten.

5. Fidel Castro gefällt sich in seiner Rede wieder einmal in der Rolle des Richters über die revolutionären Aktivitäten in Lateinamerika, in der Rolle des Super-Revolutionärs, der an Stelle der lateinamerikanischen Kommunisten die Revolution bereits durchgeführt hätte. Bei anderer Gelegenheit haben wir uns schon über die Merkmale der cubanischen Revolution geäußert; heute wollen wir uns bloß dagegen aussprechen, daß sich Fidel Castro die Rolle eines »Papstes« der Revolution anmaßt. Wir lehnen kategorisch seinen Anspruch ab, der Einzige zu sein, der entscheidet, was in Lateinamerika revolutionär ist und was nicht.
In Venezuela wird dies von der KPV entschieden, die dafür dem Volk verantwortlich ist und niemandem sonst. Fidel Castro aber, dem großen

Verteiler revolutionärer Ehrentitel, der sich fragt, was man in Nord-Vietnam denken würde, wenn Cuba mit Süd-Vietnam Handel triebe, wollen wir die Frage stellen, ob er daran denkt, was das spanische Volk zu seinen Handelsbeziehungen mit Franco und der spanischen Oligarchie sagt oder die Negerbevölkerung von Zimbabwe (Rhodesien) und die Patrioten von Aden zu seinen Handelsbeziehungen mit dem imperialistischen Großbritannien. Oder nennt Fidel Castro vielleicht genau das bei anderen Opportunismus, was er, wenn er selbst es tut, aus der eigenen Überheblichkeit heraus rechtfertigt?

6. Über diese unangenehme Polemik wird sich der Feind sehr freuen. Sie ist aber unvermeidlich. Und Fidel Castro ist es, der uns zu diesen Feststellungen zwingt. Wir müssen diskutieren. Wir erheben Anspruch auf die Herkunft von Bolivar und der Väter unseres Landes, und deshalb müssen wir Fidel Castro darauf hinweisen, daß die Nachkommen Simon Bolivars und Ezequiel Zamoras von keiner Seite eine solch unverschämte und provokante Sprache wie die seiner Rede vom 13. März dulden werden. Die Venezolaner glauben nicht besser zu sein als irgendwer sonst, Beleidigungen aber zwingen sie, sich stolz zu verteidigen. Fidel Castro muß sich jetzt über die Qualität der venezolanischen Kommunisten klar werden.

7. Wir stellen fest, daß uns eine Haltung wie die Fidel Castros schadet; dennoch verzweifeln wir nicht. Wir danken unsere Ruhe und Überzeugung der Vernunft. Und wir besitzen die nötige revolutionäre Leidenschaft, für diese Vernunft einzustehen.

13. März 1967
Politbüro des Zentralkommitees der Kommunistischen Partei Venezuelas.
Pompeyo Marquez – Guillermo García Ponce – Alonso Ojeda Olaechea – Pedro Ortega Diaz – Eduardo Gallegos – Mancera – Teodoro Petkoff – German Lairet.

Deutsch von Gerald Bisinger

Dossier:
Lateinamerikanische Annalen

1804 Beginn des haitianischen Unabhängigkeitskrieges gegen die Franzosen. Proklamation der Republik Haiti [1806].

1806–1813 Die lateinamerikanischen Kolonien erheben sich gegen die spanische Herrschaft. Entstehung der Junten von Chusquisaca und La Paz (heute Bolivien), Quito (Ecuador), Caracas (Venezuela), Bogotà (Columbien) und Chile. Belagerung von Montevideo (Uruguay). Unabhängigkeitserklärung von Paraguay, Venezuela, Columbien und Mexico. Der dominikanische Teil der Insel Haiti trennt sich von Frankreich und schließt sich an das spanische Imperium an.

1809 Präsident Jefferson profitiert von dem Krieg zwischen Napoleon I. und Spanien und schickt den Agenten Wilkinson mit dem Auftrag nach Cuba, der spanischen Regierung die Abtretung der Insel an die USA vorzuschlagen. Der Vorschlag wird abgelehnt.

1811 Zweiter Versuch der USA, Cuba zu annektieren: der eigens auf die Insel geschickte Agent Shaler knüpft ohne Erfolg geheime Verbindungen zu den USA-freundlichen Führungskreisen an.

1811–1816 Königlich-spanischer Gegenangriff: nacheinander fallen Venezuela, Chile, Mexico, Columbien.

1813 Die USA beginnen die Kolonisierung des nördlichen Teils von Mexico (heute Texas).

1816–1828 Intensivierung der Befreiungskriege gegen Spanien. Die Unabhängigkeit erringen: Argentinien, Uruguay, Chile, Columbien, Venezuela, die Dominikanische Republik (anschließend Invasion durch Haiti), Peru, Bolivien, Ecuador, die zentralamerikanische Föderation und Mexico. – Kaiser Dom Pedro I. erklärt die Unabhängigkeit Brasiliens von Portugal.

1822 Militärische Operation der USA zur Eroberung der damals spanischen Kolonie Puerto Rico.

1823 Monroe-Doktrin: die USA wenden sich gegen jede weitere europäische Intervention auf dem amerikanischen Kontinent und in seine Hoheitsgewässer; im Falle der Bedrohung eines amerikanischen Staates durch das Ausland würden die USA zu seiner Verteidigung eingreifen. – Brief Jeffersons an Monroe: »Cuba wäre für unser Staatensystem die günstigste Erwerbung.« Seestreitkräfte der USA landen auf Cuba unter dem Vorwand, das Piratenwesen zu bekämpfen.

1824 Argentinien schlägt eine Zusatzklausel zur Monroe-Doktrin vor: »Kein amerikanischer Staat darf die zur Zeit der Unabhängigkeit von Europa bestehenden Grenzen mit Gewalt ändern«, die von den USA abgelehnt wird. – Neubildung der zentralamerikanischen Föderation, die bis 1838 besteht. – Großbritannien leitet Operationen ein, die es in den Besitz der Malwinen-Inseln (Argentinien) bringen.

1825 Die USA torpedieren die Realisierung des holländischen Projekts, in Nicaragua einen interozeanischen Kanal zu bauen.

1826 Einschüchterungsmanöver der USA auf dem Kongreß von Panama, der im Zeichen der panamerikanischen Ideen Bolivars abgehalten wird: »Über Cuba darf nicht gesprochen werden.« – Portugiesische Besetzung des La Plata-Gebiets; Krieg Argentiniens gegen Brasilien, das Portugal unterstützt. Argentinien verlangt die Anwendung der Monroe-Doktrin; der amerikanische Außenminister Clay antwortet: »Diese Doktrin bedeutet keine Garantie und ist für nicht-amerikanische Staaten nicht verbindlich.«

1829 Bolivar schreibt an Oberst Campbell: »Die Vereinigten Staaten scheinen von der Vorsehung dazu ausersehen, Amerika im Namen der Freiheit ins Elend zu stürzen.«

1831 Die US-Flotte zerstört Puerto Soledad (Malwinen-Inseln). Wegen der Herrschaft über die Insel Konflikt zwischen England und Argentinien (vgl. 1824).

1833 Seeblockade Argentiniens durch die USA (vgl. 1824).

1834 US-Truppen unterstützen Texas im Krieg gegen den mexicanischen Gouverneur Santana.

1836 Ende des Krieges zwischen den USA und Mexico. Texas wird selbständig.

1840 England besetzt das guatemaltekische Gebiet von Belice. Guatemala bittet die USA im Namen der Monroe-Doktrin um Hilfe, die nicht gewährt wird.

1841 Beendigung der Auseinandersetzung um die Malwinen-Inseln (Argentinien), die unter dem Namen Falkland-Inseln an die Engländer abgetreten werden [1845].

1842 England besetzt die Stadt San Juan del Norte (Nicaragua).

1844 Die USA versuchen einige Regierungsmitglieder der gerade von Haiti befreiten Dominikanischen Republik zu bestechen, um die Republik zu annektieren.

1845 Annexion von Texas durch die USA. Der amerikanische Agent Walker beginnt in Mittelamerika einzudringen. Der peruanische Präsident Castilla (der die Abschaffung der Sklaverei verkündet hatte) beschuldigt die USA der Unterstützung der Operation Walker. – Während der Kämpfe um die Unabhängigkeit der Ostprovinz von Uruguay schicken die USA Kriegsschiffe an die Küste von Uruguay: als Grund nennen sie die Existenz von »Verträgen des Friedens, der Freundschaft, des Handels und der Seefahrt« zwischen den USA und den Nachbarstaaten von Uruguay (Argentinien und Brasilien). – England, das seit 1737 an der Costa de los Mosquitos (Honduras und Nicaragua) sitzt, krönt in Nicaragua einen Eingeborenen zum »König des britischen Reiches der Mosquito-Indianer«.

1846 Die USA verschaffen sich das Durchfahrtsrecht durch den Isthmus von Panama (Vertrag mit Columbien). – Vertrag über den eventuellen Bau eines interozeanischen Kanals auf dem Gebiet Nicaraguas (Bidlack-Vertrag). – Der Abenteurer Walker provoziert einen Zusammenstoß zwischen den columbianischen und nordamerikanischen Anwohnern des Isthmus: Columbien wird zu einer Buße von 584 603 Golddollar für die nordamerikanschen Bürgern zugefügten Schäden gezwungen. – Erneuter Krieg zwischen den USA und Mexico.

1847 Invasion der USA in San Juan del Norte (Nicaragua). – US-Truppen besetzen den Hafen Veracruz (Mexico). – Fünf lateinamerikanische Staaten treffen sich in Lima, um die durch die Interventionen der USA geschaffenen Probleme zu erörtern. – Manöver der USA zur Errichtung von Flottenbasen auf dem

Territorium der Dominikanischen Republik und Haiti. – Der Föderationsversuch der mittelamerikanischen Staaten scheitert.

1848 Erneute Invasion Englands in San Juan del Norte (Nicaragua), das zur Zahlung eines Lösegeldes gezwungen wird. – Der amerikanisch-mexicanische Krieg wird durch den Vertrag von Guadalupe-Hidalgo beendet: Annexion der Hälfte des mexicanischen Gebiets, insgesamt 2 Mill. km² (Neumexico, Niederkalifornien usw.). – Die USA bieten Spanien 100 Mill. Dollar für Cuba: die Verhandlungen scheitern.

1852 Mit Unterstützung der USA erobern die Engländer venezolanisches Gebiet, das sie an ihre Kolonie Guayana anschließen. – England besetzt die Bahia-Inseln (Honduras). – Frankreich schickt Maximilian von Habsburg nach Mexico.

1853 Erneutes Angebot der USA für Cuba an Spanien: ohne Erfolg. – Erneuter Versuch, die Dominikanische Republik durch den Vorbestraften Cazneau in ein Protektorat der USA zu verwandeln und die Bay von Samana zu kaufen, um dort einen Flottenstützpunkt zu errichten. Die Operation wird gesteuert von dem (nordamerikanischen) Präsidenten Pierce: die Verhandlungen scheitern.

1855 Militärische Unterstützung der uruguayanischen Oligarchien durch die USA unter dem Vorwand, »das Konsulat, Leben und Eigentum nordamerikanischer Bürger zu schützen«. – Landung des Abenteurers William Walker in Nicaragua mit 58 US-Amerikanern. Die nordamerikanischen Obersten Faben und Kinney proklamieren die Unabhängigkeit der Stadt San Juan del Norte von Nicaragua; Kinney ernennt sich zum Präsidenten. Mit Billigung von Präsident Pierce ernennt sich Walker zum Präsidenten von Nicaragua und führt die Sklaverei wieder ein.

1856 Guatemala bittet England und Frankreich um Hilfe gegen die Invasion Walkers. – Die USA (Dallas-Claredon-Vertrag) verleihen England das Recht auf das guatemaltekische Gebiet von Belice, das von jetzt ab Britisch-Honduras heißt.

1857 Walker ernennt sich zum Präsidenten von Salvador und Costarica und wird von den USA anerkannt; er wird von einer Koalition der mittelamerikanischen Staaten besiegt. Ein Kriegsschiff der USA bombardiert San Juan del Norte (Nicaragua). Der amerikanische Präsident Buchanan fordert von Nicaragua 20 000 Dol-

lar Entschädigung für die Verletzungen, die ein Nicaraguaner einem nordamerikanischen Staatsbürger zugefügt hat. Da Nicaragua diese Summe nicht bezahlen kann, bombardieren die USA San Juan und stecken die Stadt in Brand.

1858 Militärische Unterstützung der uruguayanischen Oligarchien durch die USA unter dem Vorwand, Leben und Besitz der ausländischen Staatsbürger zu schützen. – Die USA sichern sich das Durchgangsrecht durch Nicaragua (ohne Gegenleistung) sowie das Interventionsrecht.

1859 Projekt (Abraham Lincoln, Außenministerium, Privatunternehmen), Mittelamerika mit den freigelassenen afrikanischen Sklaven zu kolonisieren. – England weigert sich, gemäß dem Versailler Vertrag von 1783 seine Truppen von der Costa de los Mosquitos (Honduras) abzuziehen.

1860 Invasion der USA in die »neutrale Zone« am Isthmus von Panama unter dem Vorwand, »die gestörte Ordnung wiederherzustellen«. – Rückkehr des Abenteurers Walker nach Nicaragua; er wird auf Beschluß der koalierten mittelamerikanischen Staaten erschossen.

1861 Konflikt zwischen den USA und Peru, weil zwei nordamerikanische Schiffe Weizen geraubt haben; der diplomatische Vertreter der USA wird zum Verlassen Limas gezwungen. – Die Dominikanische Republik kehrt aufgrund einer unpopulären Entscheidung des Präsidenten Santana wieder unter spanische Oberhoheit zurück. – Niederlage der mexikanischen Konservativen durch Benito Juarez, den Führer der von den USA unterstützten liberalen Bewegung (La Reforma). – Landung englischer, spanischer und französischer Truppen in Veracruz (Mexico) und Ultimatum wegen Zahlung der mexicanischen Staatsschulden, die von Juarez suspendiert worden waren.

1863 Einzug der Franzosen in Mexico City.

1864 Die Franzosen machen Maximilian von Habsburg zum Kaiser von Mexico. – Spanien besetzt die Claridad-Inseln und bombardiert Callao und Valparaiso.

1865 Erneuter Versuch der USA, die Dominikanische Republik nach den blutigen Kriegen, die zu der Unabhängigkeit von Spanien geführt hatten, zu annektieren. – Spanische Flottenexpedition

nach Peru, die den Krieg von Peru, Bolivien, Chile und Ecuador gegen Spanien zur Folge hat [Waffenstillstand 1871].

1866 Der chilenische Hafen Valparaiso wird von spanischen Truppen bombardiert.

1867 Juarez (Mexico) befiehlt die Erschießung Maximilians und der konservativen Führer Miramon und Mejia. – Washington sichert sich mit dem Dickinson-Ayon-Vertrag mit Nicaragua die Rechte auf einen eventuellen interozeanischen Kanal.

1868 Nordamerikanische Kriegsschiffe und Truppen vor den Küsten von Uruguay unter dem Vorwand, »auf Ersuchen der lokalen Behörden die Interessen der nordamerikanischen Staatsbürger zu schützen«. – Unterstützung des Tyrannen Baez in der Dominikanischen Republik; Gegenleistung: Vertrag über den Anschluß der Republik an die USA und Abtretung der Bay von Samana für die Errichtung des geplanten Flottenstützpunktes.

1869 Nach Ablehnung der Ratifizierung der Verträge von 1868 gewährt Präsident Grant über nordamerikanische Banken Baez ein durch Zolleinnahmen garantiertes Darlehen. – Gründung der »Samana Bay Company«. – Französische Invasion in Haiti.

1870 Spanische Invasion in Haiti.

1875 Die USA erbitten das Plazet von sechs europäischen Staaten (England, Frankreich, Deutschland, Italien, Rußland, Österreich-Ungarn) für die Intervention in den Unabhängigkeitskrieg Cubas gegen Spanien.

1876 Staatsstreich von Porfirio Diaz in Mexico, der de facto bis 1911 an der Macht bleibt.

1877 Englische Invasion in Haiti.

1878 Deutschland bedroht den Hafen Corint (Nicaragua). – Schiedsspruch des US-Präsidenten Hayes in einer Gebietsstreitigkeit zwischen Paraguay und Argentinien. – Diplomatische Intervention der USA als Vermittler in dem jahrelangen Streit zwischen Chile und Bolivien um die Frage der Salpetergebiete. – Everts-Doktrin (nordamerikanischer Außenminister) in Mexico: Der nordamerikanische Gesandte in Mexico, Foster, erklärt in diesem Sinne: »Wenn ihr Leben und Besitz unserer Bürger nicht schützen könnt, werden wir das selber tun, gleichgültig mit welchen Mitteln.«

1879 Pazifischer Krieg (von den englischen Kapitalisten provoziert) zwischen Chile einerseits und Peru und Bolivien andererseits; Bolivien verliert den Zugang zum Meer.

1880 Intervention der USA in die Innenpolitik Columbiens wegen des interozeanischen Kanals.

1881 Ferdinand von Lesseps plant und beginnt den Bau des Panama-Kanals.

1885 Der amerikanische Senat verhindert durch Druck auf die einzelnen Regierungen einen erneuten Föderationsversuch der mittelamerikanischen Länder. Er befürchtet, die Union könne die Seerechte der USA gefährden.

1888 Invasion der USA in Haiti.

1891 Unter dem Vorwand, »das Konsulat von Valparaiso zu schützen«, in Wirklichkeit aber, um in die innere Krise des Landes einzugreifen, entsenden die USA den Kreuzer *Baltimore* nach Chile; die chilenische Bevölkerung greift die Besatzung an; Unruhen; Chile wird zu einer Buße von 75 000 Dollar verurteilt. – Mißglückter Versuch der USA, die Abtretung des Hafens San Nicholas (Haiti) zu erreichen.

1894 England verspricht Nicaragua, sich an den Versailler Vertrag von 1783 zu halten und die Costa de los Mosquitos (vgl. 1859) zu verlassen.

1895 Die USA zwingen England einen Schiedsspruch im Gebietskonflikt um Guayana mit Venezuela auf. – Neue Intervention der USA in Nicaragua.

1897 Die USA bringen einen neuen Föderationsversuch der mittelamerikanischen Staaten zum Scheitern.

1898 Bombardierung und Landung der USA in San Juan (Puerto Rico). – Washington erklärt Spanien den Krieg und läßt außer Puerto Rico die Kolonien Cuba, Guam und die Philippinen besetzen. – Der Vertrag von Paris zwingt Spanien zur Abtretung dieser Kolonien an die USA und gibt Cuba die Unabhängigkeit. Die USA setzen in Cuba eine Militärregierung unter dem Kommando von Wood ein. – Mißglückte militärische Intervention in die Dominikanische Republik wegen der Bay von Samana (vgl. 1853 und 1868).

1899 Auf Bitten der durch einen Volksaufstand beunruhigten Kauf-

leute schicken die USA Schiffe und Truppen nach Nicaragua. Vorwand: »Schutz von Leben und Besitz nordamerikanischer Bürger.«

1900 Die USA zwingen Nicaragua zum Hay-Correa-Vertrag. Ziel: endgültige Vorherrschaft über die interozeanische Route in Mittelamerika. Aus dem gleichen Grund schließen sie den Hay-Calvo-Vertrag mit Costa Rica.

1901 Beginn der »Big Stick«-Politik des Präsidenten Theodore Roosevelt. Die Verfassung der Republik Cuba wird durch das »Platt-Amendment« ergänzt, das den Vereinigten Staaten das Interventionsrecht für die Insel garantiert: Cuba wird de facto nordamerikanisches Protektorat. – Blockade des Hafens La Guayara (Venezuela) durch die Engländer, Deutschen und Italiener, die die Zahlung der Handelsschuld fordern.

1902 »Befriedungs«intervention Washingtons in den Konflikt zwischen Venezuela und den europäischen Gläubigerländern. – Landung der amerikanischen Marineinfanterie in Haiti auf Ersuchen des Botschafters Powell. Widerstand Haitis, den die Marines brutal unterdrücken. Die Plantagen gehen in den Besitz nordamerikanischer Bürger über, die neue Anbaumethoden mit katastrophalen Auswirkungen für die lokale Landwirtschaft einführen.

1903 Cuba wird zur Unterzeichnung eines Vertrages gezwungen, mit dem den USA bestimmte Gebiete für die Errichtung von Flottenstützpunkten abgetreten werden (Guantanamo usw.). – Neue Intervention der USA in die Dominikanische Republik zum Schutze einer amerikanischen Zuckerrohrplantage und »zur Verhinderung eventueller Unruhen«; Zollintervention. – Die USA führen den unterbrochenen Bau des Panama-Kanals fort und stiften die columbianische Provinz Panama an, sich von Columbien zu trennen und für unabhängig zu erklären. Gründung der »Republik Panama« und sofortiger Vertrag, der den USA den Bau, die Kontrolle und die Nutzung des Kanals garantiert. – Cuba muß mit den USA einen Vertrag schließen, demzufolge es nur mit vorheriger Genehmigung Handelsabkommen mit dritten Ländern abschließen darf.

1904 Landung von US-Truppen in der Dominikanischen Republik zur Unterstützung der einheimischen, USA-freundlichen Gruppen. –

Durch ihre Gesandtschaft lösen die USA die Armee von Panama auf. – Die USA ergreifen Besitz von Ländereien und den wichtigsten Verkehrsverbindungen in Guatemala.

1905 Die USA unterstützen eine Zweigniederlassung der United Fruit Company, die von den costaricanischen Eisenbahnen Besitz ergreift. – Durch ihren Botschafter protestieren die USA in Cuba gegen die Ratifizierung eines Abkommens, das England Priorität im Seehandel mit der Insel gibt. – Gescheiterter Versuch der USA, die cubanische Pinieninsel zu annektieren.

1906 Die USA erreichen für die United Fruit Company bedeutende Zugeständnisse beim Erwerb von Ländereien an der atlantischen Küste von Guatemala. – Anwendung des »Platt-Amendments« auf Cuba anläßlich (vgl. 1901) eines liberalen Aufstandes: Invasion von 2000 Marines »um Leben und Interessen nordamerikanischer Bürger zu schützen«. – Schiedsspruch Washingtons (mit Mexico) in den Gebietsstreitigkeiten zwischen Guatemala und Salvador; der Vertrag wird auf dem Kreuzer *Marblehead* unterzeichnet. Der nordamerikanische Verteidigungsminister Taft ernennt sich *auf der Durchreise* durch Cuba zum »Generalgouverneur der Republik Cuba«. – Theodore Roosevelt bekommt den Friedensnobelpreis.

1907 Friedensvertrag mit den mittelamerikanischen Staaten, der das Prinzip sanktioniert, aus inneren Unruhen hervorgegangene Regierungen nicht anzuerkennen. – Vermittlung der USA (mit Mexico) im Konflikt zwischen Nicaragua und Honduras; der Vertrag wird an Bord des Kreuzers *Chicago* unterzeichnet. – Unter den Kanonen der amerikanischen Flotte berät und ratifiziert der Kongreß der Dominikanischen Republik einen Vertrag, der den USA die Kontrolle über die Steuern und die Finanzpolitik des Landes überträgt.

1908 Der amerikanische Außenminister Root sagt unter expliziter Bezugnahme auf Mittelamerika: »Wann immer das investierte amerikanische Kapital in Gefahr ist«, sei eine militärische Intervention vollauf gerechtfertigt. – Juan V. Gomez errichtet seine Herrschaft in Venezuela (er bleibt bis 1935 an der Macht). Das Erdöl verschenkt der Diktator an ausländische Monopole.

1909 Militärische Intervention der USA in Nicaragua, das die diplo-

matischen Beziehungen abgebrochen hat: Revolte gegen den liberalen Präsidenten Zelaya, der die letzten Überreste der englischen Herrschaft an der Costa de los Mosquitos beseitigt hatte (vgl. 1845). Der nordamerikanische Gesandte in Costa Rica, Merry, bietet Waffen und Geld, um Nicaragua in einen Krieg gegen Costa Rica, Guatemala und Salvador zu treiben.

1910 Mexicanische Revolution: Plan von San Luis: Madero gegen Porfirio Diaz (vgl. 1876). – Landung der USA in Honduras (neutrale Zone von La Ceiba). Washington übernimmt die vertraglichen Schulden des Landes an England. Gegenleistung: wirtschaftliche Kontrolle über das Land durch die Verwaltung der Zölle. – Intervention der USA in Nicaragua unter dem Vorwand »eine Bombardierung des Hafens von Bluefields (neutrale Zone) zu verhindern und Leben und Besitz amerikanischer Bürger zu schützen«.

1911 Die United Fruit Company, die sich in den Besitz der Zollrechte bringt, verlangt von Costarica die Zahlung einer Auslandsschuld. – Der Bananentrust Cuyamel (Konkurrenz der United Fruit) läßt sich in Honduras nieder; der Präsident des Landes tritt zurück und erhält Konzessionen für Gebiet, Molen, Zölle, Eisenbahn, Telefon und Telegraf; der neue Präsident von Honduras wird auf einer Konferenz an Bord des US-Kreuzers *Tacorna* designiert. – Nicaragua erhält ein Darlehen von den USA. – Verbot Washingtons, eine für den internen Verkehr wichtige Eisenbahnlinie zwischen Panama und Costarica zu bauen.

1912 Außenminister Root erklärt: »Es ist nur eine Frage der Zeit, wann sich Mexico, Mittelamerika und die Karibischen Inseln, die wir nicht besitzen, unserer Fahne anschließen werden.« Root erhält den Friedensnobelpreis. – Die USA bombardieren und besetzen Nicaragua (die Besetzung dauert bis 1925). – Während der mexicanischen Revolution konzentrieren sich die amerikanischen Truppen entlang der Grenze. Einschüchterung des mexicanischen Präsidenten Madero: er würde im Falle von »Schäden an Leben und Gut nordamerikanischer Bürger« zur Verantwortung gezogen werden. – Intervention der USA in Honduras zugunsten der nordamerikanischen Bananentrusts: das sogenannte »Bananenreich« wird gegründet. – Präsident A. Diaz erbittet die Unter-

stützung amerikanischer Truppen, um in Nicaragua an der Macht zu bleiben. – Intervention der USA in die Dominikanische Republik zum Schutz der Zölle; unter Berufung auf den 1907 geschlossenen Vertrag. – Dritte, von den nordamerikanischen Plantagenbesitzern provozierte, Besetzung Cubas durch die USA. Ziel: die Annexion Cubas. – Landung der USA in Nicaragua zur Unterdrückung des Volksaufstandes gegen das USA-freundliche Regime von Diaz; Auflösung der nationalen Armee.

1913 Präsident Wilson schlägt einen Plan zur Kontrolle der Wahlen in der Dominikanischen Republik vor; im Falle des Scheiterns würde er selbst die Wahl des geeigneten Präsidenten übernehmen. – Der Botschafter in Mexico, H. B. Wilson, mischt sich in die inneren Angelegenheiten des Landes ein; er ist in das Attentat auf Präsident Madero verwickelt. – Intervention der USA in Haiti, Einsetzung des Präsidenten Dartiguenave und Umwandlung des Landes in ein Protektorat.

1914 Eröffnung des Panama-Kanals. – Bryan-Chamorro-Vertrag der USA mit Nicaragua, der den USA »auf immer und ewig« die Rechte auf den geplanten interozeanischen Kanal verleiht. – Der Plan Präsident Wilsons zur Kontrolle der Wahlen wird unter der Androhung einer militärischen Intervention von der Dominikanischen Republik akzeptiert (vgl. 1913). – Bombardierung und Besetzung des mexicanischen Hafens Veracruz durch die USA (300 Tote): wegen dem von den USA gewählten Präsidenten Huerta, der von den Revolutionären abgesetzt wurde. – Entsendung von Truppen in die Dominikanische Republik zur Einschüchterung des Finanzministers, der die Kontrolle durch die Nordamerikaner ablehnte.

1915 Landung von US-Marineinfanterie in Haiti, um die französischen und englischen Gläubiger »abzuschrecken«. Gegenleistung: Einfluß auf die lokalen Zölle. (Die Besetzung hält bis 1934 an.) – Die Regierung Panamas beschuldigt die USA, den Bau von von Eisenbahnen zu boykottieren und nur militärische Stützpunkte bauen zu wollen. – Der Bananentrust Cuyamel läßt sich in Guatemala nieder.

1916 »Strafexpedition« des Generals Pershing gegen Villa (Mexico); das antiamerikanische Ressentiment wird stärker. – Die USA

setzen mit Waffengewalt eine »dominikanische Regierung« ein, die aus Offizieren ihrer Marine gebildet ist; der nordamerikanische Offizier Knapp löst das Heer der Dominikanischen Republik auf.

1917 Verfassung von Queretaro (Mexico): Agrarreform, Nutzung und Nationalisierung der ausländischen Unternehmen und Recht der Arbeiter auf gewerkschaftliche Organisation. – Landung der USA in Cuba zur Stärkung der Macht von Menocal (1913–21), die durch die Opposition der Liberalen gefährdet ist. – Die USA setzen den costaricanischen Präsidenten Gonzales Flores ab, weil er sich weiteren Ölkonzessionen zu ihren Gunsten widersetzt hatte. – Die USA setzen E. Chamorro in Nicaragua als Präsidenten ein, im Hintergrund die Kreuzer *Chattanooga* und *San Diego*. – Finanzielle Intervention der USA in Nicaragua unter dem Vorwand, »die öffentlichen Finanzen zu stabilisieren«: Entsendung einer »Kommission«, deren Herrschaft bis 1924 dauert. – In Nicaragua beginnt der bewaffnete Widerstand. – Die Portoricaner erhalten die amerikanische Staatsbürgerschaft. – Puerto Rico wird amerikanisch.

1918 In Haiti brutale Unterdrückung der von Peralte angeführten Revolte durch die amerikanischen Besatzungstruppen. – Die USA besetzen die Städte Panama und Colon und die Provinz Chiriqui (wo sie bis 1920 bleiben) unter dem Vorwand, »die Rechte der amerikanischen Bürger zu schützen«. – Landung der USA in Cuba und Einsetzung des Generals Crowder zum »persönlichen Botschafter« von Präsident Wilson gegen den Willen Cubas. – Landung der USA in Honduras. Neue Landung der USA in Honduras, um in die Wahlen einzugreifen und J. Acosta zum Präsidenten zu machen. Weitere Landung der USA in Honduras zur Unterdrückung des liberalen Aufstandes, der von Lopez Gutierrez angeführt wird. – Reformbewegung an der Universität Cordoba (Argentinien), die sich bald auf die anderen Länder ausdehnt: gefordert wird die Autonomie der Universität, die Wahl der Rektoren, Dekane und Professoren durch einen paritätischen Rat aus Studenten und Professoren und Doktoren.

1919 Der guamaltekische Diktator Estrada Cabrera stiftet der Demokratischen Partei (USA) 1 Mill. Dollar, um ihr Wohlwollen zu erringen.

1920 10 000 Marines, die in Cuba stationiert sind, marschieren in Guatemala ein, um das Land zu »befreien«. Volksaufstand in Guatemala, der den Diktator Cabrera stürzt: der neue Präsident Herrera hebt die Konzessionen an nordamerikanische Unternehmen auf. – Washington entsendet den Offizier Knapp nach Haiti zur Lösung des Konflikts, der nach der Weigerung der Zentralregierung, die Kontrolle der USA über die Nationalbank anzuerkennen, entstanden ist. – Durch ihren Botschafter Crowder erreichen die USA in Cuba die Revision des Wahlgesetzes, um den Sieg der nationalen Kräfte zu verhindern: auf diese Weise wird Zayas gewählt.

1921 Crowder erwirkt von seiner Regierung die Sperrung aller Darlehen an Cuba, bis die amerikanische Finanzkontrolle akzeptiert ist. – Invasion der USA in Nicaragua: das Gebäude der Zeitung *La Marina* von Managua wird in Brand gesteckt und die Zeitung zugrundegerichtet, ebenso die Zeitung *La Tribuna*. – Auf Veranlassung von Honduras erneuter Förderationsversuch der mittelamerikanischen Länder. – Guatemala lehnt das Ultimatum der Bananentrusts ab: es will keine weiteren Konzessionen geben. – Scheitern des Förderationsprojekts durch diplomatische Intervention des amerikanischen Außenministers Hughes. – In Haiti ernennen die USA Russell zum Hohen Kommissar mit absoluter Gewalt. – Die USA intervenieren in der Gebietsstreitigkeit zwischen Costarica und Panama: Panama muß kapitulieren.

1923 Invasion der USA in Cuba. – Die Bananentrusts United Fruit und Cuyamel provozieren Bürgerkriege in Honduras: Intervention der USA. – Die mittelamerikanischen Länder werden zu »Friedens- und Freundschaftsverträgen« gezwungen, die das »Platt-Amendment« auf Mittelamerika ausdehnen (vgl. 1901). – Costa Rica verzichtet zugunsten der USA auf die Rechte an dem eventuellen Kanal in dem Fluß San Juan.

1924 Landung der USA in Honduras zum »Schutz von Leben und Besitz nordamerikanischer Staatsbürger«. – Die Übergriffe der United Fruit Company provozieren zahlreiche Aufstände in Costa

Rica (die Unruhen dauern bis 1927). – Abkommen zwischen den USA und der Dominikanischen Republik über die Evakuierung der Besatzungstruppen und die Einsetzung von Trujillo (die Evakuierung findet 1927 statt, Trujillo bleibt bis 1961 an der Macht): de facto ist die Dominikanische Republik nordamerikanisches Protektorat. – Gründung der Revolutionären Volksallianz Lateinamerikas (APRA) – für die Agrarreform, gegen Kirche und Oligarchie, Armee und Imperialismus – unter Führung von Haya de la Torre; die Partei wird zu einem Protagonisten für die anderen Länder.

1925 Militärische Intervention der USA in Panama wegen der »anormalen Situation«. – Intervention der USA während der Wahlen in Honduras, um die Opposition an der Stimmabgabe zu hindern; damit erreichen sie die Wahl des USA-freundlichen Kandidaten Paz Baraona. – Militärische Aktion gegen die Bevölkerung von Panama, die gegen die hohen Pachtzinsen protestiert (12 Tote und zahlreiche Verletzte). – Unterstützung der Indios von San Blas (Panama), die von einem nordamerikanischen Diplomaten aufgehetzt sind: sie gründen die »Republik Tule« und gewähren den USA bedeutende Bergbau-Konzessionen.

1926 Landung von Marines in Nicaragua (die bis 1933 bleiben), um P. Diaz, den Kandidaten der USA, ein zweites Mal an die Macht zu bringen.

1927 Die Everts-Doktrin (vgl. 1878) wird von Präsident Coolidge während der Revolte der »cristeros« in Mexico angewandt; die Revolte mußte nach der Konfiszierung der Kirchengüter abgebrochen werden. – Kopfprämie für den Nicaraguaer Widerstandsführer Sandino. – Bombardierung von El Ocetal, wo Sandino nach Ansicht der Besatzungstruppen versteckt ist. Tauschgeschäft zwischen nordamerikanischen Bankiers und dem von den USA eingesetzten Präsidenten Nicaraguas: Heereslieferungen für 1 Mill. Dollar an die Konservativen.

1928 Der Aufstand der venezolanischen Studenten gegen Gomez unter der Führung von Betancourt und Villalba scheitert. – Die United Fruit Company unterdrückt mit Hilfe des nordamerikanischen Botschafters Caffery den Streik der columbianischen Arbeiter: 1500 Arbeiter getötet, 3000 verwundet und Hunderte zu langen

Gefängnisstrafen verurteilt. – Die United Fruit Company kauft die Cuyamel, unterstützt den Diktator Carias in Honduras und fördert den Krieg von Honduras gegen Guatemala (Grenzstreitigkeiten).

1929 Landung der USA in Haiti; die Bevölkerung greift die Marines an: die USA sehen sich zur Senkung des Truppenkontingents gezwungen. – Die Marines zerstören 70 Orte in Nicaragua. – Bombardierung von Las Limas (Honduras) durch die nordamerikanische Luftwaffe.

1930 Von den nordamerikanischen Erdölgesellschaften hervorgerufene Kampagne gegen den mexicanischen Präsidenten Elias Calles, der beschuldigt wird, Kommunist zu sein. – Weigerung der USA, den Bryan-Chamorro-Vertrag mit Nicaragua zu revidieren (vgl. 1914). – Der Dominikaner Trujillo kommt mit Hilfe der Amerikaner an die Macht. – Die United Fruit Company setzt den guatemaltekischen Präsidenten Chacon ab und ersetzt ihn durch Ubico, der sofort von den USA anerkannt wird (die Unterstützung für den Diktator dauert bis 1945).

1931 Die United Fruit Company kauft *El Diario*, das costaricanische Oppositionsorgan, ebenso den *Excelsior* in Guatemala.

1932 Mit »machetes« bewaffnete Bauernerhebung in Salvador; der nordamerikanische Botschafter bittet um die Entsendung amerikanischer und kanadischer Kriegsschiffe. Kommuniqué der lokalen Behörden: ›Nur 12 000 Tote, alles Bolschewiken‹. Automatische Machtergreifung durch Martinez, der sich in dem Blutbad hervorgetan hatte. – Der Volksaufstand gegen den Diktator Carias (Honduras) wird mit Hilfe der nordamerikanischen Luftwaffe unterdrückt. Chacokrieg zwischen Paraguay und Bolivien (von der Standard Oil und Royal Dutch wegen Erdölinteressen veranlaßt). Dabei werden 60 000 Paraguayaner und 80 000 Bolivianer getötet (der Chacokrieg wird 1935 durch Intervention des Völkerbundes beendet und das Gebiet zu gleichen Teilen auf beide Länder aufgeteilt; die Erdölfelder werden versiegelt).

1933 Beginn der Politik der »guten Nachbarschaft« des Präsidenten Franklin D. Roosevelt. – In Nicaragua kommt A. Somoza mit Hilfe der amerikanischen Besatzungstruppen an die Macht: die Truppen ziehen sich zurück, der Diktator bleibt bis 1956 an der

Macht (Terrorregime mit Folterungen und unzähligen Todesopfern). – Nach drei Jahren des Kampfes gegen den Diktator Machado Militärputsch in Cuba: die Operation wird von Oberst Batista geleitet, der von dem amerikanischen Gesandten Caffery zum Oberbefehlshaber ernannt wird; seine absolute Herrschaft dauert bis 1959.

1934 Attentat auf den Revolutionär Sandino in Nicaragua auf Befehl von Somoza und im Auftrage des nordamerikanischen Botschafters Bliss. – Massaker unter den Partisanen von Wiwili und Jinotega. – Beruhigt durch das eiserne Regiment Trujillos beschließen die USA den Abzug ihrer Truppen aus der Dominikanischen Republik.

1935 Die in Puerto Rico stationierte nordamerikanische Polizei verübt ein Attentat auf die Führer der nationalistischen Partei.

1936 Der guatemaltekische Diktator Ubico erweitert die Konzessionen für die United Fruit Company.

1937 Massaker von Ponce (Puerto Rico): Hunderte von Nationalisten, die Demonstrationserlaubnis hatten, werden zusammen mit ihren Familien von der nordamerikanischen Polizei ermordet. – Trujillo beschließt die »Dominikanisierung der Grenze«: in wenigen Stunden werden 20 000 Haitianer erschossen. – Offizielle Anerkennung des Präsidenten Somoza von Nicaragua durch die USA.

1938 In Mexico verstaatlicht Präsident Cardenas die Erdölindustrien trotz amerikanischer Pressionen.

1940 Über ihren Botschafter verlangen die USA neue Gebiete und Hoheitsgewässer in Panama; sie schlagen eine Pacht für 999 Jahre zum Marktpreis vor.

1941 Von den USA unterstützter Staatsstreich gegen den Präsidenten von Panama, Arnulfo Arias, der der Kollaboration mit der Achse beschuldigt wird.

1942 Die USA sichern sich das Nutzungsrecht zu den Galapagos-Inseln (Ecuador) für die »Verteidigung des Kontinents« gegen die Achsenmächte. – Offizielle Ernennung eines nordamerikanischen Militärberaters, der mit dem panamesischen Außenministerium zusammenarbeitet.

1944 In Honduras mit Hilfe der United Fruit Company Massaker von Hunderten demonstrierender Arbeiter. – Ebenfalls mit Hilfe der

United Fruit Massaker von San Pedro Sula (Salvador), bei dem Hunderte von Personen, darunter Kinder, getötet werden. – In Guatemala wird Ubico durch einen Aufstand gestürzt.

1945 Kampagne gegen den Präsidenten von Guatemala, Arevalo, weil er den Einfluß der United Fruit Company beschränkt hatte; er wird beschuldigt, Kommunist zu sein.

1946 Beginn der von Senator McCarthy vertretenen erbitterten antikommunistischen Politik. – In Argentinien kommt Peron an die Macht: antiamerikanische Außenpolitik. Kampagne gegen Peron. – Volkssammlung in Haiti zur Begleichung der vertraglichen Staatsschulden bei der National City Bank, New York.

1947 Militärvertrag von Rio: Garantie wechselseitiger Militärhilfe zwischen den USA und allen mittelamerikanischen Staaten. – Der Diktator Carias (Honduras) erklärt den Erlaß der von der United Fruit Company eingezogenen Steuern (92 Mill. Dollar). – Von Cuba aus startet eine Expedition gegen Trujillo, unter den Teilnehmern sind Juan Bosch und der 20 jährige Fidel Castro: sie scheitert.

1948 Intervention der USA in Guatemala, um die Anwendung der »Charta der Arbeit« auf das Bananenreich« zu verhindern. – IX. amerikanische Konferenz in Bogotà; Unterzeichnung der OAS-Charta (Organization of American States, auch »Ministerium für die lateinamerikanischen Kolonien« genannt); automatische Anerkennung und Unterstützung aller, auch der autoritären, Regime, sofern sie USA-freundlich sind. – Erschießung des liberalen Führers Gaitan: Beginn des columbianischen Bürgerkriegs »La Violenza«. – Sofortige Anerkennung Odrias, des Urhebers des peruanischen Staatsstreiches, durch die USA; er bleibt bis 1956 an der Macht. – Anerkennung der venezolanischen Militärjunta durch die USA, die den gewählten Präsidenten Gallegos gestürzt hat. Gegenleistung: Beteiligung am Erdölertrag.

1949 Anerkennung des paraguayanischen Generals Rolon, der die verfassungsmäßige Regierung stürzt. – Erneute Expedition gegen Trujillo, die an der Intervention der USA und des von Trujillo bezahlten cubanischen Präsidenten Grau scheitert.

1950 Die USA unterstützen den Columbianer L. Lopez, der als Gegenleistung ein Bataillon für den Koreakrieg stellt.

1951 Anerkennung der bolivianischen Militärjunta durch die USA. In Guatemala übergibt Arevalo die Regierung seinem legalen Nachfolger Arbenz und erklärt in seiner Abschiedsrede, die United Fruit Company habe während seiner Regierungszeit 32 Verschwörungen angezettelt.

1952 Staatsstreich von Perez Jimenez in Venezuela. – Staatsstreich des Cubaners Batista (2. Regierungsperiode): Washington erkennt ihn sofort an und verspricht ökonomische und militärische Hilfe. Bolivianische Revolution, die Paz Estenssoro an die Macht bringt: Verstaatlichung der Bergwerke, allgemeines Wahlrecht, Beginn der Bodenreform und Erziehungskampagne. – In Uruguay tritt ein Nationaler Rat mit 9 Mitgliedern (Kollegialprinzip) an die Stelle des verfassungsmäßigen Präsidialsystems. Zweck: Verhinderung einer Diktatur. – Puerto Rico wird zum »freien assoziierten Bundesstaat« der USA erklärt.

1953 Die USA anerkennen die Militärregierung Rojas Pintilla in Columbien. Beginn der »Operation Guatemala«, eines von dem Diktator Somoza initiierten antikommunistischen Kreuzzugs, dem sich die Militärregimes Mittelamerikas anschließen, und der voll von den nordamerikanischen Monopolen, dem CIA und dem State Department unterstützt wird. – Fidel Castro greift mit 200 jungen Leuten die Kaserne von Moncada (Santiago di Cuba) an; das Unternehmen scheitert, 70 Jugendliche werden gefoltert und hingerichtet; Fidel Castro verkündet im Gefängnis das Prinzip des bewaffneten Widerstandes, aus dem das Programm der revolutionären Bewegung »26. Juli« hervorgeht.

1954 In Paraguay kommt General Stroessner mit Hilfe der USA an die Macht; Polizeiterror. – Ende der »Operation Guatemala«. US-Flugzeuge beschießen und bombardieren verschiedene Städte in Guatemala; Tausende von Opfern; die von Foster und Allan Dulles (United Fruit und CIA) sorgfältig vorbereitete Aktion endet mit der Machtergreifung von Castillo Armas. Präsident Eisenhower zeichnet die Generäle Castillo Armas (Guatemala), Odria (Peru) und Perez Jimenez (Venezuela) mit hohen Orden aus.

1955 In Argentinien Absetzung Perons; Entstehung des Ausdrucks »Gorilla« zur Bezeichnung der reaktionären Generäle. – In Bo-

livien üben die USA wegen der Erweiterung der Bergwerkskonzessionen Druck auf den Präsidenten Paz Estenssoro aus. Die Revolution von 1952 ist denaturiert. – Fidel Castro und seine Anhänger gehen nach Mexico; Batista wird zum dritten Male Präsident.

1956 Der Nicaraguaer Student Rigoberto Lopez ermordet Somoza; dessen Nachfolger wird sein Sohn Luis Somoza; blutige Repressionsmaßnahmen. – Staatsstreich in Salvador: Präsident Lemus wird abgesetzt. – Eine Militärjunta ergreift die Macht in Honduras. – Castro verläßt Mexico mit 82 Männern auf der Yacht *Granma* und landet an der cubanischen Ostküste, in der Nähe der Sierra Maestra; das Heer Batistas zerschlägt die Expedition und tötet fast alle Teilnehmer; mit 12 Männern bildet Castro in der Sierra Maestra die erste Partisanengruppe.

1957 In Columbien bilden sich Partisanengruppen in Huila, Vichada und Tolima. – In Haiti Machtergreifung Duvaliers, mit voller Unterstützung der USA; blutiges Feudalregime. – Erste Erfolge der Partisanen der Sierra Maestra, zugleich Sabotageakte der Revolutionäre in den Städten.

1958 Entsendung amerikanischer Instrukteure zur Ausbildung von 15 000 Soldaten (»tontons macoutes«) des Diktators Duvalier. – Volkserhebung gegen Perez Jimenez in Venezuela, Rückkehr des Präsidenten Betancourt. In Cuba von Batista organisierte »Wahlen«; Massenhinrichtungen, 14 Bataillone werden zu Wasser, zu Lande und in der Luft gegen die Partisanen geschickt; trotz schwerster Verluste wird Cuba von Camilo Cienfuegos, Che Guevara, Fidel Castro und Raul Castro und Juan Almeida befreit. Am 31. Dezember flieht Batista nach Santo Domingo; mit Unterstützung des nordamerikanischen Botschafters in Havanna sofortiges Militärkomplott, um die Macht zurückzugewinnen.

1959 Cubanische Revolution. Castros Rede in Columbia, in der er die Entfernung der nordamerikanischen Militärmission ankündigt. – Zwei nordamerikanische Staatsbürger werden wegen einens Attentats auf Castro und konterrevolutionärer Sabotage verhaftet. – Für die Konterrevolution bestimmte Waffen werden mit Fallschirmen von amerikanischen Verkehrsmaschinen abgeworfen; aus Florida stammende Flugzeuge werfen Brandbomben auf

Zuckerrohrplantagen; US-Flugzeuge beschießen Passanten in Havanna und die Reisenden eines Zuges in der Provinz Las Limas. – In der Dominikanischen Republik treffen 6000 Marines zu einem »nicht-offiziellen Besuch« ein. – Entstehung von Partisanengruppen in Paraguay, der Dominikanischen Republik, Columbien, Mittelamerika und Brasilien (im Nordosten Juliao, im Süden Brizola). – Castro hält sich zum ersten Mal im südlichen Teil des Kontinents auf: bei Präsident Betancourt berichtet er auf dem »Platz des Schweigens« in Caracas von den Ergebnissen der cubanischen Revolution und betont den Anachronismus von Regimen des Typs Trujillo.

1960 Verkehrsflugzeuge der USA setzen über 10 cubanische Plantagen in Brand; die USA brechen die diplomatischen Beziehungen mit Cuba ab; organisierte Sabotage des CIA gegen das Schiff *La Coubre*, das mit in Europa gekauften Waffen nach Cuba fährt; (100 Tote und 200 Verwundete). Der CIA unterstützt ein amerikanisches Unternehmen, das auf der Schwaneninsel (Honduras) einen Sender (Radio Swan) für anticubanische Propaganda in 12 Staaten Lateinamerikas errichtet.

1961 Kennedys »Allianz für den Fortschritt«. Der ehemalige Marxist Betancourt befiehlt scharfe Repressionsmaßnahmen gegen die venezolanischen Studenten, die für Cuba demonstrieren; die neue Parole heißt: »Ausrottung des Castro-Kommunismus«. – In Peru attackiert der ehemalige Marxist Haya de la Torre (vgl. 1924) die cubanische Revolution, denn »der Imperialismus hat sich geändert«. Die revolutionäre Linkspartei APRA spaltet sich, unter Luis de la Puente wird die »APRA ribelle« gegründet. – Bauernverbände besetzen unter der Führung von Hugo Blanc die Plantagen. – In Salvador ruft die Militärmission der USA einen Staatsstreich hervor. – Fidel Castro verkündet den sozialistischen Charakter der cubanischen Revolution. – Vom CIA organisierte Expedition gegen Cuba in der Schweinebucht: 1500 exilierte Konterrevolutionäre verlassen Nicaragua mit nordamerikanischen Flugzeugen und Schiffen und werden von den cubanischen Volksmilizen in 72 Stunden geschlagen. – Der CIA beschließt die Ermordung von Trujillo, der sich durch seine blutige Politik allzusehr kompromittiert hat. (Von den »sieben Henkern« überleben

nur Imbert und Amiana.) Vor der dominikanischen Küste kontrollieren 40 nordamerikanische Kriegsschiffe den Ausgang der Operation. – OAS-Konferenz in Uruguay: Lancierung der »Allianz für den Fortschritt«; schwarze Liste der Schiffe, die mit Cuba Handel treiben, Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Cuba von Seiten aller Staaten mit Ausnahme Mexicos; mit 20 Mrd. Dollar erkaufen sich die USA ihre Mehrheit. – Unter der Ägide des CIA Gründung eines »Amerikanischen Institutes für die Entwicklung der freien Gewerkschaftsbewegung«; reichliche Stipendien. – In Brasilien wird J. Quadros Präsident; »von dunklen Mächten gezwungen« tritt er schon nach 6 Monaten zurück; an die Macht kommt der aus der Volksrepublik China zurückgekehrte Vizepräsident Goulart nach bewaffneten Zusammenstößen seiner Partisanen mit den »Gorillas« und nachdem das Präsidialsystem durch Dekret in ein parlamentarisches System umgewandelt worden ist.

1962 Zweite Erklärung von Havanna: Anklage der imperialistischen Manöver der USA in Lateinamerika, Unterstützung der Revolutionen in anderen lateinamerikanischen Staaten. – In Peru wird die Bewegung der revolutionären Linken (MIR) – vormals »APRA ribelle« – gegründet. – In Argentinien wird nach einem überwältigenden Wahlerfolg des Peronismus bei den Provinzialwahlen, die der Präsident auf Druck der Armee annulliert, Präsident Frondizi abgesetzt und durch den Senatspräsidenten Guido ersetzt. – In Salvador wird J. Rivera mit Hilfe der USA Präsident. – Auf Befehl Kennedys militärische und wirtschaftliche Blockade gegen Cuba. – Oktoberkrise im Karibischen Meer: Bei einem Erkundungsflug der Nordamerikaner über Cuba werden Raketenbasen sowjetischer Herkunft entdeckt; nach Rückgabe der Raketen wird der Konflikt beigelegt. – In den peruanischen Präsidentschaftswahlen siegt Haya de la Torre; die Armee hindert ihn an der Amtsübernahme und stürzt den amtierenden Präsidenten Prado; heftige Repressionsmaßnahmen; Ausschreibung von Neuwahlen. – In Columbien sind acht »unabhängige Republiken« (die Bezeichnung stammt von der Regierung) unter der Kontrolle von 5000 Partisanen. – In Venezuela werden die ersten Partisanengruppen von Yaracuy und Lara von der Armee ver-

nichtet; Neugründung der Gruppe Lara und Entstehung der Gruppen Portuguesa und Falcon; Aktionen der Bewaffneten Streitkräfte der Nationalen Befreiung (FALN) und der Nationalen Befreiungsfront (FLN). – Folterungen und Erschießungen von Studenten, militanten Kommunisten und Partisanen. – Niederlage der ersten Partisanenbewegung in Ecuador (40 Tote).

1963 In Guatemala stürzt der »Gorilla« Peralta den »Gorilla« Ydigoras. – In Peru bringen die Wahlen Belaunde an die Macht, in Argentinien Illia, in der Dominikanischen Republik Bosch: an der Zeremonie nimmt Vizepräsident Johnson teil. – Nach einem halben Jahr setzt die Armee Bosch ab. Der amerikanische Senator Morse erklärt: »Viele nordamerikanische Unternehmungen haben den Staatsstreich bezahlt.« – In Ecuador stürzt Castro Jijion (Absolvent einer amerikanischen Militärschule) den Präsidenten Arosemena. – In Honduras bringt ein Staatsstreich Lopez Arelano (der bei der nordamerikanischen Luftwaffe gedient hatte) an die Macht: die Washingtoner Presse bringt die Nachricht einen Tag zu früh. – In Salvador inspiziert der amerikanische Major Alger die nationale Armee. – In Venezuela Verbot der KP: zahlreiche Verhaftungen; Entstehung der Partisanengruppen von Miranda, Managas und Sucre. – In Peru wird Hugo Blanc von der Polizei gefaßt: die Gewerkschaften versuchen vergeblich ihn zu befreien. In Haiti massakriert Duvalier seine Gegner (mehr als 1000 Tote); er ernennt sich selbst zum »Präsidenten auf Lebenszeit«. – Entstehung der Vereinigten Demokratischen Nationalen Befreiungsfront (FDULN), die zum Sturz des Regimes entschlossen ist.

1964 Amerikanische Kreise stiften panamaische Studenten dazu an, die Nationalflagge in der Kanalzone zu hissen (30 Tote, 300 Verletzte). Präsident Chiari bricht die diplomatischen Beziehungen zu Washington ab. – Revision des Panama-Washington-Vertrages über die Benutzung des Panama-Kanals. – Johnson erklärt, die USA hätten beschlossen, einen zweiten Kanal (in Columbien) zu eröffnen: der Panama-Kanal genüge den Anforderungen nicht mehr und sei im Falle von Bombardierungen zu verletzlich. – Im Columbien Antiguerilla-Plan »Lazo«, der von einer militärischen Mission der USA ausgearbeitet ist; Operation mit 16000 Soldaten gegen die »unabhängige Republik« von Mar-

quetalia: Flugzeuge, Hubschrauber, Bomben, Chemikalien (Entlaubungsmittel); die Partisanen ziehen sich in die Berge zurück; der Partisanenführer Marulanda erklärt: »Da uns der friedliche Weg verschlossen ist, bleibt nur der bewaffnete Kampf zur Eroberung der Macht.« – In Brasilien Staatsstreich des vom CIA favorisierten Marschalls Castelo Branco, der die progressive Regierung Goulart stürzt; die neue Regierung wird von Washington anerkannt, bevor Goulart Brasilien verlassen hat und ins uruguayanische Exil geht. – Scheinwahlen in Venezuela: 1500 politische Verhaftungen, Folterungen, Erschießungen. Präsident wird Leoni, der die Politik Betancourts fortsetzt. Entstehung der Partisanengruppe Los Llanos. – Erstmalig in Lateinamerika wird in Chile mit Frei ein Kandidat der christlichen Demokraten zum Präsidenten gewählt; die nordamerikanische Flotte kreuzt vor der Küste. – In Bolivien wird der zum dritten Male gewählte Präsident Paz Estenssoro durch einen Putsch des Generals Barrientos gestürzt (Barrientos ist Absolvent der Luftwaffenschule der USA); Estenssoro geht nach Paraguay ins Exil. – Die peruanischen Bauern, die wiederholt das Land besetzt und sich in Gewerkschaften (Cuzco) organisiert hatten, werden in das Amazonasgebiet deportiert.

1965 Eine Sonderkommission der OAS berät die Errichtung einer Polizeitruppe »gegen den internationalen Kommunismus«. – April-Mai: Landung von 42000 Marines in der Dominikanischen Republik, um den von konstitutionalistischen Militärs (die für die Rückkehr des gewählten Präsidenten Bosch sind) unterstützten Volksaufstand niederzuschlagen (über 400 Opfer); an dem Gemetzel beteiligt sind die »Gorillis« Imbert und Wessin. – Demonstrationen in ganz Lateinamerika. – In Argentinien übt Staatsoberhaupt Generalmajor Ongania Druck auf die eigene Regierung aus, den US-Truppen argentinische Kontingente zu Hilfe zu schicken; der Vorschlag wird wegen leidenschaftlicher Studentenproteste abgelehnt. – Rede Johnsons in Mexico: »Die Außenpolitik der USA beruht auf den Prinzipien der Selbstbestimmung, der Nichteinmischung, der friedlichen Lösung von Konflikten«. – Im House of Representatives wird die Resolution Nr. 560 mit 312 gegen 52 Stimmen angenommen: das Recht der

USA, mit Waffengewalt in jedes lateinamerikanische Land einzudringen, »um subversive Aktivitäten zu verhindern«. – In der Dominikanischen Republik Bildung der marxistisch-leninistischen Organisation »Dominikanische Volksbewegung« (MPD): im Dezember legen die Partisanen Feuer an die Panzerwagen der Marines und verbarrikadieren sich im nördlichen Stadtteil von Santo Domingo. – Protestkundgebungen gegen Rusk und Robert Kennedy auf ihrer Reise durch Lateinamerika. – In Mexico von Trotzkisten (Revolutionäre Arbeiterpartei POR) organisierter Anschlag auf die Kaserne von Madera; heftige Repressionsmaßnahmen der Regierung. – Streiks der bolivianischen Bergarbeiter; die Armee besetzt die Bergwerke Siglo XX; 7000 Entlassungen, 150 Erschießungen; die Gewerkschaftsführer werden deportiert. – Streik in den chilenischen Bergwerken: der Streik wird für »illegal und rein politisch« erklärt und die Anführer verhaftet. – Schwere Spannungen in Uruguay im Anschluß an die Streiks, die das Land lähmen: 350 Bankangestellte und 100 Gewerkschaftsführer werden verhaftet; die Regierung beschuldigt die UdSSR der Einmischung; Innenminister und Polizeipräsident treten zurück; Panzerwagen patroullieren auf den Straßen; heftige Zusammenstöße zwischen den Arbeitern und der Polizei. – Die guatemaltekischen Partisanen entführen reiche Industrielle und verlangen Lösegelder in Höhe von 30-250 Mill. Dollar. 70 Mitglieder des »Friedenskorps«, die in Venezuela eintreffen, sind CIA-Agenten. In Nicaragua wird auf Vorschlag der USA und mit Unterstützung von Nicaragua, Guatemala, Honduras und Salvador eine »zentralamerikanische Armee« gegründet: jedes dieser Länder verpflichtet sich, 500 im Guerillakrieg erfahrene Männer zu stellen, die in jedes beliebige Land am Isthmus geschickt werden können. – In Peru werden 4 Professoren des »Friedenskorps« wegen Spionage von dem Rat der Physikalischen Fakultät Lima ausgestoßen. – Aktionen gegen die Partisanen in den Zentralanden, unter der Führung bewaffneter nordamerikanischer Berater. – Napalmbomben und Razzien auf die Partisanengruppe Mesa Pelada und Cucuta: in zwei Monaten sterben 120 Partisanen, darunter der Gründer der Bewegung der Revolutionären Linken (MIR), Puente, und Paul Escobar; Ver-

haftung von Velando, dem anderen Führer der MIR: »Selbstmord« im Gefängnis; Lobaton verschwindet; Bejar und Gadea werden gefangengenommen: für die Führung der peruanischen Guerillabewegung bleibt Portocarrero. – In Chile wird der »Camelot-Plan« als amerikanischer Spionageplan entlarvt; Johnson zieht ihn zurück. – In Columbien wird ein amerikanischer Spionageplan unter dem Namen »Simpatico« entdeckt: 690 amerikanische Agenten werden angezeigt. – In Uruguay Veröffentlichung der amerikanischen Spionagepläne für Lateinamerika. – Der amerikanische General Porter erklärt in Lima: »Unser Kampf gegen den Kommunismus kennt keine Grenzen.« – OAS-Konferenz in Rio (Brasilien): der Vorschlag der USA, ein ständiges interamerikanisches Heer zu gründen, wird abgelehnt; Rusk verläßt die Konferenz vorzeitig.

1966 Konferenz der drei Kontinente in Havanna: Begegnung der Revolutionäre Afrikas, Asiens und Lateinamerikas; es wird das Recht der Völker proklamiert, mit revolutionärer Gewalt auf die imperialistische Gewalt zu reagieren; Gründung der Solidaritätsorganisation der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas (OSPAAAL). – Innere Kämpfe in der KP zwischen Anhängern der »harten Linie« (Cuba) und Anhängern der Politik der legalen politischen Opposition. – In Venezuela Entdeckung der gefolterten Leiche des KP-Führers Lovera, eines Opfers der venezolanischen Geheimpolizei; »Selbstmord« des Partisanenführers Fabricio Ojeda im Gefängnis; die Regierung hebt die Immunität des Universitätsgeländes und verfassungsmäßige Garantien auf: 700 Studenten werden verhaftet. – In Mexico Verhaftung von 22 Funktionären der Revolutionären Arbeiterpartei (POR). In Guatemala ruft die Regierung »wegen der subversiven Aktivitäten bewaffneter Gruppen« den Belagerungszustand aus; bei einem »Verkehrsunfall« stirbt Turcios Lima, der Führer der Bewaffneten Revolutionären Front (FAR). – In Columbien beschließt die Kommunistische Partei, in die »Klassische« Opposition unter Verzicht auf bewaffneten Kampf zu gehen; Einspruch der Studentischen Arbeiterbewegung (MOEO). Bei der Eröffnung eines Landwirtschaftskurses der Rockefeller-Stiftung an der Universität Bogotà werfen die Studenten Steine auf den kolumbianischen

Präsidenten und Rockefeller selbst. Repressalien der Militärpolizei, die die Universität besetzt und 30 Studenten vor ein Militärgericht stellt. – In Nicaragua erklärt sich Präsident Shick bereit, den USA Abschußbasen gegen Cuba zur Verfügung zu stellen. – Während eine Amphibienflotte der USA »die Sicherheit der nordamerikanischen Staatsbürger« kontrolliert, werden in Haiti 70 Gegner des Regimes erschossen. – Staatsstreich in Argentinien (20. Juni): die Generäle Pistarini und Onganía setzen Illia ab; Onganía, der in dem Antiguerillacamp der USA in Panama ausgebildet wurde, übernimmt das Amt des Präsidenten und rächt sich einen Monat nach dem Staatsstreich für die 1965 erlittene Niederlage durch Auflösung der Universitätsräte und die Abschaffung der Universitätsautonomie (vgl. 1918) wegen »subversiver marxistischer Gruppierungen«: heftige Proteste der Studenten, doch die Polizei eröffnet eine antisemitische und antikommunistische Kampagne und dringt in die Universitäten ein: zahlreiche Verhaftungen; 5 Rektoren, 6 Präsidenten und 60 % der Professoren treten zurück; Massenexil. Pressekonferenz des neuen Präsidenten (August), auf der er die Grundsätze des neuen Regierungsprogramms bekanntgibt: »Solidarität mit der westlichen und christlichen Welt«, Unterstützung der OAS, Abschaffung des Kommunismus, Verschärfung des Strafrechts, Überlassung des staatlichen Rundfunks und von Fernsehkanälen an Privatunternehmen, Unterdrückung aller Parteien und Verbot von 23 Publikationsorganen. – Große Demonstrationen der brasilianischen Studenten gegen die Diktatur: Hunderte von Verletzten und Verhaftungen unter der Anklage »kommunistischer Unterwanderung«. – Wahlen in der Dominikanischen Republik (Juni), bei denen Bosch unter Hausarrest steht; Balaguer, »die Witwe Trujillos«, wird Präsident; Ausbreitung des Terrorismus.

1967 Januar In Montevideo (Uruguay) Demonstration einer Gruppe von »Rotgardisten«, eine Rotgardistin wird bei einem Zusammenstoß mit der Polizei erschossen. – In Brasilien schafft der Kongreß per Dekret die Pressefreiheit ab. – In Santo Domingo Zusammenstoß zwischen Polizei und Studenten, die für die Freiheit der Universität demonstrieren (die Regierung hatte die Kontrolle der Hochschulen beschlossen); 200 Personen werden unter dem

Verdacht regierungsfeindlicher Aktivitäten verhaftet. – In Chile verbietet der Senat dem Präsidenten Frei eine Reise in die USA. –

1967 Februar In Vijagual (Columbien) organisieren die Bewaffneten Streitkräfte der Nationalen Befreiung (ALN) einen Überfall auf Regierungstruppen. – In Guatemala verkünden offizielle Kommuniqués, daß die Kräfte der Bewaffneten Revolutionären Front (FAR) den Oberbefehlshaber der guatemaltekischen Luftwaffe getötet haben. – In Venezuela gescheitertes Attentat auf Paez, den Präsidenten der Geheimpolizei; zahlreiche Verhaftungen; Schließung der zentralen Universität von Caracas. – Außerordentliche Konferenz der Außenminister der OAS in Buenos Aires (nach der OAS-Charta muß das Sitzungsland der Konferenz eine repräsentative Demokratie sein): die USA schlagen erneut die Errichtung eines ständigen interamerikanischen Heeres vor, das der OAS unterstellt ist und im Falle interner »Umstürze« sofort in die verschiedenen Mitgliedsstaaten einrücken kann. Das Projekt wird von Mexico, Uruguay, Peru und Chile scharf abgelehnt; die Diskussion führt zu keinem konkreten Ergebnis. – In Brasilien Partisanengruppen in der Südzone, entlang der argentinischen Grenze, die vermutlich von exilierten Argentiniern gebildet sind.

1967 März Fidel Castros Rede vom 13. März: er beschuldigt die Pseudomarxisten und -kommunisten (besonders die venezolanische KP), das Prinzip des bewaffneten Kampfes, des einzigen Weges zur Revolution, nicht zu unterstützen. Nach der Ermordung von Iribarren Borges werden in Venezuela 200 Leute verhaftet; die konstitutionellen Garantien werden aufgehoben; Verhaftungen des kommunistischen Führers P. Duno bei seiner Rückkehr aus dem Exil. – Die lateinamerikanische Konferenz der christlichen Gewerkschaften in Caracas deckt die Einmischung des CIA und anderer US-Organisationen auf: sie beschuldigen sie, »jede Gewerkschaftsbewegung zu bekämpfen«. – In Brasilien wird Marschall Costa e Silva Präsident; geheimer Studentenkongreß in Rio, der das Eindringen des US-Imperialismus in den Campus behandelt; 600 Verhaftungen. – In Salvador übernimmt nach einer von den USA finanzierten Wahlkampagne der 39 jährige Oberst Fidel Sanchez das Amt des Präsidenten. – In Nicaragua Amnestie für die poli-

tischen Gefangenen der Wahlkampagne; während einer Fernseh-Pressekonferenz verlangt Somoza, daß die OAS etwas gegen Cuba unternehme, »weil Castro ein Krebsgeschwür ist, das die OAS zerstört, und die Kommunisten müssen vom Kontinent verjagt werden«; Staatsbesuch von Somoza in den USA. – In Cartago (Columbien) Zusammenstoß zwischen 400 Regierungseinheiten und 250 Partisanen; Arrestierung des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei, G. Viera, und von 200 Gewerkschaftsführern. – In Guatemala folgt auf den Belagerungszustand der Ausnahmezustand; die Zivilisten erringen die Macht; die Verfassungsmäßigen Garantien sind aufgehoben, politische Aktivitäten verboten, Presse, Rundfunk und Fernsehen stehen unter Zensur; Zusammenstöße im Gebiet von Zacapa (20 Partisanen getötet); offizielle Kommuniqués geben die Hinrichtung zweier Studenten wegen »kommunistischer Aufwiegelei« bekannt; Erklärungen der guatemaltekischen Arbeiterpartei und der Bewaffneten Revolutionären Front (FAR) nach der Rede Castros: »Die Voraussetzungen für eine Revolution in Lateinamerika sind gegeben.« – In Bolivien gibt die Regierung erstmalig die Existenz von Partisanengruppen zu (Sierra Nancahuazu); Napalm-Bomben (40 Partisanen getötet, 40 verhaftet); Ausnahmezustand in diesem Gebiet; in einer Rundfunkansprache erklärt Präsident Barrientos, daß kommunistische Gruppen existieren, die systematisch den ganzen Kontinent erobern wollen.

1967 April Zusammenstöße in Bolivien zwischen Regierungstruppen und Partisanen: Régis Debray wird verhaftet. In Argentinien verhaftet die Grenzpolizei fünf Partisanen, die aus Bolivien kommen; 250 000 Mitglieder der argentinischen Eisenbahnergewerkschaft unter Regierungskontrolle wegen Teilnahme an einem Streik. – In Brasilien verkündet Präsident Costa e Silva das Regierungsprogramm zur Verteidigung der »nationalen Interessen«. Nogheira, der Partisanenführer von Mina Gerais, wird mit 11 Genossen gefaßt; antiamerikanische Studentendemonstrationen; über 70 Verhaftungen. – OAS-Gipfelkonferenz in Punta del Este; außergewöhnliche Sicherheitsmaßnahmen in Uruguay wegen der Anwesenheit von Johnson (über 800 FBI-Agenten), während die uruguayanische Bevölkerung aus Protest einen »langen Marsch«

(128 km) von Montevideo nach Punta del Este organisiert, die Studenten die Universität besetzen und die CGT und der Studentenverband den Generalstreik ausrufen. Rede Fidel Castros vom 18. 4.; Botschaft Che Guevaras, die der Presse vom Sekretär der Tricontinentale (OSPAAAL) übergeben wird. In Venezuela verurteilt die Kommunistische Partei am 20. April offiziell den bewaffneten Kampf und spricht sich für den »demokratischen Frieden« aus; gleichzeitig gibt sie ihre Teilnahme an den Wahlen von 1968 bekannt; Douglas Bravo, der zusammen mit Americo Martin den Guerillakrieg fortsetzt, wird aus der Partei ausgeschlossen.

Zusammengestellt von Meri Franco Lao. Aus dem Italienischen von Karin Monte.

Hans Magnus Enzensberger
Berliner Gemeinplätze

1. Wiedergänger. Ein Gespenst geht um in Europa: das Gespenst der Revolution. Der Revenant wird begrüßt wie sein großer Vorläufer: mit Hohn und Panik, Skepsis und Hysterie, und wie jenem, nur in feinerer Dosierung, wird ihm begegnet: mit Beschwichtigung und Unterdrückung. Die Totbeter sind am Werk, die Totschläger warten auf ihre Stunde.
Wovon hier gesprochen wird, noch ist es bloß ein Schatten. Die Revolution in Europa ist keine materielle Gewalt. Weil ihr eine starke Klassenbasis fehlt, wirkt sie körperlos. Viele halten sie für eine Marotte, die Sache der Minderheit einer Minderheit, nämlich der Intelligenz. Wahr daran bleibt, daß es der herrschenden Klasse in den Metropolen gelungen ist, das politische Bewußtsein der Mehrheit einzuschmelzen und zu liquidieren. Es ist ein Indiz der Unterdrückung, die in unseren Gesellschaften herrscht, daß politisches Bewußtsein zum Privileg einer Minderheit geworden ist, und daß nur eine Minderheit dieser Minderheit jenes Privileg gebraucht.
Aber kein Schatten ohne einen Körper, der ihn wirft; ohne Leiche kein Gespenst. Der Schatten der Revolution ist der Schatten einer andern, größeren, der hungernden, ausgeplünderten und von Bomben zerfetzten Welt. Ihre Toten suchen uns heim. Die Revolution in Europa ist bis heute nur ein Schatten jener Revolutionen, die Europa vergebens niederzuschlagen versucht hat. Heute überläßt es diese Arbeit, aus Schwäche, nicht aus Einsicht, den Vereinigten Staaten von Amerika. Jeder Sieg und jede Niederlage in diesem Kampf taucht uns tiefer in den Schatten der Revolution. Was da wiederkehrt, die Ruhe stört, sich nicht abweisen lassen will, ist die Zukunft. Sofern das Wort noch einen Sinn hat, in Europa.

2. Lippenlesen. Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Schon das bloße Wort! *Revolution:* ein Ausdruck, mit dem nur noch die Werbebranche arbeitet. Revolution auf dem Waschmittelmarkt, Revolution im Investment-Geschäft. Was darüber geht, ist vom Übel. Wirrköpfe. Amokläufer. Krawall-

macher. Knalltüten. Radaubrüder. Sektierer. Nützliche Idioten. Mottenkiste. Verstaubte Parolen. Also an der Oberfläche achselzuckende Ironie, beim ersten Kratzer beleidigtes Vogelzeigen, und wenn der Lack abblättert: Furcht und Zittern, Schreikrampf, Knüppel aus dem Sack, Ernstfall. Zeitlupe: Die Kamera erfaßt, hinter der Absperrung, den Passanten, der stehenbleibt, sich umwendet, Überraschung zeigt, langsam den Mund öffnet, der Ton ist weg, die Gummilinse holt den Kopf näher heran, der Mund ist jetzt weit offen, wer keine Übung hat, denkt an ein Fußballspiel und hört *Tor*, andere, die sich aufs Lippenlesen verstehen, hören den Ruf nach der Gaskammer.

3. Fremdwort. Die Revolution, plur. die -en, eine gänzliche Veränderung in dem Laufe oder der Verbindung der Dinge. So nennt man ungewöhnlich große Überschwemmungen, Erdbeben, welche große Erdstriche verändern, Revolutionen in der Natur, die Reformation eine Revolution in dem menschlichen Verstande. Besonders die gänzliche Veränderung in der Verfassung eines Reiches, wenn z. B. eine Monarchie in eine Republik, diese in eine Monarchie verwandelt, die Erbfolge auf eine gewalttätige Art verändert wird. Die Englische, die Französische Revolution. Man hat dieses fremde Wort in den neuesten Zeiten mit einem deutschen zu vertauschen gesucht. Das unglücklichste, worauf man fallen konnte, war wohl Umwälzung und Staatsumwälzung, weil es nicht den Begriff der Sache ausdrückt, sondern eine buchstäbliche Übersetzung des fremden Wortes ist, und einen harten und unserer Sprache fremden Tropus enthält. *Adelung 1807*

4. Versäumnisurteil. Überall, selbst in den Vereinigten Staaten, erinnert das Wort Revolution an die besseren Möglichkeiten der Nation. In Deutschland ist es ein Fremdwort geblieben. Die einzige siegreiche Revolution, die wir zu verzeichnen haben, ist mit Waffengewalt importiert worden. Deutsche haben sie nicht gemacht, nur verwaltet oder über sich ergehen lassen; davon hat diese Revolution ihre Narben, und es spricht nichts dafür, daß sie verschwinden werden. Im übrigen bezeichnet das Fremdwort eine lange Kette von historischen Versäumnissen. Spätestens seit 1789 wissen Reisende, die Mitteleuropa betreten haben, von einem Land zu berichten, dessen politische Zustände von chronischer Unterentwicklung zeugen.

»Ist es so schwer zu erkennen, daß die deutsche Nation bisher keine Lebensgeschichte, sondern nur eine Krankheitsgeschichte vorzuweisen hat?«
Hebbel

5. Ausländisches Erzeugnis. Ich begreife euch nicht. (Mein Freund Z. ist neununddreißig, früher Rechtsanwalt, heute Professor; soviel ich verstanden habe, zeigt er Landarbeitern, wie man eine große Farm leitet. Bei uns würde das Betriebswirtschaft heißen, dort heißt es ganz gewiß nicht so. Z. ist Cubaner.)
Wenn ich bloß sage, wo ich herkomme, rufe ich Reflexbewegungen hervor, so als liefe ich mit einem offenen Messer herum. Wovor habt ihr eigentlich soviel Angst? Vor euch selber? Oder habt ihr wirklich soviel zu verlieren?
Die Revolution, denkt ihr, nimmt euch eure Schuhlöffel und eure Stewardessen weg, macht die Beatschuppen zu, kürzt die Romane von Günter Grass. Sie vergewaltigt Nonnen, hängt Traktorenbilder an die Wand und verbietet die NPD. Mit einem Wort: sie ist der reine Terror. So etwas mag für Cuba angehen, in Deutschland ist es undenkbar. Ihr seid nun einmal für die Menschlichkeit, wer wüßte das nicht. Die Revolution ist das schlechthin Andere. Unterwanderung, Zersetzung, Wühlarbeit, Verschwörung, Dolchstoß. Etwas derartig Lichtscheues kann nur von außen oder von unten kommen, aus dem Osten oder aus niedrigen Instinkten.
Und wenn ich euch sage, daß sie von den Menschen selber gemacht wird, die Revolution, am hellichten Tage, und daß ihr es seid, die im Dunkeln sitzen? Ja, antwortete mir einer in Kassel oder Gießen, bei uns geht es aber demokratisch zu. Er erwähnte auch die Vergangenheit, die wolle er bewältigen, sagte er. Ohne Revolution? Das soll mir mal einer vormachen.

6. Zur Schönen Einkehr. Statt das einzige zu machen, was es hätte retten können, die Revolution, entschloß das westliche Deutschland sich im Jahre 1945, zu konvertieren. Moralische Wandlung statt politischer Umwälzung, Umkehr statt Umsturz, Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse von oben statt ihrer Revolutionierung von unten, Bewältigung der Vergangenheit statt Klassenkampf um die Zukunft. Wiederaufbau des Alten als Realität, Neubeginn als Rhetorik.

Die Gründe lassen sich finden. Zwar der historische Augenblick war einmalig: die Chance für eine unblutige Revolution, die damals gegeben war, wird nicht wiederkehren. Die herrschende Klasse war diskreditiert, der alte Staatsapparat vernichtet, das Militär geschlagen. Doch Deutschland war todmüde. Eine handlungsfähige Arbeiterbewegung gab es nicht. Die Massen waren politisch gelähmt durch zwölf Jahre der Diktatur. Die besten Köpfe des Landes waren dem Regime zum Opfer gefallen oder emigriert; die politisch bewußtesten unter denen, die wiederkehrten, wählten den östlichen Teil des Landes.
Der internationale Klassenkampf war, in den Jahren nach dem Krieg, für die Deutschen unsichtbar. Die internationale Perspektive war durch die Vorgänge im eigenen Land, durch die Auseinandersetzungen der Siegermächte, definiert. Die Kolonialkriege lagen außerhalb des deutschen Gesichtsfeldes. China war eine unbekannte Größe. Die Welt war auf einen Horizont von Trümmern geschrumpft; wer weiter als drei Meilen sich bewegen wollte, brauchte einen Passierschein der Militärregierung. Was in Afrika, Asien und Lateinamerika vorging, lag jenseits des Wahrnehm- und Vorstellbaren. Gebannt in die überwältigende Realität ihrer Niederlage, schien es den Deutschen, als stünde die Geschichte still.

7. *Kopfgeld.* Unterdessen hatte die Konterrevolution das Spiel bereits gewonnen. Der entscheidende Schritt, die Währungsreform, wurde von den Massen zu Recht als ein historischer Wendepunkt verstanden. (Daher die gängige Zeitrechnung der Nachkriegs-Periode, welche die Ereignisse nicht auf die Jahre vor und nach der Niederlage, sondern vor und nach »der Währung« zu datieren pflegte.) Die ökonomischen Konsequenzen des Eingriffs waren klar; die politischen Vorentscheidungen, die mit ihm gefallen waren, blieben unbegriffen.
Der Kalte Krieg brachte die Rückkehr des westlichen Deutschland in die Weltpolitik, und zwar in das Lager der Konterrevolution. Der Stalinismus in der Sowjetunion, der Prager Staatsstreich, die Berliner Blockade, die Politik der SED lähmten jede revolutionäre Alternative. Der totale Ideologieverdacht wurde zur totalen Ideologie: Monopolmacht gab sich als soziale Marktwirtschaft, Massenkonsum als Reich der Freiheit, der von der Arbeiterklasse bezahlte Aufbau der Wirtschaft als Wunder aus, das die Heiligsprechung des Privateigentums rechtfertigen mußte. Ein einziges Mal erhob sich Widerstand: gegen die Aufrüstung, die auf lange

Sicht nicht allein dem äußern, sondern auch dem innern Feinde galt und sich gegen eben jene Massen richtete, denen sie Sicherheit versprach. Doch der Protest gegen die Bewaffnung der Bundesrepublik sah diese Logik nicht. Er war zutiefst unpolitisch motiviert: mit emotionalem Widerwillen und moralischen Bedenken.
Am Ende dieser Entwicklung fragte sich die oppositionelle Intelligenz Westdeutschlands allen Ernstes: Gibt es noch ein Proletariat? Gibt es noch eine herrschende Klasse? Mit größerem Recht hätte sie sich fragen können: Gibt es noch eine oppositionelle Intelligenz?

8. Kontrastprogramm. Die herrschende Klasse hat, als einzige, das deutsche Desaster, für das sie verantwortlich ist, ungebrochen überstanden. Ihr Kern ist unversehrt: Finanz- und Industriekapital, Ministerial- und Justiz-Bürokratie, Kirche und Generalität haben die Kontinuität ihres Personals gesichert und ihre alten Machtpositionen neu gefestigt. (Größere Einbußen hatte, aus geographischen Gründen, der alte Großgrundbesitz zu verzeichnen.) Durch die Zuwahl von Managern, die in den Wirren der Nachkriegszeit zum Zuge kamen, und von Spitzenfunktionären der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsbürokratie hat sie sich nicht geschwächt, sondern gefestigt. Ihr Klassenbewußtsein ist völlig ungebrochen.
Der Preis für ihr Überleben war das Grundgesetz. Unter dem Druck der Alliierten hat das deutsche Kapital die Spielregeln der formalen Demokratie akzeptieren müssen. Innerlich hat es sich mit dieser Auflage niemals abgefunden. Wer die Verlautbarungen der Industrieverbände und die Äußerungen der hohen Ministerialbürokratie mit Verwunderung hört, der hat nicht begriffen, daß die herrschende Klasse in Deutschland die Verfassung immer nur als ein lästiges Provisorium betrachtet hat. Ihre plötzliche Bekehrung zur Demokratie war nie ernst gemeint. Nur die abhängigen Klassen und die Intelligenz haben sie für bare Münze genommen. Für ihre Langmut, ihre grenzenlose Naivität und ihr blindes Vertrauen gibt es kaum ein historisches Vorbild.
Der Sieg der Konterrevolution in Westdeutschland kommt nicht von ungefähr. Eine herrschende Klasse, die fähig ist, eine Nation zu ruinieren, ohne daß ihr das auch nur übelgenommen worden wäre, und die diese Nation so gut wie unangefochten weiterregieren kann, verdient es, daß man sie ernst nimmt; sie verdient die Bewunderung aller Zyniker.

Sie verdankt ihren Erfolg: ihrer Entschlossenheit, ihrer Kohärenz, ihrem Weitblick, ihrer überlegenen Strategie, ihrem weltweiten Horizont, ihrer Kooperation mit dem internationalen Kapital, ihrem Selbstvertrauen und ihrer Skrupellosigkeit.
Ihre Gegner verdanken ihre Niederlage: ihrem Mangel an Kühnheit, ihrer Zersplitterung, ihrer Kurzsichtigkeit, ihrer hilflosen Taktik, ihrem provinziellen Horizont, ihrer Isolation von den revolutionären Bewegungen in der Welt, ihrer Resignation und ihrem Idealismus.

9. *Wegen Inventur geschlossen.* Nach zwanzig Jahren der Opposition und der »Opposition«, der Gesellschaftskritik und der »Gesellschaftskritik«, ist es an der Zeit, Inventur zu machen. Die Hoffnungen, mit denen ein großer Teil der westdeutschen Intelligenz den Versuch der Alliierten begrüßt hat, in diesem Teil Deutschlands eine funktionsfähige parlamentarische Demokratie zu errichten, haben getrogen. Gutmütig, friedfertig und geduldig haben diese von rechts so genannten Linksintellektuellen versucht, die Verfassung beim Wort zu nehmen und die Gesellschaft der Bundesrepublik von ihren eigenen Prämissen her durch rationale Vorschläge und moralischen Zuspruch zu reformieren. Sie wollten die herrschende Klasse zur Vernunft bringen; sie hofften, der Leviathan des Spätkapitalismus werde mit den Deutschen ein Einsehen haben, wenn man ihn nur gehörig aufkläre.
Die Große Koalition hat diesen Illusionen ein Ende gemacht. Seither steht in Westdeutschland von der parlamentarischen Demokratie nur noch die Fassade. Eine organisierte Opposition existiert nicht mehr. Der konstitutionelle Souverän, das Volk, ist nicht mehr in der Lage, das regierende Parteienkartell zu beseitigen. Die Abstimmungen im Bundestag ratifizieren nur noch die Beschlüsse des Kartells. Debatten sind überflüssig geworden. Die Jagd auf die außerparlamentarische Opposition hat begonnen. Verfassungsänderungen, Manipulationen am Wahlrecht und Notstandsgesetze dienen der Konsolidierung dieses Zustandes. Die Probe aufs Exempel einer Regierung ohne das Volk und gegen das Volk ist bereits vollzogen: vom Fallex-Bunker aus hat der Ausschuß der herrschenden Klasse die Herrschaft über das Grundgesetz eingeübt. Mit den Bürgerkriegsmanövern der Bundeswehr hat die Aufrüstung gegen den inneren Feind einen vorläufigen Höhepunkt erreicht.
Diese Tatsachen zeigen, daß das politische System der Bundesrepublik

nicht mehr reparabel ist. Man muß ihm zustimmen, oder man muß es durch ein neues System ersetzen. Eine dritte Möglichkeit ist nicht abzusehen.

10. Stadtrundfahrt. Nicht die oppositionellen Intellektuellen haben diese Alternative gestellt und in aller Deutlichkeit entwickelt. Im Gegenteil, sie haben sich zwanzig Jahre lang bemüht, ihr auszuweichen. Die Staatsmacht selber hat die Frage der Revolution auf die Tagesordnung gesetzt. Und es waren nicht die etablierten Schriftsteller, Wissenschaftler und Publizisten, die diese Herausforderung annahmen; es waren die Studenten. Der erste Kern einer revolutionär gesinnten Opposition bildete sich in den Berliner Polizei-Pogromen dieses Sommers. Ihre Bedeutung läßt sich vorerst nicht abschätzen. Ihre Strategie ist unsicher. Ihr Programm ist vage. Ihre zahlenmäßige Stärke ist gering. Ihre Zukunftschancen sind unbestimmt. Aber sie haben schon jetzt einem jeden, der es sehen will, gezeigt, worauf dieses Gemeinwesen gründet: auf gewaltsamer Repression; sie haben gezeigt, daß der Staatsapparat zum Knüppel und zur Pistole greift, sobald der Souverän sich anschickt, von seinem Recht Besitz zu ergreifen. Und sie haben, nach zwanzig Jahren Gruppe 47, Manifesten, Anthologien und Wahlkontoren, die oppositionelle Intelligenz zum ersten Kassensturz genötigt.

11. Offenbarungseid. Die Kasse war leer. Diese linke Intelligenz war literarisch fleißig und fruchtbar, doch politisch im tiefsten Sinn unproduktiv. Sie bestand in der Hauptsache aus gebrannten Kindern, aus Alt-Sozialdemokraten, Neo-Liberalen und Spät-Jakobinern. Die einzige theoretische Basis, die sie verband, war eine unbestimmte Negation, nämlich der Antifaschismus. An das historische Trauma von 1945 blieb diese Intelligenz gebunden, fixiert an spezifisch deutsche Komplexe und Erscheinungen, von der Kollektivschuld bis zur Mauer, unfähig zu einem Internationalismus, der über die Rhetorik der Völkerverständigung hinausgegangen wäre. Moral ging ihr vor Politik. Der Sozialismus, dem sie anhing, blieb nebulös, schon aus Mangel an Kenntnissen; ihre soziologische Bildung war gering, ihre Auseinandersetzung mit dem Kommunismus neurotisch und vordergründig. Pazifismus und Philosemitismus waren vorherrschende Tendenzen; mit wissenschaftlichen, technologischen und ökonomischen Fragen hat sich diese Intelligenz wenig und spät beschäf-

tigt. In politischen Dingen hat sie sich eher reagierend als agierend geltend gemacht. Zu Erfolgen hat sie es, nicht von ungefähr, nur auf einem einzigen Gebiet gebracht: bei der Verteidigung der Meinungsfreiheit, also bei der Vertretung ihrer eigenen Interessen und der Behauptung ihrer eigenen Privilegien – einer sicherlich legitimen, aber schwerlich hinreichenden politischen Aktivität.
Anständig, bescheiden und sentimental, immer darauf bedacht, das Schlimmste zu verhüten oder doch zu verzögern, haben diese Musterschüler des Reformismus zwanzig Jahre lang systemimmanente Verbesserungsvorschläge, aber keine radikalen Gegenentwürfe geliefert. Vielleicht hätten sie dem Namen, auf den ihre Gegner sie tauften, weniger Glauben schenken sollen; denn mit der Linken anderer europäischer Länder hatten die »Linksintellektuellen« in Deutschland bis vor kurzem kaum etwas gemein; ja sie konnten nicht einmal für den nötigen Austausch internationaler Informationen und Erfahrungen sorgen. Eine politische Theorie, die diesen Namen verdienen würde, haben sie nicht hervorgebracht. Die Niederlage der reformistischen Intelligenz in Deutschland ist vollkommen. Die Große Koalition von 1966 hat sie besiegelt, der Berliner Sommer von 1967 hat sie vor aller Augen demonstriert. Mit ihrem Narrenparadies ist es vorbei, die Zeit der schönen Selbsttäuschungen hat ein Ende.

12. Vor Nachahmung wird gewarnt. Gibt es, für technisch hochentwikkelte Industriegesellschaften, überhaupt eine revolutionäre Zukunft? Die Geschichte kann auf diese Frage keine Antwort geben. Die proletarischen Revolutionen der Alten Welt, ihre Siege und ihre Niederlagen, gehören einer früheren Phase der Industrialisierung an. Eine pauperisierte Arbeiterklasse hat sie getragen, geführt von einer straff organisierten Klassenpartei. Eine zentral gesteuerte Massenagitation, die Bildung konspirativer Kader und die klassische militärische Taktik der Barrikade und des Straßenkampfes entschieden über den Ausgang des Kampfes. Dieses Muster ist noch kein einziges Mal auf eine voll entwickelte Industriegesellschaft angewandt worden. Ausnahmefälle wie die Tschechoslowakei und das östliche Deutschland sind ohne Beweiskraft: was dort zum Sieg kam, war eine gewaltsam importierte Revolution, bis ins letzte Detail geprägt von einem fremden Vorbild und einer früheren Stufe der Industrialisierung verhaftet; ein Schema, das Ländern wie Bulgarien und Rumänien rasche Fortschritte brachte, führte, wo die Produktivkräfte weiter entfal-

tet waren, zu langanhaltender wirtschaftlicher Stagnation, politischer Unterdrückung und kultureller Regression.
Für die westlichen Metropolen sind die alten Voraussetzungen hinfällig, die alten Strategien der Revolution unbrauchbar geworden. Wenn es für sie eine revolutionäre Zukunft gibt, so wird diese Zukunft kaum Vorbilder in der Vergangenheit finden. In Europa, in den Vereinigten Staaten und in Japan geht es nicht mehr um die Befreiung von gesellschaftlicher Armut, sondern um die Freisetzung eines gesellschaftlichen Reichtums, der bereits vorhanden ist. Mit dem Mangel in den Metropolen ist das herrschende Gesellschaftssystem fertig geworden, mit dem Reichtum nicht: er explodiert und vergeht in Verschwendung, Zerstörung und Unterdrükkung.

13. Friedensware. Eine Revolution in Deutschland, die nichts weiter wäre als eine deutsche Revolution, ist nicht bloß unwahrscheinlich, sie ist undenkbar. Eine Handvoll von Guerillas, die im Hochland von Bolivien operieren, sind heute ein Phänomen, das die ganze Welt angeht. Die Strategen der Konterrevolution haben dafür gesorgt, daß die These vom Sozialismus in einem Land endgültig verdorben ist. Alles politische Handeln steht und fällt jetzt im Kontext der internationalen revolutionären Bewegung, von der kleinsten Demonstration bis zu den großen Entscheidungen, vor denen das amerikanische Volk steht. Deshalb, und nicht aus humanitären Gründen, ist der Krieg in Vietnam zu dem politischen Ereignis geworden, das dieses Jahrzehnt beherrscht.
Es ist abzusehen, daß die Gewalt im internationalen Maßstab zunehmen wird. Der Frieden ist, unter den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen, eine Fiktion der Metropolen. In Wirklichkeit leben wir in einem permanenten Kriegszustand. Die Rückwirkungen auf unsere politischen Zustände werden von Jahr zu Jahr sichtbarer werden. Die gewaltsame Konterrevolution in Asien, Afrika und Lateinamerika wird auf die reichen Länder zurückschlagen. Wer mit Hungerkatastrophen dort und einem ruhigen Leben hier, mit Genozid in der Ferne und liberaler Toleranz zu Hause, mit blinder Gewalt nach außen und demokratischen Verhältnissen im Innern seine Rechnung macht, der ist ein Esel.

14. Rock und Hemd. Jede Identifikation mit den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, die sich eine Überprüfung ihrer eigenen historischen

Lage erspart, ist voreilig und unfruchtbar. Es gibt in den reichen Ländern keine Bauern, die ihr Recht, als Menschen zu leben, im Kampf um eine Handvoll Reis verwirklichen. Auch die Solidarität der Intelligenz bleibt bloße Rhetorik, sofern sie sich nicht in politischen Handlungen äußert, deren Nutzen sich beweisen läßt.

Die kurzfristigen Interessen der Arbeiterklasse in den USA und in Europa sind den Interessen der Guerillas entgegengesetzt. Die Konterrevolution hat die Arbeiterklasse, wie schäbig auch immer, am Gewinn ihrer Operationen beteiligt, und sie läßt keinen Zweifel an ihrer Methode: »Vergeßt das eine nicht: Wir sind ganze zweihundert Millionen. Fast drei Milliarden stehen uns gegenüber. Sie wollen das haben, was wir haben. Aber sie werden es nicht kriegen – nicht von uns!« (Lyndon B. Johnson Anfang 1967 vor amerikanischen Soldaten in Camp Stanley, Südkorea. Zitiert nach *The New York Review*, 23. Februar 1967.) Jedesmal, wenn in den USA ein Rüstungsbetrieb oder eine Militärbasis geschlossen werden soll, kommt es zu gewerkschaftlichen Protesten und zu spontanen Streiks. Während Zehntausende von Studenten im November 1967 gegen die Anwesenheit von Werbern der Dow Chemical Company auf dem Gelände ihrer Universitäten demonstrierten, traten die Arbeiter dieses Unternehmens, das Napalm für den Vietnamkrieg produziert, in den Ausstand: sie forderten bessere Arbeitsbedingungen.

Der Interessengegensatz, der sich hier auftut, läßt sich durch Solidaritätsparolen nicht zudecken. Er zeigt das Ausmaß der vorherrschenden Manipulation. Wer das nicht sieht, verfällt einer gefährlichen Täuschung. Die Arbeiterklasse betrachtet die Äußerungen der Intellektuellen mit einem Mißtrauen, das historisch wohl begründet ist. Aufklärung ist nötig, aber nicht genug; die Bewußtseinsindustrie ist in festen Händen. Erst wenn sich die Verhältnisse im Innern der Metropole zuspitzen, werden die abhängigen Klassen anfangen, ihre Verstrickung zu durchschauen und ihre langfristigen Interessen zu erkennen. Unter denen, die zu solchen Einsichten heute schon fähig und verpflichtet sind, zeichnet sich eine Romantisierung der Dritten Welt ab, die unnütz und lächerlich ist. Wer die Erfahrungen der Guerillas ignoriert, ist ein Reaktionär; wer sie unbesehen kopieren möchte, ist ein Illusionist. Die nüchterne Vermittlung zwischen den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und der politischen Aktion in den Metropolen ist eine Aufgabe, deren Schwierigkeiten bisher kaum erkannt, geschweige denn gelöst sind.

15. Leibwächter der Wirklichkeit. Die Stabilität unseres gesellschaftlichen Systems ist offensichtlich von außen her bedroht; von innen her betrachtet, scheint sie unbegrenzt. Solange seine technische Produktivität wächst, und so lange ein Teil dieses Zuwachses als gesteigerter Konsumstandard ausgeschüttet wird, scheint der totale Konsensus gesichert; die Entpolitisierung der Massen schreitet fort; in einem Milieu der allgemeinen Zustimmung erscheint revolutionäre Opposition als Schrulle. Ein hochdotiertes Korps von *reality teachers* begegnet ihr mit dem auftrumpfenden Hinweis auf die »Wirklichkeit«, das heißt, den movens quo, von dem vorausgesetzt wird, daß alle seine Parameter bekannt sind. Dieser Realitätsbegriff geht von der Fiktion aus, als sei der historische Prozeß prinzipiell vorherseh- und kontrollierbar. Dem entspricht eine systemimmanente Zukunftsplanung, die mit quasi-wissenschaftlichen Mitteln einen störungsfreien Ablauf der Geschichte garantieren, das heißt, letzten Endes, die Geschichte als solche abschaffen soll.
Wie wenig die Strategen des Systems an ihre eigenen Fiktionen glauben, ist an ihrem Flußdiagramm selbst abzulesen. Die zentralen Funktionen ihrer Entwürfe sind die der Überwachung, der Manipulation und der Unterdrückung. Die Mittel, derer sich das System bedient, um sich unangreifbar zu machen, zeigen seine Anfälligkeit.

16. Physikstunde. Krisen-Management. Ein Jongleur ist erfolgreich in dem Maß, in dem er sich gegen die Schwerkraft und die Gesetze der Mechanik behaupten kann. Er hat es mit einem äußerst labilen System von Bällen zu tun. Seine Kunst besteht darin, dieses System als ein stabiles erscheinen zu lassen. Training und Geschicklichkeit befähigen ihn dazu. Ein ehrgeiziger Jongleur neigt dazu, mit immer größeren und komplizierteren Systemen zu arbeiten. Die Zahl der Bälle und ihr Gewicht nimmt zu; Scheiben und Ringe, unregelmäßig geformte, unhandliche Objekte, riesige und winzige Gegenstände kommen ins Spiel. Die Erfolge des Jongleurs berauschen das Publikum, er ist der Größte, ein Manipulator ohnegleichen. Die Gravitation scheint abgeschafft, die Stabilität seines Systems gesichert. Ein Fehlgriff genügt, und es bricht zusammen. Der Jongleur ist ruiniert.
Schwingkreis. Zwanzig Personen betreten eine stählerne Brücke, die zweitausend Personen tragen kann; sie richten ihre Gangart so ein, daß sie die Resonanzfrequenz der Brücke treffen. Ihre mechanischen Kräfte sind ge-

ringfügig, gemessen an der Festigkeit der Konstruktion; doch die Schwingungen, die sie der Brücke mitteilen, verstärken sich selbst durch Rückkopplung; der Punkt ist absehbar, an dem die Brücke einstürzt.
Reaktor. Bei jedem Schritt einer Kettenreaktion erzeugt ein Neutron weitere Neutronen, dergestalt, daß der durchschnittliche Multiplikator k größer als eins ist; eine gewisse Zahl von Neutronen entkommt oder geht verloren; dadurch vermindert sich der Faktor k; um diese Verluste auszugleichen, ist eine kritische Mindestgröße erforderlich; wenn k den Wert eins überschreitet, nimmt die Anzahl der Reaktionen exponentiell zu; an gewissen Stellen des Reaktors werden deshalb Regelstäbe eingebracht, um überschüssige Neutronen zu absorbieren. Auf diese Weise kann der Faktor k unter Kontrolle gehalten werden. Wer diese Stellen kennt und sich Zugang zu ihnen verschaffen kann, entscheidet über die Stabilität des Systems. Wer dagegen den Reaktor mit Schmiedehämmern angreift, ruft allenfalls Blechschäden hervor.

17. Rabattmarken. Die Fähigkeit des gesellschaftlichen Systems der Metropolen, seine äußeren und inneren Gegner zu integrieren, ist begrenzt.
Die Konflikte mit der armen Außenwelt sind manifest und mörderisch. Alle Integrationsversuche mit den Mitteln der sogenannten Entwicklungshilfe, vom Point Four Program bis zur Allianz für den Fortschritt, sind gescheitert.
Auch nach innen nimmt der Spielraum ab, innerhalb dessen das System ohne offene Gewaltanwendung operieren kann. Und zwar ist es gerade die bewundernswerte Lernfähigkeit der herrschenden Klasse, die diesen Spielraum kontinuierlich einschränkt. Der Plankapitalismus kann nur überleben, wenn es ihm gelingt, tiefe ökonomische und innenpolitische Krisen zu verhindern. Das ist nur möglich durch immer größere materielle und immaterielle Zugeständnisse an die abhängigen Massen. Diese Zugeständnisse sind jedoch irreversibel. Sie können nicht zurückgenommen werden, ohne daß es zu gewaltsamen Konflikten im Innern der Metropolen kommt. Auf diese Weise setzt der irrationale »Fortschritt« wachsende Risiken frei.

18. Schlange am Busen. Ein solches Risiko liegt beispielsweise in der zunehmenden Intellektualisierung der industriellen Arbeitsprozesse. Auch dieser Vorgang ist irreversibel. Er führt zu einer Bildungspolitik, die

einen zunehmenden Anteil der Bevölkerung unter Dreißig jahrelang vom Produktionsprozeß freisetzen muß. Diese wachsende Population muß also einerseits privilegiert, andererseits unter Kontrolle gehalten werden. Die Schwierigkeiten liegen auf der Hand.
Mehr und mehr sind es diese Privilegierten, Studenten und Intellektuelle, die das System direkt angreifen, eine Ironie, die der Plankapitalismus nicht vorhergesehen hat und die deshalb besondere Wut hervorruft. Die Logik des Prozesses ist jedoch leicht einzusehen. Je mehr die Repression verfeinert und verinnerlicht wird, je mehr Selbstzensur und Selbststeuerung an die Stelle von äußerem Zwang und direkter Indoktrination treten, je mehr also die Unterdrückten ihre eigene Unterdrückung akzeptieren, ja verteidigen, desto mehr wird Systemopposition selber zu einem Privileg, zu einer Sache, die sich nur derjenige leisten kann, der die Chance hat, ein Bewußtsein zu entwickeln, das nicht gänzlich an den Konsumzwang und an die Muster der Massenmanipulation gebunden ist. Die Gefahr der Ansteckung ist absehbar, und zwar ganz gleichgültig, welche Strategie eingeschlagen wird. Man kann versuchen, die Opposition dieser überwiegend jungen Privilegierten zusammenzuschlagen. Diese Methode führt zu innerpolitischen Krisen; sie schlägt überdies, ebenso wie eine Verminderung der studierenden Bevölkerung, auf den technologischen Prozeß und damit, auf längere Sicht, auf das ökonomische Wachstum zurück. Überläßt man hingegen diesen Gruppen die Initiative, so ist es nicht ausgeschlossen, daß sie an irgendeinem Punkt Resonanzschwingungen erzeugen.

19. Randerscheinungen. Selbstverständlich sind weder die Studenten noch die Intellektuellen »das revolutionäre Subjekt«. Die Entscheidung wird letzten Endes, wie in allen früheren Revolutionen, bei den abhängigen Massen liegen. Ebenso klar lehrt die Geschichte jedoch, daß es stets Minderheiten sind, die den revolutionären Prozeß in Gang setzen. Wer sich heute auf die Suche nach jenem »Subjekt« schicken läßt, erliegt einer Mystifikation. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen hat dieser Singular keinen Sinn. Vielmehr sieht sich die herrschende Klasse einem Konglomerat von wirklichen und potentiellen Gegnern konfrontiert, das keine eindeutige Definition mehr zuläßt. Diese Randgruppen sind disparat bis zur Groteske: Schüler, Deserteure, Arbeitslose, Philosophen, Hippies, Studenten, Neger, Automationsrentner, Altkommunisten, Gastarbeiter, unzu-

friedene Frauen, Bergarbeiter, Ostermarschierer – eine Liste, die sich verlängern und je nach den lokalen Umständen variieren ließe. Sie macht indessen klar, daß die Klassenbasis der Systemopposition schwach und uneinheitlich ist. Das System sieht sich nicht einer homogenen, festgefügten Organisation gegenüber, die stetig wächst und über eine klare Strategie verfügt. Es befindet sich vielmehr in der Lage eines Jongleurs, der mit einer wachsenden Zahl von disparaten Bällen operieren muß. Die Schwächen einer solchen Opposition liegen auf der Hand; andererseits ist sie schwer zu kontrollieren, gerade weil sie extrem dezentralisiert ist. Starke, plötzliche Fluktuationen, große Spontaneität, unvorhersehbare Vorstöße und Rückzüge, Wechsel von Konzentration und Dispersion erschweren ihre Unterdrückung. Die Möglichkeit von Kettenreaktionen ist nicht auszuschließen.
Unter den Bedingungen zunehmender äußerer Instabilität läßt sich eine Situation denken, an der jene Randgruppen erkennen, daß es in Wirklichkeit das System selber ist, das an der politischen Weltperipherie, mit dem Rücken zur Wand, kämpft. Wenn eine solche Lage eintritt, kann ihm die Passivität der Massen, die es herangezüchtet hat, zum Verhängnis werden. Dann wendet sich die Frage um: die herrschende Klasse sucht vergeblich nach einem konterrevolutionären Subjekt, das sich für ihre Zwecke mobilisieren ließe.

20. *Freund und Helfer.* Theorie ohne Praxis ist Attentismus. Jeder analytisch einigermaßen geschulte Kopf ist in der Lage, eine unendliche Menge von Gründen auszuwerfen, die fürs Abwarten sprechen, dafür, daß es jeweils zu früh oder zu spät sei. Schon deshalb ist jede Theorie, die nicht durch Aktionen gedeckt, korrigiert und vorangetrieben wird, wertlos. Zu mißtrauen ist ferner jeder Analyse, die vorgibt, präzise Aussagen über die gegenwärtig gegebenen Möglichkeiten machen zu können. Eine Theorie, die dazu in der Lage wäre, existiert nicht, und die Frage ist berechtigt, ob sie überhaupt denkbar wäre.
Die winzigste politische Handlung kann unter den Verhältnissen, mit denen wir es zu tun haben, zu neuen Erkenntnissen führen. Selbst scheinbar zweideutige, blinde, ja unsinnige Aktionen kleinster Gruppen haben in der letzten Zeit Ereignisse ausgelöst, deren Signalcharakter unbestreitbar ist.
Keine abstrakte Einsicht in den repressiven Charakter des Systems kann

die physische Erfahrung der Unterdrückung ersetzen. Polizei, Justiz und Geheimdienst sind die wichtigsten Freunde und Helfer der Systemopposition. Die Todesangst des Systems kann nur in der eigenen Angst begriffen werden. Zerstörung der bürgerlichen Respektabilität, wirtschaftlicher Druck, Überwachung, Geldstrafen, Verhaftung, Gefängnis, unmittelbare physische Bedrohung: mit diesen Mitteln hat der staatliche Gewaltapparat bereits einen harten Kern von Oppositionellen ausgebildet. In den kommenden Jahren werden Tausende diese Hochschule der Revolution durchlaufen. Damit schafft sich das System Feinde auf Lebenszeit. Die Erfahrungen, die heute auf Polizeiwachen, Amtsgerichten, Verfassungsschutz-Ämtern und in Untersuchungsgefängnissen gesammelt werden, sind die einzig wahre Staatsbürgerkunde, welche diese Republik zu bieten hat.

21. *Lebenslüge.* Sie bezeichnen zugleich die Verfassungswirklichkeit des Landes.

Die Liberalen aller Spielarten geben vor, die Verfassung zu verteidigen, doch die Heiligkeit, die sie ihr zuschreiben möchten, ist die einer Heiligen Kuh. Was die Liberalen schützen, ist das Recht der Verfassung, ungehindert zu verhungern.

Gegen diese Liberalen ist zu sagen: Die Verfassung ist die Lebenslüge des Systems. Zwischen ihren Garantien und den Interessen der herrschenden Klasse klafft ein Widerspruch, der sich nicht länger zudecken läßt. Das Grundgesetz garantiert das Recht auf die Unverletzlichkeit der Person, das Koalitionsrecht, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Streikrecht und das Recht auf Widerstand. Diese Bestimmungen bedrohen den Bestand des Systems. Die Verfassung selber ist staatsgefährdend.

Deshalb hat der Ausschuß, der in Bonn regiert, innerhalb von achtzehn Jahren am Grundgesetz der Bundesrepublik fünfzehn Änderungen vorgenommen. Deshalb haben führende Mitglieder dieses Ausschusses ihre Verachtung für die Verfassung bereits in den fünfziger Jahren öffentlich erklärt. Deshalb hat dieser Ausschuß Gesetze beschlossen, die verfassungswidrig sind. Deshalb hat dieser Ausschuß schon geprobt, wie es sich gegen das Grundgesetz regiert. Deshalb ist dieser Ausschuß entschlossen, das Grundgesetz durch eine Notstandsverfassung außer Kraft zu setzen.

Die Verfassung ist ein Versprechen, das die herrschende Klasse weder halten kann noch halten will. Nur die Revolution kann es einlösen.

22. Alle Rechte vorbehalten. Jeder Streit darüber, ob die Systemopposition sich direkter oder indirekter, legaler oder illegaler, gewaltloser oder gewaltsamer Methoden zu bedienen habe, ist überflüssig. Sie ist verloren, wenn sie sich aufs eine oder aufs andere von vornherein festlegt und Grenzen anerkennt, die ihr der Gegner vorzeichnet. Ihre Taktik muß gerade darin bestehen, diese Spielregeln in Frage zu stellen, ihre Mittel der Situation anzupassen, immer neue Mittel zu erfinden, zu erproben, fallenzulassen und wieder aufzugreifen. Sie muß die Initiative behalten und das Überraschungsmoment ausnutzen. Sie muß an den Grenzen der Legalität operieren und diese Grenzen ständig nach beiden Richtungen überschreiten. Was die Gewalt betrifft, so geht sie nicht vom Volke, sondern vom Staatsapparat aus. Sie ist immer schon da. Man kann ihr ausweichen, man kann sie überspielen, aber man kann sie nicht aus moralischen Gründen abschaffen. Ein moralisches Problem ist sie für die Revolution nur in einer Hinsicht. Alle bisherigen Revolutionen haben sich durch die Inhumanität ihrer Gegner infizieren lassen. Dieses Problem ist ernst; aber es kann nur von denen gelöst werden, die die Revolution machen. Sie werden sich dabei nicht von ihren Gegnern beraten lassen.

23. Waldesstille. Radikalität ist in Deutschland ein Schimpfwort. Wir haben, so schallt es aus dem liberalen Wäldchen, Verständnis für euer Anliegen, aber ihr isoliert euch selber, ihr geht zu weit, ihr verscherzt euch unsere Sympathien. Vor allem aber denkt an die Faschisten. Ihr müßt immer an die Faschisten denken. Denen helft ihr, denen treibt ihr die Leute in die Arme. Deshalb raten wir euch: laßt eure Faxen sein, kommt zu uns, da sieht euch niemand, da findet ihr Verständnis, da erzeugt ihr keinen *backlash*, da richtet ihr keinen Schaden an, in unserem Wäldchen ist immer noch Platz.
Nur schade, daß sich an dieses Raisonnement der Faschismus nicht halten will. Oder glaubt ihr, Hitler und seine Auftraggeber hätten seufzend resigniert, wenn die Kommunistische Partei sich 1929 freiwillig aufgelöst hätte? War Tucholsky schuld an Goebbels? Hätte er nur den Mund zu halten brauchen, und die Geschichte wäre still gestanden?
Darauf läuft das Argument hinaus: auf die Sehnsucht nach der absoluten Stasis, dem allgemeinen Stillhalteabkommen. Ein bißchen Rücksicht auf die Liberalen, und Ho Chi Minh fiele dem General Westmoreland um den Hals, statt sich einer des andern Sympathien zu verscherzen.

24. Parteiabzeichen. Der schwächste Punkt der Systemopposition ist ihre Unfähigkeit, neue Organisationsformen zu entwickeln. Daß die alten Formen der Kaderpartei nicht mehr brauchbar sind, liegt auf der Hand. Die kommunistischen Parteien in den westlichen Metropolen sind stalinistisch degeneriert; sie haben keine Demokratie nach innen und kein brauchbares Programm nach außen. Ihre Einheit ist mit dem Preis des Opportunismus teuer erkauft. Eine revolutionäre Perspektive bieten sie nicht.
Da der Systemopposition in den Metropolen eine starke Klassenbasis fehlt, ist an eine Parteigründung nicht zu denken. Der parlamentarische Weg zum Sozialismus ist ohnehin, wie zuletzt das griechische Beispiel gezeigt hat, eine Chimäre. Aber auch aus inneren Gründen taugen die alten Muster nicht mehr. Reale Demokratie, Dezentralisierung der Entscheidungen, Kooperation statt Subordination: diese elementaren Forderungen, die sie an jede künftige Gesellschaft stellt, muß die Opposition allererst in den Formen ihrer eigenen Organisation zu verwirklichen suchen.

25. Rückfrage. Eine revolutionäre Wissenschaft für die Gegenwart und für die Zukunft der Metropolen gibt es nicht. Wir haben die Klassiker aus dem letzten Jahrhundert, Lenin und Trotzki, Nachrichten aus dem Fernen Osten und aus Lateinamerika. Aus Kalifornien importierten wir Marcuse. Aus eigenen Beständen verfügen wir über Interpretationen von Becketts *Endspiel*, Abhandlungen über die Psychoanalyse des Nationalsozialismus, Schriften zur Hegel-Exegese und andere Klavierauszüge.
Wir brauchen eine Forschung, die revolutionäre Alternativen zur Lösung aller wichtigen politischen und gesellschaftlichen Fragen entwickelt; eine Forschung, die unsere Bedürfnisse erkennt und unsere Wünsche ernstnimmt, deren Einbildungskraft sich von den vorgegebenen Mustern befreit, die den Mut zur konkreten Utopie aufbringt.
Je früher dabei drei naheliegende Mißverständnisse aufgeklärt werden, desto besser.
Es handelt sich hier nicht um die beliebte Frage nach dem Positiven. Diese Frage wird hierzulande stets von den Voraussetzungen des Systems her gestellt; an ihm soll gemessen werden, was »negativ« und was »positiv« ist, und nicht an den Möglichkeiten, die das System bedrohen. So verstanden, ist die Frage nach dem Positiven ein durchsichtiger Schwindel. Sie enthält jedoch auch einen richtigen Kern. Wer sich weigert, seine Vorstel-

lungen von einer anderen Gesellschaft zu präzisieren, sei es auf Grund von methodischen Skrupeln, sei es mit dem Argument, nur die siegreiche Revolution könne Aussagen über ihre eigene Zukunft machen, der begibt sich nicht nur jeder Überzeugungskraft: er bekennt seine Unfruchtbarkeit.

Es handelt sich nicht um das kurrente faktengläubige Prognosenwesen, das letzten Endes immer nur die bloße Verlängerung des Gegebenen postuliert; und es handelt sich schließlich nicht darum, dem herrschenden Expertenkult beizutreten; wer den Milchpfennig in Schleswig-Holstein nicht studiert habe, sei nicht berechtigt, in der Politik mitzureden, und wer nicht einen Monat auf das Studium der Vietnam-Hearings verwendet und sich außerdem an Ort und Stelle vom Hubschrauber aus informiert habe, der solle lieber den Mund halten: das ist positivistische Bauernfängerei. In Sachen der Revolution ist jeder Mensch ein Experte, der sich von den historisch längst hinfälligen »Sachzwängen« eines repressiven Gesellschaftssystems nicht einschüchtern läßt.

Die Optionen aber, die einem jeden Menschen in der Zukunft offenstehen, müssen erst freigelegt und erforscht werden. Das geschieht nicht. Unkenntnis und Dilettantismus beherrschen das Feld.

Welche Möglichkeiten der Selbstverwaltung bestehen in technisch hochentwickelten Industriegesellschaften? Wieweit und auf welche Weise lassen sich große und komplizierte Produktions- und Distributionssysteme dezentralisieren? Wie kann die ständige Teilnahme aller an den politischen und ökonomischen Entscheidungen, die sie selbst betreffen, technisch ermöglicht und institutionell gesichert werden? Wie läßt sich die gesellschaftliche Arbeit mit einem Minimum an Reglementierung teilen? Wie kann der technologische Prozeß derart unter Kontrolle gehalten werden, daß die Aussicht besteht, psychologisch und biologisch erträgliche Umweltsbedingungen wiederherzustellen? Welche Möglichkeiten zur Regelung gesellschaftlicher Konflikte lassen sich entwickeln? Welche Teile des alten Staatsapparates lassen sich unverzüglich auflösen, welche müssen umfunktioniert werden? Auf welche Weise können Schulen und Hochschulen in der Gesellschaft aufgehen, so daß der Arbeitsprozeß in einen Lernprozeß mündet?

Das wissen wir nicht.

26. Horror-Film. Das Gespenst der Revolution flößt Millionen unserer Mitbürger sinnlose Angst ein. Die Revolution, das ist die blutige Hand, die Zensur, die GPU, das Lager, der Stacheldraht, die Brotkarte, die Beschlagnahmung. Es ist nicht der Faschismus, den wir erlebt haben, der diese Ängste einjagt; es ist die Revolution, die ausgeblieben ist. Solange es der Systemopposition nur darum geht, ihren eigenen Protest, nicht aber die gesellschaftlichen Möglichkeiten zu demonstrieren; solange sie es nicht versteht, die tiefsten Wünsche und Bedürfnisse der Massen zu wecken; solange sie die Massen jener Angst überläßt, die ihr die Bewußtseinsindustrie jeden Tag neu suggeriert, und das ist die Angst vor ihren eigenen Wünschen und Bedürfnissen – so lange wird die Revolution in Deutschland ein Gespenst bleiben.

27. Büchmann für Fortgeschrittene. »Der Imperialismus und alle Reaktionäre sind Papiertiger: das ist ihr Wesen. Darauf beruht unser strategisches Denken. Andererseits sind sie aber auch lebendige Tiger, eiserne Tiger, wirkliche Tiger: sie fressen Menschen. Darauf beruht unser taktisches Denken.«
Kurzfristige Hoffnungen sind eitel. Langfristige Resignation ist selbstmörderisch.

Postskriptum. Diese Notizen heißen Gemeinplätze, weil sie keinem Einzelnen gehören; Berliner Gemeinplätze, weil sie auf den Plätzen dieser Stadt demonstriert worden sind. Ich zeichne sie auf in der Hoffnung, daß sie zu deutschen Gemeinplätzen werden.
Sofern in ihnen Kritik geübt wird, betrifft sie mich selbst so gut wie andere. Lesern, die den Wunsch hegen, mich auf Widersprüchen zu ertappen, kann mit einigen *loci personales* geholfen werden. Beispielsweise: zur Frage des Revisionismus vgl. *Einzelheiten,* S. 355; für systemimmanente Verbesserungsvorschläge, siehe *Kursbuch* 4, S. 1–54; zur Frage des *reality teaching* vgl. *Kursbuch* 6, S. 176.

Anmerkung der Redaktion

Der Artikel von Peter Weiß am Anfang dieses Heftes erschien zuerst, in schwedischer Sprache, in der Stockholmer Zeitung *Dagens Nyheter* vom 14. November 1967. Der Chefredakteur des Blattes schrieb eine Erwiderung, aus der wir die folgenden Sätze zitieren:
»Was wir in unserer Welt nach altem Herkommen *Arbeiter* nennen, das sind Leute, die so wenig wie irgendeine andere Gruppe in der Geschichte gesonnen sind, ihre privilegierte Stellung aufzugeben. Wir genießen unseren Wohlstand alle miteinander, wenn auch auf verschiedenem Niveau. In manchen Ländern sind die Gewerkschaften in ihrem außenpolitischen Urteil ausgesprochen konservativ. Bei meinem letzten Besuch in New York weigerte sich die Gewerkschaft der Autobuschauffeure, Demonstranten gegen den Krieg in Vietnam nach Washington zu fahren. Das ist kein Einzelfall ... Der Optimismus, den Peter Weiss zur Schau trägt, rührt daher, daß er in seine weltpolitische Gleichung einen Luftposten einführt: eine revolutionäre Arbeiterklasse ... Die reiche Welt besteht aus uns allen und nicht nur aus einer Anzahl von Millionären, die schließlich nicht allzu schwer zu zähmen wären. Die Realität der Gegenwart ist die Übermacht dieser reichen Welt im Zeichen einer überlegenen Technik. Peter Weissens Optimismus gründet auf einer Illusion ... Unsere Aufgabe ist es, auf dem Weg der Empiriker, der Revisionisten, dem Weg des unermüdlichen Experiments, der Aufklärung und des Raisonnements weiter fortzuschreiten.«
Dagens Nyheter ist eine liberale Zeitung.

Imperialismus und Revolution in Lateinamerika ist eine redaktionelle Kollektivarbeit der italienischen Zeitschriften *Quaderni rossi, Quaderni piacentini* und *Classe e Stato,* die als Sonderheft der *Quaderni piacentini* 31 publiziert worden ist. Als Mitarbeiter, Rechercheure und Übersetzer sind zu nennen: Silvio Bova, Cesare Capellino, Mario Carrara, Francesco Ciafaloni, Maria Coletti, Franco Coni, Giovanni Dettori, Glauco Felici, Meri Franco Lao, Franco Gelasso, Pinzi Giampiccoli, Laura Gonsalez, Lillana Lanzardo, Dario Lanzardo, Gabriella Lapasini, Edoarda Masi, Marina Piazza, Manuel Pujadas, Vittorio Rieser, Silveria Russo, Salvatore Sechi, Maria Grazia Serafini, Renato Solmi und Cesare Vitton. Wir danken der Redaktion für die Erlaubnis, wesentliche Teile des Sonderheftes zu übernehmen. *Imperialismus und kapitalistische Entwicklung. Der bewaffnete Aufstand. Internationaler Kontext: China, Cuba, Vietnam. Interview mit Douglas Bravo. Lateinamerikanische Annalen.*

Ein Gedanke für die Zukunft

Für ein künftiges *Kursbuch* zu dem Thema *Kritik der Zukunft* schreibt die Redaktion einen Preis von DM 1000 aus. Prämiert wird der beste Gedanke für die Zukunft. Gemeint ist damit keine bloße Extrapolation erkennbarer Trends, und erst recht nicht irgendeine technologische Neuerung, sondern eine konkrete utopische Konzeption, beispielsweise auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Kontrolle von Produktions- und Publi-

kationsmitteln, der Schule oder des Städtebaus. Die politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen, die dabei gemacht, und die gewählten zeitlichen und räumlichen Grenzen des Entwurfs brauchen nicht exakt begründet, sie müssen aber ausgewiesen werden. Der prämiierte Beitrag wird im *Kursbuch* veröffentlicht, die übrigen Einsendungen werden ausgewertet. Sollte dieses Ausschreiben ohne Ergebnis bleiben, so wäre auch dieser Fehlschlag ein Indiz.

Maximaler Manuskriptumfang: 10 Schreibmaschinenseiten. Adresse: Redaktion *Kursbuch*, Suhrkamp Verlag, Postfach 2446, 6 Frankfurt/Main. Einsendeschluß: 31. März 1968.

Marxismus in der Bundesrepublik

Machtstrukturen des heutigen Kapitalismus
Beiträge zu einer internationalen wissenschaftlichen Konferenz
Sonderheft 1/1967 – Marxistische Blätter – 156 Seiten, Paperback, DM 3,50 plus Porto

Karl Marx: „Das Kapital" 1867-1967
Beiträge über „Das Kapital" und marxistische politische Ökonomie
Sonderheft 2/1967 – Marxistische Blätter – 88 Seiten. Paperback, DM 2,00 plus Porto

Marxistische Blätter
Für Probleme der Gesellschaft, Wirtschaft und Politik
Zweimonatszeitschrift. Einzelheft DM 2,00 plus Porto. Jahresabonnement DM 12,00 plus Porto
Hauptthemen 1967
Nr. 1: Marxisten und Christen
Nr. 2: Konjunkturrückgang und Wirtschaftspolitik
Nr. 3: Neonazismus in der Bundesrepublik
Nr. 4: Deutschland und die europäische Sicherheit
Nr. 5: Der Weg zu einer neuen Welt.
Oktoberrevolution 1917–1967

Hauptthema der Nr. 6/1967 (Nov./Dez.):

Probleme der europäischen Arbeiterbewegung
Es schrieben u. a.:
Prof. J. Schleifstein: Gegenwartsprobleme des revolutionären Kampfes
Jaques Duclos (Paris), Sergio Segre (Rom), F. Melchor (Madrid)
Dr. Th. Müller: Antonio Gramsci – ein europäischer Kommunist
Robert Steigerwald: Herbert Marcuses Dialektik der Verzweiflung
Jörg Högemann: Die Rebellion der Studenten

Nr. 1/1968 (Januar/Februar)

Marxismus und Humanismus
Beiträge u. a. von Dr. Herbert Aptheker (New York), Dr. Luciano Gruppi (Rom), Prof. Dr. Walter Hollitscher (Wien), Prof. Dr. Matthäus Klein (Berlin)

Bezug über den Buchhandel oder direkt: **Marxistische Blätter-Verlag.** 6 Frankfurt/Main W 13 · Kurfürstenstraße 8
Senden Sie Probehefte
Ich bestelle Abonnement/Einzelnummer(n):

Name: _____

Anschrift: _____

Marxistische Blätter

Sprache und Computer

Übersetzen II

Der Computer bahnt sich seinen Weg!
Immer mehr Bereiche unseres Lebens werden von ihm beeinflußt. Kann man Übersetzungen durch Maschinen herstellen lassen?
Sprache im technischen Zeitalter Heft 23/67 bringt Beiträge von namhaften Fachleuten, die sich mit diesem Thema auseinandersetzen:

Yehoshua Bar-Hillel, Die Zukunft der maschinellen Übersetzung oder: Warum Maschinen das Übersetzen nicht erlernen · Sprache und Maschinen, Computer in der Übersetzung und in der Linguistik · Helmut Schnelle, Neue Aspekte in der Theorie des Übersetzens · Paul L. Garwin, Maschinelle Übersetzung – Tatsache oder Illusion? · Alfred Hoppe, Die maschinelle Übersetzung von sprachlichen Inhalten, die nicht ausgesprochen werden · Erhard Agricola, Aktuelle theoretisch-linguistische Probleme der automatischen Sprachübersetzung

»Ja, diese Zeitschrift hat ein Programm, das berufen ist, eine Lücke im Bestand unserer Zeitschriften auszufüllen. Wir werden sehr dankbar sein, wenn sie es erfüllt. Unsere Existenz unter dem Zwang der Technik ruft danach.« Die Welt

»Das ist Spracherneuerung und Sprachverdichtung. Hier soll die Sprache als Werkzeug des Geistes aufgefaßt und als Hilfsmittel des Ungeistes und als sinnentleerter Mechanismus entlarvt werden.« Christ und Welt

W. Kohlhammer

erste
Buchveröffentlichungen
deutschsprachiger Autoren
Suhrkamp Verlag

Neuerscheinung im Februar

Barbara Frischmuth
Die Klosterschule

72 Seiten · Kartoniert · DM 6.–

»In die junge Literatur hat sich mit ein paar vorzüglichen Novellen die Österreicherin Barbara Frischmuth hineingeschrieben, die auch mit einer Erzählung auf der letzten Tagung der Gruppe 47 einen ziemlich durchschlagenden Erfolg hatte.« So urteilte Joachim Kaiser im Bayerischen Rundfunk, zu einem Zeitpunkt, da noch kein Buch von Barbara Frischmuth vorlag.
Die vierzehn lose zusammengefügten Kapitel ihres ersten Buchs spielen in einem von Nonnen geleiteten Mädcheninternat. Aus der Perspektive einer Schülerin werden vierzehn Aspekte des Lebens im Internat beschrieben, die Spielregeln einer in sich abgeschlossenen Welt und die Versuche der Schülerinnen, diese Regeln zu durchbrechen.
Barbara Frischmuth, geb. 1941 in Altaussee (Oesterreich). Studium der Orientalistik in Graz, Erzerum (Türkei), Debrecen (Ungarn), Wien. Lebt in Wien.

Suhrkamp Verlag

Hans J. Fröhlich Tandelkeller

Roman. 216 Seiten. In Leinen DM 18.–

Die Fabel ist einfach, der Stoff und die literarischen Mittel aber sind außerordentlich differenziert. »Als die Lage, sagten sie, unhaltbar wurde«, zog nach und nach eine Anzahl kleiner Händler und Handwerker mit ihren Familien drei Stiegen tief unter die Erde. Sie und andere leben nun in den Kellern, betreiben weiter ihre Geschäfte, richten sich ein. Zunehmende Entrechtung und Isolierung bestimmen die Ghetto-Situation. Man findet Zeichen der Tätigkeit eines mehr erahnten als genau gekannten Gewaltregimes. Im Ausnahmezustand wird die Kellergesellschaft zum Modell.

In der erzählenden Literatur der letzen Jahre zeigt sich, daß vor allem jüngere Schriftsteller die Kriegszeit als Stoff wählen. Fröhlichs Roman realisiert den Stoff anders als seine Vorgänger und dabei zugleich beispielhaft, indem er die in ihm angelegten formalen Bedingungen und Konsequenzen erstmals voll artikuliert. Es zeigt sich dabei, daß das scheinbar allein stofflich bedingte Moment der Authentizität von Erfahrung zugleich ein Moment der Form ist. Fröhlich hat die Schwierigkeiten, die der point of view den Romanciers bereitet, nicht umgangen oder ignoriert, sondern auf überraschende, ja faszinierende Art überwunden.

In der Schar der Tandler ist der Vater der einzige, der über das Gegebene hinausdenkt. Er ist auf der Suche nach dem, was recht ist. Die ganze Tragik dieser Figur, ihre Beschränktheit und das Drängen über solche Beschränktheit hinaus, ihre Ohnmacht, ihre elementare Bezogenheit auf eine höhere Instanz, ohne deren Eingreifen sie sich verloren weiß – sie zeigt die Dämonie der Beschränktheit in der vergeblichen Anstrengung, sie zu überwinden. Fröhlich ist mit dieser Figur ein faszinierender Wurf geglückt.

›Tandelkeller‹ ist ein Roman, der Erfahrenes authentisch mitteilt, weil die Zugänge zum Erfahrenen in die Form des Romans einbezogen sind. Fröhlichs Sprache ist von einer wahrhaftig erstaunlichen Beweglichkeit. Sie zeigt die Fähigkeit, sinnlich Erfahrenes kompakt und gleichsam naiv zu artikulieren, und ebenso die Fähigkeit, Denkvorgänge und Zustände des Gefühls mitzuteilen. Hier nicht zuletzt erweist sich der Roman ›Tandelkeller‹ als ein Buch, das zeigt und gleichzeitig zur Diskussion stellt, was dem Roman derzeit möglich ist. Es läßt sich Besseres über einen neuen Roman nicht sagen.«

Heinrich Vormweg, Der Monat, Januar 1968

Insel Verlag

6 Frankfurt am Main · Postfach 3001

VoltaireFlugschriften

Herausgegeben von Bernward Vesper

Fidel Castro Über Che Guevara Nachwort **Antonio Sanchez · Leo D. Trotzki** Ihre Moral und unsere · **Black Power,** Ursachen des Guerillakampfes in den Vereinigten Staaten · **Hans Magnus Enzensberger,** Staatsgefährdende Umtriebe Offener Brief an Bundesjustizminister Heinemann · **Bernard Larsson** (Photos) **Herbert Marcuse Reinhard Lettau Peter Schneider Hans Christoph Buch Rudi Dutschke Jacob Taubes** (Texte) Demonstrationen Ein Berliner Modell · **Wolfgang Abendroth Hartmut von Hentig Erich Kuby Jürgen Habermas Rudi Dutschke Bahman Nirumand Wolfgang Lefèvre Ulrich K. Preuss Knut Nevermann Horst Mahler** Bedingungen und Organisation des Widerstands Der Kongreß in Hannover Protokolle · **Günter Grass** Der Fall Axel C. Springer am Beispiel Arnold Zweig · **Bertrand Russell Jean-Paul Sartre** Plädoyer für einen Kriegsverbrecherprozeß · **Heinrich Hannover** Schubladentexte der Notstandsgesetze · **Günther Anders** Nürnberg und Vietnam · **Peter Weiss** Vietnam!

In Vorbereitung Peter Schneider Der verfolgte Verfolger Franz Josef Strauß · **Jacob Taubes u. a.** Linker Faschismus? · **Eckart Dietrich** Notstandsgesetze und Industrie · **Isaac Deutscher** Die nächsten Aufgaben der sozialistischen Intellektuellen · **Tom Hayden** Newark Weiße Unterdrückung und schwarzer Aufstand · **de la Puente Hugo Blanco Amerigo Pumaruna Antonio Sanchez** Peru Anatomie einer verzögerten Revolution

VoltaireFlugschriften erscheinen in unregelmäßigen Abständen jedoch mindestens 12 Titel im Jahr, Einfachband DM 1,20, Mehrfachbände entsprechend · Bei Abonnement 20 % Rabatt · In jeder guten Buchhandlung · Prospekte direkt vom

Voltaire Verlag Berlin 31 Halberstädter Straße 9

Walter-Verlag

Dokumente der Weltrevolution. Ausgewählte Quellentexte zur Geschichte des Kommunismus

Nach Jahren sorgfältiger Vorarbeiten zeigt der Walter-Verlag ein bedeutendes Publikationsprogramm an: «Dokumente der Weltrevolution». Die ersten beiden Bände sind im Herbst 1967 erschienen, weitere sind bereits in Vorbereitung. Jeder Band umfaßt nebst einer Einleitung, Kapiteleinführungen und redaktionellen Anmerkungen eine Bibliographie sowie ein Personenregister. Mit Abbildungen oder Karten. (Bitte fordern Sie den ausführlichen Prospekt an.)

Die frühen Sozialisten. Herausgegeben von Frits Kool und Werner Krause. 686 Seiten, mit Abbildungen. Leinen DM 29,–

Im ersten Band der Reihe «Dokumente der Weltrevolution» geht es im wesentlichen um die Kritik an der falsch organisierten Gesellschaft und um die Hoffnung auf das bevorstehende Paradies bei französischen, englischen und deutschen Wegbereitern des Marxismus. Zeitlich umfaßt dieser Band die für die Entwicklung sozialer Theorien entscheidende Periode von der Französischen Revolution bis 1848. Eine ausführliche Einleitung erschließt dem Leser die Problematik des Frühsozialismus.

Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur. Herausgegeben von Frits Kool und Erwin Oberländer. 536 Seiten, mit einer Karte. Leinen DM 29,–

Zum 50. Jahrestag der russischen Oktoberrevolution wurde der Band «Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur» vorgelegt. Er hat die Opposition radikaler Anhänger des Sowjetgedankens gegenüber der Entartung der ursprünglichen Ziele der Revolution zum Thema. Aufgenommen sind Texte linksradikaler Kommunisten, die gegen die fortschreitende Bürokratisierung ankämpften. Das erstmals in deutscher Sprache abgedruckte echte Kronstadt-Dokument gehört zu den ergreifendsten Zeugnissen der Geschichte.

WW

Rowohlt Paperback

Carl Amery

Fragen an Welt und Kirche
Zwölf Essays. 1.–10. Tausend. RP Band 54. 156 Seiten. DM 5,80

Ernst Fischer

Kunst und Koexistenz
Beitrag zu einer modernen marxistischen Ästhetik
1.–6. Tausend. RP Band 53. 240 Seiten. DM 8,80

Jürgen v. Kempski

Brechungen
Kritische Versuche zur Philosophie der Gegenwart
1.–5. Tausend. RP Band 31. 332 Seiten. DM 10,80

Georg Lukács

Gespräche mit Georg Lukács
von Hans Heinz Holz / Leo Kofler / Wolfgang Abendroth
Herausgegeben von Theo Pinkus
1.–5. Tausend. RP Band 57. 136 Seiten. DM 7,80

Maurice Merleau-Ponty

Das Auge und der Geist
Philosophische Essays
Herausgegeben und übersetzt von Hans Werner Arndt
1.–4. Tausend. RP Band 56. 152 Seiten. DM 8,80

Jean-Paul Sartre

Die Transzendenz des Ego / Über die Einbildungskraft / Entwurf einer Theorie der Emotionen
Drei Essays. 1.–8. Tausend. RP Band 40. 204 Seiten. DM 7,80
Situationen
Essays. Erweiterte Neuausgabe
1.–8. Tausend. RP Band 46. 300 Seiten. DM 10,80

Hans Dieter Müller:

Der Springer-Konzern

Macht Springer Politik oder macht er Geld?

Stellt sein Konzern das Instrument eines romantischen Nationalismus dar, oder eine Maschine ohne Kopf, ohne Einsicht in die *balance of power?* Denken 12.000.000 Bild-Leser dasselbe, was Axel Springer denkt? – Hans Dieter Müller legt nun, auf dem Höhepunkt der Kontroverse, die erste objektive Darstellung vor: Geschichte und Struktur, die Besitz- und Führungsverhältnisse, Management und Konzernpolitik werden beschrieben und analysiert. Ein ausführliches Namen- und Sachregister und eine Dokumentation machen den Band zum Nachschlagwerk. Auf dieses Buch hat die deutsche Öffentlichkeit seit Monaten gewartet!

Ende Februar 1968:
Hans Dieter Müller: Der Springer-Konzern. Eine kritische Studie. Piper-Paperback. Etwa 400 Seiten, ca. DM 14.80

Piper